





## Die CDU-Affäre

*Von Matthias Bartsch*

Die Show war hübsch geplant. Roland Kochs Staatskanzlei hatte ein gutes Dutzend bunt kostümierter Kinder eingeladen, dazu Film- und Fotoreporter. Der erste öffentliche Auftritt des Ministerpräsidenten im neuen Jahr sollte Normalität und Gelassenheit demonstrieren, in den regionalen Abendnachrichten sollten Bilder eines entspannten Landesvaters laufen, der junge Sternsinger mit Cola und Plätzchen bewirtet.

Doch gekommen waren auch Reporter, die ganz andere Gedankengänge entwickelten an diesem Nachmittag des 10. Januar 2000, während die Kinder in Kochs Gegenwart von Spenden sangen und Weihrauch-Fässchen schwenkten. Die Chance, den hessischen CDU-Vorsitzenden nach den Ungereimtheiten im Rechenschaftsbericht seiner Partei zu fragen, durfte man sich nicht entgehen lassen, auch wenn einige Kollegen im Wiesbadener Landtag die Nase rümpften und meinten, eine solche Veranstaltung mit Kindern nicht „missbrauchen“ zu dürfen.

Der Besuch lohnte sich: Koch, damals seit knapp zwei Jahren Vorsitzender der Hessen-CDU, zeigte sich nur am Anfang gewohnt cool bei den Nachfragen. Er beharrte weiter fest auf der Legende von den angeblich völlig sauberen Finanzen seines Landesverbandes – obwohl er es längst viel besser wusste. Mit seiner Standard-Beruhigungsformel, es gebe „keine Buchungen oder Zahlungen außerhalb der ordnungsgemäß geprüften Buchführung“ versuchte er, den Vertuschungskurs seiner Partei fortzusetzen. Ein schwerer Fehler: Hätte er genau gelesen, was sein eigener Generalsekretär Herbert Müller unter dem wachsenden Druck der Öffentlichkeit zuvor schon an Stellungnahmen zu diesem Thema abgegeben hatte, dann hätte ihm klar sein müssen, dass sein Statement, das später als „Sternsinger-Lüge“ durch die Medien ging, längst nicht mehr haltbar war. Das komplizierte, kaum noch überschaubare Konstrukt aus Erklärungs- und Vertuschungsversuchen war so brüchig geworden, dass Koch und Müller sich in Widersprüche verwickelten.

Darauf angesprochen, geriet Koch vor laufenden Kameras ins Stottern, stritt kurzzeitig den Inhalt einer zuvor veröffentlichten CDU-Erklärung ab und wurde dann abrupt von seinem Regierungssprecher am Arm gefasst und mit dem knappen Kommentar, die Veranstaltung sei jetzt zu Ende, aus dem Raum geschoben. Für jedermann erkennbar, war die Schwarzgeld-Affäre nun endgültig beim hessischen Ministerpräsidenten angekommen.

Den ersten Zipfel zur Aufdeckung dieser Affäre hatten jene Kollegen geliefert, die in Berlin und Bonn nach den schwarzen Kassen Helmut Kohls forschten. Dessen Experte für dubiose Treuhandkonten war derselbe Frankfurter Wirtschaftsprüfer, der auch für die Hessen-CDU die Bücher und Konten führte: Horst Weyrauch. Mit seiner Hilfe, so legte eine Spiegel-Geschichte im November 1999 nahe, könnte schwarzes Geld über die Hessen-CDU zur Bundespartei transferiert worden sein. Dafür spreche ein ungewöhnliches Wechselspiel bei den „Sonstigen Einnahmen“ in den Rechenschaftsberichten der Union. 1989 sei dieser Buchungsposten bei der Hessen-CDU von relativ niedrigen Summen auf vier Millionen Mark explodiert, im Jahr darauf war der Einnahmeanstieg bei der Bundespartei ausgewiesen. Ähnliches habe sich 1991/92 wiederholt.

Die These vom Geldfluss in Richtung Kohl war falsch, aber die Spur war gut. Die Hessen-CDU konnte recht schlüssig darlegen, dass sie in diesen Jahren keine Zahlungen an ihre Bundespartei abgeführt hatte. Das Geld aus den „Sonstigen Einnahmen“ wurde im eigenen Landesverband ausgegeben: für den Kauf einer edlen Wiesbadener Villa als neue Landesgeschäftsstelle, für wichtige Wahlkämpfe und zur Entschuldung des völlig über seine Verhältnisse wirtschaftenden Frankfurter CDU-Kreisverbandes. Aufhorchen ließen aber die Erklärungen für die ungewöhnlichen Millionen-Einnahmen. In beiden Fällen habe man beachtliche Vermächtnisse von verstorbenen Partei-Anhängern erhalten, erklärte Müller. Die Zahlungen seien dann mit Hilfe von Weyrauch über Liechtenstein und die Schweiz abgewickelt worden. Wer die Wohltäter gewesen seien, dürfe die CDU aber nicht sagen. Die Erblasser hätten das in ihren Testamenten verboten.

Die Beschäftigung mit Parteifinzen zählte, offen gestanden, bis dahin nicht zu meinen Lieblingsthemen. Bei Parteitag gehört ich meist zu den Kollegen, die den Vortrag des Schatzmeisters für eine Kaffeepause oder ein Gespräch nutzen und sich ansonsten sträflich unkritisch von dem Hinweis einlullen ließen, die Finanzen seien von unabhängigen Wirtschaftsprüfern unter die Lupe genommen worden.

In diesem Fall jedoch stieß man praktisch mit der Nase darauf, dass genaueres Hinsehen dringend nötig gewesen wäre. So stellte sich heraus, dass Weyrauch als „Finanzberater“ und Wirtschaftsprüfer der Hessen-CDU sich jahrelang praktisch selbst kontrollieren konnte. Basisrecherchen im Archiv und Nachfragen bei erfahrenen Kollegen, die sich noch gut an den Flick-Skandal erinnern konnten, lösten weitere Alarmklingeln aus: „Sonstige Einnahmen“ gehören zu jenen Posten in Rechenschaftsberichten, bei denen Journalisten grundsätzlich misstrauisch sein sollten. Bis zu fünf Prozent der Parteieinnahmen können dort ohne näheren Herkunftsnachweis verbucht werden – ein geradezu ideales Versteck für

Zuwendungen, die mit dem verfassungsmäßigen Transparenzgebot der Parteien nur schwer in Einklang zu bringen sind.

Alle offiziellen Anfragen nach der Identität der ominösen Erblasser waren erfolglos, also blieben zunächst nur Umweg-Recherchen. Eine Umfrage in anderen Parteien und CDU-Landesverbänden ergab, dass Millionen-Vermächtnisse für Parteien etwas absolut Exotisches waren und dass es schon einem Wunder gleichkomme, wenn ein Landesverband gleich zweimal von so einem Ereignis profitiere. Auch die Oppositionsparteien im Landtag, die eine Chance witterten, ihren politischen Gegner vorführen zu können, halfen gerne weiter: Die Bündnisgrünen nahmen systematisch alle CDU-Rechenschaftsberichte der Hessen-CDU unter die Lupe und stießen darauf, dass es 1995/96 noch ein drittes Vermächtnis gegeben hatte: 3,5 Millionen Mark, diesmal zu Gunsten der Frankfurter CDU, die sich schon wieder heillos überschuldet hatte.

Insgesamt wären damit rund 13 Millionen Mark von unbekanntem Millionären an hessische CDU-Gliederungen vermacht worden. Die Details des dritten Vermächtnisses machten die Angelegenheit noch dubioser, weil die Frankfurter CDU zunächst ganz andere Angaben über die Höhe des Betrages machte, als der Rechenschaftsbericht auswies. Immer wieder musste die Hessen-CDU Erklärungen nachbessern, bis sie sich schließlich auf die Version festlegte, ein Teil des Vermächtnisses sei „zunächst“ über Konten des Landesverbandes gelaufen, der mit dem Geld dann Wahlkampf-Rechnungen beglichen habe.

Die Arbeitshypothese, dass die Vermächtnisse Tarn-Vorgänge waren, um dubiose Einzahlungen, etwa von Großspendern, zu verschleiern, wurde mit jeder weiteren Recherche stärker. Belegen ließ sie sich jedoch nicht. Auf einen Informanten aus CDU-Kreisen zu hoffen, der auspacken würde, schien mir in diesen Tagen wenig aussichtsreich. Alle Versuche, beispielsweise mit Angestellten aus der CDU-Geschäftsstelle ins Gespräch zu kommen, verliefen im Sande. Also blieb nur der Weg, immer wieder alles in Frage zu stellen, die offiziellen CDU-Antworten akribisch auf Plausibilität zu prüfen und alle Ungereimtheiten detailliert in Berichten und in Kommentaren zu benennen.

So wäre beispielsweise zu erwarten gewesen, dass der nicht gerade alltägliche Eingang von Millionen-Erbschaften in den CDU-Gremien stets gebührend gefeiert worden wäre. Auf Nachfrage wollten sich aber einige altgediente Parteifunktionäre nicht einmal erinnern, damals überhaupt etwas von den Vermächtnissen gehört zu haben. Im Gegenteil: In den Gremien sei stets über klamme Parteifinzen geklagt worden. Und diejenigen, die nach eigener Aussage „am Rande mal“ etwas mitbekommen haben wollten, erklärten selbst in Hintergrundgesprächen, nicht die kleinste Idee zu haben, wer denn hinter den vermeintlichen Erblassern stecken könnte.

## OSWALD BÜHLER

RECHTSANWALT

Im Zoll 430 · Postfach 66  
FL-3493 MAUREN · LICHTENSTEINS.D.  
Prinz Casimir zu Sayn-Wittgenstein  
Friedrich-Ebert-Anlage 32  
Albingia Haus  
D - 60325 Frankfurt

C. Prinz Wittgenstein		
27. NOV. 1995		
Wohnort: ... Geburtsort: ... Geburtsdatum: ...		
www an.och.	Eingep. n.	ALZONEN
an: <i>hw</i>	29. NOV. 1995	Kennz.
<i>hw</i>	<i>hw</i>	<i>hw</i>

Mauren, 22. November 1995

Sehr geehrter Herr Prinz

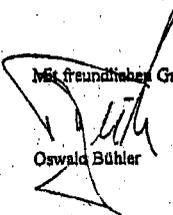
Wir nehmen Bezug auf das stattgefundene Telefonat und zeigen Ihnen hiermit in Ihrer Eigenschaft als Schatzmeister des Landesverbandes Hessen und des Kreisverbandes Frankfurt a/M. der CDU Deutschlands förmlich an, dass wir mit der Abwicklung einer letztwilligen Zuwendung eines überseeischen Mandanten zu Gunsten Ihrer Verbände beauftragt sind.

Die Zuwendung beläuft sich auf DM 3497200,-. Bitte geben Sie uns das Konto an, auf das die Auszahlung erfolgen soll. Den Empfang des Betrages wollen Sie uns bitte nach Erhalt bestätigen.

Die Zuwendung ist mit der Auflage verbunden, den Namen des Zuwendenden weder jetzt noch irgendwann bekanntzugeben. An diese Auflage sind wir gebunden, sodass wir Ihnen hierzu zu keiner Zeit weitere Angaben machen dürfen. Wir können nur soviel sagen, dass es sich um eine sehr wohlhabende, einstmals deutschstämmige und wohl auch mit Frankfurt a/M. engverbundene Persönlichkeit handelt, die Sie seit vielen Jahren gut gekannt haben müssen und die immer beeindruckt war, von Ihrer Tätigkeit und Hilfe als Schatzmeister der CDU.

Die Kosten für unsere Bemühungen sind durch den Vermächtnisgeber gedeckt, sodass Sie keine Kostennote von uns erhalten.

Mit freundlichen Grüßen


  
Oswald Bühler

TELEFON 075 / 375 12 32  
TELEFAX 075 / 375 12 33

LICHT: LANDSBANK AG,  
VAUDE

BANK: LICHTENSTEIN AG,  
VAUDE

VERMÄCHTNIS: IHO PRIVATBANK AG, VAUDE  
FRIEDRICH-EBERTS-PLATZ 11, D-60311 F.F. GALLIEN

---

Mehrere Parteimitglieder aus der zweiten Reihe bekannten immerhin hinter vorgehaltener Hand, auch ihnen komme es dubios vor, dass die reichen Wohltäter der Hessen-CDU immer zielgenau dann ablebten, wenn die Partei mal wieder dringend viel Geld brauchte. Doch je näher man an die amtierende Funktionärsriege herankam, desto härter wurde die Mauer. „Blanke Hetze“ unterstellte die CDU in diversen Presseerklärungen all jenen, die offen Zweifel an der Schlüssigkeit der Vermächtnis-Darstellungen äußerten. Generalsekretär Müller, den Koch im Sommer 1999 ausgerechnet aus dem Büro von Ex-Kanzler Kohl nach Hessen geholt hatte, rief schon mal kurz vor Redaktionsschluss im Landtagsbüro der Frankfurter Rundschau an, um mit nicht gerade sanften Worten mitzuteilen, dass er den „den Mist über angebliche Widersprüche“ keinesfalls in der Zeitung lesen wolle.

Die Drohung blieb ebenso erfolglos wie der geschmacklose Versuch des damaligen Partei-Schatzmeisters Casimir Prinz Wittgenstein, der plötzlich ausgewanderte Personen „jüdischer Herkunft“ als angebliche Erblasser aufbot – offenbar in der irrigen Hoffnung, damit eine Tabu-Hürde vor weiteren Nachfragen aufgestellt zu haben.

Auch Koch, der die Legende von den „jüdischen Vermächtnissen“ ungeniert weiterverbreitete, setzte offenbar darauf, dass die Berufung auf vermeintliche Autoritäten lästige Fragesteller schon ruhig stellen werde. So erklärte der CDU-Landeschef am 16. Dezember 1999 in einer Landtagsdebatte, dass seine Partei über die ersten beiden Vermächtnisse keine Unterlagen mehr besitze, da die Aufbewahrungsfristen abgelaufen seien. Für das dritte Vermächtnis von 1996 aber liege ihm persönlich das Schreiben eines „Rechtsanwalts und Notars“ aus Liechtenstein vor, der den Vorgang „beurkundet“ habe. Dieses Schreiben wolle er bei Bedarf auch einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Verfügung stellen, in Wiesbadener Journalistenkreisen wurde es von einem CDU-Mitarbeiter sofort lanciert. „Jetzt kann man natürlich behaupten, dieser Rechtsanwalt und Notar aus Liechtenstein habe gelogen, habe möglicherweise eine falsche Beurkundung gemacht“, sagte Koch im Landtag. Doch dazu habe er „überhaupt keinen Anlass“.

Allerdings war in dem Schreiben gar nichts von einem „Rechtsanwalt und Notar“ zu lesen, sondern nur von einem „Rechtsagenten“ namens Oswald Bühler. Eine schlichte Nachfrage bei Liechtensteiner Behörden ergab, dass es „Notare“ des deutschen Rechtssystems dort gar nicht gebe. „Rechtsagenten“ so stellte sich heraus, sind in der Regel Kauflaute, die als Strohmänner für solvente ausländische Steuerflüchtlinge fungieren und in deren Auftrag diskrete Stiftungen gründen, von denen er jeweils heimische Fiskus nichts erfahren darf.

Äußerst aufschlussreich war dann ein Telefongespräch mit Bühler. Er wollte sich nach einigen Nachfragen nicht einmal mehr festlegen, ob es sich beim CDU-

CASIMIR PRINZ WITTOENSTEIN

FRIEDRICH-EBERT-ANLAGE 32  
ALBINGIA-HAUS  
60325 FRANKFURT  
TELEFON 74 86 606.2.1988  
zSW/IS

Herrn

Siegbert Seitz  
Landesgeschäftsführer  
der CDU Hessen  
Frankfurter Strasse 6  
65189 Wiesbaden

1. G. H. lebt. jedoch  
nicht anwesend  
2. von Herrn Koch  
im Rückblick

ka 122

Sehr geehrter Herr Seitz,

Herr Koch hat meine Arbeit als Schatzmeister freundlich gewürdigt und mich gebeten, falls notwendig, die CDU Hessen weiter zu unterstützen, auch wenn ich nicht mehr die Position des Schatzmeisters der CDU Hessen habe. Ich habe ihm geantwortet, daß ich mich gern bemühen werde.

Wie ich höre, gibt es doch Probleme für die Einwerbung von Spenden für die anstehende Landtagswahl. So bin ich bereit, dem Landesverband der CDU Hessen ein zeitlich begrenztes Darlehen in Höhe von DM 2 Mio. zu gewähren. Die Laufzeit beträgt 3 Jahre, wobei der Landesverband die abgerufenen Beträge jederzeit baldmöglichst zurückzahlen kann.

Wenn Sie mit dieser Vorgehensweise einverstanden sind, bitte ich Sie um eine kurze Nachricht. Ich werde dann Herrn Weyrauch bitten, ein entsprechendes Darlehenskonto einzurichten.

Mit herzlichen Grüßen,

Ihr



(C. Prinz Wittgenstein)

---

Vermächtnis um den Nachlass eines Verstorbenen handelte. Stattdessen redete er viel von Stiftungen, die ja auch zu Gunsten von Parteien tätig werden könnten. Auf die Frage, ob man das dann noch „Vermächtnis“ nennen könne, wurde Bühler bemerkenswert einsilbig und beendete das Gespräch.

Rückblickend ist natürlich klar, dass eine Reise nach Liechtenstein unabdingbar gewesen wäre, um dem „Rechtsagenten“ direkt gegenüber sitzen zu können, mehr über seine sonstigen Geschäfte zu erfahren und es ihm schwerer zu machen, das Gespräch einfach abzubrechen. Auch die Suche nach Informanten hätte ich wesentlich systematischer betreiben müssen. Der Spiegel beispielsweise hatte auch ehemalige CDU-Geschäftsstellenmitarbeiter abgeklopft und war dabei unter anderem auf den früheren Buchhalter Franz-Josef Reischmann gestoßen. Der hatte, wie sich später herausstellte, Anfang der 80er Jahre unter den Augen des damaligen CDU-Generalsekretärs Franz Josef Jung im großen Stil Partei- und Fraktionsgelder in Höhe von 2,2 Millionen Mark hinterzogen, was wohl nur unentdeckt bleiben konnte, weil die Parteikasse immer wieder durch enorme Schwarzgeld-Zuflüsse aufgefüllt wurde.

Allerdings ist die Wiesbadener Landtagsvertretung der Frankfurter Rundschau nur ein Einzelkämpfer-Büro. Und während die Affäre sich immer mehr zum Skandal ausweitete, war gleichzeitig noch über einen Untersuchungsausschuss gegen den hessischen Innenminister Volker Bouffier (CDU), über Änderungen im Kommunalwahlrecht sowie über Dinge wie Landtagssitzungen, Flughafenausbau oder Regionalreform zu berichten. Für umfangreiche Schwarzgeld-Recherchen blieb häufig nur in den Abendstunden nach Redaktionsschluss Zeit. Hilfreich war jedoch, dass der Wiesbadener Landtagskorrespondent in der FR traditionell eine ziemlich autonome Stellung bei der Festsetzung seiner Berichtsthemen hat. Das Erlebnis einer Kollegin im Landtag, die aus ihrer Zentralredaktion sinngemäß zu hören bekamen, sie solle erst wieder etwas über Vermächtnisse schreiben, wenn klar sei, wer die Erblasser seien, blieb mir erspart. Im Gegenteil: Es gab viel Ermunterung aus dem Frankfurter Stammhaus, in dem zunehmend realisiert wurde, dass die dubiosen Hessen-Vorgänge zumindest im Nennwert den Betrag der Kohl'schen Schwarzgeld-Konten um ein Mehrfaches überstiegen.

Der Umstand, dass mehrere Redaktionen damals bereit waren, das Thema „am Kochen“ zu halten, hat entscheidend zu den Rechercheerfolgen beigetragen. Das permanente Nachfassen und Aufzeigen von Ungereimtheiten in der Berichterstattung und Kommentierung erhöhte den Druck auf die Hessen-CDU, detaillierte Erklärungen und Belege zu liefern, die man dann wieder auf ihre Stimmigkeit hin untersuchen konnte. Schließlich war auch aus Kreisen der Bundestagsverwaltung zu erfahren, dass man nun genau prüfen wolle, ob die Vermächtnisse nicht einfach wie unzulässige anonyme Großspenden zu behandeln seien.

In den Tagen um den Jahreswechsel 1999/2000 überschlugen sich dann die Ereignisse. Die Hessen-CDU versuchte krampfhaft, ihre teilweise zwielfichtigen Finanzverhältnisse buchhaltungstechnisch so zu frisieren, dass sie möglichen Prüfungen durch Staatsanwälte oder Untersuchungsausschüsse Stand halten könnten. Wie das geschah, erfuhr die Öffentlichkeit erst Monate später, als erste Ergebnisse staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen bekannt wurden: Die komplette CDU-Landesgeschäftsstelle, bis hin zur Sekretärin, war damit beschäftigt, fingierte Quittungen auszustellen, Kassenbücher zu vernichten und durch ein nachträglich erstelltes Fantasie-Zahlenwerk zu ersetzen. Handwerker, Zeitungskioske, sogar der Betreiber einer nahegelegenen Dönerbude wurden um Rechnungen für nie erbrachte Leistungen angegangen, um dunkle Geldflüsse zu tarnen. Während Generalsekretär Müller gegenüber Journalisten über „blanke Hetze“ wettete, brachte ihm der langjährige CDU-Buchhalter Joachim Lehmann noch schnell einen Schwarzgeld-Koffer mit 50 000 Mark in bar vorbei. Es war die alljährliche Geheim-Spende des Süßwarenherstellers Ferrero, der in den 90er Jahren Steuern in zweistelliger Millionenbeträge sparte, weil der CDU-Bürgermeister am hessischen Produktionsstandort Stadtallendorf die Gewerbesteuer-Vorauszahlungen viel zu niedrig angesetzt hatte. Um den hohen Bargeldbestand im Falle einer Durchsuchung erklären zu können, stellten sich Müller und zwei andere CDU-Mitarbeiter noch schnell gegenseitig fingierte Spendenquittungen auf ihre eigenen Namen aus.

Mehr Erfindungsreichtum mussten die Parteileute bei der Tarnung von zwei Millionen Mark an den Tag legen, die Weyrauch – von wem beauftragt? – in zwei Tranchen im Juli 1998 und im Februar 1999 von den schwarzen CDU-Konten in der Schweiz geholt hatte, um ein Polster für Roland Kochs ersten Landtagswahlkampf anzulegen. Weyrauch hatte dieses Geld zum großen Teil auf einem Sonderkonto bei der Frankfurter Hauck-Bank deponiert. Doch dieses Konto flog Anfang Dezember 1999 auf, als die Wirtschaftsprüfer der Bundes-CDU auf der Suche nach den Kohl'schen Kassen das Weyrauch'sche Anderkonto-System entdeckten.

Kochs Problem: Mit einem Teil des Geldes waren bereits 1998 erste Rechnungen für seinen Wahlkampf bezahlt worden. Im Rechenschaftsbericht 1998, den die Hessen-CDU nach Berlin geschickt hatte, war davon aber nichts zu lesen. Also wurde, unter Kochs Mitwirkung, ein „Darlehen“ erfunden: „Generalsekretär Müller ordnet stichtagsgerechte Abgrenzung des Wahlkampfsonderkontos an“, dichtete Kochs Generalsekretär in einer Presseerklärung vom 3. Januar 2000. Die erstaunte Öffentlichkeit erfuhr, dass Schatzmeister Wittgenstein der Partei im Februar 1998 „einen Privatkredit von zwei Millionen Mark eingeräumt“ habe. „Ursprünglich“ sei vorgesehen gewesen, den Kredit erst im Rechenschaftsbericht für 1999 zu bilanzieren.

---

Hier passte nichts mehr richtig zusammen. Schließlich hatte Koch noch am 16. Dezember im Landtag erklärt, es gebe keine Konten außerhalb der in den Rechenschaftsberichten festgehaltenen Buchführung. Müller rettete sich auf Nachfrage der FR in den Erklärungsversuch, er sei erst nach dem 16. Dezember von dem „Sonderkonto“ informiert worden. Wenn dieses „Darlehen“ aber so geheim war, dass es weder im Rechenschaftsbericht stand noch dem Generalsekretär bekannt war, wie konnte Koch dann noch am 10. Januar bei den „Sternsängern“ behaupten, es sei immer alles transparent und Ordnung gewesen mit seinen Parteifinanzen?

Kochs Amtsvorgänger als CDU-Landeschef, Manfred Kanther, sagte später, er habe in diesen Tagen gemerkt, dass das „Darlehen“ seinen Nachfolger so sehr in Schwierigkeiten bringen werde, dass auch ein weiteres „Kulissenstellen“ nicht mehr erfolgreich sein könne. Vier Tage nach dem Sternsinger-Termin, am 14. Januar, nahm Kanther alle Verantwortung für den Schwarzgeld-Sumpf auf sich. In einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Koch gab er zu, Anfang der 80er Jahre mit Weyrauch und Wittgenstein einen Millionenbetrag auf geheime Schweizer Konten verschoben zu haben, aus denen sich die Partei dann immer wieder bediente.

An diesem Abend gab Koch, noch neben Kanther sitzend, erstmals den „brutalstmöglichen Aufklärer“. Von all dem habe er nichts gewusst, beteuerte er. Und er werde sich auch „nicht mehr mit Politik beschäftigen“, wenn er nicht mehr als „ehrllicher Mann“ gelte. Die Politiker-Masche, unter massivem Druck die persönliche Glaubwürdigkeit in die Waagschale zu werfen, erinnerte ein wenig an Barschels „Ehrenwort“. Und doch hätte ich, und mit mir wohl viele Kollegen, an diesem Abend nicht vermutet, dass Koch so hoch pokerte und nur wenige Sätze später seine Vertuschungs-Strategie mit einer weiteren faustdicken Lüge fortsetzte. Wortreich legte er vor laufenden Kameras dar, die Darlehens-Legende sei, ohne sein Wissen, schon Anfang Februar 1998 eingefädelt worden, also noch bevor er das Amt von Kanther übernahm. Zum Beleg dafür gebe es sogar noch einen gut zwei Jahre alten Brief, in dem Wittgenstein das Darlehen seinerzeit angeboten habe, sagte Koch. Dann zitierte er aus diesem Schreiben und erklärte: „Das ist damals am 6. Februar 1998 eben in die hessische CDU in die Akten gegangen und damals ist dann auch entschieden worden, wir nehmen es in Anspruch.“

Dieses Papier wurde von der CDU vereinzelt lanciert und wirkte auf den ersten Blick sogar glaubwürdig: Die CDU-Fälscherwerkstatt hatte sich beim „Kulissenstellen“ wieder viel Mühe gegeben und den Brief trickreich auf das angebliche Entstehungsdatum, den 6. Februar 1998, getrimmt. „Wie ich höre, gibt es noch Probleme für die Einwerbung von Spenden für die anstehende Landtagswahl“

## ***Pressemittellung***



### **Generalsekretär Müller ordnet stichtagsgerechte Abgrenzung des Wahlkampfsonderkontos an**

Wiesbaden, 3. Januar 2000

Die hessische CDU wird nach dem Landtagswahlkampf 1999 mit rund 1,5 Millionen Mark Schulden ins nächste Jahrtausend gehen. Diese Zahl nennt Generalsekretär Herbert Müller gegenüber der Presse.

„Bei einem Gesamtaufwand von etwas über vier Millionen Mark sei dies durchaus normal und in den Haushaltsplänen der kommenden Jahre verkraftbar“, sagte Müller.

„Casimar Prinz Wittgenstein, langjähriger Schatzmeister der CDU Hessen, hat der Partei im Februar 1998 einen Privatkredit von 2 Millionen Mark eingeräumt, der allerdings nur mit 1,5 Millionen in Anspruch genommen werden mußte. Die Rückzahlung einschließlich der Zinsen erfolgte innerhalb von drei Jahren. Die Gremien der CDU hätten die Kreditaufnahme im Rahmen der Haushaltsplanberatungen beschlossen“, so Müller.

Ursprünglich sei vorgesehen gewesen, den Kredit erst im Jahr 1999 zusammen mit den Wahlkampfausgaben zu bilanzieren. Müller erklärte, er wolle sicherstellen, daß es über Ermessensentscheidungen in der Buchhaltung keine Zweifel gebe, und habe daher die stichtagsgerechte Abgrenzung des Wahlkampfsonderkontos angeordnet. Daher erscheint für das Jahr 1998 eine Kreditaufnahme von 798.000 DM im deshalb korrigierten Rechenschaftsbericht des Landesverbandes. Dem stehen rund 400.000 DM höhere Bankguthaben gegenüber, da der ausgezahlte Kreditbetrag am 31.12.1998 noch nicht vollständig ausgegeben worden sei. Mit den übrigen rund 400.000 Mark habe die CDU Hessen ihre Technik für den Wahlkampf fit gemacht (knapp 240.000 Mark) und erste Ausgaben im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit getätigt (rund 160.000 Mark).

Christian Schnee, Pressesprecher der CDU Hessen und der CDU-Landtagsfraktion  
Schloßplatz 1, 65183 Wiesbaden, Telefon: 0811/350 548 und 544, Telefax: 0811/350 551  
Internet-Adresse: [www.landtag.hessen.de/cdu-fraktion-hessen](http://www.landtag.hessen.de/cdu-fraktion-hessen)  
e-mail-Adresse: [presse-cdu@ltg.hessen.de](mailto:presse-cdu@ltg.hessen.de)

sollte Wittgenstein zum Beispiel damals geschrieben haben. Und zur Erhöhung der Glaubwürdigkeit brachte der frühere CDU-Landesgeschäftsführer Siegbert Seitz, der 1998 noch im Amt war, sogar noch fiktive handschriftliche Eingangsvermerke an. „Seiner Hoheit gedankt und angenommen“ und „Herrn Lehmann mit Bitte um Rücksprache“ stand über der Datumsangabe „12. Februar“ und mit Seitz-Paraphe abgezeichnet oben rechts auf dem Papier.

Doch das war alles Fake. Am Vormittag des 8. Februar 2000 offenbarte Horst Weyrauch bei seiner Vernehmung den Staatsanwälten, dass die Darlehens-Legende erst im Dezember 1999 unter dem zunehmenden öffentlichen Druck entstand – und zwar mit Kochs Beteiligung. Die entsprechenden Schreiben seien nachträglich angefertigt worden – ebenfalls mit Wissen und Billigung Kochs. Die Öffentlichkeit erfuhr von dieser Vernehmung zunächst nichts. Aber nur wenige Stunden danach, am Nachmittag des 8. Februar, korrigierte sich dann auch Koch ganz plötzlich. In einer stundenlangen Pressekonferenz mit dem Titel „schonungslose Aufklärung“ versteckte er seine Verstrickung in dem Satz, er sei am 21. Dezember 1999 „von der Existenz eines im Rechenwerk der CDU bislang nicht erhaltenen Kontos“ informiert worden und habe dann „schweren Herzens gebilligt“, dieses Konto als angeblichen „Kredit“ in den Rechenschaftsbericht aufzunehmen. Nur wer sich detailliert mit den Vorgängen beschäftigt hatte, konnte die Bedeutung der Aussage als Korrektur einer früheren Lüge erkennen. Nach Ansicht der Ermittler war Koch mit dieser Korrektur immerhin „strafbefreiend von einem eventuellen Betrugsversuch zurückgetreten“.

Die Recherchebedingungen änderten sich grundlegend seit der Kanther-Beichte. Die Staatsanwaltschaft schaltete sich ein, es gab Durchsuchungen, und die CDU musste davon ausgehen, dass Ermittlungsergebnisse früher oder später auch Gegenstand eines öffentlich tagenden Untersuchungsausschusses sein könnten. Also entschied sie sich für die Flucht nach vorne, verteilte selbst massenhaft Papiere. Nach den Erfahrungen mit lancierten CDU-Unterlagen war jedoch klar, dass man auch andere Quellen zur Überprüfung brauchte. Als Bezugsquelle für interessantes Material kamen theoretisch die Ermittler, die Anwälte der Betroffenen und die Oppositionsvertreter im Untersuchungsausschuss in Frage. Natürlich waren die Unterlagen geheim, und wo immer man sein Glück versuchte, musste man nicht nur zum Schutze der Informanten äußerst diskret vorgehen, sondern auch berücksichtigen, dass jeder Informant seine eigenen Interessen in der Affäre hatte. Ohne aus Gründen des Informantenschutzes ins Detail gehen zu können: Aber jeder Rechercheur ist in solchen Situationen gut beraten, seine Informanten zu drängen, möglichst in vollständigen Akten blättern zu können, auch wenn das mitunter mehrere mühselige Arbeitstage in verschlossenen, stickigen Büros bedeutet.

Die umfangreiche Recherche lohnte sich. Denn so manches, was in den CDU-Akten auf den ersten Blick eindeutig erschien, erwies sich bei näherem Hinsehen als fragwürdig, wenn nicht sogar manipuliert. So hatte Koch seinen langjährigen Vertrauten Franz Josef Jung in Schutz genommen und behauptet, in dessen Amtszeit als CDU-Generalsekretär sei kaum Schwarzgeld nach Hessen gelangt. Zum Beleg präsentierte er eine Tabelle, die von unabhängigen Wirtschaftsprüfern erarbeitet worden sei. Wer sich die Mühe machte, diese Tabelle genau mit Abrechnungsunterlagen Weyrauchs zu vergleichen, die an anderer Stelle zu finden waren, kam zu einem ganz anderen Ergebnis: Tatsächlich war der Schwarzgeld-Zustrom 1987, als Jung die Leitung der CDU-Geschäftsstelle übernahm, erst richtig in Schwung gekommen. In der Koch-Tabelle war zum Beispiel ein Schwarzgeld-Eingang von 845 000 Mark für das Jahr 1986 aufgeführt, und damit knapp vor Jungs Amtsübernahme. Weyrauch hatte in seinen Unterlagen aber akribisch aufgelistet, dass er das Geld erst bei drei Auslandsreisen in der Zeit vom 10. April bis 11. Dezember 1987 von den Schweizer Konten abgehoben hatte. „Ein Versehen“ hieß es bei der Hessen-CDU, nachdem die FR dies veröffentlicht hatte.

Auch vielen anderen Papieren, die nun plötzlich auf dem „Markt“ waren, konnte man nicht trauen. Denn die Hessen-CDU und Weyrauch hatten all die Jahre sehr vorausschauend gearbeitet und für viele dubiose Vorgänge gleich noch Vertuschungs-Legenden für die Akten angelegt. So verfasste Weyrauch in Zusammenhang mit dem Unterschlagungsfall Reischmann Unterlagen mit zwei völlig verschiedenen Versionen der Vorgänge. In einer Darstellung, die wohl für die offiziellen Akten gedacht war, hieß es, der CDU-Landtagsfraktion sei ein Schaden durch zu hohe Portokosten entstanden, den der Landesverband nun ersetzen wolle. Ein zweites Papier, das er offenbar für seine interne Absicherung brauchte, enthielt dagegen die auch durch Zeugen bestätigte Darstellung: Reischmann hatte demnach auch Fraktionsgelder unterschlagen. Die mussten nun schnell von den Schwarzgeld-Konten ersetzt werden, da es sich um staatliche Gelder handelte, deren Verwendung bisweilen vom Landesrechnungshof überprüft wird..

Selbst die Staatsanwälte bemerkten nicht immer, dass sie bisweilen mit gefälschten Papieren gefüttert wurden – sogar von Koch persönlich. Am 20. Januar 2000, als noch niemand etwas von seiner Mitwirkung an der Darlehens-Erfindung ahnte, ließ der Regierungschef die Ermittler in die Staatskanzlei rufen und übergab ihnen in Gegenwart seines Generalsekretär Müller kommentarlos mehrere Vermerke. Einer davon war angeblich am 21. Dezember 1999 von Müller selbst verfasst worden. In dem Vermerk heißt es, er sei an diesem Tag über „ein Problem mit einem von Prinz Wittgenstein für den Landtagswahlkampf gewähr-

---

ten Darlehen“ informiert worden. Dann berichtet Müller über ein angeblich „ursprüngliches Vorhaben“, das Darlehen bis Ende 1999 zurückzuzahlen, was sich jedoch wegen des mageren Spendeneingangs „nicht realisieren“ lasse. Dieser Vermerk sollte die zu diesem Zeitpunkt noch von Koch verbreitete (falsche) Version belegen, er und Müller hätten von den wahren Hintergründen des Darlehens vor Kanthers Offenbarung im Januar 2000 nichts gewusst.

Den Ermittlern, die Zehntausende von Aktenseiten zu sichten hatten, fiel der Täuschungsversuch auch dann nicht auf, als Weyrauch sie später detailliert über den wirklichen Ablauf der Dinge, die nachträgliche Darlehens-Konstruktion und Kochs Beteiligung daran, aufklärte. Nachdem die FR den Fall später veröffentlichte, wurde jedoch auch klar, dass solche Feinheiten der Koch-Verstrickungen kaum noch öffentlich zu vermitteln waren. Es gab Missverständnisse. Die damalige Sprecherin der Wiesbadener Staatsanwaltschaft, die an den Ermittlungen selbst nicht beteiligt war, antwortete auf die Nachfrage eines Agenturjournalisten völlig korrekt, Koch habe doch in der Pressekonferenz mit Kanther eingeräumt, dass das Darlehen in Wirklichkeit eine versteckte Schwarzgeld-Zuführung war. Die Agentur wertete dies als Dementi, dabei hatte sie einfach am Kern der Nachricht vorbeigefragt. Schließlich ging es nicht um die längst erfolgte Enttarnung des Darlehens, sondern um Kochs aktive Rolle bei seiner Erfindung. Thema der Geschichte war, dass Koch nicht nur der Öffentlichkeit und einigen neuen CDU-Wirtschaftsprüfern, sondern auch den Staatsanwälten wochenlang mit Hilfe fingierter Papiere vorgemacht hatte, er habe mit der Darlehens-Fälschung nichts zu tun gehabt.

Vermutlich bin ich damals in eine typische Falle für Rechercheure getappt, die sich lange mit einem Thema beschäftigen: Man läuft Gefahr, sehr stark in Details abzugleiten und die eigentliche News nicht mehr klar genug herauszustellen. Womöglich war das Publikum aber auch gar nicht mehr interessiert an weiteren Details. Gemessen an den ersten Donnerschlägen der Affäre – die Entdeckung der Schwarzgeld-Konten, der Koch-Lügen, die Manipulation von Rechenschaftsberichten – wirkte das, was nun noch kam, für viele wie „peanuts“. Der hessische CDU-Chef hatte die Anfangsstürme der Affäre politisch irgendwie überstanden, was sollten die nun noch entdeckten Details noch bewirken? In Talkshows verbreitete Koch bereits unwidersprochen, er habe nur „einen einzigen Fehler“ gemacht, nämlich am Sternsinger-Nachmittag „einigen Journalisten zeitweise nicht vollständig alles zu sagen, was ich wusste.“ Rücktritte gab es mit Kochs damaligen Staatskanzlei-Leiter Jung und seinem Generalsekretär Müller nur in der zweiten Reihe. Und auch das ohne nachhaltige Wirkung: Müller kam unmittelbar nach seiner Demission bei einem renommierten Meinungsforschungsinstitut unter, Jung wurde nach einer zwei-

einhalbjährigen Schamfrist als „einfacher Abgeordneter“ wieder CDU-Fraktionschef im Landtag.

Die juristische Aufarbeitung ist mehr als drei Jahre nach Aufdeckung der schwarzen Konten noch immer nicht abgeschlossen. Das Frankfurter Oberlandesgericht hat bis heute nicht entschieden, ob es dem Antrag der Staatsanwaltschaft folgt und Anklage gegen Kanther, Weyrauch und Wittgenstein erhebt. Der Ex-Schatzmeister und der Ex-Finanzberater haben deshalb vor allen Untersuchungsausschüssen die Aussage verweigern können, um sich vor einem Verfahren nicht selbst zu belasten. Auf der politischen Ebene stellt sich in Hessen längst niemand mehr die Frage, wie glaubwürdig die Darstellung des ehemaligen Bundesinnenministers Manfred Kanther ist, er habe seinem Nachfolger Roland Koch bei der Übergabe des CDU-Landesvorsitzes und später nie etwas von dem geheimen Schatz in der Schweiz erzählt; selbst wenn er damit riskierte, dass die Millionen dort auf ewig verschimmeln würden, ~~und der wenn er, der~~ über 80jährige Wittgenstein und der herzkrankte Weyrauch mal nicht mehr leben sollten. Oder was von Kochs Aussage zu halten ist, er habe zwar zu seinem Amtsbeginn genau in die Bücher seines Landesverbandes geschaut, dann aber nie bemerkt, dass auch in seiner Amtszeit ständig neues Geld an den Bücher vorbei in die CDU-Kassen strömte und teure Ausgaben für neue Computer oder auf ihn zugeschnittene Imagekampagnen erst möglich machten. Oder wie Kanthers und Kochs gemeinsame Behauptung zu bewerten ist, die 20,8 Millionen Mark, die 1983 in die Schweiz geschafft wurden, seien ganz legal gesammeltes Parteivermögen gewesen, obwohl Eingeweihte wie der frühere hessische Parteischatzmeister Walther Leisler Kiep ausschließen, dass die Hessen-CDU damals viel Geld auf ihren offiziellen Konten angespart haben könnte, und obwohl es den internen Vermerk des altgedienten CDU-Buchhalters Lehmann gibt, der sehr konkret beschreibt, wie die Hessen-CDU von illegaler „Wasserfallfinanzierung“ über Staatsbürgerliche Vereinigungen profitierte und wie Kanther schließlich die Millionen ins Ausland schaffte, um sie „den Augen der Ermittler zu entziehen“?

Roland Koch ist bei der Landtagswahl am 2. Februar 2003 in seinem Amt bestätigt worden und erzielte bei dieser Wahl sogar eine absolute Mehrheit. Der Schwarzgeld-Untersuchungsausschuss im Landtag hatte seine Arbeit zuvor bereits still und leise eingestellt.

Zum Autor:

Matthias Bartsch, Jahrgang 1964, ist seit 1992 angestellt bei der Frankfurter Rundschau, seit Januar 1999 als Landtagskorrespondent in Wiesbaden. Die journalistische Ausbildung erhielt er an der Deutschen Journalistenschule in München (1986/87), anschließend Studium der Germanistik, Politik- und Geschichtswissenschaft sowie freie Mitarbeit in verschiedenen Medien.

## **Beitrag Buch „Mehr Leidenschaft Recherche“**

*von Ulrike Hinrichs*

### **1. Ein ganz „normaler“ Brief Donnerstag: 10. Oktober 2002.**

Kurz vor Feierabend um 19 Uhr rattert durch das Faxgerät der Redaktion „Frontal 21“ ein zweiseitiger Brief. Der Absender ist Dr. Andreas Reichel, FDP Landes-schatzmeister von Nordrhein-Westfalen. Ich bin erstaunt über das detaillierte Schreiben. Ausführlich hat Herr Reichel auf einen Fragenkatalog von mir geantwortet. Dabei geht es um die Finanzierung des umstrittenen israelkritischen Flugblattes vom Wahlkämpfer Möllemann. Es geht um das Konto, das Möllemann eigens dafür einrichtete und es geht um die Zahl der Spender, die auf das besagte Sonderkonto eingezahlt haben. Der Brief ist – wie sich erst sehr viel später herausstellt – in vielen Details falsch. Sieben der dreizehn Antworten enthalten unrichtige Angaben zu den FDP-Finanzen in NRW. Er wird neben anderen Belegen zum Schlüsseldokument der FDP-Spendenaffäre.

### **2. Exkurs: Das Faltblatt und die verspielte Wahl oder was man über den Zustand der FDP im September 2002 wissen muss**

Am 22. September 2002, dem Abend der Wahl steht der gesamten FDP-Spitze die Enttäuschung ins Gesicht geschrieben. 18 Prozent – das erklärte Wahlziel – ist weit verfehlt und für die meisten ist klar, wer dafür die Verantwortung zu tragen hat. Jürgen W. Möllemann. Zu diesem Zeitpunkt wird im Thomas-Dehler-Haus zwar noch nicht über eine Spendenaffäre gesprochen, aber das umstrittene Möllemann-Flugblatt hat der FDP so kurz vor der Wahl eine heftige parteischädigende „Antisemitismus-Debatte“ beschert.

„Die FDP hat den Regierungswechsel verspielt und Schuld ist Möllemann mit seinem israelkritischen Faltblatt“, kommentiert die Mehrzahl der Präsidiumsmitglieder an diesem Abend. Dass natürlich auch Parteichef Westerwelle mit seinem Guidomobil – der Höhepunkt des inhaltsarmen Spaßwahlkampfes der FDP – einen Beitrag dazu leistete, spielt nur hinter vorgehaltener Hand eine Rolle. Dennoch ist das FDP-Präsidium und ein großer Teil der Führungsspitze der Partei zutiefst über den weiteren Kurs der „kleinen feinen Klientelpartei“

zerstritten. Die „Alten“, also Lambsdorff und Genscher und – wenn man so will – ihr verlängerter Arm in das aktuelle Präsidium durch Gerhard und Rexrodt auf der einen Seite und schließlich die Gegenseite durch Westerwelle und Pieper, die sich bis zuletzt hinter Möllemann und seinen eingeschlagenen Spaßkurs stellten. Schließlich waren Westerwelle und Möllemann gemeinsam die Architekten der „18-Prozent-Kampagne“, des Guidomobils und der Erfindung eines Kanzlerkandidaten. Um diesen Riss und Streit nach der verlorenen Wahl zu verdecken, kam natürlich ein kranker unbeugsamer Möllemann als „Sündenbock“ für viele Probleme in der Partei gerade recht.

*Recherchetipp: Für das Aufdecken und Recherchieren der FDP-Spendenaffäre hat diese Situation eine besondere Rolle gespielt. Im Gegensatz zu den vorangegangenen Spendenskandalen von CDU und SPD, wo von „oben“ nach „unten“ ein Deckel auf die Ungereimtheiten gelegt und auch die Auskunft an die Presse nur an eine Stelle „monopolisiert“ wurde, war das bei der FDP anders. Möllemann hatte sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene viele Feinde. Seine polarisierende Art führte auch auf unterer Ebene in den Kreisverbänden in Nordrhein-Westfalen zu großen Streitigkeiten. Eine umfassende Lektüre vor allem der Regionalzeitungen, die sehr detailliert über die Personalquerelen berichten, klingt banal, ist aber äußerst hilfreich.*

### **Freitag, 11. Oktober – Der Brief und die ersten Unstimmigkeiten**

Der Brief von Landesschatzmeister Andreas Reichel (Anlage 1), der an jenem Donnerstag die Redaktion von „Frontal 21“ erreichte, enthielt folgende Kernantworten: „Sehr geehrte Frau Hinrichs, zu Ihren Fragen hinsichtlich der Finanzierung des Faltblattes von Herrn Möllemann kann ich Ihnen folgende Auskünfte geben: Es handelt sich um ein Wahlkampfkonto von Jürgen Möllemann, das wir der FDP zurechnen. Das Konto wird in die Buchführung der FDP eingearbeitet. (...) Zur Finanzierung des Flyers wurden von Jürgen Möllemann Spenden eingesammelt, die als Parteispenden anzusehen sind. (...) Die Zahl der Spender ist dreistellig, (...) kein Einzelbetrag übersteigt die Summe von 10.000 Euro (...) Das Konto wurde am 20.09.2002 eingerichtet“.

Schuldig blieb Reichel in diesem Brief die Antwort, wie teuer die Aktion des Flugblattes insgesamt und wie hoch der Kontostand des sogenannten Sonderkontos tatsächlich war.

Anruf in der Bundesschatzmeisterei bei Schatzmeister Günter Rexrodt. Zwei Fragen: 1. Wissen Sie irgendetwas über dieses Konto? 2. Sind die gesammelten Spenden von Möllemann in das Rechenwerk der Partei eingegangen? Auf der

anderen Seite der Leitung zwei deutliche Antworten eines sichtlich genervten Schatzmeisters. 1. Nein. 2. Nein und dann der Zusatz: Ich habe einen Wirtschaftsprüfer beauftragt, die Konten des Landesverbandes in Nordrhein-Westfalen zu überprüfen.

Dass der Bundesschatzmeister von dem „Sonderkonto Möllemann“ nichts wusste, war nicht ungewöhnlich. Stutzig machte mich allerdings sofort, dass Wirtschaftsprüfer aus Berlin die Konten des Landesverbandes überprüfen sollten. Ein ungewöhnlicher Weg. Offenbar funktionierte die Kommunikation zwischen Berlin und Düsseldorf nicht reibungslos, bzw. Rexrodt kam ohne Wirtschaftsprüfer wohl nicht an die entsprechenden Daten.

In dieser Phase der Recherche haben mir die Erfahrungen aus der CDU-Spendenaffäre geholfen. Ich kannte mich im aktuellen Parteiengesetz aus und wusste auch, dass ein Konto, das der Partei zuzurechnen ist, laut Parteiengesetz mindestens noch einer weiteren Person aus dem Vorstand der Partei zugänglich gemacht werden musste. Möllemann durfte das Konto also nicht privat führen. Stellte sich hier also die Frage: Wer hatte noch Zugang zu dem Konto? Zudem machte mich die Zahl der Spender stutzig – mehr als 100 in jedem Fall. Und die sollten alle in nur wenigen Tagen auf das Konto eingezahlt haben? Mehr als auffällig war der Zeitpunkt der Konto-Eröffnung, nämlich am 20. September 2002, erst zwei Tage vor der Bundestagswahl, außerdem vier Tage nachdem das Flugblatt an Millionen Haushalte verteilt wurde.

*Recherchetipp: Hilfreich, vor allem um von Anfang an den Überblick zu behalten, ist eine genaue Dokumentation, wann was passiert ist. Nur durch die chronologische Auflistung wird sofort deutlich, dass etwa Zeitpunkte – wie hier – nicht zusammenpassen.*

### **Montag, 14. Oktober – ein Informant und erste Original-Dokumente**

In Düsseldorf treffe ich an diesem Vormittag um 11 Uhr einen Informanten aus der FDP in Nordrhein-Westfalen. Ich wusste, dass mein Informant sowohl Möllemann als auch Teilen des nordrhein-westfälischen FDP-Landesvorstandes kritisch gegenüber stand. Von ihm bekam ich wesentliche Hinweise für meine weiteren Recherchen. Er erzählte mir, dass es rund 10 Tage bevor ich an Schatzmeister Reichel geschrieben hatte, auch schon einen Brief aus der FDP-Bundeszentrale an Möllemann gab. Darin wurde Möllemann aufgefordert, innerhalb einer Frist von wenigen Tagen die Finanzen seines Sonderkontos offen zu legen. Möllemann hatte daraufhin durch Landesschatzmeister Reichel ausweichend antworten lassen. Er selber schrieb dann später noch einen Brief an Bundesschatz-

**Dr. Andreas Reichel**  
Landesschatzmeister

An die  
Chefredaktion  
Frontal 21  
Ulrike Hinrichs

per Fax: 030 / 2099-1260

**FDP**

**Dr. J. Reichel**

**Landesverband  
Nordrhein-Westfalen**

Wolfgang-Döring-Haus  
Sternstr. 44  
40479 Düsseldorf  
Telefon 0211 / 497090  
Telefax 0211 / 4970950  
eMail: [nrw@fdp.de](mailto:nrw@fdp.de)  
<http://www.fdp-nrw.de>

Essen, 10. Oktober 2002

Sehr geehrte Frau Hinrichs,

zu Ihren Fragen hinsichtlich der Finanzierung des Falbblattes von Herrn Möllemann kann ich Ihnen die folgenden Auskünfte geben:

1. Es handelt sich um ein Wahlkampfkonto von Jürgen Möllemann, dass wir der FDP zurechnen.
2. Das Konto wird in die Buchführung der FDP eingearbeitet.
3. Am 20.09.02.
4. Ja, mit Vermerk „Wahlkampf Möllemann“
5. Kein Einzelbetrag übersteigt die Summe von € 10.000,-.
6. Keine Angabe, weil der gesetzlichen Pflicht zur Nennung von Spendern über € 10.000,- die entsprechende Verpflichtung entspricht, Spenden unterhalb dieser Summe gerade nicht öffentlich zu nennen.
7. Ergibt sich schon aus Frage 5
8. Keine Angabe.

Seite 2

9. Zur Finanzierung des Flyers wurden von Jürgen Möllemann Spenden gesammelt, die als Parteispenden anzusehen sind.
10. Keine Angabe.
11. Keine Angabe, es liegen auch noch nicht alle Rechnungen vor.
12. Die Zahl der Spender ist dreistellig, eine genaue Zahl zu nennen ist noch nicht möglich, da immer noch Spenden eingehen, die offensichtlich die Aktion Jürgen Möllemanns unterstützen wollen, veröffentlichungspflichtige Spender werden am Jahresende veröffentlicht, weil es bei der € 10.000-Grenze darauf ankommt, wer innerhalb eines ganzen Jahres – möglicherweise durch mehrere Einzelspenden – diese Grenze überschreitet. Einzelspenden über € 50.000,- würden nach dem Parteiengesetz natürlich ad hoc veröffentlicht.
13. Auf dem Konto gehen weiterhin Spenden ein, die bei der Partei verbucht werden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Jürgen Möllemann', written in a cursive style.

meister Rexrodt, der ebenfalls keine Details über die Kontostände und Spendeneingänge enthielt. Es hieß in diesem Brief lediglich: „Seien Sie versichert, dass der Landesverband Nordrhein-Westfalen der FDP ebenso wie ich als dessen Vorsitzender allen satzungsmäßigen und gesetzlichen Verpflichtungen äußerst korrekt nachkommen“. Da also genaue Kontostände und Auflistungen der eingesammelten Spenden fehlten, bewog das die Berliner, externe Wirtschaftsprüfer einzusetzen.

Außerdem steckte mir mein Informant zwei Dokumente (siehe Anlage 2 und 3) zu: zum einen die Druckkostenrechnung des Faltblattes von genau 117.180 Euro, sowie die Rechnung der Post für das Verteilen des Flyers von genau 838.218,68 Euro. Nun wusste ich also, dass der Flyer die stattliche Summe von einer Millionen Euro gekostet hatte. Immer unwahrscheinlicher wurde jetzt schon, dass Möllemann dafür wirklich so viele Spender in so kurzer Zeit gefunden hatte.

Aus der Rechnung der Post ging außerdem hervor, dass ein Lastschriftinzug über die Rechnungssumme nicht von einem „Sonderkonto Möllemann“ sondern zunächst vom Konto des Landesverbandes erfolgte.

*Recherchetipp: Ein Informant hat immer ein eigenes Interesse, wenn er interne und geheime Informationen preisgibt. Entweder will er sich persönlich an einer bestimmten Person rächen, dann verlangt er vom Journalisten als Gegenleistung lediglich die Veröffentlichung ohne seine Namensnennung. So ist es bei meinem Informanten gewesen. Andere wollen durch gezieltes Streuen von Informationen von ihrer eigenen Person ablenken, sie drängen meist nicht auf eine Veröffentlichung und sind in ihren Einschätzungen oft sehr einseitig.*

*In der politischen Szene trifft man auch auf Informanten, die sich persönlich profilieren wollen. Sie bestehen darauf, ein Interview zu geben und namentlich aufzutreten.*

## **Dienstag, 15. Oktober – Sendetag von „Frontal 21“ – noch immer kein Film**

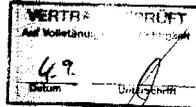
Vormittags: Anruf beim Landesschatzmeister Andreas Reichel. Durch Zufall erwische ich ihn direkt über sein Handy. Ich würde gerne mit ihm über die Widersprüche meiner Recherchen reden. Er bietet mir an, dass wir uns am nächsten Abend in Berlin treffen könnten, da er sowieso einen Termin habe. Ich verabrede mit ihm in einem Hotel am Gendarmenmarkt für Mittwoch um 18 Uhr.

Außerdem telefoniere ich nochmals mit meinem Informanten in Düsseldorf. Er hat inzwischen über Parteifreunde herausbekommen, dass es offenbar eine Liste von Spendern gibt, die auf das Sonderkonto von Möllemann eingezahlt

# RADEMANN

## DRUCK- UND MEDIENHAUS

FDP Landesvertretung NRW  
Herrn H.-J. Kuhl  
Sternstraße 44  
40479 Düsseldorf



-  H. Rademann Gr.  
Baumchulenhweg 1  
59349 Lüdinghausen
-  Postfach 1543  
59335 Lüdinghausen
-  0 25 91-91 74-0
-  0 25 91-91 74-3
-  info@rademann.de
-  www.rademann.de
-  Datenfernübertrag  
0 25 91-91 74 55

Auftragsbestätigung 19056712/  
Bei Rückfragen bitte angeben

Es schreibt Ihnen Durchwahl Danum  
Andreas Schneider-63 03.09.2002

Sehr geehrter Herr Kuhl,

vielen Dank für Ihren Auftrag, den wir gemäß unserer umseitigen  
Geschäftsbedingungen wie folgt bestätigen:

<b>Objekt</b>	Flyer FDP
<b>Format</b>	10 x 21 cm
<b>Umfang</b>	4 Seiten
<b>Vorlagen</b>	gelieferte Daten für digital Druckformherstellung.
<b>Druck</b>	4/4-farbig Euroskala
<b>Verarbeitung</b>	schneiden, auf DIN/ang. falten, zu 100 Exemplare mit 2 Klappereisen abstrecken, handlich in Kartons verpacken, Lieferung frei Postamt Langenfeld
<b>Material</b>	90g/qm holzfrei weiß glänzend gestrichen Bilderdruck
<b>Liefertermin</b>	13.09.2002 eintreffend beim Postamt Langenfeld

<b>Auflage</b>	<b>Preis pro 1.000</b>	<b>Gesamtsumme</b>
8.400.000	13,95 €	117.180,00 €

zusätzlich Mehrwertsteuer.

 Sparkasse Coesfeld  
Ho 10 831 812 401 345 50  
Vollbank Lüdinghausen  
Kto. 0 133 000 812 401 045  
Commerzbank Lüdinghausen  
Kto. 1 100 510 812 400 400  
Deutsche Bank AG Dülmen  
Kto. 2 208 710 812 400 700  
Postgremium Dortmund  
Kto. 20 238 400 812 440 100  
USt-Id. Nr. DE 1257004511

 Antiquarisch  
Lüdinghausen HRB 1718  
Geschäftsbüro  
Dipl.-Ing. Andreas Schneider

# RADEMANN

---

## DRUCK- UND MEDIENHAUS

Sie oder Ihre Agentur erhalten von uns einen Korrekturabzug, den wir mit dem Hinweis auf Druckfreigabe vor Produktionsbeginn benötigen.

Ich habe das Papier verbindlich geordert, es tritt am 4. September 02 vormittags bei uns ein. Bis heute abend benötigen wir die endgültige Datei, um den Korrekturabzug vorbereiten und den Liefertermin einhalten zu können.

Wir sichern Ihnen genaue Qualität und pünktliche Lieferung zu und freuen uns, daß wir für Sie dieses wichtige Projekt durchführen dürfen.

Die Rechnungsanschrift lautet:

Web Tec  
Achenbachstraße 56  
40237 Düsseldorf

*H. J. Kuhl*

Hans-Joachim Kuhl  
Hauptgeschäftsführer

Mit freundlichen Grüßen

H. Rademann GmbH  
Druck und Medienhaus

*A. Schneider*  
Andreas Schneider  
Geschäftsführer

**Einfieferungsliste für Postwurfsendungen**  
(Beleg für den Auftraggeber)

VGA 1108 WU



**Deutsche Post**

**Angaben zum Absender / Einlieferer**

Absender (\*) (Auftraggeber)  Es gilt Absender Zähl.  Zahlung durch Absender  
 Kunden- / Kartennummer: 5 0 2 6 2 7 2 9 0 3 2 5 0 1  
 Name und Anschrift: F.D.P. Landesverband  
 Sternstr. 44, D - 40479 Düsseldorf

Einlieferer (sonst vom Absender abweichend)  Zahlung durch Einlieferer  
 Kunden- / Kartennummer: 5 0 1 0 7 0 0 7 2 2  
 Name und Anschrift: Rademann GmbH  
 Baumschulenbergweg 1, D - 50348 Lüdinghausen

Bankverbindung (stets angeben)  
 F.D.P. Kontonummer: 1 3 4 3 0 0 9  
 Kreditinstitut: Bankhaus Lampe, Bielefeld  
 Bankleitzahl: 4 8 0 2 0 1 5 1

**Angaben zum Produkt**

Produktvariante  
 Haushalte mit Tagespost  
 alle Haushalte  
 alle Briefabholer (Postfachinhaber)  
 sämtliche Haushalte  
 Bezeichnung der Aussendung: F.D.P.

**Angaben zur Abrechnung**

Entgeltberechnung (Mindestauftragswert 266,88 EURO für Haushalte mit Tagespost und an alle Haushalte, Aufzahlung möglich.)  
 Einzelgewicht der Sendung: 4 g  Belegstück liegt vor  mit Warenprobe (Sampleservice)

Hinweis: Weicht die angegebene von der tatsächlich erreichten an, erlischt mit zurecht geleistete Entgelte durch Überweisung auf das angegebene Konto. Bei der tatsächlichen angelegten Stückzahl größer als die angegebene Stückzahl, unless die Hauptabrechnung der Deutschen Post im Lastschriftverfahren abgewandert. Für diesen Fall umfasst die Verantwortlichkeit der Deutsche Post AG, die Einkäufe von g.g. Konto zurückzahlen. Welche der Kontoinhaber vom Absender ist, kann wird die Deutsche Post AG bei entsprechenden Sendung des angegebenen Kontos ermittelung, nicht geordnete Betriebe zum Absender in Rechnung zu stellen.

	Teritzone	Stückzahl	Entgelt in 1000 lt. Preistabelle in EUR	Gesamtentgelt (Stückzahl mal Entgelt lt. Preistab. geteilt durch 1000) in EUR
"An alle Haushalte" und "An Haushalte mit Tagespost"	A (Ballungszentren)	4.743.186	80,00	379.454,88
	B (Zwischenbereiche)	2.048.102	82,00	168.426,38
	C (Landbereiche)	1.487.712	104,00	154.722,05
"An alle Briefabholer" (Postfachinhaber)				
		8.279.000		722.602,31
Das Entgelt wird wie folgt bezahlt:	Gesamtstückzahl		Entgelt	722.602,31
<input type="checkbox"/> Bar / electronic-cash			ggf. Aufzahlung	0,00
<input type="checkbox"/> Verrechnungsscheck (**)			Nettobetrag	722.602,31
<input checked="" type="checkbox"/> Abbuchung vom Konto (***) (***) nur mit POSTCARD (Ausweisverfahren) möglich			zzgl. MwSt (*)	115.616,37
			Zahlbetrag	838.218,68

\*) Mehrwertsteuer in der jeweils gültige Höhe des Regelsteuersatzes.

Es gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Deutschen Post AG für den Briefdienst Inland.  
 19.9.2002  
 (Unterschrift des Absenders / Einlieferers), Datum  
 820011/5 8652 16.09.02 VGR 1108 WU U 8

**Hinweise zum Ausfüllen der Formulare:**  
 Manuelle Vervollständigung der Einfieferungsliste mit  
 - Unterschrift(en)  
 - Datum  
 - Soweit notwendig, Zahl der gefertigten Gebinde in der Auflistung der Verteilungen (Spalte 2)

**Entgeltbescheinigung**  
 838.218,68 EUR

Postwurfsendungen an alle Haushalte, Einzelgewicht 4 g

Stück	1000'er Entgelt	1000'er Entgelt
12 A 4.743.186	80,00 EUR	379.454,88 EUR
12 B 2.048.102	82,00 EUR	168.426,38 EUR
12 C 1.487.712	104,00 EUR	154.722,05 EUR
Stück: 8.279.000	Entgelt: 722.602,31 EUR	
	zuzüglich 16% USt: 115.616,37 EUR	
	Zahlbetrag: 838.218,68 EUR	

Entgelt für Postwurfsendungen  
 ist bar entrichtet worden.  
 ist durch Scheck entrichtet worden.  
 wird vom Girokonto abgebucht.

Endgültige Abrechnung des Entgelts vorbehalten

lastschriftzahlung: 838.218,68 EUR  
 Kundennummer: 3013215318 Ergänzungsnummer: 2501  
 Konto-Nr.: 0001543099 BLZ: 48020151  
 Kontoinhaber: FDP Landesverband Nordrhein-Westfalen



Landesverband NRW  
 16. Sep. 2002  
**EINGANG**  
 zur Bearbeitung in:

hätten und dass merkwürdige „Bar-Überweisungen“ auf das Konto von rund 140 Banken in Nordrhein-Westfalen erfolgten.

Wieder helfen mir meine Erfahrungen aus der CDU-Spendenaffäre. „Bar-Überweisungen“ – sie sind nichts anderes als Bareinzahlungen auf ein Konto – sind als Spenden unzulässig, sie verstoßen gegen das Parteiengesetz.

Dienstag Nachmittag in der Redaktion: „Ich glaube, Möllemann hat ein Schwarzgeldkonto“ – ich erläutere, was ich bis zu diesem Zeitpunkt herausgefunden habe. Zur Sendung sind es nur noch fünf Stunden. Als Belege kann ich jedoch bisher nur meine beiden Rechnungen vorlegen. Sowohl Günter Rexrodt als auch Andreas Reichel wollen an diesem Tag kein Interview geben.

Für einen „Frontal 21“-Film reicht das nicht aus.

### **Mittwoch, Donnerstag 16./17. Oktober – der Durchbruch.**

Erneuter Anruf bei Bundesschatzmeister Günter Rexrodt. Er bestätigt in dem Telefonat meine Recherchen. Ihm liegt offenbar von seinen Wirtschaftsprüfern inzwischen die Liste der Einzahlungen auf das Sonderkonto Möllemann vor, auch bestätigt er die Gesamtsumme der „Flyer-Aktion“, die nahezu identisch mit dem Kontostand auf dem „Sonderkonto Möllemann“ ist. Ich verabrede mich zu einem Interview mit ihm für den frühen Abend.

Nachmittags: Spontane Sitzung in der Redaktion. Bis zum kommenden Dienstag hält die Geschichte nicht – da bin ich mir sicher. Ich hatte außerdem meinem Informanten zugesichert, dass wir in jedem Fall in der aktuellen Woche noch etwas bringen wollten. Zudem hatte ich am Abend die zwei Drehtermine mit den zuständigen FDP-Schatzmeistern. Meine Redaktion ist darüber nicht besonders glücklich. Sie will mich überreden, trotzdem erst für Dienstag einen Film vorzubereiten. Schließlich sollte aus verständlichen Konkurrenzgründen die Sendung „Frontal 21“ mit der Geschichte exklusiv rauskommen. Ich bleibe hartnäckig – mein Gefühl sagt mir, dass die Geschichte auch deswegen auffliegen könnte, da die eingesetzten Wirtschaftsprüfer schon sehr schnell detaillierte Erkenntnisse rausblasen könnten.

Wir beschließen die Chefredaktion in Mainz zu informieren. Dort gibt es grünes Licht. Ich soll einen Beitrag für das ZDF-Morgenmagazin und ZDF-Mittagsmagazin für den nächsten Tag vorbereiten, außerdem auch eine Kurzfassung für die Nachrichten. Nun ist alles nur noch Routine. Landesschatzmeister Reichel räumt vor der Kamera ein, dass es ungeklärte Spendeneingänge zur Finanzierung des Flugblattes auf das „Sonderkonto Möllemann“ gegeben hätte. Bundesschatzmeister Rexrodt bestätigt ebenfalls vor der Kamera, den Eingang der

„Bar-Überweisungen“ von über 500.000 Euro auf das Sonderkonto „Möller- mann“, er räumt damit einen Verstoß gegen das Parteiengesetz ein. Um 5:33 Uhr am Donnerstag Morgen moderiert dann das Team vom ZDF-Morgenmagazin erstmals eine neue Parteispendenaffäre an: nämlich die der FDP.

*Recherchetipp: Um 14 Uhr, also eine Stunde nachdem das ZDF-Mittagsmagazin meinen Spenden-Beitrag gesendet hat, läuft plötzlich eine Agenturmeldung bei dpa, die sich offenbar auf eine Pressemitteilung des „Stern“ bezieht. Der „Stern“ hat herausgefunden, dass die Liste der Personen, die auf das Konto von Möller- mann eingezahlt haben sollen, fehlerhaft ist. Namen und Adressen stimmen nicht überein. Wir haben also am Ende richtig entschieden, die Geschichte sofort zu publizieren. Die Stern-Kollegen waren offenbar auch dran. Das zeigt, wie wichtig das Gefühl für den richtigen Zeitpunkt einer Geschichte ist. Wochenlange Recherchearbeit wäre verloren gewesen.*

### **Nach der Enthüllung: Möller- mann tritt zurück und die neue Rolle von Schatzmeister Rexrodt**

Am Freitag, den 17. Oktober gibt es eine erste offizielle FDP-Pressekonferenz von Bundesschatzmeister Günter Rexrodt zur Spendenaffäre. Der Saal ist bis auf den letzten Platz gefüllt. Verkündet wird in dieser Pressekonferenz eine Zusammenfassung der bisherigen Erkenntnisse über das ominöse Konto von Möller- mann. Im Wesentlichen referiert Rexrodt das, was wir am Tag zuvor auch schon berichtet hatten.

Ab diesem Zeitpunkt tritt der Bundesschatzmeister nun regelmäßig vor die Presse und informiert über das, was seine Wirtschaftsprüfer tagtäglich herausfinden. Warum Rexrodt so offensiv die Presse bedient, ist klar: Nur wenn eine Partei selber und nicht Dritte die Hintergründe der unerlaubten Spendenfinanzierung aufdeckt, kann sie drohenden Strafzahlungen wegen des Verstoßes gegen das Parteiengesetz von Bundestagspräsident Thierse entgehen. Dass Rexrodt seine „neue Popularität“ zudem noch gefiel und er im Stillen auch mit einer Nachfolge von Westerwelle liebäugelte – das bestreitet zu diesem Zeitpunkt niemand aus der FDP-Spitze.

Ab jetzt bin ich nicht mehr allein mit meinen Recherchen. Eine regelrechte Jagd auf „Exklusivität“ beginnt. Der „Spiegel“ hat allein 10 Leute auf die Geschichte angesetzt. Und es gibt noch sehr viel zu klären. Vor allem ist die Frage offen, woher das viele Geld für den „Flyer“ stammt.

Am diesem Freitag nimmt auch die Staatsanwaltschaft erste Prüfungen für ein Ermittlungsverfahren gegen Möller- mann auf.

Möllemann tritt am 20. Oktober 2002 als FDP-Landes- und Fraktionschef zurück.

Die nächsten Wochen gelingt es mir, trotz der großen Konkurrenz aufgrund meines Wissensvorsprungs vorne an den Recherchen dran zu bleiben. Durch die erste Veröffentlichung im ZDF gibt es zunehmend Informanten aus den Kreisverbänden, die sich bei mir in der Redaktion melden und immer Details auch über den Landtagswahlkampf 2000 und die unrühmliche Rolle von FDP-Landesgeschäftsführer Hans-Joachim Kuhl erzählen. Hier erfahre ich dann auch, dass Hans-Joachim Kuhl für 2002 offenbar die Namen der Spender, die es nie gab, manipulierte. Mit dieser Information konnten wir noch eine große Schlagzeile in der Woche nach der ersten Enthüllung produzieren. Auch Kuhl musste im Zuge der Affäre zurücktreten.

Nach dem Rücktritt Möllemanns ist aus der Geschichte allerdings die Luft raus, obwohl bis heute die große Frage über die Herkunft der „Gelder“ nicht geklärt werden konnte. Jürgen W. Möllemann hat gegenüber der Staatsanwaltschaft ausgesagt, dass es sich bei dem Geld für den Flyer um privates Vermögen handele. Spender hätte es nie gegeben. Gelogen hätte er nur deswegen, um nicht als „Krösus“ im Wahlkampf aufzutreten.

Schatzmeister Rexrodt hat ebenfalls den Deckel seiner Akte „M“ geschlossen. Für ihn ist „jetzt die weitere Aufklärung Sache der Staatsanwälte“. Die Staatsanwälte wollen wegen des laufenden Ermittlungsverfahrens nichts sagen und auch die Informanten hüllen sich ab jetzt in Schweigen: Schließlich ist das Ziel – der Rücktritt Möllemanns – erreicht.

Ulrike Hinrichs ist Redakteurin beim ZDF-Magazin „Frontal 21“. Der ersten Beiträge über die FDP-Spendenaffäre wurden am 17. Oktober 2002 im ZDF-Morgenmagazin und den Sendungen „heute“ und „heute-journal“ ausgestrahlt

## Kirch – Mythos des Dunkelmanns???

*Hans-Jürgen Jakobs*

Vor einigen Jahren brachte die „Neue Zürcher Zeitung“ (NZZ) einen Essay, der in der Münchner Kommandozentrale des Leo Kirch begeistert gelesen wurde. Die deutschen Journalisten würden sich an dem Filmhändler abarbeiten, hieß es da, sie bräuchten und suchten geradezu den Mythos des Dunkelmanns. Kirch, der Mogul, eine Erfindung von Reportern, die sich gern investigativ geben?

Sehr oft kam es nicht vor, dass sich dieser geheimnisvolle Leo Kirch über Artikel in der Zeitung freuen konnte. Oft genug handelten sie von verdeckten Beteiligungen, Strohmännern, politischer Kumpanei, Intrigen, Machtspielen. Er selbst pflegte den Grundsatz, für Nachfragen und Interviewwünsche nicht zur Verfügung zu stehen und wurde zeitweise abgeschottet wie ein Geheimdienstchef. Für Kirchs Geschäfte sei es besser, nicht permanent in der Öffentlichkeit zu stehen, sagte einmal sein langjähriger Anwalt Joachim Theye, Gespräche mit Redaktionen seien unnütz, weil er auf die Fragen, die Journalisten interessierten, ohnehin keine Antwort geben könnte.

Diese Haltung bewirkte, dass Leo Kirch erst recht in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit geriet. Auch nach seiner Pleite im April 2002 ist das Niveau der journalistischen Zuwendung noch recht hoch, weil Monat für Monat aus dem Aktenbestand des zerfallenen Imperiums neue interne Dokumente bekannt wurden, die das wahre Gesicht des einst größten deutschen Fernsehkonzerns zeigten. Es sieht so aus, wie all jene immer vermutet haben, über die sich die ehrwürdige „NZZ“ einst mokierte.

In Sachen Kirch zu recherchieren, stellte immer besondere Anforderungen an Journalisten. In den sechziger und siebziger Jahren ergaben sich Anhalts- und Aufgreifpunkte noch am ehesten in den öffentlich-rechtlichen Sendern von ARD und ZDF, wo die Rundfunk-, Fernseh- und Verwaltungsräte all jene umfangreichen Programmvereinbarungen genehmigen mussten, von denen der Großlieferant Kirch profitierte. Der Unternehmer pflegte im Umgang mit den amerikanischen Filmstudios in Hollywood eine Art Monopol, wofür er stets mit dem Argument warb, so ließen sich die Bezugspreise niedrig halten. Wahr ist aber auch, dass der Exklusivversorger für ARD und ZDF riesige Pakete zusammenstellte, die neben attraktiver Ware auch B- und C-Filme vorsahen, die schwerer verkäuflich waren. Der alles in allem gute Durchschnittspreis erleichterte die Kalkulati-

on. Ein riesiges Filmlager entstand und ein beträchtliches Vermögen: Immobilien, wertvolle Gemälde, Beteiligungen.

Kirch hat immer darauf geachtet, dass er bei seinen Geschäften mit Vertretern aller Parteien, die in den Sendergremien saßen, gute Kontakte hielt, auch wenn er stets den Konservativen, hier vor allem Franz Josef Strauß, politisch nahe stand. Trotzdem gab es immer wieder den ein oder anderen Politiker, dem die umfangreichen Deals merkwürdig vorkamen; auch Mitarbeiter im ZDF und in der ARD sowie kleinere Filmhändler raunten schon einmal etwas von der großen, der übergroßen Macht des Filmhändlers. Dokumente gab es in der Regel keine, und so waren bei den ersten umfangreichen Berichten über jenen Mittelständler aus dem Süden, der sich aus dem fränkischen Fahr in die schwierige Fernsehbranche hoch gearbeitet hatte, mit umfangreichen Gerichtsprozessen begleitet. Der „Spiegel“ musste 1976 eine breite, im wesentlichen stimmige Geschichte in einigen Punkten korrigieren, was Kirch sofort propagandistisch zur Reinwäsche nutzte; erfolgreich war dagegen Helmut Markwort, damals Chefredakteur der Programmzeitschrift „Gong“, der einige Jahre später einen Prozess gewann. Der routinierte Journalist hatte über seltsame Geschäfte des ZDF mit Kirch berichtet, und zwar in Sachen „Daktari“, einer amerikanischen Serie.

So schwierig war es mit Kirch, dem „deutschen Howard Hughes“ („Abendzeitung“), bis weit in die achtziger Jahre hinein. Es gab nur wenige Fotos, keinen Pressesprecher, kaum Artikel und ein paar Filmredakteure in öffentlich-rechtlichen Anstalten, die ihn von Programmmessen kannten und schätzten. Über das Unternehmen wussten nur wenige Bescheid, und die redeten nicht viel; Schweigen war Geld. Auch ausgeschiedene Mitarbeiter wie etwa sein Intimus Herbert Kloiber hielten sich daran, wollten sie doch auch weiterhin Geschäfte mit dem offenbar einflussreichen Kirch machen. Dann aber kam der Leo Kirch wohl gesonnene Helmut Kohl an die Regierung und führte schnell das Privatfernsehen ein, was den Charakter des Münchner Handelsbetriebs grundlegend änderte. Kirch wurde selbst TV-Veranstalter und auch noch Mitverleger im Hause Axel Springer, was nun wiederum vielen suspekt war, auch vielen Mitstreitern aus seinem alten Umfeld. Von „Größenwahn“ war plötzlich die Rede, interne Machtkämpfe traten zu Tage. In dieser Lage wurde es einfacher, an Informationen zu kommen. Nun redeten schon mal Angestellte, weil sie so Verständnis für eine bestimmte Strategie erwecken wollten, die wiederum in Kontrast stand zu Erwägungen anderer Mitarbeiter. Und es gab beispielsweise den einstigen Geschäftsführer Bodo Scriba, der sich im Fernsehmarkt mit Gegnern Kirchs zusammen tat, und der sich Journalisten gegenüber äußerte. Plötzlich zirkulierten auch Fotos, die Kirch auf seiner Dienstjacht zeigten, in Begleitung von ZDF-Personal. Und es gab staatsanwaltschaftliche Ermittlungen und Vernehmungsprotokolle, die

man sich beschaffen konnte, nachdem ein später verstorbener Kunsthändler zwischenzeitlich mit Unterstützung des Springer Verlags den Medienhändler Kirch der Korruption bezichtigte.

Nun wurde ein Teil der inneren Mechanik dieses Unternehmens frei gelegt, das zu funktionieren schien wie ein Import-Export-Unternehmen für den Nahen Osten. Auch landete beispielsweise eine Postsendung mit Treuhandverträgen und weiteren Dokumenten, alles die saubere Arbeit einer Anwaltskanzlei, beim „Spiegel“ in Hamburg, und danach war klar, dass Firmen wie Neue Deutsche Filmgesellschaft oder Janus in Wirklichkeit zum Kirch-Verbund gehörten. Nach außen hin waren diese Einheiten selbstständig aufgetreten und hatten, scheinbar auf eigene Rechnung, an das ZDF verkauft. Der Sinn des Versteckspiels erschloss sich schnell, da sich das ZDF in der politisch aufgeheizten Diskussion verpflichtet hatte, maximal 40 Prozent der Filme und Serien bei Kirch zu beziehen; über Treuhänder ließ sich diese Höchstregelung, die aus gutem Grund eingeführt worden war, leicht umgehen.

Sogar eine Pressesprecherin beschäftigte Kirch plötzlich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, worauf wohl die Banken gedrungen hatten, die sich für Mediengeschäfte und den Privat-TV-Unternehmer Kirch zu interessieren begannen. Armgard von Burgsdorff konnte und durfte zwar auf konkrete Fragen wenig Konkretes sagen, sie mühte sich aber nach Kräften, ein Image Kirchs in die Öffentlichkeit zu pflanzen – jenes vom dynamischen, kreativen Unternehmer, der einen modernen Medienverbund erstellt, so wie der damals den Linken in Italien verpflichtete Silvio Berlusconi. Die PR-Frau ließ Organigramme malen, ein Logo entwerfen und Broschüren texten, die den Aufsteiger aus der fränkischen Provinz zur Legende machten. Und sie arrangierte zwei Interviews mit der von Kirch stets gefürchteten und irgendwie auch geachteten „Kampfpresse“ aus Hamburg, mit dem „Spiegel“ und dem „Manager Magazin“. Weil dabei in der Autorisierung der Satz unmodifiziert blieb, wonach es Kirchs schönster Traum sei, ein „Monopol“ zu haben, geriet Burgsdorff zusehends in Bedrängnis: Dieses Eingeständnis ist immer wieder gern zitiert worden. Die Sprecherin wurde schließlich 1992 durch den Kirch-Assistenten Gottfried Zmeck ersetzt, der einen deutlich defensiveren Stil pflegte.

Doch als Thema war Kirch populär geworden. Der Versuch, den Konzern wie im Kreml nach außen undurchsichtig zu machen, war zum Scheitern verurteilt. Denn es gab beispielsweise die Landesmedienanstalten, die Aufsichtsbehörden für die privaten Fernseh- und Hörfunksender, bei denen Lizenzen zu beantragen waren; aus diesen Gremien war stets etwas zu erfahren über neue Strategien und Projekte der Kirch-Gruppe. Auch mussten hier Bilanzen vorgelegt werden, und vermutlich auf diesem Weg fand die interne Zahlenaufstellung der Pro Sieben

GmbH des Unternehmersohns Thomas Kirch im Jahr 1994 den Weg in die Öffentlichkeit. Aus ihr ging hervor, dass die Firma mit 50.000 Mark Grundkapital viel zu schwach ausgestattet war und in Wirklichkeit von großzügigen Lieferantenkrediten des väterlichen Konzerns abhängig war.

Dann kam die Zeit, als die Familienfernsehfirma an die Börse drängte, um sich Kapital zu besorgen, das wegen der kostspieligen Pay-TV-Pläne an allen Ecken und Enden fehlte. Hierfür mussten Bankmanager, Investmentspezialisten und Wertpapieranalysten informiert werden, eine gewisse Form der Transparenz war somit unerlässlich – auch wenn es in Wahrheit oft nur der Anschein von Transparenz war. Jedenfalls ergaben sich für recherchierende Journalisten neue Möglichkeiten. 1997 machte das „Manager Magazin“ ein heikles Papier zum katastrophalen Finanzstatus der Gruppe publik, das mit sarkastischen Bemerkungen wie „Cash flau“ begleitet wurde; ganz offensichtlich stammte es aus der Bankenwelt, wo es über Mittelsmänner an die Zeitschrift gelangt war. Zwei Jahre später wollte der finanziell längst ausgeblutete Konzern eine sogenannte „Schrott-Anleihe“ („Junkbond“) bei internationalen Banken und Investoren platzieren, was zwar scheiterte, jedoch den schönen Nebeneffekt hatte, dass ein Prospekt in der Finanzwelt existierte, der die ganze Dramatik der hohen Verschuldung Kirchs in nüchterner Sprache vermittelte. Das „Dokument des Grauens“ („Spiegel“) war in kleiner Auflage von rund 100 Exemplaren gedruckt und konnte bei beharrlicher Nachfrage ergattert werden. Als die EM.TV AG, die zeitweise an der Börse absurd hoch bewertet wurde, mit der Kirch-Gruppe aufs Engste verbunden war und gemeinsame Geschäfte promotete, waren die bei den Banken einzusehenden Unterlagen ebenfalls sehr aufschlussreich: Daraus ging hervor, wie eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die zu Kirchs Stammkanzlei gehörte, den Wert von Kirch-Firmen verdächtig hoch angesetzt hatte.

Im Bestreben, den deutschen Fernsehmarkt zu beherrschen und unter gewandelten Bedingungen erneut monopolartige Strukturen einzuziehen, war Kirch in starken Ausmaß mit Konkurrenten wie ARD und Bertelsmann aneinandergeraten. In diesen Unternehmen begannen die Verantwortlichen, neu zu lernen über Kirch und ließen wohl den ein oder anderen Journalisten Teil haben am Erkenntnisprozess. Vor allem, als es um das digitale Fernsehen ging und die Einführung eines „Volksdecoders“ unter Kirchs Regie, schienen Manager der Rivalen gern reden zu wollen. Und wissbegierigen Journalisten half auch, als Kirch ausgerechnet mit dem langjährigen Konkurrenten Bertelsmann zusammen das Digital-Fernsehen etablieren wollte, und hierzu eine Fusion plante, die bei der EU-Wettbewerbskommission angemeldet wurde. Das hohe Risiko bei den damit verbundenen Investitionen war einigen bei Bertelsmann offenbar nicht geheuer. Wie sonst ist zu erklären, dass ein eigener Investitionsantrag des Vorstands in die

---

Presse kam; das Konzernpapier schilderte in schonungsloser Offenheit, wie sich Kirch und Bertelsmann (RTL) in ihrer Fernsehstrategie absprechen und ergänzen wollten. Auch wurden schon mal Bertelsmann-interne Reports über Kirch in den Zeitungen zitiert; sie reflektierten die Finanznot und die Machtstrategien des bayrischen Konkurrenten.

Schließlich ist nicht zu vergessen, dass die forcierte Expansion der Kirch-Gruppe im Unternehmen selbst zusehends zu Spannungen führte – was es Journalisten wiederum erleichterte, Vertrauen zu gewinnen. Da stand einer Gruppe rund um Kirchs Stellvertreter Dieter Hahn eine Formation beim Programmexperten Jan Mojto gegenüber, die sich um die Zukunft des Unternehmens sorgte und lieber die Stammgeschäfte gefördert haben wollte. Ansprechbar waren beide Fraktionen. Und natürlich gab es auch, bei einem Gesamtpersonal von rund 10.000 Leuten in der Spitze, immer häufiger ehemalige Mitarbeiter, die im vertrauten Kreise zur Lage referierten.

Als Kirch immer mehr Investoren in sein völlig überbewertetes Unternehmen ließ und sie mit kleinen Anteilen abpeiste, waren bei den Partnerunternehmen wertvolle Informationen zu gewinnen. Diese Geldgeber waren zusehends frustriert über das Gebaren des Münchner Medienunternehmers, der seinerseits begonnen hatte, über ausgewählte Mittelsmänner mit Zeitungen und Zeitschriften zu kommunizieren und im strikten Off die Firmenpolitik zu erklären. Sogar Interviews wurden in den letzten Monaten und Wochen seines Wirkens möglich. Erst gewährte Patriarch Kirch zum 75. Geburtstag im Oktober 2001 zwei leitenden Wirtschaftsredakteuren der „Frankfurter Allgemeinen“ eine Audienz, die dabei die Existenz eines italienischen Kochs in der Firmenzentrale enthüllten; zu wirklich spannenden Fragen, beispielsweise zu den Finanzen und den brüchigen Partnerschaften, lieferten sie nichts Erhellendes, außer der angeblichen Intention Kirchs, er wolle nun auch noch im Markt der Regionalzeitungen („Aus Fallholz Bauholz machen“) mitmischen. Wenige Wochen später war das eigene Haus Kleinholz, woran auch ein schön inszeniertes Gespräch mit dem „Spiegel“ nichts änderte.

Die Insolvenz war schlecht für all die Mitarbeiter Kirchs und ein Glücksfall für Journalisten. Denn nun konnten die vielen geheimen Verträge bekannt werden, deren Existenz man schon immer vermutete: Beraterverträge mit Helmut Kohl, Theo Waigel, Jürgen W. Möllemann und anderen; verdeckte Finanzierungen von Medieninvestoren; Vorzugskredite und Geschenke (Immobilien, Beteiligungen) für das eigene Management und ausgewählte externe Günstlinge. Die Arbeit bei Kirch übernahm nun ein Insolvenzmanagement und eine Insolvenzverwaltung – Fremde hatten plötzlich vollen Einblick in das Wesen dieser Medienhydra mit ihren 200 Tochterfirmen. Wirtschaftsprüfer wurden beauftragt, das

Chaos zu erforschen und Statuspapiere zu erstellen, Gläubigerversammlungen fanden statt. Und mit einem Male waren einige Aktenordner, die in Kirchs Tresor lagen, nicht mehr geheim. Zugleich mussten Unterlagen erarbeitet werden für Investoren, die Teile des Pleiteunternehmens Kirch kaufen wollten, und die somit in die Kanäle von Banken und anderen Medienunternehmen gelangten. Einmal wurde da ein Unternehmen zum Kauf angeboten, das offiziell überhaupt nicht zu Kirch gehörte: Die Nova-Gruppe des Fernsehunternehmers Otto Meissner. Sie gehört zu den größten Produktionsfirmen Deutschlands.

Mit weiteren Überraschungen darf gerechnet werden.

---

## Cottbuser Geschichten

*Simone Wendler*

Im Oktober 2000 hatte ich nach einer längeren Zeit als freiberufliche Journalistin eine Stelle als Chefreporterin bei der "Lausitzer Rundschau" in Cottbus, meiner Heimatstadt, angetreten. Kaum vier Wochen später rief mich der Chefredakteur zu sich. Ein Mann sei bei ihm gewesen, sagte er, der habe vertrauliche Informationen angeboten über Filz und Vetternwirtschaft bei der Gebäudewirtschaft Cottbus (GWC). "Treffen Sie sich mal mit dem und schauen Sie sich das an", sagte mein Chef. Wir ahnten beide nicht, dass damit eine Geschichte begann, die uns Monate lang in Atem halten und Cottbus erschüttern würde.

Kommunale Gesellschaften wie die Cottbuser Gebäudewirtschaft gibt es in allen ostdeutschen Städten. Sie sind Nachfolger der staatlichen Wohnungswirtschaft aus DDR-Zeiten, besitzen überwiegend Plattenbauten und sind fast immer der größte Vermieter am Ort. Schon kurz nach der Wende stand fest, dass diese Wohnungen umfangreich saniert und modernisiert werden mussten. Neue Heizungen, Fenster, Wasser- und Abwasserrohre wurden gebraucht und eine Wärmeisolierung. Ein Riesengeschäft wartete da auf die Baubranche.

In Cottbus, einer Hunderttausend-Einwohner-Stadt, verfügt die GWC über 23 000 Wohnungen. Jährlich vergab sie Aufträge über 50 Millionen Euro. An der Spitze des Unternehmens standen damals ein kaufmännischer und ein technischer Geschäftsführer. Und jetzt sollte ich mich mit einem Mann treffen, der behauptete, die GWC-Spitze ließe sich für diese Aufträge schmieren. Das klang spannend, denn etwa jeder zweite Cottbuser wohnt in einer GWC-Wohnung. Sie alle hätten über ihre Mieten letztendlich die Schmiergelder bezahlt, wenn es sie denn gab.

Ich rief den Informanten an, wir verabredeten uns. Über Schmiergeldzahlungen bei der Gebäudewirtschaft war in Cottbus immer mal wieder hinter vorgehaltener Hand gemunkelt worden, aber nie waren dafür Beweise aufgetaucht. Das ist kaum verwunderlich, denn alle Beteiligten an so einem Geschäft wollen, dass es nicht herauskommt; derjenige, der schmiert eben so wenig wie derjenige, der geschmiert wird. Dabei hatte ich bisher immer an Bargeld im Umschlag gedacht. Mein Informant erzählte mir jedoch eine andere Geschichte. Es gebe, so behauptete er, stille Beteiligungen der Geschäftsführer der Gebäudewirtschaft an Firmen ihrer Auftragnehmer. Dann schob er mir ein paar Blätter Papier über den Tisch.

Es war die Kopie eines Treuhandvertrages. Danach war die Ehefrau des kaufmännischen Geschäftsführers und früheren Prokuristen der GWC stille Teilhaberin einer Cottbuser Elektrofirma. Diese, so sagte mein Gesprächspartner, arbeite überwiegend für die GWC. Das sei jedoch nur die berühmte Spitze des Eisberges. Vielleicht, so kündigte er an, könne er später weitere Unterlagen dazu beschaffen. Einzige Bedingung: sein Name dürfe nie bekannt werden. Er hielt Wort. Viele Wochen später bekam ich auf demselben Weg die Kopie eines weiteren Treuhandvertrages. Danach war nicht nur die Ehefrau, sondern auch der kaufmännische Geschäftsführer selbst stiller Teilhaber der Elektrofirma. Das ahnte ich jedoch im November 2000 noch nicht. Da ich den Informanten aus anderen Zusammenhängen kannte, war mir schon nach dem ersten Treuhandvertrag klar, dass er nur der Übermittler war, selbst keinen direkten Zugang zu solchen Unterlagen hatte. Woher die Kopien wirklich stammten, habe ich bis heute nicht erfahren. Ich wahrte die Anonymität des Informanten, er die Anonymität seiner Quelle.

Der kopierte Treuhandvertrag, den mir der Informant Anfang November 2000 über den Tisch schob, hatte mich regelrecht elektrisiert, auch wenn sein Datum schon acht Jahre zurücklag. Es war das erste handfeste Dokument nach jahrelangen Mutmaßungen über Korruption beim städtischen Großvermieter in Cottbus. Doch war dieser Treuhandvertrag vielleicht nur ein Einzelfall? War die Elektrofirma wirklich ein wichtiger Auftragnehmer der GWC? Was, wenn die stille Beteiligung schnell wieder aufgehoben wurde? Alles längst Geschichte, Jugend-sünden aus der Nachwendezeit? Doch der Treuhandvertrag ließ mich nicht mehr los. Ich hatte noch nie vorher eine Korruptionsgeschichte recherchiert, doch jetzt wollte ich wissen, was es mit der stillen Beteiligung auf sich hatte.

### **Meterweise Handelsregister-Akten**

Zunächst musste ich mich davon überzeugen, dass die Kopie echt war. Ich ging zum Handelsregister am Cottbuser Amtsgericht und schaute mir die Unterlagen über die Gründung der Elektrofirma im Jahr 1992 an. Alles passte zusammen: Derselbe Notar, derselbe Ort, dasselbe Datum. Im Handelsregister der Elektrofirma stellte ich fest, dass es zwei Hauptgesellschafter gab. Über Wirtschaftsdateien fand ich heraus, dass sie weitere Firmen in Cottbus besaßen, darunter einen Harvardedienst und eine Firma für Hausmeisterdienste. Diese beide Unternehmen und die Elektrofirma lebten, wie sich bei Recherchen in der Stadt herausstellte, durch langjährige Serviceverträge und Einzelaufträge zu einem erheblichen Teil von der GWC. Der eine der beiden Inhaber war ein Elektromeister aus Dortmund, der andere war der letzte stellvertretende Staatssicherheitschef des Kreises Cottbus. Das war eine Konstruktion, die vielfach in den ersten Nachwendejahren im

---

Osten auftauchte: Der eine (der Wessi) wusste wie, der andere (der Ossi) wusste wo man gute Geschäfte machen konnte. Außerdem nahm ich an, dass der stellvertretende Cottbuser Stasichef gute Kenntnisse über die Vergangenheit einiger Cottbuser besaß. Ein Wissen, aus dem man nach der Wende Vorteile ziehen konnte? An einer der Firmen des Dortmunder Elektromeisters und des Ex-Stasimannes war auch der damalige Präsident der Cottbuser Industrie- und Handelskammer beteiligt. Die Geschichte wurde immer spannender und sie fing an, mir Angst zu machen. Worauf ließ ich mich hier ein, war das nicht ein Labyrinth, in dem ich mich nur verirren konnte? Um den Überblick über die mir bis dahin bekannten Firmen und ihre Verflechtungen nicht zu verlieren, zeichnete ich alles auf einen A3-Bogen als Übersichtsschema. Später entstanden mehrere Bögen mit solchen Firmennetzen, die mir halfen, mich im Cottbuser Filz zurechtzufinden.

### **Rückhalt in der Chefetage**

Jetzt bestand für mich kein Zweifel mehr: ich war einem Skandal auf der Spur, der die Stadt erschüttern konnte. Deshalb holte ich mir zu diesem Zeitpunkt die Rückendeckung des Chefredakteurs, die ich sofort und uneingeschränkt bekam, auch von der Geschäftsführung des Verlages. Für Lokalzeitungen ist das nicht selbstverständlich. Die Gefahr, dass unbequeme Berichterstattung zur Stornierung von Anzeigen oder zu Abbestellungen führt, ist für regionale Blätter nicht unerheblich. Der Chefredakteur der "Lausitzer Rundschau", Peter Stefan Herbst, war jedoch der Überzeugung, wenn unsere Berichterstattung sauber recherchiert und durch Unterlagen belegt sei, werde sich das auch in der öffentlichen Meinung durchsetzen. Er behielt Recht.

Gleichzeitig wurde der Anwalt der "Lausitzer Rundschau", Johannes Weberling aus Berlin, für die kommenden Monate ein wichtiger Partner für meine Arbeit. Ich informierte ihn regelmäßig über meinen Recherchestand, er half mir mit Hinweisen und Recherchetipps, warnte mich vor juristischen Fallstricken. Das Ergebnis: die "Lausitzer Rundschau" musste keine einzige von über 30 eingereichten Gegendarstellungen in dieser Sache drucken. Keiner der Betroffenen hat ernsthaft versucht, die Berichterstattung mit juristischen Mitteln zu unterbinden.

Beides hat sich aus meiner Erfahrung für die Recherche einer Korruptionsgeschichte im regionalen Milieu als überaus wichtig erwiesen: der Rückhalt bei der Chefredaktion und die qualifizierte juristische Begleitung der Berichterstattung. Weil bei derartigen Veröffentlichungen immer gerichtliche Auseinandersetzungen zu erwarten sind, ist es gut, wenn der Anwalt der Zeitung rechtzeitig in die Recherche eingeweiht ist.

Die Rückendeckung der Chefredaktion war nötig, denn nach den ersten Veröffentlichungen sah sich die Zeitung auch mit dem Vorwurf konfrontiert, sie würde mit ihrer Berichterstattung den Ruf der Stadt beschädigen. Frei nach dem Motto: Nicht der Verursacher, sondern der Überbringer einer schlechten Nachricht ist der Schuldige. Erst im Laufe der Berichte, als immer mehr Details über den "Cottbuser Filz" bekannt wurden, verstummten diese Vorwürfe.

Kurz nach Beginn meiner Baufilzrecherche traf ich in Cottbus meinen Kollegen Christian Booß aus Berlin. Er arbeitete für das TV-Magazin "Klartext" im damaligen Ostdeutschen Rundfunk Brandenburg (ORB), jetzt Rundfunk Berlin Brandenburg (RBB). Wir kannten uns seit zehn Jahren und vertrauten uns. Als er mir sagte, dass er in der Cottbuser Baubranche recherchiere, wurde ich hellhörig. Da zwischen dem TV-Magazin und unserer Regionalzeitung keine direkte Konkurrenzsituation bestand, beschlossen wir, einige Rechercheergebnisse auszutauschen und den ersten Veröffentlichungstermin abzustimmen, damit wir beide schneller vorankämen. Über verschiedene Arbeitshypothesen, was da eigentlich in der Cottbuser Bauszene ablief, diskutierten wir bis in die Nacht. Als Christian Booß im Dezember 2000 seinen Job wechselte, endete diese Zusammenarbeit leider.

Das Handelsregister erwies sich von Anfang an als Fundgrube. Es ist für Journalisten offen zugänglich und liefert viele verlässliche Informationen. Bei der Recherche in einem lokalen "Filz" können über das Register Firmenverflechtungen und Strukturen analysiert werden, es hilft, Aussagen von Informanten auf Plausibilität zu überprüfen und einzuordnen. Handelsregisterakten dürfen auch kopiert werden. Mit der Zeit lernte ich, darin auch "zwischen den Zeilen" zu lesen. Symbolische Kaufpreise von einer Mark, später einem Euro, Angaben wie "der Kaufpreis ist bereits bezahlt" und andere Details gaben wichtige Hinweise auf verdeckte Geschäfte. Im Laufe der folgenden Wochen las ich meterweise solche Papiere und verbrachte viele Stunden zwischen den Aktenschränken.

In den Handelsregisterakten machte ich gleich in den ersten Recherchewochen eine Entdeckung. Zu den Firmen des Dortmunder Geschäftsmannes und des Ex-Stasioffiziers aus Cottbus gehörte auch ein Immobilienunternehmen. In der Firmenakte lag ein Notarvertrag. Danach hatte die Ehefrau des technischen GWC-Geschäftsführers, zur damaligen Zeit Hausfrau, Anteile an dieser Firma an den Mitinhaber, den Dortmunder Elektromeister, verkauft. Wann und wie sie in die GmbH eingestiegen war, ging aus der Akte nicht hervor.

Ihr Ehemann, der technische GWC-Chef, spielte auch kommunalpolitisch eine wichtige Rolle. Er war CDU-Schatzmeister in Cottbus und wurde hinter vorgehaltener Hand als möglicher neuer Oberbürgermeister für die damals anstehende Kommunalwahl gehandelt. Die Geschichte wurde immer spannender.

## Ein Brief aus Westdeutschland

Zu diesem Zeitpunkt landete eines Tages ein großer Briefumschlag auf meinem Tisch. Der Absender saß in Westdeutschland, der Inhalt des Umschlages ließ mich vom Stuhl aufspringen.

In dem Brief befanden sich Aktenauszüge aus einem zivilrechtlichen Streit aus denen zweifelsfrei hervorging, dass der kaufmännische GWC-Chef, dessen Frau an der Elektrofirma beteiligt war, seit Jahren auch stiller Teilhaber einer Fensterbaufirma war. Diese Firma, Anfang der 90er Jahre mit Sitz im 40 Kilometer entfernten Guben gegründet, hatte in den vergangenen Jahren etwa ein Drittel der neuen Fenster für die Sanierung der GWC-Plattenbauten in Cottbus geliefert. In unserem Zeitungsarchiv fand ich dazu einen kleinen, aber interessanten Artikel.

Im November 1994 war im Cottbuser Lokalteil der "Lausitzer Rundschau" zu lesen, dass der damalige Prokurist und spätere GWC-Geschäftsführer im Sommer 1994 als Gesellschafter der Fensterfirma ausgeschieden sei, weil die ja an die GWC lieferte. Die Unterlagen, die nun auf meinem Tisch lagen, erzählten eine andere Geschichte. Der kaufmännische GWC-Geschäftsführer hatte die Öffentlichkeit nur getäuscht, seine offene Beteiligung war über einen Treuhandvertrag in eine stille umgewandelt worden. Der Absender der Unterlagen bot der "Lausitzer Rundschau" außerdem den Kontakt zu einem weiteren Informanten an, der viel über unlautere Geschäftspraktiken bei der Auftragsvergabe der GWC erzählen könne.

Mit diesem Informanten, wir nannten ihn später in Veröffentlichungen "Heinz Berger", nahm ich telefonisch Kontakt auf. Von ihm erhielt ich nach mehreren Anrufen, wenn auch mit geschwärzten Namen, den Treuhandvertrag zur stillen Beteiligung am Fensterwerk. Ein Blick auf Datum, Ort, Notarname und Urkundennummer genügte auch hier: Die Daten stimmten überein, der Vertrag war zusammen mit dem im Handelsregister zugänglichen Anteilsverkauf abgeschlossen worden.

Etwa drei Wochen recherchierte ich möglichst verdeckt. Das ist jedoch in einem lokalen Umfeld fast unmöglich. Die Gefahr, mit einem Informanten gesehen zu werden ist weitaus höher als in einer wirklichen Großstadt, auch weil sich viele Leute in einer Hunderttausend-Einwohner-Stadt wie Cottbus einfach kennen. Auch Journalisten, die wie ich in der Stadt leben, werden erkannt, wenn sie zum Handelsregister oder zum Grundbuchamt gehen, vor Baustellen auftauchen und Firmenschilder studieren. Andererseits bietet dieses Umfeld auch Vorteile. Manchmal kommen plötzlich wichtige Informationen von Menschen, die man schon länger aus anderen Zusammenhängen kennt. Auch das habe ich bei der GWC-Recherche erlebt.

Ende November 2000 hatte ich genug Material für mehrere Veröffentlichungen zusammen. Erst jetzt bat ich die beiden GWC-Geschäftsführer, sowie die Chefs der involvierten Firmen um ein Interview. Bis auf den Dortmunder Elektromeister lehnten alle ein Gespräch ab. "Gehen Sie doch zum Staatsanwalt, wenn Sie glauben, dass Sie was wissen", schnauzte mich der kaufmännische Geschäftsführer der GWC am Telefon an, als ich um ein Gespräch bat. Die Cottbuser Staatsanwaltschaft schaltete sich ganz allein nach den ersten Artikeln von Amts wegen ein.

Der Elektromeister aus Dortmund, der sich auf ein Interview einließ, ahnte offensichtlich nicht annähernd, wie viel ich bereits an Informationen zusammengetragen hatte. Durch diesen Wissensvorsprung konnte ich das Gespräch so steuern, dass ich von ihm wichtige neue Hinweise bekam, ohne dass er es merkte. Ein Kollege begleitete mich zu diesem wichtigen Gespräch, so dass er später, falls es nötig geworden wäre, den Verlauf bezeugen konnte.

Dann erschien die erste Geschichte über den Cottbuser Baufilz rund um die GWC in der "Lausitzer Rundschau", einen Tag später die zweite. Die Reaktion war heftig, bei den Lesern und bei den politisch Verantwortlichen in der Stadt. Überall in Cottbus wurde darüber diskutiert. Der GWC-Aufsichtsrat kam zu einer Krisensitzung zusammen. Die GWC-Geschäftsführer wurden drei Tage später beurlaubt, im Januar 2001 dann fristlos entlassen. Die Stadt schaltete Wirtschaftsprüfer ein. Sie sollten die gesamte Vergabep Praxis und später auch alle Grundstücksverkäufe der kommunalen Gesellschaft überprüfen.

Ich erlebte die ersten Veröffentlichungen mit einer Mischung aus Stolz und weichen Knien. Sicherheit gab mir, dass ich von Anfang an alle Rechercheergebnisse bis ins Kleinste dokumentiert hatte. Schnell füllten die kopierten Akten und Notizen zwei Ordner, die mit Einlegeblättern nach Firmenbereichen und Sachzusammenhängen geordnet waren. Dazu kamen mehrere Notizbücher mit Vermerken über Gespräche und Hinweise. Vieles davon kannte ich jedoch bald auswendig. Die GWC-Geschichte fing an, in meinem Kopf ein Eigenleben zu entwickeln. Wichtig war es deshalb, dass ich mich, abgesehen von einer intensiven Anfangsphase von etwa drei Wochen immer wieder auch mit den "normalen, alltäglichen Themen" einer Reporterin bei einer Regionalzeitung beschäftigte. Das schaffte immer wieder den nötigen Abstand, um neue Ansatzpunkte zu finden, wenn sich die Recherche festfuhr.

Bei mir meldeten sich nun viele Leute, die mir Hinweise und Informationen geben wollten. Es begann eine mühsame Kleinarbeit. Nur ein kleiner Bruchteil der Hinweise, meist anonym, erwies sich jedoch als stichhaltig und hilfreich. Viele Angaben waren diffus, Firmen wurden miteinander verwechselt, manche Angaben waren schlicht falsch. Das alles zu entwirren, kostete mich mehrere Tage Arbeit und brachte mich manchmal an den Rand der Verzweiflung. Meine

---

Veröffentlichungen über Filz und Korruption riefen auch Wichtigere und solche "Informanten" auf den Plan, die eine Gelegenheit witterten, um Konkurrenten anzuschwärzen. Erst mit der Zeit gelang es mir, schneller auszusortieren und weniger Kraft in aussichtslose Recherchestränge zu stecken. Ich stand plötzlich auch unter einem hohen Erwartungsdruck der Öffentlichkeit. Immer wieder wurde ich in Cottbus angesprochen, wann denn die nächste Folge der Filz-Geschichte erscheine.

Neben dem Handelsregister wurden Katasteramt und Grundbuch zu weiteren wichtigen Recherchequellen. Bei dargelegtem öffentlichem Interesse müssen diese sonst nur in beschränktem Maße öffentliches Register für Journalisten zugänglich gemacht werden. Im August 2000 fasste das Bundesverfassungsgericht einen entsprechenden Beschluss. Den kannte in Cottbus natürlich niemand. Ein Brief des Anwaltes der "Lausitzer Rundschau" an das Katasteramt mit Hinweis auf diese Entscheidung öffnete die Tür.

Die Immobilienrecherche zeigte, dass die zahlreichen Grundstücksverkäufe der GWC nicht über Ausschreibungen, sondern nur über "Nachfrage" geschahen. Insider an der Spitze des Unternehmens und ihnen eng verbundene Geschäftspartner haben, wie ich herausfand, davon profitiert.

## **Reise ins Rheinland**

Mit "Heinz Berger", der mir einen der Treuhandverträge überlassen hatte, blieb ich in telefonischem Kontakt, weil ich spürte, dass er mehr wusste. Doch zu einem Treffen war er zunächst nicht bereit. Schließlich willigte er ein, als ich ihm folgendes Angebot unterbreitete: Wir reden im Beisein seines und meines Anwaltes. Das erwies sich als hilfreiche Konstruktion weil er offensichtlich befürchtete, sich sonst vielleicht selbst zu belasten. Drei Tage vor Weihnachten 2000 flog ich dann mit dem Anwalt der "Lausitzer Rundschau" in Richtung Rheinland. Das Treffen mit "Heinz Berger" in der Kanzlei seines Anwaltes erwies sich als lohnend. Meine Geduld bei den Telefonaten mit ihm zahlte sich aus. Er schilderte, wie schon zu Beginn der 90er Jahre, als klar war, dass in die DDR-Plattenbauten Millionen für die Sanierung gesteckt werden mussten, zwischen leitenden Mitarbeitern der GWC und Unternehmern ein System von Abhängigkeit und Vorteilsnahme entstand. Das Prinzip: stille Beteiligungen und andere Vergünstigungen, dafür reichlich Aufträge und langfristige Verträge. Begründet werden konnten solche Verträge nach außen gut damit, dass von den Firmen auch angestellte Handwerker der GWC übernommen wurden. Dass diese Verträge nicht wie üblich über zwei, drei sondern bis zu zehn Jahren liefen, war kaum bekannt.

“Heinz Berger” lieferte auch Hinweise auf Abrechnungsbetrug durch manipulierte Reparaturscheine und berichtete von einem Mercedes Cabriolet. Das Luxusauto sei schon 1991 auf die (mir damals bereits bestens bekannte) Cottbuser Elektrofirma zugelassen, jedoch dem damaligen Prokuristen und späteren Geschäftsführer des kommunalen Wohnungsunternehmens vor die Tür gestellt worden. Der habe so ein Auto gefordert als Gegenleistung für Aufträge. Recherchen in Cottbus bestätigten den beschriebenen Weg des Autos nach Cottbus. Erst 1997 war es auf den inzwischen entlassenen GWC-Chef umgeschrieben worden. Er fuhr das Cabriolet zum Zeitpunkt der Recherche noch immer.

### **Systematik und Hartnäckigkeit**

Das systematische Recherchieren im Handelsregister erwies sich auch im weiteren Verlauf der Geschichte als äußerst hilfreich. Mehrere Hinweise die ich erhalten hatte, betrafen einen bekannten Cottbuser Handwerker, einen Gasklempner, der als “Stammkunde” bei GWC-Aufträgen galt. Sofort nach der ersten Veröffentlichung zum Cottbuser Baufilz, in der er selbst nicht vorkam, bekam die “Lausitzer Rundschau” Post von seiner Rechtsanwältin. Darin wurde uns für den Fall bestimmter Veröffentlichungen bereits rechtliche Schritte angekündigt. Außerdem wurde uns untersagt, aus diesem Schreiben zu zitieren. Allein dieser Brief, unabhängig von weiteren Hinweisen, war geradezu eine Aufforderung und Verpflichtung, mir die Geschäfte dieses Cottbuser Unternehmers genau anzusehen.

Auch hier stellte sich schnell heraus, es gab eine ganze Reihe von Firmen, mit denen er für die GWC arbeitete: eine Fliesenlegerfirma, ein Metallbaubetrieb, der Balkongitter herstellte, eine Firma, die Hausanschlüsse für Fernwärme baute, ein Wachsutzunternehmen, das auch für die GWC Streife ging und eine Firma, die für die GWC reihenweise Bauüberwachungen erledigte. Aus den Firmennamen war diese Verbindung nicht ersichtlich. Als Bauüberwacher kontrollierte der umtriebige Cottbuser Unternehmer nicht selten seine eigenen Firmen auf den GWC-Baustellen. In der Handelsregisterakte der in Nürnberg gegründeten Bauüberwachungsfirma fand sich prompt die nächste Korruptionsspur. Neben dem Cottbuser Handwerker tauchte dort der Hautabteilungsleiter Technik der GWC auf, ein Mann, der nicht nur in der wichtigen Vergabekommission saß, sondern Aufträge für Planungen und Bauüberwachungen(!) bei der GWC freihändig vergeben durfte. An ihm, so sagten mir viele aus der Cottbuser Baubranche vertraulich, käme man nicht vorbei, wenn man für die GWC arbeiten wollte.

Das glaubte ich um so mehr, als ich die Handelsregisterakte der Bauüberwachungsfirma las. Dort gab es deutliche Hinweise auf eine stille Beteiligung des Hauptabteilungsleiters Technik der GWC. Der hatte am selben Tag Anteile der

---

Firma gekauft und sofort wieder verkauft, an einen 26-jährigen Studenten. Auch der beteiligte Cottbuser Gasklempner selbst schlüpfte in diese Tarnung, offensichtlich damit in Cottbus niemand mitbekommen sollte, wer für die GWC die Bauüberwachung erledigte. Dass dabei viel Geld verdient wurde, erfuhr ich von einem Insider. Mit einer eidesstattlichen Versicherung bestätigte er mir, dass Gewinne in bar im Büro des Handwerkers im wahrsten Sinne des Wortes "ausgeschüttet" wurden. Ein weiteres Kapitel in den Cottbuser Geschichten von Filz und Korruption konnte geschrieben werden. Der Hauptabteilungsleiter Technik der GWC wurde entlassen.

### **Gegenwehr**

Diejenigen, die jahrelang mit einem System von Abhängigkeiten, stillen Beteiligungen und anderen Vorteilsgewährungen bei der GWC kräftig abkassiert hatten, nahmen natürlich nicht widerstandslos hin, dass ich ihre Geschäfte aufdeckte. Schon im Januar 2001 erhielt der Chefredakteur der "Lausitzer Rundschau" ernst zu nehmende Hinweise, dass er und ich von Privatdetektiven ausspioniert würden. Unser Privatleben würde ausgeforscht, um Material gegen uns zu sammeln. Bei manchem vertraulichen Gespräch mit Cottbuser Unternehmern und Handwerkern wurde ich recht offen gefragt, ob ich denn keine Angst hätte, ob ich wüsste, mit wem ich mich da einlasse. Mein Chefredakteur nahm diese Hinweise ebenso ernst wie ich. Auf seinen Wunsch fuhr ich zeitweise einen Mietwagen, um mögliche Beschatter abzuschütteln.

Anfang April, weitere Veröffentlichungen in Sachen Cottbuser Baufilz waren erfolgt, tauchte am Sonntagvormittag ein Auto an meinem Gartenzaun auf. Aus dem offenen Fenster heraus wurden das Grundstück, die darauf abgestellten Autos und ich selbst demonstrativ fotografiert. Ich notierte mir geistesgegenwärtig das Kennzeichen und eine möglichst genaue Beschreibung von Fahrzeug und Insassen. Als mich auch das nicht von weiteren Recherchen und Veröffentlichungen abhielt, wurde eine neue Taktik gewählt, um mich einzuschüchtern. Es folgten Bestellungen über das Internet auf meinen Namen und eine Morddrohung auf meiner Mailbox. Ich erstattete Anzeige bei der Polizei.

### **Aktentasche vor der Tür**

Bei meiner Recherche in der Cottbuser Baubranche suchte ich immer auch Kontakt zu früheren Geschäftsführern oder Mitarbeitern der Unternehmen, für die ich mich interessierte. Bei diesem "Klinkenputzen" bekam ich den einen und anderen wichtigen Hinweis und erfuhr einfach auch viel über die Atmosphäre in der

Branche in Cottbus. In diesem Zusammenhang rief ich eines Tages den Chef einer Fliesenlegerfirma an, die lange zu dem Firmenverbund des umtriebigen Gasklempners gehört hatte. Außerdem hatte er, wie auch andere Cottbuser Handwerksfirmen ein Haus im Ostseebad Sellin auf der Insel Rügen in Mecklenburg-Vorpommern ausgebaut, das der technische Geschäftsführer der GWC zusammen mit dem damaligen Firmenanwalt gekauft hatte. Ich hatte also gleich mehrere Gründe, mit ihm zu reden. Doch der Fliesenleger zeigte sich zunächst schweigsam. Er lehnte ein Gespräch mit mir ab. Nach einigen Tagen rief er mich dann plötzlich an und sagte, dass er es sich überlegt habe. Wir verabredeten uns in einem Büro am Rande von Cottbus. Ich freute mich über seinen vermeintlichen Sinneswandel und tappte in eine Falle.

Gleich zu Beginn des Gespräches bat er mich, meine Aktentasche vor die Bürotür zu stellen. Er wolle sicher sein, so sagte er, dass ich in der Tasche nicht heimlich ein Aufnahmegerät mitlaufen lasse. Er würde nur ganz vertraulich mit mir reden. Ich wunderte mich darüber zwar, doch ich tat ihm den Gefallen. Das dann folgende Gespräch jedoch verlief ganz anders als erwartet. Statt selbst Informationen preiszugeben, versuchte mich der Fliesenleger über meinen Recherchezustand auszuhorchen. Außerdem machte er mir Vorhaltungen über angebliche illegale Methoden der Informationsbeschaffung. Nach etwa einer Stunde ging ich, enttäuscht und verärgert über seine anfängliche Wichtigtuerei.

Wenige Tage später, ich hatte das unerfreuliche Gespräch schon wieder vergessen, bekam der Chefredakteur der "Lausitzer Rundschau" Anwaltspost, die den Hintergrund dieses Possenspiels aufdeckte. Eine Anwältin aus Nürnberg schrieb im Namen des schon erwähnten Cottbuser Gasklempners. Ihr Anliegen sei die "Verhinderung einer etwaigen Verletzung von Persönlichkeitsrechten" ihres Mandanten. Sie berief sich dabei auf eine eidesstattliche Versicherung des Fliesenlegers, der darauf bestanden hatte, dass meine Tasche vor der Bürotür blieb. Dann zitierte sie daraus, was ich angeblich dem Fliesenleger unter vier Augen gesagt haben sollte. Tenor des Schreibens: Ich würde aus Karrieregründen versuchen, mit unlauteren Mitteln falsche Anschuldigungen gegen ehrbare Cottbuser Unternehmer zu konstruieren. Dieser Brief wurde zeitgleich an den Journalistenverband und die IG Medien in Brandenburg, sowie an die "Saarbrücker Zeitung", den Gesellschafter der "Lausitzer Rundschau", geschickt.

Ich machte mir hinterher schwere Vorwürfe, dass ich auf den Fliesenleger hereingefallen war. Doch gegen solche Situationen gibt es keinen perfekten Schutz. Die absolute Vertraulichkeit ist einfach oft Voraussetzung, damit jemand redet. Schon der Versuch, einen Kollegen als Zeugen für ein Gespräch mitzunehmen, wird manchmal abgelehnt. Gerade in Ostdeutschland sind die Leute besonders ängstlich und wenig erfahren im Umgang mit Medien. Je nach Situation kann

---

man dann nur abwägen und sich entscheiden: entweder auf das Gespräch zu verzichten, oder das Risiko einzugehen, später mit Unterstellungen konfrontiert zu werden. Einziger Trost: Für die Unterstellungen gibt es dann auch keinen Zeugen, die Wirkung bleibt deshalb begrenzt.

Die von der Stadt Cottbus eingesetzten Wirtschaftsprüfer legten nach drei Monaten einen Bericht vor, der meine Recherchen in vielen Punkten bestätigte, durch den ungehinderten Aktenzugang Neues zu Tage förderte und insgesamt ein vernichtendes Urteil über das Geschäftsgebaren der entlassenen Geschäftsführer fällte. Das betraf sowohl die Auftragsvergabe als auch Immobiliengeschäfte. Die vorgefundenen Akten waren lückenhaft. Die Prüfer konnten deshalb oft nicht mehr nachvollziehen, warum manchmal der vierte oder fünfte Anbieter einer Ausschreibung letztendlich den Zuschlag bekam. Serviceverträge, beispielsweise die regelmäßig vorgeschriebene Überprüfung der Elektroanlagen in allen Wohnungen, wurden immer wieder mit der selben Firma verlängert, ohne neue Angebote von Mitbewerbern einzuholen. Der Aufsichtsrat des kommunalen Unternehmens, der einigen Geschäften hätte zustimmen müssen, war mehrfach übergangen oder getäuscht worden. Das Gremium, besetzt mit ehrenamtlichen Abgeordneten der Stadt, hatte sich aber auch sehr leicht täuschen lassen. Wie viel Geld das kommunale Wohnungsunternehmen dabei insgesamt verloren hat, kann nicht ermittelt werden. Es dürfte sich jedoch zweifelsfrei um Millionenbeträge handeln. Eines der involvierten Unternehmen bot beispielsweise eine bestimmte Leistung ein Jahr später bei einer Ausschreibung unter einem neuen Geschäftsführer um etwa ein Drittel (!) billiger an als früher.

Die Staatsanwaltschaft Cottbus durchsuchte während meiner Recherchen, die sich insgesamt über etwa ein halbes Jahr erstreckten, zahlreiche Büros und Privathäuser. Bis auf ein abgetrenntes Ermittlungsverfahren zu einem Hausverkauf übernahm nach wenigen Wochen die Brandenburger Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Korruptionsdelikte die Ermittlungen. Die ließ Monate später auch die Firma des Präsidenten der Cottbuser Industrie- und Handelskammer (IHK) durchsuchen und beschlagnahmte Akten. Die Firma hatte mit nur einer Hand voll Mitarbeitern als Generalunternehmer für die GWC gearbeitet. Umsatz in sechs Jahren rund 60 Millionen Mark. Der IHK-Präsident legte daraufhin sein Amt nieder. Die Ermittlungen der Schwerpunktstaatsanwaltschaft dauern zur Zeit noch an. Ein Teil der aufgedeckten Geschäfte ist jedoch strafrechtlich bereits verjährt.

Management und Aufsichtsrat der GWC wurden neu besetzt. Firmen, die vorher keine Chance hatten, bekommen jetzt bei der GWC auch Aufträge. Einige andere, die vorher zum engen Auftragnehmerkreis der Gebäudewirtschaft Cottbus gehörten, haben Insolvenz angemeldet.

Über einzelne konkrete Vorwürfe hinaus offenbarte meine Recherche im Cottbuser Baumilieu ein insgesamt sehr bedenkliches Bild. Eine Hand voll Leute hatten sich um die Aufträge der Gebäudewirtschaft geschart und bildeten unterschiedlich stark involviert nach außen hin eine geschlossene Gesellschaft. Dieses Klima von Abschottung ging über die Baubranche hinaus und muss auf jeden Unternehmer, der in der Stadt versuchte Fuß zu fassen, abschreckend gewirkt haben. Die geschlossene Cottbuser Szene, die sich selbst auch für die "feine Gesellschaft" der Stadt hielt und bei Sport und Karneval als Sponsor auftrat, war jedoch keinesfalls in der Lage, so etwas wie einen selbsttragenden Aufschwung in Gang zu bringen. Für mich hatte die Geschichte jedoch noch ein schlimmes Nachspiel, das deutlich machte, wie eng und verwoben das Cottbuser Beziehungsgeflecht über den Bausektor hinaus war und vielleicht zum Teil immer noch ist.

Es war im Sommer 2001, die Geschichte über die dubiosen Geschäfte bei der Gebäudewirtschaft war in der "Lausitzer Rundschau" erzählt. Ich war froh, dass sich die ganze Aufregung wieder gelegt hatte. Da erfuhren ein Kollege und ich, dass bei einer Cateringfirma des langjährigen Handwerkskammerpräsidenten die Löhne seit einiger Zeit nicht pünktlich gezahlt wurden. Mit der Erfahrung der GWC-Recherche fanden wir schnell heraus, dass der Handwerkskammerpräsidenten der Firma nur seinen Namen gab, im Hintergrund aber stille Teilhaber standen. Einer davon war ein ehemaliger Offizier der Staatssicherheit, der schon in den Randbereichen der GWC-Geschichte aufgetaucht war und in Cottbus als wirtschaftlich sehr einflussreich galt. Er hatte im Frühjahr 1990 noch vor der Währungsunion zusammen mit westdeutschen Geschäftspartnern drei GmbHs gegründet. Später kamen viele weitere Firmen dazu.

Der Handwerkskammerpräsident, der damit im Verdacht stand, nicht mehr unabhängig die Interessen der Handwerkerschaft im Süden Brandenburgs zu vertreten, konnte oder wollte nicht erklären, warum er sich von diesem Ex-Stasi-Mann und anderen seine Firma finanzieren ließ. Nach mehreren Veröffentlichungen über seine Geschäfte verlor er sein Amt.

Nach der ersten Geschichte über die stillen Teilhaber des Handwerkskammerpräsidenten erhielt ich eine deutliche Warnung. Ein Cottbuser Künstler, den ich seit 20 Jahren gut kannte, lud mich zum Tee ein. Er müsse mal mit mir reden, sagte er, mehr nicht. Ich ging hin, bis dahin ahnungslos, obwohl ich wusste, dass mein alter Bekannter inzwischen zum Freundeskreis des ehemaligen Geheimdienstlers mit den vielen Firmen gehörte. Beim Tee fragte mich der Künstler dann, warum wir den Namen des Unternehmers mit der Stasivergangenheit schon wieder in die Zeitung bringen würden. Ich erklärte es ihm, doch davon wollte er nicht viel wissen. Er deutete mir ziemlich unmissverständlich an, es könnte ja

auch mal für mich Unangenehmes veröffentlicht werden. Ich gab mich unbeeindruckt und ging. Nach den überstandenen Einschüchterungsversuchen nahm ich dieses Gespräch nicht all zu ernst.

Etwa zwei Wochen später ging es los. Über ein Cottbuser Anzeigenblatt und einen privaten lokalen Fernsehsender wurde mit einem eng abgestimmten Szenario eine unglaubliche Kampagne gegen mich angezettelt. Unter Verwendung eines einfach aus der "Lausitzer Rundschau" kopierten Fotos und mit auf offener Straße scheinbar zufällig aufgenommenen Fernsehbildern wurde ich massiver Bedrohung und Einschüchterung von Gesprächspartnern beschuldigt. Einer der Kronzeugen dabei war der Fliesenleger, vor dessen Büro ich ein paar Monate vorher meine Aktentasche abstellen musste. Außerdem wurde mir selbst eine Nähe zum früheren DDR-Geheimdienst angedichtet. Auch Details einer fast zwanzig Jahre zuvor geschiedenen Ehe wurden in die Kampagne hineingerührt. Als "positiver Held" posierte in dem Schmierstück der rührige Ex-Stasimann mit den vielen Firmen. Er, so wurde suggeriert, schaffe Arbeitsplätze, bringe die Stadt voran. Statt dafür Dankbarkeit zu bekommen, müsse er sich von Leuten wie mir verleumden lassen. Der Film lief im Stadtkanal 24 Stunden lang in stündlichen Wiederholungsschleifen. Das Anzeigenblatt landete kostenlos in jedem Briefkasten der Stadt und der Dörfer in der Umgebung.

Wie ich Monate später vertraulich erfuhr, hatten sich für diese Aktion offenbar mehrere Leute aus der "feinen Gesellschaft" von Cottbus zusammengefunden, auch die, die vermutlich hinter den ersten Bedrohungen gegen mich steckten. Sie wollten offensichtlich endgültig die Deutungshoheit über das Geschehen in Cottbus zurückerlangen.

Ich war zunächst völlig verzweifelt und spürte vor allem Ohnmacht. Selbst eine gerichtliche Unterlassungsverfügung im Eilverfahren dauert einige Tage. Der Stadtkanal hielt sich nach dem einen Film zurück. Das Anzeigenblatt legte in der nächsten Ausgabe noch mal nach. Doch dann geschah etwas, womit die Drahtzieher dieser Aktion nicht gerechnet hatten. Die Geschichte verbreitete sich über die Stadt hinaus und plötzlich standen die überregionalen Medien in Cottbus und wollten wissen, was hier los sei. Der Wind, der in Cottbus gegen mich erzeugt wurde, frischte zum Sturm auf, der nun den Verursachern ins Gesicht blies. Die waren plötzlich für namhafte Zeitungen, Fernsehsender und Magazine kaum zu sprechen. Ich erlebte am eigenen Leibe wohlthuend, was eigentlich als Binsenweisheit gilt: Öffentlichkeit ist der beste Schutz gegen Bedrohung und Intrigen. Ich wurde seit dem nie wieder bedroht. Niemand hat danach mehr versucht, auf meine Berichterstattung Druck auszuüben. Von dem Herausgeber des Anzeigenblattes kam wenige Wochen später heraus, dass er selbst jahrelang als Spitzel für die Staatssicherheit gearbeitet hatte.

## **Eine Recherche vor Gericht wird zur Recherche fürs Gericht**

Warum der ZDF-Historiker Guido Knopp  
den Titel eines Professors erhielt

*Von Thomas Schuler*

Manchmal macht sich die Geschichte einer Recherche an einer Zahl fest: In diesem Fall sechs. So viele juristische Versuche gab es, gerichtlich gegen meine Geschichte vorzugehen.

Kein Journalist freut sich über Gegendarstellungen und Klagen auf Unterlassungserklärungen. Ich auch nicht – und es ist keineswegs so, dass ich solche Dinge als stolze Kriegswunden sammle. Hin und wieder kommt eine Beschwerde, eine Berichtigung, eine Gegendarstellung auf eine Geschichte hin. Seltener ein Anwaltsschreiben mit der Aufforderung zu einer Unterlassungserklärung. Aber gleich sechs auf einmal? Sechs anwaltliche Reaktionen und Aufforderungen für einen 266 Zeilen langen Text sind eine ganze Menge. Genug, um Rechtsabteilung, Ressortleiter, Chefredaktion und Buchhaltung nervös zu machen – immerhin kostet jede einzelne dieser Klagen im Falle einer gerichtlichen Niederlage nicht nur Ansehen, sondern auch Geld. Trotz des Vertrauens, das einem entgegen gebracht wird, spürt man hin und wieder den leisen Zweifel: Hat unser Autor vielleicht doch einen Fehler in seiner Recherche gemacht? War er zu leidenschaftlich in der Auslegung seiner Recherche, hat er übertrieben – und Gegenargumente übersehen?

Wer nimmt schon ernsthaft an, dass er seine Recherche vor Gericht wird verteidigen müssen? Klar, wir alle bedenken das – und vergessen es im nächsten Augenblick wieder und sagen uns, wir haben doch eindeutige Belege. Sollen sie doch klagen. Wir können unsere Vorwürfe belegen. Die Wirklichkeit ist freilich etwas komplizierter wie jeder Journalist weiß, der seine Recherchen vor Gericht verteidigen musste. Dann zeigt sich oft erst, wie gut die Recherche wirklich war. Dass die Rechtsabteilung einen Beleg als ausreichend akzeptiert, heißt noch lange nicht, dass Richter einen Beleg als ausreichend ansehen. Oft ist es gar nicht der Hauptvorwurf, der angegriffen wird, sondern ein nebensächlicher Aspekt. Die Gegenseite will gewinnen, um auf jede weitere Anfrage behaupten zu kön-

nen, die Geschichte sei falsch. Das bewiese doch allein schon, dass man vor Gericht dagegen gewonnen habe.

Doch der Reihe nach. Am 29. März 2000 veröffentlichte ich auf der Medien-  
seite der „Berliner Zeitung“ folgende Geschichte über die Frage, weshalb der  
ZDF-Historiker Guido Knopp einen Professorentitel führt.

### **„Zweites Standbein“**

#### **Der ZDF-Historiker Guido Knopp lehrt an einer ultrarechten Hochschule Journalismus**

Guido Knopp freut sich auf die große Fernsehmesse in Cannes im April. Dort  
wird das ZDF seine neue Reihe „Hitlers Kinder“ den Programmeinkäufern aus  
aller Welt vorführen und Knopp glaubt, einen Knüller im Gepäck zu haben. Er  
geht jedenfalls davon aus, dass „Hitlers Kinder“ – wie die Vorläufer – in den USA,  
England, Frankreich, Australien und in 50 weiteren Ländern laufen wird. Seine  
Filme seien nämlich die ersten deutschen Produktionen zum Thema Hitler, die  
überhaupt im Ausland vermittelbar seien, sagt der Leiter der ZDF-Abteilung  
Zeitgeschichte.

In Deutschland kann sich der 51jährige promovierte Historiker die Sendeplätze  
aussuchen, darf bei Arte und im ZDF stets in der Primetime senden. Sein Erfolg  
besteht darin, dass jeder seiner Filme von vier bis sieben Millionen Menschen  
gesehen wird. Die Millionenaufgabe seiner Begleitbücher ließ ihn zum meistver-  
kauften deutschsprachigen Sachbuchautor avancieren.

Laien mag seine Arbeit allein schon wegen seines Professorentitels glaubwür-  
dig erscheinen. Verliehen wurde das vermeintliche Siegel fachlicher Seriosität  
allerdings nicht für zeitgeschichtliche Forschungsarbeit, sondern für eine Lehr-  
tätigkeit, die nur auf den ersten Blick ehrenwert erscheint. Seit 1994 fährt Guido  
Knopp regelmäßig zur Gustav-Siewerth-Akademie nach Weilheim in den  
Schwarzwald, um dort Studenten zu vermitteln, wie man „historische Aspekte  
einem großen TV-Publikum nahe bringt.“

Für einen Historiker, der vorgibt, sich kritisch mit der NS-Vergangenheit und  
mit dem Vatikan auseinander zu setzen, ist die Akademie jedoch ein fragwürdi-  
ges Umfeld. Denn ein Großteil des leitenden Senats, dem Knopp angehört, ste-  
hen ultrarechten, geheimbündlerischen Organisationen wie dem Opus Dei (Werk  
Gottes), dem Engelswerk und der Psychosekte VPM („Verein zur Förderung der  
psychologischen Menschenkenntnis“) nahe.

Das Seniorenstudium der kleinen Hochschule leitet Hans Filbinger, der 1978  
von seinem Amt als baden-württembergischer Ministerpräsident zurücktreten  
musste. Damals war bekannt geworden, dass er zur NS-Zeit als Marinerichter ein

Todesurteil gegen einen fahnenflüchtigen Soldaten ausgesprochen und die Vollstreckung persönlich überwacht hatte. Seit seinem Rücktritt sammelt Filbinger unweit von Weilheim im Studienzentrum Weikersheim deutschnationale Gesinnungsgenossen um sich. Zu fortgeschrittener Stunde pflegte der Ex-Geschäftsführer Albrecht Jebens seine Gäste aufzufordern: „Jetzt singen wir die deutsche Nationalhymne, und zwar alle drei Strophen.“

Gegründet wurde die Akademie Mitte der 50er Jahre vom Heidegger-Schüler Gustav Siewerth als konservative Antwort auf die Frankfurter Schule, um – nach eigener Darstellung – die Grundlagen für die Überwindung von Neomarxismus und Darwinismus zu schaffen und sich kritisch mit der 68er-Studentenrevolution auseinander zu setzen. Senatskollegen Knopps fallen durch ihre Sympathien für geheimbündlerische Organisationen auf: Zwei der acht Mitglieder des Senats stehen dem Opus Dei nahe, drei der Psychosekte VPM, auf deren Kongressen sie aufgetreten sind – darunter der Würzburger Professor Lothar Bossle, der Hitler für „einen Linken“ hält und Filbinger als Opfer einer Rufmordkampagne sieht. Den Dogmatiker Leo Scheffczyk hat das Opus Dei geehrt. Der Rektor, Graf von Brandenstein-Zeppelin, steht dem Engelswerk nahe. Dekan Alma von Stockhausen hat sich öffentlich für den VPM eingesetzt, der gegen Aidsaufklärung („pornografische Propaganda“) und die „neue Linke“ zu Felde zieht.

Kritiker werfen dem fundamentalistischen Opus Dei Gehirnwäsche und psychische und physische Ausbeutung im Stil von Scientology vor. Bücher von Luther, Lessing, Kant, Hegel, Pasternak und Brecht sind für Opus-Dei-Mitglieder „als Dreck zu ignorieren“, heißt es in einer seiner Schriften. Die Organisation arbeitet weitgehend im Verborgenen, weshalb sie im spanischen Ursprungsland auch als „Heilige Mafia“ bezeichnet wird. Der Gründer des Geheimbundes, Escrivá de Balaguer, hat viel Verständnis für den Faschismus gezeigt, sei doch mit Hitlers Hilfe Francos Machtergreifung gelungen, wodurch das Christentum vor dem Kommunismus gerettet wurde.

Auf die Gesinnung seiner Kollegen angesprochen, spielt Knopp sein Engagement an der Schwarzwald-Uni herunter. Sicher, er habe von den Verbindungen gehört, sagt er. Aber „ich habe mit anderen, die dort lesen, keinen Kontakt.“ Er sei ja nur zweimal im Jahr für Blockseminare dort. Außerdem habe er nur eine Gastprofessur inne. In einem Markblatt seines Fachbereichs Journalistik heißt es, Ziel sei die „Vermittlung der aus der theoretischen Behandlung von Philosophie und Soziologie gewonnenen Einsichten an die Öffentlichkeit“. Knopp soll also helfen, die Lehre der Kollegen zu verbreiten.

Studienpläne legen nahe, dass er öfter als „nur zweimal“ im Jahr lehrt; aus Unterlagen geht hervor, dass er dem Freundeskreis der Akademie angehört und bei Festveranstaltungen als Moderator aufgetreten ist. Den Hinweis, dass ihn das

Vorlesungsverzeichnis als Leiter eines von nur vier Fachbereichen ausweist und er im Senat sitzt, übergeht er und spricht stattdessen von der „Freiheit der Wissenschaft“ und davon, dass er kein Geld für seine Lehrtätigkeit nehme – als wäre nur eine geschäftliche Verbindung ein Problem. „Es ist alles sehr pluralistisch dort,“ sagt Knopp. „Die Bandbreite zeigt sich auch dadurch, dass ich da lehre.“

Genauso gut könnte man freilich fragen, ob manche Verharmlosung in Knopps TV-Sendungen nicht gewollt ist: War es wirklich Zufall, dass in seiner Vatikan-Dokumentation den innerkirchlichen Konflikt um Opus Dei und die umstrittene, einzigartig schnelle Seligsprechung seines Gründers mit ein paar Floskeln abgetan hat? Dass der amtierende Papst fundamentalistische Gruppen dem kirchenrechtlichen Zugriff kritischer Ortsbischöfe entzogen und im Vatikan zu großer Macht verholfen hat, streift Knopp nur. In seinem 370-Seiten-Buch über „Die Macht der Päpste“ widmet er dem Opus Dei zwei Absätze.

Knopp der einzig liberale Wissenschaftler unter Hardlinern? Immerhin wirbt die Akademie damit, die „kleinste Uni Deutschlands“ zu sein, in der „je Student ein Dozent“ lehrt. Kann man an einer so kleinen Uni mit anderen nichts zu tun haben? Noch dazu, wo der Akademie großes Sendungsbewusstsein zu Eigen ist und Knopps Fachbereich einer Broschüre zufolge „dazu befähigen soll, mit den Möglichkeiten der modernen Massenmedien die bedrohte Menschenwürde in den Mittelpunkt zu stellen.“

Die Akademie propagiert ein Verständnis von Journalismus, bei dem Journalisten nicht die Wirklichkeit beschreiben und die Wahrheit suchen, sondern eine vorgefertigte Meinung verkünden sollen. Ihnen sei „dringend eine Ethik geboten, die von einer absoluten Wahrheit ausgeht und dem wertfreien Indifferentismus eine klare philosophische Position ewiger Werte entgegenstellt,“ heißt es in der Broschüre. Diese Position sei „katholisch im ursprünglichen Sinne“ und nehme entschlossen den Disput mit dialektischen Philosophien „und der ‚aufgeklärten Vernunft‘ und dem daraus resultierenden wissenschaftlichen Sackgassen auf“.

Warum lehrt Guido Knopp in diesem aufklärungsfeindlichen Umfeld? Wegen des Titels eines Honorarprofessors? Dass man sein Engagement vor Ort auch als das eines Überzeugungstäters werten könnte, legt ein Interview des konservativen katholischen „Pur“-Magazins nahe. Eigentlich sei er beim ZDF doch ausgelastet, wird dort die Frage nach dem Warum eingeleitet. Knopp sagte, er habe die Vermittlung der Journalistik „immer als zweites Standbein“ angesehen, um seinen eigenen Standpunkt auch wissenschaftlich zu reflektieren. „Guter Journalismus ist auch von Moral geprägt, die auf Werten aufbaut. Die in Misskredit geratenen Werte und Tugenden – dazu gehören Moral, Treue, Ehre und Glaube – denen will ich persönlich auch wieder mehr Geltung verschaffen. Richtig verstandene journalistische Arbeit kann ohne diese Tugenden nicht auskommen.“

Immer wieder gebe er „guten jungen Journalistik-Studenten die Chance, selber im Fernsehen zu arbeiten.“

Dass Knopp mit der geistigen Ausrichtung der Akademie nichts zu tun haben will, verwundert, denn gegenüber „Pur“ betonte er, indem er den Tugenden mehr Geltung verschaffe, „treffen sich meine Intentionen mit denen der Akademie.“ Er „lehre hier, weil das humanistische Menschenbild der Wissenschaft im Hochschulalltag vorgelebt wird.“ Der Rektor, Graf von Brandenstein-Zeppelin, wurde deutlicher: Wer hier ehrenamtlich lehrt, „dem brennt ein Feuer im Herzen.“

Das Eigenartige an den Reaktionen des Anwalts, den die Akademie beauftragte, war, dass keine einzige im Auftrag von Guido Knopp kam oder ihn betraf. Eigenartig, weil die Geschichte eigentlich doch von ihm handelte. Er schrieb lediglich einen Leserbrief an die „Berliner Zeitung“, der mich bestätigte in dem, was ich geschrieben hatte. Er konnte mir keine Unrichtigkeit vorwerfen, nur eine falsche Interpretation. Den Satz, der einem Dementi am nächsten kam, ließ ich aus seinem Brief streichen. Denn er hatte einen beliebten Trick angewandt, indem er etwas abtritt, was ich ihm gar nicht vorgeworfen hatte. Er schrieb, er habe gar keine Zeit, viel an Hochschulen zu lehren. Mehrzahl. Das hatte ich ihm nie vorgeworfen. Es war immer nur von einer bestimmten Hochschule die Rede. Einzahl. Also strich ich den Satz, denn der Leser kann den feinen Unterschied gar nicht wahrnehmen. Bei ihm kommt nur die Botschaft an: Knopp sagt, an dem Text stimmt was nicht.

Zunächst war alles ruhig. Andere Zeitungen nahmen keine Notiz. Außer dem Brief Knopps kam nur der Brief einer Studentin, die den Text indirekt bestätigte und schrieb, sie könne nicht verstehen, was Schlimmes dran sein soll an der Akademie. Ich fuhr in Urlaub. Während ich in Italien war, kamen die juristischen Angriffe, die mich wochenlang beschäftigten sollten. Um zu verstehen, warum ich eine Recherche nach der Recherche, speziell für die juristischen Angriffe, leisten musste, die weit umfangreicher war als meine Recherche und Schreibearbeit vor der Veröffentlichung, sollte man ein paar Dinge wissen.

Die Geschichte über Guido Knopp lief unter meinem Namen. Korrekterweise hätten zwei Namen darüber stehen müssen: Von Oliver Schröm und Thomas Schuler. Eigentlich hatte Oliver die Geschichte bereits an den „Stern“ verkauft. Der „Stern“ wollte jemanden einschleusen lassen in Knopps Akademie. Oliver hatte so etwas schon öfter gemacht für den „Stern“. Irgendwann war er jedoch zum ZDF gewechselt. Er wurde nicht wirklich glücklich in seiner Festanstellung dort. Aber in dieser festen, vom ZDF abhängigen Position konnte er unmöglich eine Recherche veröffentlichen, die den obersten Historiker und einen der Quotenbringer seines eigenen Senders in Bedrängnis bringen würde. Was also tun mit der Recherche? Kein hart recherchierender Journalist würde leichtfertig sei-

ne Recherche, an der er monatelang gearbeitet hat, abgeben. Um zu verstehen, wie es dennoch dazu kam, sollte man unsere Geschichte kennen.

Oliver und ich haben uns vor über zehn Jahren im Hause von Leisler-Kiep im Taunus kennen gelernt. Damals waren vier Journalisten zu Gast im Hause des Politikers, um im Andenken für seinen verstorbenen Sohn sich einer Jury aus prominenten Medienleuten zu stellen. Der Gewinner würde im Namen des verstorbenen Sohnes Michael ein Recherche-Stipendium für die USA erhalten. Es war nicht mein Abend. Das wurde mir rasch klar. Erst fragte mich Haug von Kuenheim („Die Zeit“) vorwurfsvoll, warum ich denn nicht im Osten arbeiten wolle, sondern ausgerechnet in Amerika. Ich blieb freundlich und dachte mir, ob noch jemand außer mir denkt, auf dem falschen Termin zu sein. Ein freier Mitarbeiter des WDR war schnell als geringe Gefahr ausgemacht. Ein Problem war Dirk Kurbjuweit. Nicht nur, weil er damals gerade sein Volontariat bei der „Zeit“ beendete. Er war einfach zu gut. Er wusste zu viel. Das war dann auch sein Problem. Er war so gut, dass selbst die beiden „Zeit“-Redakteure Nina Grunenberg und Haug von Kuenheim gegen ihn als Sieger votiert haben mussten. Einer wie er soll Korrespondent werden und sich nicht für ein Stipendium für Nachwuchsjournalisten bewerben.

Der vierte Bewerber war ein Tandem: Oliver Schröm und Stefan Scheytt. Im Team arbeiten und gemeinsam recherchieren und schreiben, das war ihr Arbeitsmotto. Die beiden waren bereits sei Jahren ein Team. Sie hatten sich gemeinsam bei Kiep beworben – und mehr vorzuweisen als mir lieb sein konnte. Irgendjemand, ich glaube Haug von Kuenheim, fragte sie nach ihren Vorbildern als Tandem und die Rede war schnell bei Bob Woodward und Carl Bernstein, den beiden Watergate-Enthüllern. Ich hätte darüber lachen können, wie zwei Nachwuchsrechercheure aus Heidenheim mit breitem Schwäbisch von Watergate träumen – wenn ich nicht gemerkt hätte, dass die Jury sie ernst nahm mit ihren Träumen. Bald war mir klar, warum: Ihrer Bewerbung hatten sie Texte beigelegt, wonach sie in Mexiko einen in Deutschland gesuchten Betrüger ausfindig gemacht hatten – den die deutsche Polizei und Interpol vergeblich gesucht hatten. Damit nicht genug: Just am Tag des Abendessen hatten sie in der „Zeit“, ausgerechnet im Ressort ihres heimlichen Fans Haug von Kuenheim, eine investigative Reportage veröffentlicht. Eine Punktlandung. Meine Chancen bei der amerikafreundlichen Familie Kiep schwanden merklich, als ich mich in meiner Enttäuschung zu der Bemerkung hinreißen ließ, die Vereinigten Staaten betrieben Kanonenbootpolitik in Lateinamerika. Eine der Jurorinnen fand mein Statement toll, sagte sie mir hinterher am Buffet. Leider hatte sie an diesem Abend Probleme mit ihrer Stimme und konnte nur flüstern. Im entscheidenden Augenblick in der Jurysitzung hatte ihr die Stimme versagt. Nun gut. Als wir in der Chauffeurskam-

mer im Keller des Hauses Kiep auf das Ergebnis der Endrunde warten mussten, hatte ich meine Hoffnungen bereits begraben. Mich überraschte nicht, dass Oliver und Stefan gewannen. Ich nahm es ihnen nicht einmal übel. Einige Monate später trafen wir uns in New York wieder, teilten schmutzige Hotelzimmer und tauschten Kontakte. Irgendwann trennten sich die beiden. Stefan ging zurück nach Schwaben. Oliver arbeitete in Hamburg weiter mit wechselnden Partnern. Gemeinsam recherchierten wir Jahre später eine mehrteilige Serie über die so genannte Nigeria-Mafia, die mit Betrügereien weltweit Millionen ergaunerte.

Die Süddeutsche Zeitung druckte Teil eins auf eineinhalb Seiten – mit Fortsetzung eine Woche später. Die Vorjury des Kisch-Preises nominierte die Geschichte für die Endauswahl. Bei der Recherche zu dieser Geschichte lernte ich, wie einfach mitunter die wichtigen Dinge sind. Wir besuchten das BKA in Wiesbaden und hielten Kontakt zum zuständigen Beamten. Doch Kopien von Kontoauszügen, die den Betrug im Detail belegten, erhielt ich, weil ich um Mitternacht – nach dem Biergartenbesuch in München – noch einmal in die Reaktion der Süddeutschen ging und nachts stundenlang nach Kanada telefonierte. Ein kanadischer Polizeibeamter erzählte mir von den Unterlagen. Das BKA hatte nie direkt telefoniert und wusste von der Existenz der Unterlagen deshalb gar nichts. Der zuständige BKA-Beamte machte Dienst nach Vorschrift: Versenden von Formblättern, Austausch internationaler Gesuche und das letzte Telefonat lange vor der „Tagesschau“. Ich lernte auch, dass nur derjenige an gutes Material kommt, der bereits gutes Material recherchiert hat. Kurz vor der Veröffentlichung erhielt Oliver Berge von Akten von einem Anwalt, der erkannt hatte, dass wir sehr weit waren mit unserer Recherche – und es für ihn besser war, uns einen größeren Überblick zu verschaffen. Etwa ein Jahr nachdem die ersten beiden Teile gedruckt waren, kam es zu einer Verhandlung gegen einen der Betrüger. Er wurde verurteilt – auch unter Verweis auf unser Material. Er hatte eine Kinderhilfsorganisation in Kanada betrogen. Das war ein selten befriedigendes Erlebnis bei einer Recherche, dass der kleine Betrogene am Ende – auch aufgrund unserer Recherche – Geld zurück erhielt. Mit gewisser Genugtuung drehten wir gemeinsam mit Egmont Koch für das ZDF eine Fernsehreportage über den Fall.

Später schrieb Oliver für den „Stern“ – und ich führte für ihn von New York aus ein Interview mit einem amerikanischen Nazi. Es geschah sogar, dass wir Recherchen tauschten: Im Herbst 1999 hatte die „Zeit“ ein Dossier über den amerikanischen Geheimdienst NSA veröffentlicht. Die Hälfte des Textes stammte von mir. Das Dossier lief unter Olivers Namen, obwohl es eine Gemeinschaftsarbeit war. Mein Name stand nur klein am Ende des Textes unter „Mitarbeit“, weil ich damals noch fest angestellt war bei der „Berliner Zeitung“. Die Knopp-Geschichte war eine Art „Revanche“; ein weiteres Ergebnis langjähriger Zusammenarbeit.

---

Oliver hatte über Filbingers Treff in Weikersheim recherchiert und geschrieben. Er hatte über Monate hin an dem Thema recherchiert – auch mit anderen Kollegen zusammen. Irgendwann landete die Recherche bei mir. Ich las mich ein in einen Stapel Papier – und führte ein Interview mit Guido Knopp. Ich weiß nicht, ob er nach unserem Gespräch Verdacht schöpfte. Ich sprach erst über seine anstehende neue Hitler-Reihe im TV, über seine Erfolge, die internationalen Weiterverkäufe und kam am Ende auf die Akademie und seine Lehrtätigkeit zu sprechen. Hätte ich ihn direkter mit dem Thema konfrontieren sollen? Vielleicht. Ich habe ihn nicht mit Empörung in der Stimme befragt, sondern sachlich seine Sicht abgefragt zu den Kollegen und ihren seltsamen Verbindungen. Mag sein, dass er danach ein komisches Gefühl hatte. Mag sein, dass ein so erfolgreicher Quotenmacher dank seines Erfolges gegen Kritik immun macht und sie ihn gar nicht mehr erreicht. Ohne das Interview mit ihm hätte ich die Geschichte jedoch nicht veröffentlichen wollen. Wie gesagt, es war kein konfrontatives Interview. Aber ihn nicht zu den Vorwürfen zu hören, das wäre unfair gewesen. Die Konfrontation mit dem Vorwurf ist Teil der Recherche.

Als die ersten Angriffe des Anwalts kamen und die Rechtsabteilung des Verlags immer mehr Belege sehen wollte, wurde mir die negative Seite unseres Tauschs bewusst. Ich hatte Belege, aber offenbar nicht genug. Oliver hatte mir gesagt, die Fakten seien bereits von der Rechtsabteilung des „Stern“ geprüft worden. Aber das half mir jetzt nichts. Man muss selber durch eine Recherche „gegangen“ sein, um über die eigenen Belege absolut sicher sein zu können. Jetzt gab es konkrete Eingaben und ich konnte nicht auf den „Stern“ verweisen. Oliver war unerreichbar im Ausland. Ich musste die Recherche rasch noch einmal führen. Ich musste mehr Belege herbei schaffen, als ich für die Veröffentlichung hatte. Denn das Gericht akzeptierte einzelne Belege nicht, die der Rechtsabteilung des Verlags genügten. Die Richter wollten nicht nur einen oder zwei Belege für jeden Vorwurf sehen, sondern jeden Vorwurf durch mehrere Dokumente belegt haben. Es begann die Recherche nach der Recherche. Die Recherche fürs Gericht. Statt neue Themen zu recherchieren, war ich mehrere Wochen mit der Recherche fürs Gericht beschäftigt. Keine einzige Zeile davon wurde veröffentlicht für eine Nachfolgegeschichte. Ich recherchierte ganz allein für unseren Anwalt Christian Schertz.

Guido Knopp, Lothar Bossle und Leo Scheffczek unternahmen erst gar nicht den Versuch, gerichtlich vorzugehen – oder solche Schritte anzudrohen. Filbingers Versuch, eine Unterlassungserklärung zu erreichen, war einfach zu kontern: Unser Jurist besorgte ein Urteil, in dem Filbingers damaliges Verhalten festgehalten war. Darauf aufmerksam gemacht, unterließ er gerichtliche Schritte. Alma von Stockhausen scheiterte mit ihrem Versuch zu dementieren, sie hätte mit der

VPM nichts am Hut. Als ich Belege vorlegte, dass sie auf einer Konferenz des VPM ein Grußwort gesprochen hat und als Ehrenvorsitzende des Kongresses fungierte, änderte sie ihre Klage dahingehend ab, dass sie sofort nach ihrem Grußwort gegangen und seitdem nie wieder etwas mit dem VPM zu tun gehabt habe. Das hätte die Zeitung genauso schreiben müssen und das müsse sie nun nachholen. Das Gericht entschied, sie habe kein Recht darauf und aus der Tatsache, dass sie ein Grußwort hielt und Ehrenvorsitzende war, könne man durchaus von Nähe sprechen. Ein Punktgewinn.

Ein Detail führte allerdings zu einer Gegendarstellung – der einzigen, die zu dieser Geschichte in unserer Zeitung erschien. Ich hatte geschrieben, die Akademie sei gegründet worden von dem Heidegger-Schüler Gustav Siewerth. Ich wusste, dass er einen Gesprächskreis gründete, aus der später dann die Akademie hervorging. Aus Platzgründen hatte ich die Darstellung verkürzt. Alma von Stockhausen konnte mir nun einen faktischen Fehler vorwerfen, denn im Wortsinne gegründet war die Akademie nicht von ihrem Namensgeber, sondern von ihr. Angesichts der restlichen Versuche, gegen meine Geschichte vorzugehen, war diese Gegendarstellung lächerlich. Sie änderte nichts an der Richtigkeit meines Textes. Aber ich bin sicher, dass die Gegenseite auf Anfragen behauptet, die Geschichte sei völlig falsch und im übrigen habe man die „Berliner Zeitung“ bereits zu einer Gegendarstellung gezwungen. Wäre ich nicht im Urlaub gewesen, hätte ich auch diese aus meiner Sicht lächerliche Gegendarstellung bekämpft. Aber sie war ins Blatt gewandert, ohne dass mich jemand dazu gefragt hatte.

Am hartnäckigsten war die Auseinandersetzung mit dem Rektor, Graf von Brandenstein-Zeppelin. Er behauptete, mit dem Engelswerk überhaupt nichts zu tun zu haben. Meine Information, er stehe der Organisation nahe, sei völlig falsch. In der Tat hatte ich keinen Beleg, dass er Mitglied in diesem Geheimbund war. Deshalb hatte ich die vorsichtige Formulierung „steht nahe“ verwandt. Doch er stritt jede Verbindung ab und gewann den ersten Gerichtstermin: Ich hatte Protokolle einer Organisation vorgelegt, die Brandenstein-Zeppelin mit Sympathisanten des Engelswerks gegründet hatte. Der Rechtsabteilung hatte das genügt. Nicht jedoch die Berliner Pressekammer, die mit dem obskuren Engelswerk wenig anfangen konnten. Die Richter argumentierten, in einem Verein wie dem Roten Kreuz könnten sich doch auch Leute mit politisch unterschiedlichen Auffassungen treffen. Analog beweise das Sitzungsprotokoll noch keine Nähe zum Engelswerk. Ich musste ihnen beweisen, dass sich hier zahlreiche Gesinnungsgenossen trafen, die ihre Gesinnung jedoch nach außen nicht offen legen.

Immerhin sollte sich an dieser einen Auseinandersetzung plötzlich zeigen, ob die Geschichte stimmt – oder nicht. Zumindest gewinnt man diesen Eindruck,

wenn man mitten in einem solchen Rechtsstreit steckt. Ein beim Schreiben unwichtig erscheinender Halbsatz rückt plötzlich in den Mittelpunkt. Dass gerade die Formulierung „steht nahe“ so umkämpft werden würde, habe ich eingangs nicht ahnen können. Ich bin mir sicher, dass die Gegenseite im Falle eines Sieges vor Gericht so getan hätte, als sei die gesamte Recherche schlampig und fehlerhaft gewesen. Aber auf Nachfragen anderer Journalisten hätte ein Erfolg der Gegenseite ein gutes Argument gegen mich geliefert. Wie gesagt, der Beleg, dass jemand dem Engelswerk nahe stehe, ist nicht ganz einfach zu führen, weil die Mitglieder angehalten werden, ihre Mitgliedschaft geheim zu halten. Ich machte einen Theologen in Wien ausfindig, der ein Buch über das Engelwerk (*Opus Angelorum*) geschrieben hatte, einen Bischof in München, der als Experte galt, eine Theologin, die ihre Doktorarbeit zum Thema schrieb. Ich sprach mit Privatpersonen, die den Organisationen kritisch gegenüber stehen und Material über sie gesammelt haben. Ich besorgte mehrere schriftliche Statements und eidesstattliche Versicherungen, wonach Graf von Brandenstein-Zeppelin enge Verbindungen zum Engelwerk hat. Ein Mann versicherte mir eidesstattlich, dass Brandenstein-Zeppelin ihm gegenüber zugegeben habe, in einer Zeitschrift für Seminare des Engelswerks geworben zu haben. Schließlich konnte ich zeigen, dass in jener Organisation, über deren Sitzung ich eine Anwesenheitsliste der Gründungsmitglieder hatte, mehrere Mitglieder des Engelswerk saßen, die Schriften für das Engelswerk publizierten, darunter auch der Sohn der Gründerin des Engelswerks. Nach zwei Wochen Recherche hatte ich einen Berg von Belegen recherchiert, woraus sich die Nähe des Rektors zum Engelswerk ergab.

Der Anwalt der Gegenseite, Johannes Weberling, hatte seine ganz persönlichen Motive am Rechtsstreit. Einige Jahre davor hatte er die „Berliner Zeitung“ in Rechtsfragen beraten. Irgendwie war man aneinander geraten und hatte sich im Unguten getrennt. Nun hatte er eine Rechnung offen und wollte unbedingt gegen seinen alten Klienten, die „Berliner Zeitung“, gewinnen. Als ich mich umhörte, wieso ausgerechnet Weberling für die Akademie kämpft, fiel mir der Name eines ehemaligen Redakteurs der Zeitung auf, den Weberling angeblich gegen die Zeitung vertreten hatte. Dieser Ehemalige lehrt im Fachbereich von Guido Knopp an der Akademie. Gut möglich, dass er der Akademie einen willigen Anwalt vermittelt hat.

Beim zweiten Termin vor der Berliner Pressekammer war es mir eine gewisse Genugtuung zu sehen, wie der gegnerische Anwalt Weberling völlig überrascht war von meinem neu recherchierten Material und das Gericht schließlich bat, doch bitte in der Entscheidung zu schreiben, dass man aufgrund des neuen Materials die erste Entscheidung wiederrufe und nun gegenteilig entscheide. Andernfalls habe er Schwierigkeiten, Herrn Brandenstein-Zeppelin den Ausgang

des Verfahrens zu erklären. Der sei sich nämlich seines Erfolgs völlig sicher und erwarte ein positives Urteil. Weberling unternahm gar nicht erst den Versuch, Zweifel gegen mein Material vorzubringen. Mit anderen Worten: Weberling bat das Gericht zu bestätigen, dass die Recherche so fundiert sei, dass man nun gar nicht anders könne, als zu sagen, er stehe dem Engelswerk nahe. Eine Wende um 180 Grad. Was vorher noch ein Angriff gegen meine Geschichte war, hatte sich plötzlich in eine Anerkennung meiner Recherche verwandelt.

Dennoch wurde wegen der gerichtlichen Auseinandersetzung der Text nicht ins frei zugängliche Online-Archiv übernommen. Selbst nach unserem Erfolg wurde der Text nicht aufgeschaltet, denn die Zeitung hatte Alma von Stockhausen zugesagt, den Vorwurf, sie stehe dem VPM nahe, nicht ohne Zusatz ihrer heutigen Distanzierung zu wiederholen. Das klingt harmlos, aber selbst diese harmlose Zusage hat Konsequenzen: Eine Geschichte nämlich, die vom Archiv gesperrt wird, die mögen andere Journalisten ungern zitieren. Die Berliner Zeitung „Jungle World“ war die einzige, die meine Recherche aufgriff.

Hin und wieder erhalte ich Anfragen von Interessierten, die um eine Kopie des Textes bitten, weil sie sich wissenschaftlich mit Knopp befassen. Wie der Zufall will, hat ein mir Unbekannter meinen Text „Zweites Standbein“ ungefragt ins Englische übersetzt und ins Internet gestellt. Da ist „Second Leg“ in voller Länge abrufbar. Selten habe ich mich so gefreut, dass jemand einen Text von mir ohne zu fragen einfach im Internet veröffentlicht.

Aber selbst den Umstand, dass das Archiv der „Berliner Zeitung“ die Geschichte im Internet gesperrt hat, versuche ich in Seminaren über Recherche zu nutzen. Eine meiner Aufgaben an die Seminarteilnehmer lautet herauszufinden, worauf Guido Knopp seinen Professorentitel stützt. Es bereitet mir immer wieder gewisse Freude, wenn Seminarteilnehmer beim ZDF nach Knopps Titel fragen. Beim ZDF spricht man nur ungern über Guido Knopps fragwürdige Lehrtätigkeit. Die Leitung des Fachbereichs hat er übrigens inzwischen abgegeben. Womöglich war das seine Art der Reaktion auf meine Geschichte.

Zum Autor: Thomas Schuler (38) ist Absolvent der Journalism School der Columbia University of New York City, wo sein Schwerpunkt auf Recherche lag. Er war freier Korrespondent in New York, vor allem für die „Süddeutsche Zeitung“, ehe er zur „Berliner Zeitung“ wechselte. Jetzt lebt er als freier Journalist in München. Neben seiner Arbeit für die „Berliner Zeitung“ verfasst er Bücher (u.a. „Immer im Recht“ über Amerika) und lehrt Recherche.

---

## Die Zahnprothesen-Mafia

von Herbert Klar

Seinen feuerroten Ferrari fährt John M. nur bei wirklich schönem Wetter oder wenn er seinen chinesischen Geschäftspartnern imponieren will. Die kurze Strecke von seinem Essener Privathaus in sein Mühlheimer Büro legt John M. üblicherweise in seinem silbergrauen Mercedes SL zurück. Der 27-Jährige ist erfolgreich und dynamisch, sein Unternehmen expandiert – kurz, John M. ist ein Vorzeige-Unternehmer. Bis zum Morgen des 20. November 2002, als sein beschlagnahmter Ferrari in der Tiefgarage der Polizei und er in Untersuchungshaft landet.

Am Abend zuvor, am 19. November 2002, enthüllt das ZDF-Magazin „Frontal 21“ seinen gigantischen Abrechnungsbetrug mit Billig-Zähnen aus China. Die Betrugsmasche ist einfach, aber wirkungsvoll. John M's Mühlheimer Firma Globudent hat in großem Stil Patienten und Kassen betrogen, indem die Firma gefälschte und überhöhte Rechnungen für Zahnärzte ausstellt. Obwohl der Zahnersatz billig in China produziert wird, können dann die Zahnärzte zu deutschen Höchstpreisen abrechnen.

Nach Einschätzung der AOK-Niedersachsen handelt es sich um den bisher größten Betrug im deutschen Gesundheitswesen. Die BILD-Zeitung schreibt später: „Polizei zerschlägt Zahnprothesen-Mafia“. Wochenlang berichten Zeitungen über den Abrechnungsbetrug. Das „Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen“ fordert die bayerischen Zahnärzte, Zahn-techniker und Krankenkassen ultimativ auf „kurzfristig gemeinsam geeignete Maßnahmen zur Vermeidung der in der Sendung „Frontal 21“ geschilderten Missstände zu entwickeln und ...über das Veranlasste zu berichten.“ In den Tagen und Wochen nach der Sendung melden sich neben Hunderten Zuschauern auch sehr viele Zahnärzte und Zahntechniker. Viele behaupteten jetzt, der Globudent-Skandal sei nur die Spitze des Eisberges, der Betrug in der Zahnklempner-Branche gang und gäbe. Und fast alle wollen es gewusst haben. Ein Zahnarzt aus Berlin-Kreuzberg schreibt uns: „Auch mir wurden diese Praktiken angeboten. Ich habe dankend abgelehnt.“ Na prima. Warum kann John M. dann jahrelang seinen Betrugsgeschäften nachgehen?

Ich habe im Juni 2002 zum ersten Mal von den Globudent-Geschäftspraktiken erfahren. Peter Scherler, Leiter der Ermittlungsstelle Betrug der AOK-Niedersachsen liest mir aus einer Aussage vor, die ein Zahnarzt Dr. „Soundso“ bei ihm

gemacht hatte. Scherler liebt es, seine Zeugen mit „*Soundso*“ zu benennen. Also, dieser Dr. „*Soundso*“ sagt gegenüber Scherler aus, dass Globudent zwei Tarife anbiete: „Der eigentlich interessante Tarif sei die Variante zwei. Danach – dieses habe Herr K. mit den „Vorzügen“ im Detail erläutert – erstelle die Firma Globudent eine (falsche) Rechnung zu den deutschen Listenpreisen. Der Preisvorteil werde sodann rückwirkend in Höhe von 20 Prozent des Rechnungsbetrages an den Zahnarzt zurückvergütet.“ Das ist der Beginn meiner Globudent-Recherche.

Zu diesem Zeitpunkt ist es noch ein Betrugsverdacht, hieb- und stichfeste Beweise habe ich keine. Schriftliches dazu gibt es nicht. Außer der Aussage von Scherlers Dr. „*Soundso*“ habe ich nichts. Auch die Betrugsexperten der AOK haben nicht viel mehr, erfahre ich später. Wie also weiterkommen?

Seit August 2001 gibt es ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Duisburg gegen Verantwortliche von Globudent, später kommt noch das Verfahren der Staatsanwaltschaft Wuppertal hinzu. Doch die Staatsanwälte wissen auch nicht mehr, Beweise haben auch sie nicht und ermitteln – so scheint es – eher lustlos. Mein Verdacht ist, sie halten die Aussagen von Scherlers Zahnarzt Dr. „*Soundso*“ anfangs für eine Räuberpistole, denn monatelang passiert wenig bis gar nichts. Später erfahre ich, dass im Juni 2002 – also acht Monate nach den ersten Aktivitäten der Staatsanwälte – bei der Kripo Essen eine Sonderermittlungsgruppe gegründet wird. Sie besteht zunächst aus zwei Beamten und soll jetzt den größten Betrug im deutschen Gesundheitswesen ermitteln. Behörden und Ermittler können mir also nicht weiterhelfen.

Ich beschließe wieder einen Trick anzuwenden, mit dem ich schon früher Erfolg hatte: Mit verdeckter Kamera in die Dental-Branche eintauchen. Ich will die Globudent-Manager auf frischer Tat ertappen, das ist der Beweis, den ich brauche. Voraussetzung dafür ist, dass ich einen Zahnarzt finde, der mitspielt. Mit Hilfe einer Kollegin und mit Glück finde ich schließlich einen Zahnarzt, der bereit ist für mich bei Globudent anzurufen und Geschäftsinteresse vorzutäuschen.

Ich verspreche Dr. X., seinen Namen nie zu erwähnen, ihn anonym darzustellen und auch seine Praxis nicht zu filmen. Zahnarzt Dr. X will später nicht als Zeuge auftreten, seine größte Sorge gilt dabei Staatsanwälten und Polizei. Denn würde Dr. X bei Staatsanwälten oder Polizei aussagen, ist sein Name aktenkundig. Und Dr. X will auf gar keinen Fall, dass später gegnerische Anwälte seinen Namen und Adresse in den Akten finden. Als Journalist habe ich es da einfacher – für mich bleibt der Zahnarzt der anonyme Dr. X. Dennoch: Ich bewundere den Mut von Dr. X, schließlich haben wir es hier mit organisierter Kriminalität zu tun, es geht um sehr viel Geld, den Verdacht der Geldwäsche, der Steuerhinterziehung und um schweren Betrug.

Im Internet preist die Mühlheimer Firma vollmundig ihre Vorzüge an – wirbt mit einer Kostenersparnis für Patienten von über 50 Prozent. Globudent lässt in Shenzen im Süden Chinas im großen Stil produzieren. 300 bis 400 schlecht bezahlte Chinesen fertigen hier Zahnersatz für deutsche Patienten. Über Hongkong werden täglich ganze Zahnladungen per Luftfracht nach Deutschland geschickt. Die Geschäfte von Globudent laufen so gut, dass täglich ein Kurier zwischen Mühlheim und dem Frankfurter Flughafen pendelt. Fertige Zähne aus China werden abgeholt, Abdrücke und Gipsmodelle ins Reich der Mitte geschickt. In der Wirtschaftsmetropole Hongkong wartet dann am Flughafen schon der nächste Kurier, der die deutschen Päckchen abholt und den fertigen Zahnersatz nach Deutschland schickt. Betrug nach Flugplan – alltägliche Routine. In der Globudent-Zentrale findet dann noch die sogenannte Endkontrolle des asiatischen Zahnersatzes statt. Rund 50 Mitarbeiter sind hier beschäftigt. Sie verschicken die chinesischen Zähne an die deutschen Zahnärzte. Und hier werden die gefälschten Rechnungen geschrieben.

Über ihre Außendienst-Mitarbeiter versuchen die Mühlheimer immer mehr deutsche Zahnärzte unter Vertrag zu nehmen. Bis zu 2000 Zahnärzte, so schätzen die AOK-Experten, arbeiten mit Globudent zusammen. Klaus Altmann, AOK-Niedersachsen:

„Globudent tritt an deutsche Zahnärzte heran und bietet ihnen einen Deal an: Ihr lasst den Zahnersatz über uns laufen, wir besorgen euch den Zahnersatz, die Abrechnung macht ihr auch über uns. Und ihr könnt dann den deutschen Krankenkassen und den Patienten hier in Deutschland den Originalpreis, der auch bei Zahnersatz in Deutschland fällig gewesen wäre, berechnen. Wir bekommen den Zahnersatz im Ausland aber viel billiger hergestellt und den Gewinn daraus, den teilen wir uns.“

Dank der niedrigen chinesischen Preise streichen die deutschen Zahnärzte einen satten Zusatzgewinn ein. *„Der Gewinn kommt dadurch zustande, dass die Firma Globudent die Rechnung auf deutsche Höchstpreise umschreibt. Und mit dieser Rechnung ausgestattet kann der Zahnarzt dann den Zahnersatz mit den Krankenkassen und dem Patienten abrechnen - niemand erfährt davon, niemand weiß davon. Die Rechnung sieht einfach sauber aus, wie eine deutsche Zahnersatz-Rechnung“*, so Klaus Altmann.

### **Betrug mit Komfortpreis**

Im Juli 2002 ist es soweit. Ein Globudent-Manager hat seinen Besuch in der Zahnarztpraxis von Dr. X angekündigt. Ich will das Gespräch heimlich filmen – dazu haben wir zwei Kameras in den Praxisräumen versteckt. Den Ton dürfen wir

aus juristischen Gründen nicht aufnehmen. Deshalb möchte ich zusammen mit Dr. X an dem Gespräch teilnehmen. Grundsätzlich gilt bei Aufnahmen mit einer versteckten Kamera: Vier Augen und Ohren sehen bzw. hören mehr. Diese Absicherung ist besonders wichtig: Wir sind zu zweit und können beide bezeugen, dass dieses und andere Gespräche genau so abgelaufen sind. Käme es zum Rechtsstreit und wäre einer von uns beiden alleine erschienen, stünde Aussage gegen Aussage.

Der Globudent-Manager erscheint pünktlich. Ich gebe mich als Geschäftspartner und Berater von Dr. X aus – zuständig für das finanzielle – denn der Onkel Doktor verstehe zwar viel von Zahnprothesen aber wenig von finanziellen Dingen. Unser Besucher schaut sichtlich irritiert – zwei Gesprächspartner hat er nicht erwartet. Er ist misstrauisch, will wissen, woher wir überhaupt von Globudent erfahren haben. Dr. X erzählt von einem befreundeten Zahnarzt, der seit Jahren mit Globudent zusammenarbeite und sehr gute Erfahrungen gemacht habe. Unser Gesprächspartner entspannt sich, er kennt den erwähnten Zahnarzt – sein Misstrauen schwindet. Wir reden schon fast eine Stunde über Globudent, die kostengünstige Produktion in China, die niedrigen Globudent-Preise und die Qualitätsstandards. Schließlich frage ich unseren Besucher, was denn für Dr. X dabei herauspringe, schließlich sei seine Zahnarztpraxis kein Wohltätigkeitsinstitut. Jetzt endlich kommt der Globudent-Mann zum entscheidenden Punkt – den Tarifen und Abrechnungsmodalitäten.

„Also, der interessanteste Tarif ist der sogenannte Komfortpreis. Wenn Sie das auf dem Bestell-Formular ankreuzen, passiert Folgendes: Sie bekommen von uns eine ganz normale Rechnung zu deutschen Preisen – versteht sich. Das ist ja auch legal. So, und einmal im Monat bekommen Sie dann 20 Prozent bar zurück. Sie müssen nur hier unten Komfort ankreuzen. Das Geld kommt per Post, natürlich ohne Absender und am besten an die Privat-Adresse. Wenn Sie verheiratet sind an den Ehepartner.“

Einfach Komfort ankreuzen – und fertig ist der Betrug. 20 Prozent bekommt der Zahnarzt cash zurück, keine Überweisung, keine Spuren. Einfach und genial. Ergebnis eines offenbar wasserdichten Systems. Endlich habe ich den Beweis, den ich brauche, ich war dabei als ein Globudent-Manager das Betrugssystem erklärte. Die versteckten Kameras haben funktioniert, die Bilder sind im Kasten.

Polizei und Staatsanwälte sind soweit noch lange nicht. Wenige Tage nach unseren heimlichen Aufnahmen telefoniere ich mit Staatsanwältin S. in Wuppertal. Sie will von mir noch einmal ganz genau wissen, wie das Betrugssystem von Globudent funktioniert, ob denn die Zahnärzte nur 80 Prozent des Rechnungsbetrages überweisen und 20 Prozent zurückbehalten würden. Nach dieser Frage weiß ich, dass die Ermittlungen der Staatsanwälte noch lange dauern können.

---

Ich verspreche ihr, dass wir noch nicht senden, um die Ermittlungen nicht zu gefährden. Da ich bei meinen Recherchen auf zahlreiche andere Betrüger in der Dentalbranche gestoßen bin, beschließe ich, erst einmal diese abuarbeiten.

### **Ausflug nach Ungarn**

August 2002. Als Staatsanwälte und Polizei die Zahnarztpraxis von Dr. L. in Papenburg im Emsland durchsuchen, stehen wir schon mit der Kamera vor der Praxis. Der Zahnarzt soll, so der Verdacht der Staatsanwälte, Krankenkassen und Patienten betrogen haben – mit falschen bzw. umgeschriebenen Rechnungen. Dutzende Ordner, Computer, alles wird beschlagnahmt.

Im Keller seiner Praxis hat Dr. L. ein sogenanntes Praxislabor. Normalerweise haben Zahnärzte solch ein Labor, um dort kleinere Arbeiten selbst zu erledigen – oft mit Hilfe eines Zahntechnikers/in. In den meisten Fällen ordert der Arzt den Zahnersatz bei einem professionellen Dentallabor. Auf den Rechnungen, die Zahnärzte später den Kassen oder Patienten stellen, ist der Zahnersatz ein sogenannter durchlaufender Posten, das heißt der Zahnarzt verdient nichts am Zahnersatz. Hat er aber ein eigenes Praxislabor, dann darf er den dort produzierten Zahnersatz ganz normal in Rechnung stellen. 20 bis 30 Prozent aller deutschen Zahnärzte wird geschätzt, haben ein eigenes Praxislabor – sehr oft werden sie auch von den Ehefrauen der Ärzte geführt.

Richtig absahnen können die Zahnklempner, wenn sie billig im Ausland einkaufen und dann später behaupten, sie hätten die Zahnprothesen im eigenen Labor produziert.

Und genau diesen Verdacht haben die Staatsanwälte bei Dr. L. Der Zahnarzt lasse im billigen Ungarn produzieren – rechne aber die teureren deutschen Preise ab. In Ungarn liegen die Preise immerhin rund 40 bis 50 Prozent unter dem deutschem Niveau. Kein schlechter Zusatz-Profit. Auf seinen Rechnungen habe der Zahndoktor aber stets sein eigenes Labor als Zahnproduzent angegeben. Klaus Altmann von der AOK-Niedersachsen wundert sich schon lange über die Rechnungen des Arztes.

„Der Zahnarzt hat den Zahnersatz also aus dem Ausland kommen lassen – auf welchen Wegen auch immer – und dann hat er die Rechnungen dafür so umgeschrieben, dass dieser ausländische Zahnersatz als deutscher Zahnersatz aus seinem eigenen Labor auftauchte.“

Den Tipp mit der ungarischen Firma habe ich von der AOK bekommen, lange bevor die Staatsanwälte den Doktor in Papenburg durchsuchen. Doch was bringt mir dieser Tipp? Wie kann ich ihn verifizieren, welche Recherche-Möglichkeiten gibt es?

Ich fahre nach Körmend in Ungarn, zusammen mit meinem Lieblings-Kameramann aus Berlin. Wir haben die ganz normale Kameraausrüstung dabei und zusätzlich unsere Spezialausrüstung für verdeckte Drehs. Kurz hinter der österreichischen Grenze fällt auf, dass überall Zahnärzte und Labors werben – in deutscher Sprache. Rund zehn Kilometer hinter der Grenze erreichen wir das kleine Städtchen Körmend. Mitten in der Stadt das Divodent Dentallabor. Hier also lässt der Zahnarzt aus Papenburg produzieren.

Wir haben uns gut vorbereitet und wollen mit versteckter Kamera drehen. Ich habe inzwischen einige Grundbegriffe der Zahnklempner gelernt und weiß, dass es Stumpfmodelle, Sägemodelle und Keramikverblendungen gibt und dass man in Deutschland Zahnersatz nach dem Medizinprodukte-Gesetz herstellen muss. Und natürlich habe ich mir Preise gemerkt, schließlich geht es hier ja ums Geschäft. So gewappnet betreten wir das Divodent-Labor. Wir drehen mit versteckter Kamera, geben uns als Touristen aus, die das Angenehme mit dem Nützlichen verbinden wollen. Ich spiele den Ehemann einer deutschen Zahnärztin, die gerne mit Divodent ins Geschäft kommen wolle. Geschäftsführerin Rita D. schöpft keinen Verdacht, sie habe viele deutsche Kunden, erzählt sie uns stolz. Mindestens 200 deutsche Zahnärzte würden von Divodent beliefert, sagt sie. Klar, den Doktor L. aus Papenburg kenne sie. Am Ende dürfen wir uns das Labor ansehen. Deutsche Geschäftsführung, deutsche Kunden aber ungarische Löhne und Standards. Kein schlechtes Geschäft für die deutsche Zahnärzte.

Wir fahren zurück nach Österreich – ohne Kontrolle. Genauso könnten aus den ungarischen Zähnen EU-Zähne werden. Vielleicht hat Dr. L. deshalb im österreichischen Städtchen Eberau gleich noch eine Firma Divodent gegründet. Zähne werden hier keine produziert – wir finden eine Briefkasten-Firma, ein Divodent-Schild. In dem Gebäude ist ansonsten der städtische Kindergarten. Die Geschäfte mit den ungarischen Zähnen laufen offenbar gut. Journalistisches Glück gehört dazu. Als wir uns auf der Gemeindeverwaltung im österreichischen Eberau nach Divodent erkundigen, treffen wir zufällig die Besitzer eines deutschen Dentalcenters mit Sitz in Ungarn. Sie holen gerade Post ab. Später erfahre ich, auch sie haben eine Briefkastenfirma in Österreich, über die sie ihre Geschäfte abwickeln. Wir drehen wieder mit verdeckter Kamera, ich gebe mich wieder als Ehemann einer Zahnärztin aus, die ungarische Geschäftspartner sucht. Die beiden meinen, dass sie uns bestimmt weiterhelfen können und laden uns für den nächsten morgen nach Ungarn ein.

Das deutsche Dentalcenter ist etwa 100 Meter hinter der österreichischen Grenze. Nach der freundlichen Begrüßung kommen sie schnell zur Sache. Die Frau klärt uns auf: „Klar, viele deutsche Zahnärzte und Dentallabore kaufen hier billig ein. In Deutschland wird das ja normalerweise nicht kontrolliert, bis jetzt. Der

Transport läuft dann über Österreich. Aber Sie müssen aufpassen. Wissen Sie, wir haben hier so unwahrscheinlich viel Pfusch gesehen. Sie brauchen hier in Ungarn jemand, der für Sie die Arbeit kontrolliert. Das könnten wir übernehmen.“

Und ihr Mann weicht uns dann auch noch in die Geheimnisse ein, wie wir in Deutschland Kassen und Patienten betrügen können: „Und damit Sie zu deutschen Preisen abrechnen können, brauchen Sie natürlich noch ein Labor in Deutschland, das die Rechnung schreibt. Aber das ist kein Problem. Wir haben ein Labor in Weimar.“

Ungarische Zähne, keine Kontrollen, deutsche Preise für deutsche Patienten. Unser Ausflug nach Österreich und Ungarn hat sich gelohnt.

Am 11. September 2002 schreibt Divodent-Geschäftsführerin Rita D. an die Redaktionsleitung von „Frontal 21“, natürlich mit Kopie an den ZDF-Intendanten:

„Für den Erfolg einer Story wurden Fakten, Halbwahrheiten, Vermutungen und Unterstellungen bunt vermischt und ein nettes Süppchen gebraut. Schon allein die Tatsache, dass ein Dentallabor mit dem Mittel der versteckten Kamera, die einem Waffenimporteur oder Drogenhändler angemessen wären, journalistisch untersucht wird, gibt einigen Aufschluss.“

Die Staatsanwälte haben bei ihrer Durchsichtung übrigens gefälschte Rechnungen des Dr. L. aus Papenburg gefunden. Aber Rita D. hat Recht – ohne das Mittel der versteckten Kamera hätte ich die trüben Zahngeschäfte von Dr. L. und von Divodent nicht aufdecken können.

## **Warten auf die Staatsanwälte**

Im September 2002 habe ich einen guten Überblick über die Dentalbranche und frage mich allmählich, wie viele deutsche Zahnärzte kriminell sind. Vor drei Monaten habe ich heimlich den Globudent-Manager gedreht. Meinen Beitrag über die Betrügereien von Globudent kann ich aber immer noch nicht senden, Staatsanwälte und Polizei bitten, noch zu warten. Sie planen die Globudent-Zentrale und zwei Dutzend weitere Objekte zu durchsuchen und hoffen, dabei Beweise für den Betrug zu finden und natürlich die Namenslisten der beteiligten Zahnärzte. Wenn ich berichte, bevor die Ermittler zuschlagen, werden die Fahnder wohl nicht mehr viel finden. Ich verspreche zu warten, schließlich will ich mir nicht vorwerfen lassen, die Justiz zu behindern.

Inzwischen habe ich einen Zahnarzt gefunden, der mir ein Interview zu Globudent geben will, allerdings anonym. Er berichtet interessante Details über die Mühlheimer Firma: „*Ein Manager von Globudent hat mir erzählt, das System sei sicher. Das Geld von den überhöhten und gefälschten Rechnungen werde*

*nach Hongkong überwiesen, damit alles korrekt aussehe. Er fliege einmal im Monat nach Hongkong, um es dort dann wieder bar abzuheben. 300.000 bis 400.000 Euro transportiere er in einem kleinen Koffer als Handgepäck. Zurück in Deutschland werde das Geld an die Zahnärzte verteilt.*

Man muss sich das als eine Art Dreiecksgeschäft vorstellen. Die Zentrale ist in Mühlheim, das Labor ist in China. Und in Hongkong ist eine Art Briefkastenfirma. Über die findet der Vertrieb statt. Über Hongkong werden auch Geldgeschäfte abgewickelt.“

Ich warte noch immer auf die ermittelnden Staatsanwälte. Mitte Oktober 2002 rufe ich den Leiter der Polizei Sonderkommission an – die Polizei scheint mir besser organisiert zu sein als die Wuppertaler Staatsanwälte. Da weder Staatsanwälte noch Polizisten mir das Datum nennen dürfen, wann sie Globudent durchsuchen – sonst würden sie ja Dienstgeheimnisse verraten – nenne ich meine Daten. Ich kündige also an, dass ich am 19. November 2002 meinen Beitrag senden möchte. Ja, höre ich plötzlich am anderen Ende des Telefons, das gehe in Ordnung. In fünf Wochen also kann es losgehen. Endlich kann ich meinen Jahresurlaub buchen, ich fliege mit einem Freund nach Asien.

### **Ausflug nach Thailand**

Ein Journalist ist immer Journalist, also habe gleich noch ein paar Adressen asiatischer Billiglabore mitgenommen, die mit deutschen Zahnärzten Betrugsgeschäfte machen. Vor dem Rückflug nach Deutschland bleibe ich daher noch drei Tage in der thailändischen Hauptstadt Bangkok, um solch ein Zahnlabor zu besuchen. Wir finden es am Rande der Stadt. Hier wird für deutsche und dänische Patienten Zahnersatz produziert. Mein Freund begleitet mich, wir drehen mit versteckter Kamera. Ich spiele wieder den Ehemann einer Zahnärztin. Und wir bekommen eindrucksvolle Bilder vom Innenleben eines thailändischen Zahnlabors.

Der thailändische Laborchef zeigt uns die Räume und erklärt seine Preise. Die deutschen Verhältnisse kennt er genau: Er liefere 80 Prozent unter deutschen Preisen und zähle auch schon andere Zahnärzte aus Deutschland zu seinen Stammkunden. Aus gutem Grund: Ein Zahn aus Metall-Keramik kostet in Deutschland 200 Euro – hier 40 Euro, gerade mal ein Fünftel. Unser thailändischer Produzent weiß auch, dass seine deutschen Abnehmer inzwischen Ärger mit deutschen Krankenkassen und Behörden haben. Einige Zahnärzte sind erwischt worden, weil sie statt der billigen thailändischen Preise mit gefälschten Rechnungen die deutschen Höchstpreise abgerechnet haben. Ihn lässt das völlig unbeeindruckt.

Ob aus seinem thailändischen oder anderen asiatischen Labors – diese Betrugsmasche läuft wie geschmiert. Klaus Altmann von der AOK-Niedersachsen geht von einem Betrug im dreistelligen Millionenbereich aus: *„Für uns geht es um handfesten Betrug – wir können wohl davon ausgehen, dass ein dreistelliger Millionenbetrag zu Lasten von Patienten und von Krankenkassen falsch abgerechnet worden ist und in die Taschen von Zahnärzten und von Labors gewandert ist.“*

Am 15. November 2002 informiere ich Polizei und Staatsanwaltschaft Wuppertal zum wiederholten Mal, dass „Frontal 21“ am 19. November 21Uhr über den Abrechnungsbetrag von Globudent berichten wird. Der stellvertretende Behördenchef fordert mich auf, nicht zu berichten. „Frontal 21“ dürfe auf gar keinen Fall am 19. November senden, ansonsten würden wir die Ermittlungen behindern. Ich weiß jetzt, dass am 20. November durchsucht werden soll. Ein ermittelnder Staatsanwalt sagt mir – inoffiziell – dass ich lange gewartet hätte, das sei ungewöhnlich genug, unser Bericht würde die Justiz nicht behindern. Was also tun? Nach Rücksprache mit unserem Justitiar steht fest: wir senden am 19. November. Das ZDF ist eine öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt und keine Unterbehörde der Wuppertaler Staatsanwaltschaft. Allerdings verzichten wir auf eine Vorabmeldung, um die Betrüger nicht vorzuwarnen.

### **Staatsanwälte schlafen noch**

Mittwoch, der 20. November 2002, gegen fünf Uhr morgens. Vor über zehn Stunden hat „Frontal 21“ über die Betrügereien von Globudent berichtet. Jetzt räumen die Manager auf und versuchen Beweise zu vernichten. Immer wieder blicken die Geschäftsführer der Firma hektisch aus dem Fenster: Jeden Moment erwarten sie die Polizei. Unsere Kamera läuft – noch in der Nacht habe ich ein Kamerateam vor die Globudent-Zentrale geschickt. Zu dieser Zeit schläft die Wuppertaler Staatsanwaltschaft noch selig, obwohl sie informiert war. Aber: Der Durchsuchungstermin ist in der Behörde ordentlich festgelegt worden – für Mittwoch Morgen, acht Uhr, keine Minute früher. Als die Staatsanwälte erst Stunden nach unseren Aufnahmen anrücken, finden sie im Müll massenweise geschreddertes Material.

Das reicht für einen Haftbefehl – John M. und sein Bruder werden verhaftet wegen Verdunkelungs- und Fluchtgefahr. Trotz der Akten-Vernichtungsaktion schleppen die Fahnder beschlagnahmte Unterlagen gleich kistenweise aus der Firmenzentrale. Sie suchen vor allem nach den Kundenlisten der Firma, nach den beteiligten Zahnärzten.

Nach der Durchsuchung wird klar, wie konspirativ und kriminell Zahnärzte und Globudent zusammengearbeitet haben. Die Rechnungen enthielten sogar einen Geheim-Code – ein Sternchen. Den Experten der AOK Niedersachsen ist es gelungen, die Rechnungen der Mühlheimer Zahnfirma zu entschlüsseln. Klaus Altmann, AOK-Niedersachsen: *„Wir wissen seit kurzem, dass die Firma Globudent und die mit ihr zusammenarbeitenden Zahnärzte so eine Art Geheimcode entwickelt haben. Und zwar, wenn auf der Rechnung für den Zahnersatz vor dem Namen des Patienten ein Sternchen auftaucht, dann ist das schon ein recht guter Hinweis darauf, dass hier der Zahnarzt und die Firma gemeinsame Sache gemacht haben, dass da Geld geflossen ist an den Zahnarzt und dann kann der Patient also daran gehen, jetzt Schadensersatz zu fordern.“*

Wochenlang ist die Branche in heller Aufregung. Und auch Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt fordert Konsequenzen von den Kassen: *„Es ist Sache der Krankenkassen auch dafür zu sorgen, dass das was abgerechnet wird, tatsächlich an Leistung erbracht wurde. Das Problem ist ja, dass man Billigzahnersatz eingeführt hat und trotzdem die deutschen Höchstpreise abgerechnet hat. Und da muss das Vertragsrecht so transparent gestaltet werden, dass das nicht mehr möglich ist.“*

Noch in der U-Haft legen John M. und sein Bruder ein Geständnis ab. Sie sind heute wieder frei und in der Dental-Branche aktiv. Anfang 2003 wird die Firma Globudent aufgelöst. Im Mai 2003 laufen die Ermittlungen weiter, Ende 2003 soll es zum Prozess kommen. Es ist immer noch nicht klar, wie viele Zahnärzte Kassen und Patienten betrogen haben. Sicher ist nur: es waren mehrere hundert.

Herbert Klar, Jahrgang 1953, arbeitet seit Januar 1997 beim ZDF. Derzeit als Redakteur/Reporter beim ZDF-Magazin „Frontal 21“, davor stellvertretender Redaktionsleiter beim ZDF-Ombudsmagazin „Mit mir nicht“.

Herbert Klar produzierte zahlreiche Filmbeiträge für diverse ARD Regionalprogramme, Tagesthemen, PlusMinus, REPORT-Baden-Baden, MONITOR, ARD-Exclusiv.

---

## Das Lipobay-Desaster

von Christoph Lüttger

*Im August 2001 musste der Bayer-Konzern den Cholesterinsenker „Lipobay“ (in den USA: „Baycol“) wegen hunderter Todesfälle weltweit vom Markt nehmen. In der ARD-Fernsehdocumentation „Das Lipobay-Desaster“ weisen NDR-Chefreporter Christoph Lüttger und die US-Producerin Siri Nyrop nach: Bayer hatte sehr früh um die Gefährlichkeit des Medikaments gewusst, presste es trotzdem in den Markt, um Gewinne zu machen, versagt hatten auch die Kontrollsysteme.*

Mitte August 2001 – Top-News in den deutschen Fernsehsystemen, Schlagzeilen in den Zeitungen: Der Bayer-Konzern, immer noch eins der deutschen Vorzeige-Unternehmen, nimmt „freiwillig“ sein Erfolgsprodukt, den Cholesterinsenker „Lipobay“ vom Markt. Bewiesen sei nichts, so der Konzern, und darauf legt er großen Wert. Doch waren aus vielen Ländern – vor allem aus den USA – immer mehr Meldungen von schweren Schädigungen und sogar Todesfällen eingegangen, die mit Lipobay in Verbindung gebracht wurden. (Später werden Experten vorrechnen, dass es weltweit 2.500 Lipobay-Tote oder gar mehr sein könnten.)

Bayer gibt sich verantwortungsbewusst: Aus Sorge um das Wohl der Patienten und um jedes Risiko auszuschließen, wird eine spektakuläre Rückrufaktion aus den Apotheken gestartet, ohne dass eine staatliche Behörde den Konzern dazu gezwungen hätte. Diese geradezu generöse Freiwilligkeit macht Eindruck. Zumindest öffentlich wird die Frage nicht gestellt, ob Bayer leichtfertig, fahrlässig oder gar vorsätzlich ein todbringendes Medikament weltweit vermarktet hatte; gefragt wird auch nicht, welche Kontrollbehörden versagt hatten. Gestritten wird nur um vergleichsweise Lapidares: Hatte Bayer Verdachtsmeldungen über Schädigungen und Tote rechtzeitig an die richtigen Stellen weitergegeben? Hatte der Konzern seine Aktionäre tatsächlich eher als die Apotheken von der Rückholaktion informiert?

Mit der deutschen Aufsichts- und Zulassungsbehörde, dem Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte, liefert sich Bayer ein Scharmützel. Die Behörde droht erst wegen angeblich mangelhafter Unterrichtung durch Bayer mit einem Bußgeldverfahren, zieht das wieder zurück – ein Freispruch erster Klasse. Und ab dann war Ruhe zumindest an der deutschen Front.

Kurze Zeit darauf sogar die Kehrtwende: Lipobay, so etwa der Chef des Bundesinstituts für Arzneimittel, Prof. Harald Schweim, sei eigentlich ein sehr gutes Präparat. Komplikationen habe es doch fast ausschließlich in den USA gegeben, weil Ärzte dort leichtfertig sämtliche Warnhinweise vor Co-Verschreibungen mit unverträglichen Substanzen auf den Beipackzetteln ignoriert hätten. (Erst Monate später gegen Ende unserer Recherchen muss Prof. Schweim aufgrund einer internen Statistik seiner Behörde erkennen: Bei keinem anderen Cholesterinsenker gab es auch in Deutschland so viele schwer Geschädigte und Tote wie bei Lipobay.)

Es tauchen – von wem auch immer initiierte – Zeitungsartikel auf. In denen wird hervorgehoben, dass in Deutschland jährlich 25.000 Menschen an Medikamenten-Nebenwirkungen sterben. Die paar Lipobay-Toten, das wird nicht geschrieben, aber offensichtlich insinuiert, seien lässliche Opfer, die sogar bei Aspirin vorkommen können. Sollte irgendwas von dieser Entwicklung durch Bayer geplant worden sein – zugegeben schiere Spekulation – es wäre ein Meisterstück in Sachen Public Relations gewesen.

Davon unbeeindruckt macht in den USA eine Armada von Anwälten gegen Bayer Front. Das kennt man ja – oder meint es aus spektakulären Schadensersatzprozessen in Amerika zu kennen: Profitsüchtige Advokaten treiben mit überzogenen Milliardenforderungen einen Konzern in einen teuren Vergleich, weniger um der Geschädigten willen, sondern vor allem wegen der fetten Millionen-Provisionen. Die Frage von Schuld oder Nichtschuld – zweitrangig.

Das war der Ansatz unserer Recherchen: Lipobay – ein Nicht-Skandal; geldgierige amerikanische Anwälte organisieren ein ruinöses Kesseltreiben gegen einen deutschen Pharmakonzern, der sich nichts vorzuwerfen hat. Negativ-Geschichten über die Pharmaindustrie waren und sind im investigativen Journalismus das Übliche. Und jetzt bei Lipobay, ganz neu und überraschend, mal andersherum. Darin lag für uns der Reiz.

Am Anfang blieben wir in der Spur. Besuch beim Münchener Opferanwalt Michael Wittl. Der hatte schon früher Millionen einfach dadurch gemacht, dass er sich in die spektakulären NS-Zwangsarbeiter-Prozesse in den USA eingeklinkt hatte. Genauso wollte er es bei Lipobay wieder machen. Lipobay-Opfer oder solche, die sich dafür hielten, in Deutschland aktivieren, sie in die amerikanischen Sammelklagen einbringen und bei Erfolg am Ende leichtes Geld kassieren. Fröhlich und zugleich eiskalt fabuliert Wittl bei unserem Besuch, das sei nun mal so in amerikanischen Schadensersatzprozessen: Irgendeinen Fehler könne man Herstellern immer nachweisen und sie deswegen irrwitzig teuer zur Kasse bitten. Zynischer Zusatz des Advokaten: „Ich finde das auch schlimm, aber das muss ich im Interesse meiner Mandaten nutzen“.

Als Wittl dann noch auf einer gut besuchten Anti-Bayer-Pressekonferenz in Berlin einen artikulationsschwachen Rentner vorführt, der tränenreich den Tod seiner Frau beklagt, die angeblich an Lipobay gestorben war, erreicht unser (Vor-)Urteil pro Bayer und gegen die Anwälte die Klimax. Denn die Frau des Rentners war erst Monate nach der Rücknahme von Lipobay gestorben, konnte schon deshalb kein Opfer von Bayers Cholesterinsenker sein.

Angeblich 2.000 deutsche Lipobay-Opfer will Wittl in amerikanische Sammelklagen gegen Bayer einbringen. Als wir Genaueres erfahren wollen, überlässt uns der Anwalt die originalen Opfer-Akten in insgesamt 5 riesigen Kartons. Massenhaft Unbrauchbares, Schreiben von eingebildeten Opfern, die gar keine sein können, nur ganz wenige Fälle, die überzeugen.

In dieser Zeit auch Recherche in Leverkusen. Am Flughafen Düsseldorf eine schwarze Bayer-Limousine, die uns bequem in die Bayer-Zentrale bringt. Die Pressestelle hat gleich mehrere Experten aufgeboten, die wortreich und mit eindrucksvollen Diagramm-Projektionen erklären, dass und warum Bayer sich wegen Lipobay nichts vorzuwerfen hat. Den journalistischen Affen, für die sie uns offenkundig halten, wird Zucker gegeben. Bayer macht uns weis, Lipobay sei überaus sorgfältig erforscht und erprobt worden und mindestens genauso sicher wie alle anderen Cholesterinsenker. Lipobay habe nur in den USA (dort hieß es Baycol) in Kombination mit einem anderen Cholesterinsenker (Gemfibrozil) Probleme verursacht. Vor dieser Kombination habe man auf den Beipackzetteln immer gewarnt. Und dann mit gespielter verzweifelter Augenaufschlag: Man frage sich immer noch, warum die amerikanischen Ärzte diese Warnhinweise so hartnäckig ignoriert hätten. Umso großartiger – das wird suggeriert – dass Bayer der Blödheit amerikanischer Ärzte mit dem freiwilligen Rückzug des Medikaments Rechnung getragen habe. Merke: Ein deutscher Konzern verzichtet auf Profit, weil dieser deutsche Konzern amerikanische Patienten vor ihren dummen Ärzten schützen muss. Kein Wort von dem, was wir Monate später herausbekommen: In den USA sind weit mehr Patienten allein an der Monotherapie mit Lipobay/Baycol gestorben als an der Kombination mit Gemfibrozil.

Damals noch freundliche Zusage des Pharmariesen, dass wir für unsere Dokumentation im Werk und vor allem in den Labors drehen dürften und die gewünschten Interviews bekommen würden.

Kurze Zeit später – Januar 2002 – zwei eindrucksvolle Konferenzen amerikanischer Anwälte, die eine in San Diego, Kalifornien, die andere in Minneapolis. Auch dorthin fliegen wir mit unserem Team. Was uns vor Ort nachdenklich stimmt: Auf jeder der beiden Konferenzen sind Hunderte amerikanische Top-Anwälte, viele von ihnen unzweifelhaft seriös. Für die Schlacht gegen Bayer

haben viele von ihnen bereits gewaltige finanzielle und personelle Vorleistungen erbracht und können beeindruckende Recherche-Ergebnisse vorlegen. Verteilt werden dickleibige Dokumentationen, streng gegliedert mit teilweise brisanten Dokumenten. Unsere Arbeitshypothese vom Nicht-Skandal und den bösen, geldgierigen Anwälten gerät ins Wanken.

Die Anwalts-Papiere und Interviews weisen neue Richtungen für unsere Ermittlungen. Ungezählte Telefonate mit juristischen und pharmazeutischen Experten in den USA und in Deutschland, nächtelange Recherchen im Internet und auch vertrauliche Hinweise aus dem Bayer-Konzern bringen uns Stück für Stück weiter. Papiere mit größtenteils für uns unverständlichem, dann aber auch wieder mit verständlich-brisantem Inhalt türmen sich vor uns auf. Auf einer der vielen hundert und später sogar mehreren tausend Seiten finden wir einen Passus, der uns elektrisiert: Bei der ersten Zulassung von Lipobay/Baycol in der schwachen Dosis hatte die amerikanische Genehmigungsbehörde FDA den Bayer-Konzern ausdrücklich davor gewarnt, die Wirkung zu steigern. Begründung der amerikanischen Kontrolleure: Bayers eigene Tierversuche mit der Wirksubstanz hätten gezeigt, wie gefährlich für die Muskulatur eine höhere Dosis bei dem Cholesterinsenker sein könne.

Wenige Jahre später, auch das finden wir in den Unterlagen, lässt dieselbe Behörde FDA einen Baycol-Blockbuster mit doppelter Dosis zu, ignoriert also die eigenen Warnungen. Und an diesem hochdosierten Cholesterinsenker, aggressiv in den US-Markt gedrückt, sind viele Baycol-Opfer später gestorben. Ein alarmierender Befund, den wir somit in den Händen halten: Bayer setzte sich gleich doppelt über eigene Versuchsergebnisse wie über daraus resultierende externe Warnungen hinweg, und eine Behörde hat nach anfänglicher Sorgfalt im entscheidenden Augenblick völlig versagt. Für ein Interview steht uns niemand von der FDA zur Verfügung.

Später werden wir die vielen hundert oder gar tausend Seiten Unterlagen, die wir in mehreren Monaten gesammelt haben, mit ausgewiesenen Wissenschaftlern noch einmal durchgehen. So bestätigt Prof. Peter Schönhöfer, Bremer Pharmakologe und Mitherausgeber des pharmakritischen Arznei-Telegramms uneingeschränkt die Richtigkeit unserer Recherchen. Kein Zweifel, so sein Befund: Schon bei den Tierversuchen, also lange vor der Markteinführung, muss Bayer die Gefährlichkeit von Lipobay erkannt haben.

Und Prof. Ulrich Schwabe, Chef der Pharmakologie an der Universität Heidelberg, konnte uns gegenüber nachweisen, dass Bayer-Wissenschaftler die Ergebnisse eine Patientenstudie mit dem hochdosierten Lipobay in den USA fahrlässig oder bewusst falsch interpretiert hatten. Richtig interpretiert belegte diese Studie lange vor der Marktzulassung, dass das hochdosierte Lipobay oder Bay-

---

col zehnmal so gefährlich war wie andere Cholesterinsenker. Schwabes verheerendes Fazit: „Sie haben es also vorher gewusst.“

Noch was: Unzweifelhaft wurden in den USA viele Lipobay/Baycol-Patienten schwer geschädigt oder mussten sogar sterben, weil Ärzte ihnen als zweiten Cholesterinsenker die Substanz Gemfibrozil verschrieben hatten. Diese Bayer-Version stimmt tatsächlich. Doch alles andere, was der Chemie- und Pharmariese dazu behauptet hatte, stimmt nicht mehr. Bayer legt uns amerikanische Beipackzettel vor, auf denen ausdrücklich vor der gleichzeitigen Einnahme von Baycol und Gemfibrozil gewarnt wurde. Ein Bluff, der uns den Blick auf die Wahrheit verstellen soll. Denn Bayers tolle Beipackzettel, das finden wir bei unseren weiteren Recherchen heraus, konnten bei den Patienten gar nicht ankommen. In den USA gibt es Beipackzettel praktisch nicht. Baycol-Geschädigte, die wir interviewen, beteuern immer wieder, sie hätten nie einen Beipackzettel gesehen. Wir machen die Probe aufs Exempel, drehen in einer Apotheke in Washington D.C.. Tatsächlich wird die verschriebene Pillenmenge – egal von welchem Medikament – aus Großpackungen in ein Röhrchen gefüllt. Das Röhrchen wird dem Patienten ausgehändigt – ohne Beipackzettel. Bayer hätte es wissen müssen, hat es gewusst. Die säuberlich gedruckten Beipackzettel, die Bayer uns im Nachhinein zur Entlastung vorlegte, sollten uns nur in die Irre führen. Die Warnung vor der gefährlichen oder gar tödlichen Unverträglichkeit von Baycol und Gemfibrocil haben die Patienten nie erreicht.

Flug nach Chicago zur Anwaltskanzlei Bartlit, Beck und Partner. Sie zählt zu den sogenannten Top-Ten-Advokaturen in den USA, will und soll Bayer gegen das Heer der Opferanwälte verteidigen. Philip S. Beck, der sich auf die Baycol-Fälle spezialisiert hat, ein wirklicher Star-Anwalt. Er hat auch schon für George W. Bush vor Gericht gestritten.

Die Bayer-Pressestelle in Leverkusen, die von unseren neusten Erkenntnissen noch nichts wusste, hatte Anwalt Beck ausdrücklich ermächtigt, dem ARD-Team Rede und Antwort zu stehen. Für Bayer waren wir ja noch die Entlastungs-Journalisten. In Erwartung, dass wir einem wahrhaft gerissenen Advokaten gegenüber sitzen werden, bereiten wir uns viele Stunden lang auf das Interview vor – und sind dann doch verblüfft. Offen konfrontieren wir Beck mit allem, was wir bis dahin rausgefunden haben. Und genauso offen gibt Anwalt Beck auf viele Fragen zu, er könne sie nicht beantworten. Nach dem Interview – das erfahren wir erst später – schickt der amerikanische Bayer-Anwalt ein Fax oder eine E-Mail nach Leverkusen: Die Journalisten des Deutschen Fernsehens seien überhaupt nicht wohlwollend, wie von der Konzernzentrale avisiert. Vielmehr hätten sie ein „aggressives“ Interview geführt. So jedenfalls schildert es Bayer-Pressesprecher Michael Diehl, als wir uns nach der Rückkehr in Deutschland wieder bei ihm

melden. Dann seine besorgte Frage, ob denn die Richtung unserer Geschichte noch so bleibe wie vor Monaten besprochen. Unsere ehrliche Antwort: Nein. Inzwischen wüssten wir schließlich viel mehr.

Danach erst Hinhalten und dann nur noch Blockade. Bayer will alle Fragen, die wir im Interview stellen wollen, vorab haben. Weitere Bedingung: Zusatz- oder Spontanfragen während des Interviews sind nicht erlaubt. Wir sind bereit, uns darauf einzulassen, schicken Bayer einen Fragenkatalog zu. Aus ihm kann der Konzern ersehen, was wir wissen und welche Richtung unsere Dokumentation über das Lipobay-Desaster nehmen wird. Wochenlanges Warten, dann werden telefonisch neue Bedingungen diktiert. Bayer will faktisch ein Mitspracherecht beim Filmschnitt. Wir müssen ablehnen. Darauf verweigert Bayer die zugesagten Interviews und zieht die bereits gegebenen Drehgenehmigungen in Werk und Labors zurück. Konzerninternen E-Mails, die uns zugespielt werden, können wir entnehmen, dass Vorgesetzte ihre Untergebenen vergattern und sogar der Werksschutz alarmiert wird, damit auch vor den Toren kein Bayer-Angestellter ein Interview gibt.

Bis zum Schluss versucht Bayer unsere Arbeiten an der Dokumentation zu behindern. Wir wollen Börsen-Analysten fragen, wie viele Milliarden Dollar der Leverkusener Konzern wohl für das Lipobay-Desaster an Entschädigungen zahlen muss. Die Suche nach aussagewilligen Finanz-Experten gestaltet sich schwierig. Einer sagt uns offen warum: Bayer habe rundherum und damit auch auf ihn Druck ausgeübt, der ARD kein Interview zu geben. „Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir dann lieber nichts sagen.“ Drei Mutige fanden wir doch noch. Deren Schätzungen: Bayer dürfte das Lipobay-Desaster zwischen einer und 3,5 Milliarden Dollar oder Euro kosten.

Fazit: Die Arbeit an der Dokumentation „Das Lipobay-Desaster“ erstreckte sich über fast ein halbes Jahr, viel Abwarten, Leerlauf und zwischendrin auch Zweifel, ob wir es schaffen würden. Das Risiko, dass wir abstürzen könnten, war immer gegeben. Also brauchten wir sehr viel Zeit und noch mehr Vertrauen von oben. Ich kann mir nicht vorstellen, dass so etwas für das Fernsehen außerhalb des öffentlich-rechtlichen Systems möglich ist.



## Leuchtturm für besondere publizistische Leistungen

**Medienpreis des netzwerkes recherche e.V.**

Ausgerichtet werden Personen und Projekte:

- aussergewöhnliche Recherchen, die für den öffentlichen Diskurs von grosser Bedeutung sind
- eindrucksvolle Reportagen, Essays oder Interviews, die der Öffentlichkeit ein bislang unbeachtetes Thema präsentieren sowie
- wegweisende Medienprojekte oder Initiativen, die öffentliche Debatten in der Bürgergesellschaft anregen.

Vorschläge und Bewerbungen bitte  
jeweilig bis zum

1. September (jeweils letztes) an:  
netzwerk recherche,  
c/o Dr. Thomas Leif,  
Maststrasse 6,  
85177 Wiesbaden  
07141

Die Preisträger werden mit einer  
Leuchtturm-Grafiti und einem Preisgeld  
in Höhe von 5.000 Euro ausgezeichnet.

Der „Leuchtturm 2002“  
wird in Bremen (19h 30 Anstufung) an  
den 7. Münster-Möden-Deputat am  
30. Oktober 2002 verliehen.

Der Medienpreis „Leuchtturm für  
besondere publizistische Leistungen“  
wird gefördert von den Weimarer  
Journalisten – Gesellschaft zur Förderung  
junger Journalisten. Eine Initiative der  
Rebagon AG.“



## **Die Honorarabrechnungen der Ärzte sind kaum zu kontrollieren**

*Von Markus Jantzer*

Niedergelassene Ärzte rechnen betrügerisch ab. Seit Jahren wird dieser Vorwurf in den Medien immer wieder und nach meinem Eindruck auch immer häufiger erhoben. Die Zeitungen sind voll davon. Das bringt Schlagzeilen, mehr aber nicht.

Das Ermüdende an dieser Berichterstattung ist, dass die Leser fast nichts erfahren über die Strukturen, die die Straftaten begünstigen. Mit Strukturen meine ich das Innenleben der Kassenärztlichen Vereinigungen (KV), deren gesetzliche Aufgabe die Abrechnungskontrolle ist, sowie das Verhalten der Landessozialministerien als Aufsichtsbehörde der KVen. Zu den begünstigenden Umständen von Betrug und Korruption im Gesundheitswesen zähle ich außerdem die enormen Schwierigkeiten der Justiz, Abrechnungsbetrug tatsächlich nachzuweisen. Darüber schreiben Journalisten wenig, ebenso wie über die inakzeptable Untätigkeit des Gesetzgebers.

Die analytische Zurückhaltung der Journalisten hat vermutlich seine wesentliche Ursache in der großen Komplexität des Gesundheitswesens und der Schwierigkeit, sachkundige, unabhängige und auskunftsfreudige Experten zu finden. Journalistische Berichterstattung über Betrug und Korruption im Gesundheitswesen ist mühsam und ständig vom Scheitern bedroht, wie ich in knapp vier Jahren intensiver Beschäftigung mit vermutetem hochkriminellen Verhalten von Ärzten und Ärztefunktionären erlebt habe.

Ausgangspunkt der Berichterstattung war die in der Gesundheitsszene allgemein geteilte und auch in Fachblättern seit langem offen publizierte Auffassung, dass ein großer Teil der Abrechnungen ärztlicher Laborleistungen massiv überzogen und vermutlich betrügerisch ist. Den Betrug, so die These, begehen nicht allein Laborärzte, sondern gemeinsam mit ihnen die überweisenden Kollegen. KVen und Krankenkassen, denen dadurch jährlich Millionenschäden entstehen, ist es seit Jahrzehnten nicht gelungen, den Sumpf trockenzulegen. Was sind die Gründe hierfür? Sind sie unfähig, oder steckt mehr dahinter? Medien und Politik scheint dies nur wenig zu bewegen.

---

Im April 1998 will es Rüdiger Pötsch, damals Vorstandsmitglied der KV Bayerns und Mitglied des Vorstandes der Bundes-KV (KBV), wissen. Er erkennt nach langem Streit in der KV Bayerns, dass diese weder willens noch fähig ist, die Unregelmäßigkeiten in den bayerischen Labors wirksam zu beenden. Deshalb wendet er sich direkt an den Generalstaatsanwalt des Freistaates Bayern und sucht zugleich mit einer „Persönlichen Presseerklärung“ den Schutz der Öffentlichkeit. Sein Vorwurf: Einer der umsatzstärksten Laborärzte Europas, der Augsburger Mediziner Bernd Schottdorf, habe in rechtswidriger Weise bis zu einer halben Milliarde DM Honorar kassiert. Außerdem sagt Pötsch in seiner Presseerklärung dem KV-Chef Lothar Wittek eine „enge Kooperation“ mit dem mutmaßlichen Großbetrüger nach. Dies ist der Auftakt eines dramatischen persönlichen, politischen, rechtlichen und publizistischen Streits, der manchmal die Grenze des Zumutbaren überschreitet – und der mit einem (atemberaubenden) Freispruch für Schottdorf endet.

Für den Journalisten, der die Auseinandersetzung begleitet, beginnt die Recherche bereits vor Pötschs Paukenschlag im April 1998. Im Januar wendet sich ein Münchner Großlabor an die Fachpresse und erhebt schwere Vorwürfe gegen die KV: Sie habe dem Labor Schottdorf einen „enormen Wettbewerbsvorteil“ verschafft, außerdem habe sie dem Labor Betriebsgeheimnisse seiner Konkurrenten „offen zur Verfügung gestellt“ usw.. Auch wenn dem Journalisten zunächst vieles unverständlich bleibt, so ist eines klar: Hier geht es um viele Millionen, um den Vorwurf krimineller Handlungen einschließlich der Untreue durch KV-Funktionäre. Es handelt sich offenkundig um einen vitalen Ausschnitt des seit Jahren tobenden „Laborkriegs“, den weder Standes- noch Gesundheitspolitiker trotz seiner bedenklichen Folgen beenden. Das gibt Anlass, den Beteiligten Fragen zu stellen. Schottdorf antwortet „Medical Tribune“ im Februar: Es gebe Labors, die unablässig überhöht abrechneten – „bis hin zum blanken Betrug“. Er spricht von einem „Kartell“ zwischen Laborärzten und KVen. Das werde er offen legen, kündigt er an.

Im März durchsuchen Polizei und Staatsanwaltschaft Hamburg vor laufender Kamera die Büros und die Wohnung von Michael Späth. Späth ist KV-Vorsitzender in Hamburg und Geschäftsführer eines großen Hamburger Labors, außerdem KBV-Vorstandsmitglied. Wie sich später herausstellen wird, hatten der bayerische KV-Chef Wittek und Schottdorf wenige Tage vor der Polizei-Aktion einen Termin bei den Hamburger Ermittlungsbehörden. Schottdorf scheint also gewillt, seine Ankündigung wahr zu machen und die korrupten Strukturen aufzudecken.

In dieser heißen Phase des „Laborkriegs“ geht KBV-Vorstandsmitglied Pötsch, der im April zu neuer, scharfer Munition gekommen ist, zum Generalstaatsan-

walt. Eine Ärztin hatte in einem Zivilprozess gegen Schottdorf vor dem Landgericht Augsburg bekannt – und das Gericht war ihr darin gefolgt –, Schottdorf habe sie über Monate als Strohfrau auf seinen Abrechnungsunterlagen geführt, um damit von der KV überhöhtes Honorar zu kassieren. Sie habe keinerlei ärztliche Tätigkeit verrichtet, lediglich ihren Namen hergegeben und dafür von Deutschlands reichstem Arzt jeden Monat 7000 DM erhalten. Nach Abschluss dieses Gerichtsverfahrens am 20. April 1998 wenden sich zwei ehemalige ärztliche Mitarbeiter des Augsburger Großlabors an Pötsch und geben ihm schriftlich, dass Schottdorf seit 1989 in illegaler Weise bis zu 20 Ärzte als Strohleute beschäftigt habe. Nachdem „Süddeutsche Zeitung“ und „Medical Tribune“ diese Vorwürfe des Abrechnungsbetrugs veröffentlichen, melden sich weitere ehemalige Schottdorf-Beschäftigte mit ähnlichen Darstellungen.

Die Staatsanwaltschaft Augsburg beginnt im Mai ihre Ermittlungen und erhebt 18 Monate später, im November 1999, Anklage wegen Betrugs in Höhe von 17 Millionen DM. Sie verhaftet Schottdorf, lässt ihn nach zwei Tagen U-Haft gegen Kautions von fünf Millionen DM wieder frei, behält aber wegen Fluchtgefahr Personalausweis, Führerschein und Flugschein.

Spannender als die Ermittlungen der Staatsanwälte sind für den Journalisten die erbitterten Kämpfe hochrangiger Ärztesfunktionäre auf Landes- und Bundesebene. Das erste Opfer wird der KBV-Vorsitzende Winfried Schorre sein, der im Dezember 1999 der völlig überraschten KBV-Vertreterversammlung seinen Rücktritt von allen Ämtern erklärt. „Aus persönlichen Gründen“, wie er knapp hinzufügt. Hintergrund der Demission ist zum einen der wiederholt von Schottdorf öffentlich vorgetragene Vorwurf, die Spitze der KBV fördere den Abrechnungsbetrug von Laborärzten. Der getroffene Schorre tritt diesem Vorwurf nach monatelangen Schweigen mit einer Unterlassungsklage entgegen – und unterliegt. Der Vorsitzende der bayerischen Hausärzte (und heutige KV-Vize in Bayern), Wolfgang Hoppenhaller, bläst ins gleiche Horn und spricht von „mafiosen Strukturen in der KBV“ – Schorre reagiert nicht. Pötsch fordert von Schorre, sich im Streit zwischen ihm und Wittek/Schottdorf hinter ihn zu stellen – nichts geschieht. Presseanfragen weicht Schorre aus. Der KBV-Chef wagt sich nicht auf das verminten Gelände – und verlässt schließlich den Schauplatz..

Bezeichnend für die politische Kultur der KVen ist die Art, wie die KV Bayerns den Skandal im eigenen Haus behandelt: Unter starkem öffentlichen Druck – „Süddeutsche“ und „Medical“ bringen ständig neue Berichte, bundesweit ziehen Medien nach – setzt die Behörde eine Arbeitsgruppe ein. Die KV will nun selbst dem Vorwurf des Abrechnungsbetrugs und der Mitwisserschaft von KV-Funktionären nachgehen. Das Ergebnis der Arbeitsgruppe: Bei der KV sind in der Tat seit Jahren teilweise sehr konkrete Hinweise auf Rechtsverstöße im Labor

Schottdorf eingegangen. Und: KV-Chef Wittek und weitere führende KV-Vertreter haben es jahrelang unterlassen, die Anschuldigungen näher zu überprüfen.

Beobachter erwarteten nun Wittteks Rücktritt. Doch dieser dreht den Spieß um und lässt seine Hausmacht, den Verband der Hausärzte, in der KV-Vertreterversammlung einen Antrag auf Abwahl des KV-Vorstandsmitglieds Rüdiger Pötsch stellen. Denn dieser habe dem Ansehen der Ärzteschaft schweren Schaden zugefügt. Der Hausarztverband verfehlt indes die notwendige Zweidrittel-Mehrheit.

In diesem Stadium bedarf es keiner tief bohrenden Recherchen. Gefordert ist vom Redakteur vielmehr Standfestigkeit. Denn alle möglichen Honorarexperten aus der bundesweiten KV-Landschaft äußern in Kulissengesprächen Zweifel daran, dass die Strohmann-Vorwürfe gegen Schottdorf strafrechtlich überhaupt relevant seien. Im Übrigen sei der Kernsatz des Kassenarztrechts, wonach ärztliche Leistungen vom Arzt persönlich zu erbringen seien, differenziert und nicht dogmatisch zu betrachten ... Der Journalist ist außerdem gefordert, den Überblick über die verschiedensten Rechtsstreitigkeiten (Verleumdungsklagen etc.) zu bewahren sowie Gegendarstellungsbegehren abzuwehren. Und es macht mindestens bis zum Prozessauftritt im Mai 2001 Sinn, kontinuierlich neue Klimmzüge der KV-Funktionäre zu publizieren und zu kommentieren, um den Druck auf die Akteure aufrecht zu erhalten.

Ein positiver Effekt der Berichterstattung ist, dass sich bei „Medical Tribune“ immer wieder Ärzte melden, die von „gemeinsamen Schweinereien“ von Laboren und KVen berichteten. Der Redakteur erfährt in dieser Zeit von Razzien in Labor- und KV-Räumen, die sonst möglicherweise kaum beachtet worden wären. Äußerst hilfreich ist der Kontakt zu dem vielleicht sachkundigsten Laborexperthen, dem ehemaligen Laborarzt und –funktionär Rudolf Seuffer, dessen umfangreiches Privatarchiv brisantes Hintergrundmaterial bietet. Mit dem Erkenntnisgewinn verdichtet sich beim Autor der Eindruck, dass das Abrechnungssystem im Laborbereich – und bei weitem nicht nur dort – so kompliziert geworden ist, dass es für die Aufsicht führenden KVen nicht zu überblicken, schon gar nicht zu kontrollieren ist. Diese Unübersichtlichkeit, so die zentrale Erkenntnis, ist der Nährboden für Betrug und Korruption.

Die Aufsichtsbehörde der KV Bayerns, das Landessozialministerium, versucht, sich aus dem KV-Skandal herauszuhalten. Bayerns Sozialministerin Barbara Stamm (CSU) erklärt im März 1999 im Landtag, sie sehe keinen rechtsaufsichtlichen Handlungsbedarf. Den sieht die damalige Ministerin auch drei Monate später nicht, als sich herausstellt, dass Schottdorf im Jahr 1998 dem Hausarztverband Bayerns knapp 90.000 DM gespendet hatte. Schatzmeister des Verbandes war KV-Chef Wittek, der aber jede Mitwisserschaft bestreitet. Korruption? Nie gehört. Die staatliche Aufsicht bleibt untätig.

Das Landgericht Augsburg kommt am 23. Oktober zu einem Urteil: Es spricht Schottdorf vom Vorwurf des Betrugs frei. Der Kniff des Vorsitzenden Richters Manfred Prexl: Er definiert kurzerhand einen Strohmann als eine Person, die absolut nichts für das Labor gearbeitet hat. Dass manche Schottdorf-Beschäftigten fast nie im Labor präsent waren, machte sie nach der richterlichen Interpretation nicht zu Strohmännern. Kein Strohmann, also kein Betrug. Die Staatsanwaltschaft geht in Revision, zieht aber vor dem Verhandlungstermin beim Bundesgerichtshof wieder zurück. Das Landgericht Augsburg lehnt es auf mehrfache Anfrage ab, das schriftliche Urteil herauszugeben. Das Urteil ist der Presse erst zugänglich, als es der triumphierende Schottdorf in voller Länge auf seine Internetseite stellt.

Die Matadoren Pötsch und Wittek haben sich in ihre Arztpraxen zurückgezogen. Der Autor dieser Zeilen hat sich von der ärztlichen Fachpresse verabschiedet. Schottdorf expandiert (vermutlich) weiter. Die KVen, die im Schottdorf-Verfahren decouvriert wurden, sollen nach Ankündigungen von Bundeskanzler Gerhard Schröder und Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (beide SPD) mit der bevorstehenden Gesundheitsreform Macht einbüßen. Für die Gesundheitsministerien des Bundes und der Länder, die weder zur sachlichen Kontrolle noch zur inhaltlichen Gestaltung politisch willens und fähig zu sein scheinen, ändert sich nichts. Das Gleiche gilt für die überforderte Justiz, für Staatsanwälte und Richter.

---

## **Cash in Stuttgart, Cash in Kaiserslautern – Vom Niedergang der Bundesliga**

*von Thomas Reichart*

Es war kurz vor seinem 70. Geburtstag und DFB-Präsident Gerhard Mayer-Vorfelder hielt Hof. In einem Interview mit der *Welt* würdigte Mayer-Vorfelder ausgiebig seine eigene Lebensleistung als Großfunktionär des Sports und räsionierte über die Frage, ob er als Präsident des VfB Stuttgart möglicherweise zu spät aufgehört habe. In der Politik habe er es richtig gemacht, meinte der ehemalige Finanzminister Baden-Württembergs. „Damals wurde ich bei meinem Abschied von den Journalisten gefragt, worüber ich mich in all den Jahren am meisten gefreut habe. Ich habe geantwortet: Am meisten hat mich gefreut, dass keiner von euch meinen Skalp am Gürtel hat.“

Dass Mayer-Vorfelder den Erhalt seines Haupthaars als einen seiner größten Erfolge in der Politik und wohl auch im Sport ansieht, mag einiges über ihn selbst und die Welt der Funktionarios sagen. Sicher ist nur, dass Mayer-Vorfelder noch ein paar Wochen zuvor allen Grund zur Sorge hatte.

Wieder einmal stand er im Mittelpunkt einer Affäre. Diesmal ging es um den VfB Stuttgart, den Mayer-Vorfelder als Dauer-Präsident 25 Jahre lang regiert und dem er am Ende rund 15 Millionen Euro Schulden hinterlassen hatte. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart hatte ein paar Monate zuvor ein Ermittlungsverfahren gegen Mayer-Vorfelder eröffnet wegen einer Aufwandsentschädigung, die er sich rückwirkend vom Verein hatte bezahlen lassen.

Schwerwiegender aber schien ein anderer Vorwurf. In den letzten Jahren unter Mayer-Vorfelder war der VfB einer Art Spielerkaufrausch verfallen. Doch viele der neuen Wunderspieler erwiesen sich als Bundesliga-untauglich und spielten, wenn überhaupt, nur für Minuten. Doch der VfB hatte bereits viel Geld gezahlt, meist ins Ausland. Ein Teil davon soll in dunkle Kanäle geflossen sein, so die Gerüchte, angeblich auch zurück nach Stuttgart. War Mayer-Vorfelder in Schwarzgeldgeschäfte verwickelt?

Wenn Fußballspieler ihren Verein wechseln, steht für viele viel Geld auf dem Spiel. Der alte Verein will eine Ablösesumme, der Spieler einen gut dotierten Vertrag, Handgeld und etliche andere Annehmlichkeiten und der Spielerberater eine Provision. Der Verein, der den Spieler bei sich haben will, muss verhandeln,

muss überzogene Forderungen zurückweisen – am Ende aber muss er bezahlen. Und dabei kommt es gelegentlich zu Geschäften, die so gar nicht in das saubere, strahlende Bild passen, das der deutsche Profifußball so gern von sich zeichnet. Hier geht es um die Recherchen, die in zwei Fällen solche Geschäfte aufdeckten: einmal beim VfB Stuttgart unter Mayer-Vorfelder und einmal beim 1. FC Kaiserslautern.

Beim VfB Stuttgart konzentrierte sich die Recherche auf vier dubiose Auslandstransfers aus der Endzeit Mayer-Vorfelders. Da diese Spielerkäufe sportlich zumindest im Nachhinein keinen Sinn machten, blieb die Frage nach dem wirtschaftlichen Nutzen. Der VfB hatte in allen Fällen sechs- oder siebenstellige Beträge an Vereine in Ungarn, Serbien, im Kosovo und in Brasilien gezahlt. Was war von dem Geld tatsächlich bei den ausländischen Vereinen angekommen? Was war mit dem Rest des Geldes passiert?

Verantwortlich für die Transfers waren jeweils Mayer-Vorfelder als Präsident des VfB und sein engster Vertrauter, der geschäftsführende Vorsitzende Ulrich Schäfer. So ist es bei vielen Bundesliga-Clubs. Die Entscheidung über Millionenausgaben fällt im kleinsten Kreis. Der Aufsichtsrat kontrolliert, indem er im Nachhinein die Sache genehmigt. Kontrollmechanismen wie sie bei Unternehmen mit vergleichbarem Umsatz selbstverständlich sind, gibt es nur selten. Hinter einer aus Fernseh- und Werbemillionen errichteten Fassade ähneln viele Clubs in ihrer Struktur eher mittelalterliche Feudalherrschaften, in denen ein starker Mann die Dinge nach seinem Gutdünken lenkt. Und dazu gehören insbesondere auch Transfers.

In den vier Fällen war es zunächst schon schwierig herauszufinden, wie viel Geld aus den Kassen des VfB geflossen war. Zwar werden in der Sportpresse ständig Transferlisten mit den Ablösesummen der Spieler veröffentlicht. Ein erheblicher Teil dieser Zahlen ist aber Spekulation, da die Vereine die Ablösesummen oft geheim halten. Eine Recherche im Umfeld des VfB und unter Kennern des Geschäfts führte zunächst kaum weiter. Zwar gab es Gerüchte zuhauf, doch diejenigen, die beim Pils plötzlich zu raunen begannen und sich als Alleswisser wichtig machten, konnten ihre Geschichten in der Regel nicht belegen. So ist es oft im Fußballgeschäft: Wer nach Papieren fragt, nach harten Fakten, erntet meist nur Ausflüchte. Die in der Branche übliche Großsprecherei endet dann abrupt, man wird einsilbig.

Auch die Producer des ZDF in Ungarn, Serbien, im Kosovo und in Brasilien, die nachforschen sollten, wie viel Geld tatsächlich bei den ausländischen Clubs angekommen war, blieben zunächst erfolglos. Die Verantwortlichen reagierten misstrauisch auf die Fragen. Auch unter frustrierten Ehemaligen und anderen üblichen Verdächtigen fand sich zunächst niemand, der uns weiterhelfen konnte.

Nur in Budapest gab es eine Spur. Der Präsident des Vereins wollte uns ein Interview über seinen ehemaligen Mittelfeldstar geben. Und er war sogar bereit, uns den Ablösevertrag zwischen Budapest und den Stuttgartern zu zeigen. 500.000 Mark habe Budapest bekommen, sagte er. In Deutschland war stets von einer Million Mark die Rede gewesen.

Jetzt war es nötig, die Differenz stichfest zu belegen. In Budapest gelang das. Tatsächlich zeigte uns der Präsident nach einigem Zureden den Vertrag. Und da standen 500.000 Mark Ablöse. Unterschrift: Gerhard Mayer-Vorfelder und sein Vertrauter Schäfer. In Deutschland blieb die Ablöse von einer Millionen Mark dagegen trotz aller Bemühungen nicht belegbar. Später erwies sich die ganze Sache als Sackgasse. Auch in den Stuttgarter Büchern standen nur 500.000 Mark.

Dafür kam plötzlich eine E-Mail aus Brasilien. Ein Mann meldete sich, der jenen angeblichen Wunderstürmer Didi gut kannte, der im Sommer 1999 aus Brasilien zum VfB wechselte. Dieser Mann versprach wichtige Informationen zum Transfer Didis nach Stuttgart und zu dessen Spieleragent Oliveira. Glücklicherweise wollte er in einigen Tagen geschäftlich nach Europa kommen. Wir verabredeten uns in einem Hotel in Holland. Bei unserem Treffen erwies sich der Mann als ehemaliger Geschäftspartner Oliveiras, der selbst als Spielervermittler tätig war. Der Mann war ein enthusiastischer Fußballfan, der stundenlang über neue brasilianische Wunderstürmer reden konnte. Vor allem aber hatte er das Gutachten einer brasilianischen Beratungsfirma dabei, die den Transfers Didis unter steuerlichen und rechtlichen Aspekten begutachteten.

In diesem Dokument tauchte eine Firma Bel Air Continental auf. An diese Firma war die erste Rate der Ablösesumme des VfB Stuttgart geflossen. Das war erstaunlich, denn eigentlich hätte das Geld direkt an Didis alten Verein EC Santo Andre gehen müssen. So schreibt es das Reglement des Fußball-Weltverbandes Fifa vor, und daran waren natürlich auch die Vereine der Bundesliga gebunden. Merkwürdig war auch, dass in dem Gutachten Spielervermittler Oliveira als Vertreter der Bel Air bezeichnet wurde. Sollte am Ende der Vermittler kassieren? Und warum zahlte der VfB an eine dubiose Firma statt direkt an den Verein?

Die Bel Air, das ergab eine Creditreform-Auskunft, war eine Briefkastenfirma mit Sitz auf den Cayman-Inseln in der Karibik. Über Eigentümer oder Gesellschafter war nichts herauszufinden. Offenbar logierte die Firma in denselben Räumen wie der Ableger einer großen Anwaltskanzlei, die sich auf die Einrichtung solcher Off-Shore Firmen spezialisiert hatte. Die Bel Air musste keinen einzigen Angestellten beschäftigen. Ihr wichtigster Geschäftszweck schien darin zu bestehen, viel Geld zu kassieren. Wir nahmen Kontakt zur lokalen Zeitung in Road Town, dem Hauptort der Caymans auf, um die Adresse und die Firma noch einmal überprüfen und ein Foto vom Gebäude machen zu lassen. Tatsächlich

gab es von der Bel Air unter der Adresse noch nicht einmal ein Firmenschild.

Inzwischen war es gelungen im weiteren Umfeld des VfB so viel Vertrauen bei zwei Informanten aufzubauen, dass sie bereit waren, die Fakten aus dem brasilianischen Gutachten in Vertragsunterlagen des VfB überprüfen zu lassen. Es stellte sich heraus, dass der Sachverhalt, wie er im Gutachten dargestellt wurde, stimmte. Die Bel Air unterhielt sogar ein Konto bei einer Privatbank in Genf. Auf dieses Konto war die erste Rate der Ablösesumme geflossen. Als der VfB Didi wieder loswerden wollte und dieser zurück nach Brasilien wechselte, war sogar noch einmal Geld an die Bel Air geflossen. Warum zahlte der VfB so bereitwillig hohe Summen? Und warum verdiente daran immer die Bel Air?

Es war nun langsam an der Zeit, sich mit Experten über den Fall zu beraten. Zuvor gab es allerdings noch ein Problem: Die Informanten in Sachen VfB hatten zwar wertvolle Hinweise geliefert, aber die Dokumente lagen uns nicht vor. Genau das war schwer zu erreichen und brauchte noch viele weitere Gespräche. Aus dem brasilianischen Gutachten und den Stuttgarter Vertragsunterlagen entstand dann ein anonymisiertes Dossier über die Didi-Transfers, das ich einem Sportanwalt und einem Steuerfahnder zur Einschätzung schickte. Beide kamen zu einem ähnlichen Ergebnis: Die Vertragsbestimmungen und Geldflüsse machten wirtschaftlich keinen Sinn und sie widersprachen Fifa-Richtlinien. Entweder man habe sich hier eindeutig über den Tisch ziehen lassen, so der Steuerfahnder, „oder aber, die andere Variante, man hat möglicherweise an dieser Konstruktion mitgewirkt, um vielleicht eigene schwarze Kassen zu sponsern.“

Es war allerdings nicht möglich, die Geldflüsse von der Bel Air weiter zu verfolgen. Wohin die Millionen des VfB geflossen waren, ob Gelder zurück nach Stuttgart geflossen sind, das blieb letztlich ein Geheimnis. Immerhin aber konnten wir nachweisen, dass Gerhard Mayer-Vorfelder bei den Didi-Transfers gegen geltende Fifa-Regeln verstoßen hatte und dass er sich dabei auch dem Verdacht der Schwarzgeldgeschäfte ausgesetzt hatte.

Natürlich war Mayer-Vorfelder nicht bereit, zu den Vorwürfen selbst Stellung zu nehmen. Schriftlich behauptete er, es habe sich um einen völlig normalen Transfer gehandelt, alles habe seine Richtigkeit gehabt.

Am Tag der Ausstrahlung veröffentlichte das ZDF morgens eine Agenturmeldung mit den Vorwürfen gegen den DFB-Präsidenten. Nur wenige Stunden danach erklärte ein Fifa-Sprecher gegenüber *dpa* plötzlich, an den Zahlungen des VfB an eine Briefkastenfirma sei nichts auszusetzen. Das sei nach dem Privatrecht gestattet. Bei den Nachrichtenagenturen, die unsere Meldung verbreitet hatte, herrschte Verwirrung. Hatte Frontal 21 falsch berichtet? Auch bei uns dauerte es eine Weile, bis wir aus der Formulierung des Fifa-Sprechers schlau wurden. Es war ein kleiner feiner Trick. Was die Fifa verbot, war nach dem Gesetz

zwar erlaubt. Das hieß aber nicht, dass der VfB nicht dennoch gegen Fifa-Regeln verstoßen hatte. Aber der Fifa-Sprecher tat so. Es war eine klassische Nebelkerze.

Vielleicht sollte es ja ein Dienst unter Freunden sein, den die Fifa dem in Bedrängnis geratenen DFB-Präsidenten leistete. Erst ein paar Monate zuvor hatte sich Mayer-Vorfelder vehement für die Wahl Joseph Blatters als Fifa-Präsident eingesetzt, obwohl der unter schwerem Korruptionsverdacht stand. Erst im Jahr zuvor war Mayer-Vorfelder ins Fifa-Exekutivkomitee gewählt worden. Er war damit einer der ranghöchsten Fifa-Funktionäre. Und ausgerechnet er sollte gegen dessen Reglement verstoßen haben?

Der Beitrag ging am Abend wie geplant über den Sender, und eine Zeitlang gab es großen Medienrummel um Mayer-Vorfelders Art Geschäfte abzuschließen. Natürlich kam Post vom DFB: Ein schludriger, dafür um so mehr empörter Brief des Pressesprechers, in dem er uns zahlreiche angebliche Fehler vorhielt. Diese Vorwürfe waren leicht auszuräumen. Die Vorwürfe gegen Mayer-Vorfelder indes blieben ungeklärt. Der Steuerfahndung und der Staatsanwaltschaft in Stuttgart war es offenbar zu mühsam, die geheimen Geldflüsse in die Karibik zu verfolgen. Ermittlungen dazu nahmen sie nicht auf. Und die Fußball-Bundesliga war froh, bald zur Tagesordnung übergehen zu können – bis der nächste Skandal aufflog. Diesmal in Kaiserslautern.

Es war ein einfaches Schreiben des Finanzamtes Kaiserslautern, das die Lende von der ehrbaren Bundesliga erneut ins Wanken brachte. Die pfälzischen Beamten verlangten, der 1. FC Kaiserslautern solle Steuern nachzahlen: 12,9 Millionen Euro, vor allem nichtgezahlte Lohnsteuer für die Gehälter der Spieler. Die Staatsanwaltschaft eröffnete gegen Verantwortliche des Vereins ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung und der Untreue. Der Verein, der bereits zuvor hoch verschuldet war, stand kurz vor der Pleite, an die Wand gefahren von einer Vereinsführung, die jahrelang wie Sonnenkönige regiert hatte. Die Bosse mussten abtreten, ein neuer Vorstandsvorsitzender sollte den Verein retten.

Auf Druck der Gläubigerbanken und der Staatsanwaltschaft musste der Club seinen Keller öffnen. Die Wirtschaftsprüfer von PricewaterhouseCoopers (PwC) sollten die Bücher untersuchen und die Finanzlage des Clubs einschätzen. Vor allem aber sollten die Prüfer dubiose Vertragsgeschäfte der alten Vereinsführung mit Spielern und deren Beratern überprüfen, wegen derer der Verein die Steuernachzahlungen in Millionenhöhe zu leisten hatte.

Als Frontal 21 in das Thema einstieg, war bereits klar, dass die Staatsanwaltschaft sich besonders für geheime Zusatzvereinbarungen in den Verträgen der Pfälzer interessierte. Viel Hilfe konnte man sich allerdings von ihr nicht erhoffen. Der Ermittlungselan schien nicht gerade überschwenglich, und im Übrigen ver-

weigerte der leitende Staatsanwalt jede weitergehende Information mit dem Hinweis auf das Steuergeheimnis.

Immerhin hatte die PwC mit ihrer Arbeit bereits begonnen. Es gab sogar schon einen ersten Bericht, der sich mit eben diesen zweifelhaften Geschäften befasste. Die Prüfer hatten alles durchgesehen: Transferverträge, Arbeitsverträge der Spieler, Vermittlungsverträge mit den Spielerberatern und geheime Zusatzvereinbarungen. Das Papier war selbstverständlich streng geheim, aber so viel war durchgesickert: der 1. FCK hatte offenbar mit ziemlich alten Tricks versucht, Steuern zu sparen.

Das Erstaunliche daran war, dass genau diese Tricks seit langem auch den Steuerfahndern bekannt waren. Nach Ermittlungen gegen den 1. FC Nürnberg und den Spielervermittler Wolfgang Vöge Ende der Neunzigerjahre hatte die Nürnberger Steuerfahndung ein Dossier über die illegalen Steuertricks der Bundesliga zusammengestellt, das an alle Dienststellen der Republik ging und kurze Zeit später auch in einigen Zeitungen stand. Die Ermittlungen gegen Vöge hatten außerdem dazu geführt, dass auch bei anderen Vereinen plötzlich die Steuerfahndung vor der Tür stand und die Geschäftsräume durchsuchte.

Die Verantwortlichen des 1. FCK hat das offenbar nicht abgeschreckt. Wie bei vielen anderen Vereinen hatten sie auch in Kaiserslautern ein Problem mit Brutto und Netto. Bei Vertragsverhandlungen sprachen besonders die ausländischen Spieler in der Regel von Nettogehältern. Wenn die FCK-Bosse diese Summen in Bruttogehälter hochrechneten, muss ihnen oft schwindelig geworden sein. Viele der Top-Spieler, wie den französischen Nationalspieler Youri Djorkaeff, konnte sich der Club aus der pfälzischen Provinz eigentlich kaum leisten. Trotzdem wurde der Vertrag unterschrieben. Und dazu wurde offenbar in die Steuertrickkiste gegriffen. Wie genau, das stand im PwC-Gutachten. Entsprechend begehrt und geheim war es.

Der Kreis derer, die im Besitz des Papiers waren, schien klar begrenzt: auf der einen Seite die Wirtschaftsprüfer, auf der anderen die neue Vereinsführung, der Aufsichtsrat, die Gläubigerbanken und die Landesregierung, die zum Verein eine sehr große Nähe pflegte und nun in der Finanzkrise eine entscheidende Rolle spielen sollte. Das Interesse von Wirtschaftsprüfern, eigene Untersuchungen an die Presse weiter zu geben, ist minimal, weil das die eigene Reputation als verschwiegener Dienstleister gefährdet. Auf der anderen Seite dagegen gab es durchaus Kandidaten, denen etwas daran gelegen sein konnte, dass Details über die Geschäfte der alten Vereinsführung an die Öffentlichkeit kamen.

Direkt die neue Führung anzugehen, schien indes nicht besonders erfolgversprechend. Deren Interesse lag vor allem darin, dass der Club finanziell überlebt. Doch auch bei den anderen Kandidaten war es ausgesprochen schwer. Erst über

einen Mittelsmann, der als vertrauenserweckender Türöffner wirkte, gelang es, an das Papier zu kommen.

Die entscheidenden Punkte in dem Gutachten waren Zahlungen des Vereins an Spielervermittler und an Firmen, die angeblich die Persönlichkeitsrechte von Spielern innehatten. Provisionszahlungen an Vermittler für den Wechsel eines Spielers sind in der Branche üblich und auch legal, solange sie eine bestimmte Höhe nicht überschreiten. Steuerfahnder gehen von etwa 12 Prozent des Bruttogehaltes des Spielers aus. In vielen Fällen aber hatten die Ex-Bosse laut Gutachten weit höhere Provisionen gezahlt, und zwar an einen ziemlich überschaubaren Kreis von Vermittlern. Die Staatsanwaltschaft vermutete, dass ein Teil der Provision weitergereicht wurde, zum Beispiel an die Spieler – als un versteuerten Extra-Bonus. Ähnlich war es bei den Persönlichkeitsrechten: Der FCK hatte Millionensummen für den Erwerb der Persönlichkeitsrechte seiner Spieler an Firmen mit Sitz im Ausland gezahlt. Eine Recherche der einzelnen Firmen ergab, dass es sich zum Teil um Domizilgesellschaften handelte, Briefkastenfirmen also, die keine eigene Geschäftstätigkeit hatten.

Merkwürdigerweise hatte die Staatsanwaltschaft aber lange Zeit auf eine Durchsuchung bei den Ex-Bossen und den betroffenen Spielervermittlern verzichtet. Ob Gelder weitergereicht wurden, ob Steuern hinterzogen wurden, ob es versteckte Zahlungen zurück nach Kaiserslautern gab – das alles war noch nicht ermittelt. Sicher war aber laut Gutachten, dass Millionen aus schwer erklärbaren Gründen geflossen waren.

Ex-Vorstandsvorsitzender Friedrich und die betroffenen Spielerberater hatten natürlich längst ihre Verteidigungslinie aufgebaut. Provisionszahlungen, selbst in dieser Höhe, seien absolut üblich. Auch die Zahlungen für Persönlichkeitsrechte seien juristisch nicht zu beanstanden. Dabei hatte erst zwei Jahre zuvor das Frankfurter Landgericht den Spieler Anthony Yeboah, seinen Berater und Verantwortliche des Bundesligavereins Eintracht Frankfurt wegen ähnlicher Zahlungen verurteilt. Im Übrigen, so Friedrich, sei der 1. FC Kaiserslautern immer das Lieblingskind der Kontrolleure der Deutschen Fußball Liga gewesen. Es habe nie irgendwelche Beanstandungen gegeben.

Die Liga organisiert den Spielbetrieb der Ersten und Zweiten Bundesliga und prüft die Finanzplanung der Vereine. Sämtliche Arbeitsverträge der Profispieler müssen in Frankfurt am Main vorgelegt werden. Doch keinem fiel dort offenbar auf, dass in der Pfalz Spieler für ein erstaunlich geringes Bruttogehalt gegen den Ball traten, viel weniger als sie aufgrund ihres Marktwertes möglicherweise hätten erzielen können. Dieser Lapsus war kein Zufall, denn die Deutsche Fußball Liga ist abhängig von den Clubs, ihre Macht ist sehr beschränkt. Und das soll wohl auch so sein. Eine wirklich unabhängige Kontrollinstanz, wie es sie zum

Beispiel im Versicherungsgewerbe gibt, hat bis jetzt keiner der Bundesligaclubs gefordert.

Als der Skandal in Kaiserslautern öffentlich wurde, versuchte die Liga die Pfälzer als Einzelfall zu isolieren, die Liga selbst sei sauber, hieß es. Das war ganz offensichtlich ein PR-Trick, denn uns fielen auf Anhieb eine ganze Reihe anderer Vereine mit Steuerproblemen ein. Also fragten wir bei allen Staatsanwaltschaften der 36 Bundesligaclubs an, ob sie in den letzten fünf Jahren Ermittlungen gegen die Vereine wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung geführt hätten. Das Ergebnis: Ermittlungen gab es in insgesamt zehn Fällen, d.h. bei jedem vierten Verein.

Während diese Recherchen liefen, spitzte sich die Finanzkrise beim 1. FC Kaiserslautern immer weiter zu. Die Banken wollten dem Club keine neuen Kredite geben, eine Pleite drohte. Im Gläubigerausschuss schlug nun die Stunde von Finanzstaatssekretär Ingolf Deubel (SPD). Die Landesregierung schien wild entschlossen, den Club zu retten, denn eine Pleite hätte auch Ministerpräsident Kurt Beck beschädigt. Der fehlte bei kaum einem Heimspiel des FCK und hatte dafür gekämpft, dass der Betzenberg Spielort bei der Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland wurde. Viele Millionen hatte das Land bereits in den Ausbau des Stadions gesteckt. Offiziell war das notwendig für die WM, zugute kam es zuallererst natürlich dem FCK, denn dem gehörte das Stadion zu diesem Zeitpunkt. Was würde aus den Millionen, wenn der Club pleite ging?

Informationen zu den harten Auseinandersetzungen im Gläubigerausschuss und zu den dort besprochenen Internas zu bekommen, war relativ einfach. Jeder wollte seine Sicht der Dinge vermitteln. Besonders die Banken klagten über den massiven Druck, den das Land auf sie ausübte, dem maroden Verein neues Geld zu geben. Offenbar war sich auch der FCK der massiven Unterstützung durch die Landespolitik sehr sicher. Kurz vor Ausstrahlung des Beitrags kamen wir noch an ein weiteres Gutachten der PwC. Darin ging es um das Sanierungskonzept, das die neue Führung des FCK entworfen und die Wirtschaftsprüfer untersucht hatten. Der Club strebte tatsächlich eine Stundung bzw. gar den Erlass seiner Steuerschulden an.

Die Geschichte war damit rund. Wir konnten zeigen, wie der 1. FC Kaiserslautern mit geheimen Geschäften möglicherweise Steuern im Millionenhöhe hinterzogen und sich selbst an den Rand der Pleite manövriert hatte. Und wie nun eben dieser Verein versuchte, seine Steuerschulden in Steuergeschenke zu verwandeln und sich mit Hilfe des massiven Einsatzes der rheinland-pfälzischen Landesregierung zu sanieren.

## Pleite nach Plan

*von Christian Esser und Henryk Hielscher*

Die Sache scheint klar. Vor uns, in diesem fensterlosen Hinterzimmer voller Zigarettenrauch, sitzen zwei Informanten, Typ Spinner. Sie hätten eine ganz heiße Geschichte für uns, einen echten Skandal. Die anderen wären auch schon da gewesen. Alle großen Zeitungen – doch die hätten nichts kapiert, alles sei zu kompliziert, nicht einmal sie selbst würden das ganze System durchschauen.

Es ginge um zwei Millionen Mark, die ihnen ein Unternehmer namens Colditz angeblich schulde. Der Mann sei abgetaucht, seine Firma wie vom Erdboden verschluckt.

So sitzen wir vor einem Elektriker und einem Maurer und lassen uns von ihren Anekdoten über einen geheimnisvollen Geschäftsmann berieseln. Beweise für die abenteuerliche Story haben sie keine und nach Millionengeschäften sieht das Ostberliner Abrisshaus, in dem die beiden ihre Baubude betreiben, nun wirklich nicht aus. Spinner eben. Keine Unterlagen, keine Belege, keine Geschichte. Genervt ziehen wir von dannen.

Bereits am nächsten Morgen ruft der Maurer an und will wissen, ob wir was herausgefunden hätten über die Machenschaften dieses Lothar Siegfried Colditz.

„Wir melden uns“, vertrösten wir ihn. Unser harmloser Handwerker scheint sich zur penetranten Plage zu entwickeln, einer dieser Typen, die sich täglich melden, die man nie wieder los wird. Um gegen den nächsten Anruf gewappnet zu sein und irgendwas in der Hand zu haben, das die Jungs erst einmal beschäftigen würde, benötigen wir ein paar handfeste Informationen – am besten die Adresse von Colditz. Einfacher gesagt als getan. Anschriften zu finden, kann gleich zu Beginn zu einem aufwendigen und schwierigen Teil einer Recherche werden.

Sind Name und Wohnort bekannt, reicht in der Regel natürlich ein Blick ins Telefonbuch, notfalls hilft eine Anfrage bei der Meldebehörde, die verpflichtet ist, Auskunft zu geben. Etwas komplizierter wird es allerdings, wenn – wie bei Colditz – nur der Name bekannt ist. In manchen Fällen hilft bereits „Hinterhergooglen“, oder eine umfangreichere Online-Recherche. (Jede Menge Recherche-Hilfen findet man auch unter [www.netzwerkrecherche.de](http://www.netzwerkrecherche.de)) Bei Colditz bringen allerdings weder die Suche im Internet noch die Zeitungsrecherche ein Er-

gebnis. Da der Mann Unternehmer sein soll, checken wir den Namen auch in einer Firmendatenbank. Das Ergebnis verblüfft uns. Colditz ist nicht nur Geschäftsführer einer Baufirma, sondern seit kurzem Boss von mehr als 30 weiteren Unternehmen. Darunter: Ein Druckhaus, eine Vermögensverwaltung, eine Autolackiererei und eine Handelsgesellschaft für Fruchtsaftkonzentrat – ein merkwürdiger Mix. Ein Mausklick genügt und wir finden auch die Adresse des Multi-Unternehmers. Colditz lebt in einem 7000-Seelenort bei Chemnitz – nur die Telefonnummer fehlt. Die Sache scheint interessanter als anfangs gedacht. Vielleicht steckt doch eine spannende Geschichte dahinter. Schließlich könnte der Mann auch über die anderen Firmen Schulden in Millionenhöhe angesammelt haben, womöglich stehen Arbeitsplätze bei Zulieferern auf dem Spiel. Auch der Rechercheaufwand bleibt bei diesem wagen Ansatz überschaubar: Fast die Hälfte der Unternehmen hat ihren Sitz in Berlin und Brandenburg.

Wir beschließen, zuerst zum Amtsgericht Charlottenburg zu fahren, schauen ins Handelsregister und wollen die dazugehörigen Akten der hier gemeldeten Unternehmen einsehen. Fast bei jeder Firmenrecherche lohnt sich der Blick ins Register, auch wenn man dafür manchmal einige Stunden Wartezeit und ein paar pampige Beamte in Kauf nehmen muss. Wem gehört das Unternehmen, womit wird Geld verdient? Wer ist daran beteiligt? Wer sind die Geschäftsführer, Vorstände, Insolvenzverwalter? Um Besitzstrukturen und Beteiligungen offen zu legen, zu klären, wie es bei der Firma wirtschaftlich läuft, oder einfach nur Leute zu finden, die etwas über das Unternehmen wissen, sind die Register-Akten ein guter Einstieg. Manchmal landen sogar firmeninterne Unterlagen versehentlich im Handelsregister. Ein Schatz für jeden Rechercheur.

Unser Besuch scheint allerdings umsonst. Sämtliche Akten der Berliner Colditz-Firmen sind „zur Zeit im Umlauf“, wimmelt uns eine Sachbearbeiterin ab. Beim Amtsgericht Potsdam bekommen wir das gleiche zu hören. Purer Zufall? Wenn Handelsregister-Akten nicht rausgegeben werden, kann das zahlreiche Gründe haben. Meistens liegen die Papiere auf dem Schreibtisch eines überarbeiteten Rechtspflegers, der mit seinen Eintragungen nicht nachkommt. Wenn allerdings eine Vielzahl von Akten „außer Haus“, „nicht auffindbar“ oder „im Umlauf“ ist, sollte man hellhörig werden. Eventuell interessieren sich Behörden wie Staatsanwaltschaft oder Finanzamt für die Unternehmen inklusive ihre Besitzer und haben die Akten vom Amtsgericht angefordert. Der Verdacht bestätigt sich. Ein Sachbearbeiter, der uns schon bei anderen Recherchen geholfen hat, berichtet vertraulich, dass zumindest ein Teil der Akten an die Staatsanwaltschaft Hamburg geschickt wurde.

So langsam gewinnt die Geschichte an Fahrt. Immerhin scheint sich sogar die Justiz für die Machenschaften von Colditz zu interessieren. Wir fragen bei der Staatsanwaltschaft Hamburg nach, ob gegen ihn ermittelt wird.

Grundsätzlich haben Medien einen Auskunftsanspruch gegenüber allen Behörden – auch den Staatsanwaltschaften. Ob sie aber Informationen rausrücken oder abblocken, ist oft reine Glückssache und von Staatsanwaltschaft zu Staatsanwaltschaft völlig verschieden. Es hilft allerdings, über den Fall schon so viel wie möglich vorher in Erfahrung zu bringen, etwa über involvierte Rechtsanwälte, die Einsicht in die Ermittlungsakten haben. Auf dieser Basis reden auch Staatsanwälte offener und sind eher bereit, Fragen zu beantworten. Gelegentlich können Absprachen getroffen werden, die für beide Seiten Vorteile bieten. Steht etwa eine Hausdurchsuchung bevor, haben die Beamten kein Interesse an einer Vorberichterstattung. Den Behörden hier entgegen zu kommen und ein paar Tage mit der Veröffentlichung zu warten, kann sich lohnen. Denn: Bilder von Beamten, die Aktenberge abtransportieren, sind weitaus sinnvoller als der Behörde und sich selbst die Geschichte durch einen voreiligen Bericht zu zerstören. Jedoch: Wenn die Staatsanwaltschaft auf Zeit spielt und die Gefahr besteht, dass andere Medien an der Geschichte dran sind, sollte man nicht zögern, den Beitrag zu bringen.

Als wir den Sprecher der Staatsanwaltschaft Hamburg nach einem Ermittlungsverfahren gegen Lothar Siegfried Colditz fragen, wissen wir nur, dass die Handelsregisterakten zur Staatsanwaltschaft geschickt wurden – herzlich wenig, um einen Staatsanwalt zum Sprechen zu bringen. Entsprechend fällt das Resultat aus: „Gegen einen Herrn Colditz wird nicht ermittelt“. Fehlanzeige. Warum die Akten der Firmen in Hamburg liegen, will der Sprecher „zum jetzigen Zeitpunkt“ nicht sagen. Also gibt es wahrscheinlich doch Ermittlungen, aber sie hängen nur indirekt mit Colditz zusammen. Die Reaktion der Staatsanwaltschaft hat eher verwirrt als geholfen. Falsches Timing. Auch sonst stehen wir noch völlig am Anfang. Nicht einmal die Basisfragen sind geklärt:

- Wer ist dieser Colditz und warum zahlt er nicht an die Handwerker?
- Warum ist er seit kurzem Chef von mehr als 30 Firmen aus völlig unterschiedlichen Branchen?
- Aus welchen Gründen lebt ein Manager in einem sächsischen Kaff?
- Warum ermittelt die Staatsanwaltschaft? Und gegen wen?

Wie weitermachen? Darauf zu warten, dass die Akten wieder im Handelregister auftauchen, würde zu lange dauern. Wir entscheiden uns deshalb für eine Vor-Ort-Recherche und fahren nach Sachsen, um mit Colditz zu sprechen. Schon die

Wohngegend ist merkwürdig. Der Firmenboss lebt bescheiden – in einem Plattenbau am Ortsrand. Wir klingeln. Die Tür bleibt zu, aber wir hören Schritte. „Herr Colditz? Wir sind Journalisten und würden uns gerne mit ihnen über ihre Firmen unterhalten.“ Colditz scheint von der Idee nicht gerade begeistert: „Ich hab` doch schon gesagt, dass ich kein Geld habe!“

Erst als wir unsere Presseausweise vor den Türspion halten und mehrfach versichern, dass wir kein Geld von ihm wollen, öffnet er die Tür. Vor uns steht ein kleiner korpulenter Mann im Trainingsanzug, Mitte 50. So hatten wir uns Top-Manager Lothar Siegfried Colditz, Geschäftsführer von immerhin 34 bundesweit agierenden Firmen, nicht vorgestellt. Wir versprechen ihm, dass wir wirklich nur mit ihm reden wollen; er habe doch nichts zu verbergen, oder? Nach ein paar Minuten Überzeugungsarbeit bittet er uns herein und entschuldigt sich für seine wenig freundliche Begrüßung, aber in letzter Zeit bekäme er immer häufiger unangenehmen Besuch. Erst vor ein paar Wochen standen wieder mal drei Männer vor der Tür und präsentierten ihm Rechnungen über mehrere hunderttausend Mark. Die solle er gefälligst bezahlen, sonst würde was passieren. „Wie bei der Mafia war das“, erinnert sich Colditz. Seitdem lasse er Fremde nur noch selten in seine Wohnung.

Auf seinem Schreibtisch stapeln sich die Unterlagen – Mahnungen von Firmen sind darunter, Schreiben der Sozialkassen, Gerichtsladungen und Dutzende andere amtliche Papiere. Fast täglich würden neue Forderungen in seinen Briefkasten flattern, erzählt er. Das ganze verspricht interessant zu werden. Wir fragen Colditz deshalb, ob wir das Gespräch mitschneiden dürfen. Etwas verunsichert stimmt er zu.

Das Aufnehmen ist immer heikel, da der Gesprächspartner eventuell erschreckt wird und weniger preisgibt als bei einer „normalen“ Unterhaltung. Für den Interviewer lohnt sich das Mitschneiden aber aus vielen Gründen. Zum einen zur Faktentreue – sämtliche Details können so wiedergegeben werden, wie sie tatsächlich erzählt wurden. Zum anderen kann sich der Interviewer besser auf das Gesagte und die Umgebung konzentrieren, da er nicht alles notieren muss. Nach einer kurzen Gewöhnungsphase ist es auch für den Gesprächspartner angenehmer, nicht ständig jemanden vor sich zu sehen, der jedes Wort mitschreibt.

Colditz gibt sich zuerst völlig ahnungslos und streitet ab, überhaupt etwas von den Firmen zu wissen. Warum ständig Leute kämen und Geld von ihm forderten, könne er sich nicht erklären – „da liegt wohl eine Verwechslung vor“. Mit soviel naiver Dreistigkeit hatten wir dann doch nicht gerechnet. Erst als wir ihn damit konfrontieren, dass er unbestreitbar Geschäftsführer von über 30 Firmen ist und ihm Ausdrucke aus der Firmendatenbank präsentieren, fängt er an zu erzählen. Ja doch, die Firmen kenne er, aber das sei nur zum Schein gewesen.

Allmählich rückt er mit mehr und mehr Details heraus. In den nächsten Wochen telefonieren wir immer wieder mit Colditz und fragen Einzelheiten ab. Später können wir anhand unser Aufzeichnungen und Eindrücke folgenden Ablauf rekonstruieren:

Nach der Wende hatte Lothar Siegfried Colditz ein Bauunternehmen gegründet, das schon bald Pleite ging. Seitdem ist er arbeitslos, lebt von der Sozialhilfe und steckt in erheblichen finanziellen Schwierigkeiten. Mit seinen 52 Jahren hat er kaum noch die Aussicht einen Job zu finden und jemals seine Schulden zu begleichen. In dieser Situation präsentiert ihm ein Bekannter eine scheinbar einfache Lösung. Er solle doch mal einen Herrn Gather von der Dr. Klein Unternehmensberatung AG in Hamburg anrufen, empfiehlt ihm der Mann. Für ein bisschen Papierkram und ein paar Unterschriften gebe es bei Gather gutes Geld – bar und steuerfrei.

Ein paar Tage später meldet sich Colditz bei dem Mann aus Hamburg und vereinbart einen Termin. Auch am Telefon klingt das Geschäft harmlos: Er solle pro forma Geschäftsführer einer GmbH werden, die später mal verkauft wird. Nur aus steuerlichen Gründen brauche man jemanden von außen. 1000 Mark sollte es dafür sofort nach dem Notartermin geben. Für Colditz klingt das nach leicht verdientem Geld und einem netten Ausflug an die Alster. Colditz reist mit seiner Freundin nach Hamburg. „Modern und seriös“ wirkt die Dr.-Klein-Firmen-Zentrale auf ihn. Seriös gibt sich auch Vorstand Kay Gather. Der blonde Unternehmensberater im feinen grauen Tuch verspricht, dass die Firma völlig sauber sei und Colditz den Geschäftsführer-Job nur zum Schein übernehme. Lediglich ein paar Unterschriften sind noch nötig. Colditz schlägt ein.

In der Amtsstube einer Hamburger Notarin warten bereits zwei Kaufleute auf ihn, um das Geschäft zu besiegeln. Colditz unterzeichnet die bereitliegenden Urkunden und schon ist er der „alleinvertretungsberechtigte Geschäftsführer“ einer Berliner Sportstätten GmbH. Ein paar Wochen später meldet sich Dr.-Klein-Vorstand Gather erneut bei Colditz – „ich hab` da noch was für dich.“ Und wieder macht Colditz mit, inzwischen zwar mit einem mulmigen Gefühl, aber schließlich hat beim ersten Mal alles reibungslos geklappt und das Geld kann er gut gebrauchen. Fast im Wochenrhythmus wird Colditz fortan Geschäftsführer von immer neuen Firmen – bis eines Tages die Gläubiger vor der Tür stehen.

Inzwischen ist uns klar, dass der Sozialhilfeempfänger die Hauptrolle in einem Wirtschaftskrimi spielt – allerdings nicht die des strahlenden Siegers. Unser Ursprungsverdacht, dass wir es mit einem Geschäftemacher zu tun haben, der vor seinen Gläubigern flieht, ist passé. Es sieht so aus, als wurde Colditz benutzt, um hochverschuldete Unternehmen loszuwerden und Gläubiger in die Irre zu füh-

ren. Mit diesem Rechercheansatz durchforsten wir erneut das Zeitungsarchiv. Anhand einiger Artikel aus der Wirtschaftspresse wird schnell klar, worum es sich handelt.

Seit einigen Jahren gibt es in Deutschland so genannte „Plattmacher“ bzw. „Firmenbestatter“. Sie versprechen den Geschäftsführern von Unternehmen, die am Rande der Existenz stehen, ihre insolvente Firma zu übernehmen. Gegen ein paar tausend Euro kann sich der Alt-Geschäftsführer seiner Firma und damit aller finanziellen Ansprüche gegen ihn entledigen. Die Masche ist dabei stets dieselbe: Gegen ein Pro-forma-Honorar kauft eine Briefkastenfirma dem früheren Inhaber einer GmbH die Geschäftsanteile ab. Die Geschäftsführer werden entlastet und scheiden aus, an ihrer Stelle werden Strohmänner installiert. Einer wie Colditz also. An diesen Strohmännern vorbei macht die Briefkastenfirma alle Aktiva und Reserven der übernommenen Gesellschaft zu Geld und vernichtet systematisch sämtliche Firmenunterlagen. Zurück bleiben nur die Unternehmensschulden und der neue Geschäftsführer. Geprellt werden bei einer solchen Betriebsbestattung vor allem mittelständische Handwerker und die Sozialkassen. Finden sie nach oft monatelanger Suche den neuen Firmenchef, haben sie nichts gewonnen. Zu holen gibt es keinen Pfennig bei den mittellosen Neugeschäftsführern. Die wirklichen Schuldner sind längst im Firmensumpf abgetaucht. Fest steht, dass die Plattmacher die Unerfahrenheit und den Reiz des schnellverdienten Geldes ausnutzen, um reiche Beute machen. So wurde auch Colditz für die Geschäftsführer-Jobs offenbar gezielt geködert.

Demnach sind die Rollen in unserem Fall so verteilt: Colditz als unbedarfter Strohmann, Kay Gather von der Dr. Klein Unternehmensberatung AG als Firmenbestatter. Allerdings ist das reine Theorie, die Beweise fehlen noch.

Ein paar vereinzelte Artikel aus dem Archiv liefern Hinweise auf Experten, die sich mit den Machenschaften solcher Plattmacher auskennen, darunter Insolvenzverwalter, Sozialkassen, Handwerksinnungen und das Landeskriminalamt. Zu unseren ersten Ansprechpartnern zählen auch Journalisten die über das Thema bereits berichtet haben. Ein Kollege gibt uns den Tipp, die Kleinanzeigen in den überregionalen Tageszeitungen genauer zu studieren. Hier würden die Betriebsbestatter Annoncen schalten, um neue Kunden zu werben.

Kollegen um Hilfe zu bitten oder auch nur nach Hinweisen bei der Recherche zu fragen, gilt in der Branche oft als Tabu. Dabei gibt es selten hilfsbereitere Informanten als Journalisten – schließlich wissen Kollegen am besten, welche Informationen man brauchen kann und welche nicht. Und was ist schon dabei, jemandem einen Experten zu empfehlen oder kurz eine Telefonnummer rauszusuchen, zumal man jederzeit selbst auf Hilfe angewiesen sein kann. Klar sollte aber auch sein, dass jede Information überprüft werden muss, egal woher sie

stammt. Vor Gericht ist nichts so wertlos, wie die Berichte anderer. Vertrauen sollte man deshalb nur der eigenen Recherche.

Der Tipp des Kollegen, sich die Zeitungsinserate anzusehen, erweist sich als Glückstreffer. Unter dem Stichwort „Geschäftsverbindungen“ finden wir Dutzende Anzeigen, die „Wege aus der Insolvenz“ weisen oder „Schluss mit dem Gläubigerterror“ versprechen. Namen und Anschriften werden in den Kleinanzeigen nur selten genannt. In der Regel wird lediglich eine Telefonnummer angegeben, unter der der schuldengeplagte Unternehmenslenker diskret Kontakt aufnehmen kann. Mit Hilfe der PC-Telefonauskunft „klicktel“ und der Zusatzsoftware „RufIdent“ (über die Schweiz lieferbar) lassen sich die Inhaber von Telefonanschlüssen aber recht einfach aufspüren. Statt einen Namen einzugeben und die dazugehörige Telefonnummer zu finden, funktioniert die Suche hier andersherum: Nummer eingeben, Name wird gefunden. So lassen sich die anonymen Annoncen mühelos einzelnen „Bestattungsunternehmen“ zuordnen.

Auch die Dr. Klein Unternehmensberatung ist dabei: „GmbH/AG-Probleme?“ fragt sie vielsagend in den Zeitungsinserten. Unverhohlen wird „die sofortige Geschäftsführerentlastung“ in Aussicht gestellt, schließlich verfügt man laut eigener Werbung über „Auffanggesellschaften, AGs und GmbHs aus Neugründung“. Im Klartext: Die Dr. Klein Unternehmensberatung AG hat es auf all jene deutschen Chefs abgesehen, die Zahlungsunfähigkeit, Schuldenlast und Existenzangst plagen. Betriebsbestatter sucht Pleitefirma, Dr. Klein macht den Sargdeckel zu - schnell und geräuschlos.

Die erneute Nachfrage bei der Staatsanwaltschaft Hamburg bringt einen weiteren Rechercheerfolg. Gegen Kay Gather wird wegen des Verdachts auf Insolvenzverschleppung ermittelt – bislang aber ohne sichtbare Resultate. Obwohl sich das Dezernat für Wirtschaftskriminalität schon seit mehr als fünf Jahren mit dem Mann beschäftigt, scheint noch immer die rechtliche Handhabe gegen sein „Bestattungsinstitut“ zu fehlen.

Immerhin wissen wir nun, dass unserer Recherche in die richtige Richtung geht. Aber wie weitermachen? Hilfreich wäre es jetzt, verdeckt zu recherchieren, uns als Unternehmer auszugeben und bei Gather direkt anzufragen. Um nicht sofort aufzufliegen, bräuchten wir dafür aber zumindest eine Tarn-GmbH – das ganze wäre zu aufwendig und teuer. Es muss anders gehen.

Das Rechercheziel steht fest: Anhand der Dr. Klein AG wollen wir die Machenschaften der Firmenbestatter aufdecken. Wir müssen eine Möglichkeit finden, sämtliche Stationen in dem komplexen Betrugsprozess offen zu legen. Vom Alt-Geschäftsführer, der seine verschuldete GmbH entsorgen will und sich auf eine Anzeige hin an die Dr. Klein AG wendet, bis zu Colditz, der als Geschäftsführer-Marionette installiert wird und sich mit den wütenden Gläubigern auseinander

setzt. Die Einzelheiten und der konkrete Ablauf fehlen aber noch. Wir treffen uns deshalb erneut mit Colditz und konzentrieren uns diesmal auf die exakten Daten und Details der Firmenübernahmen. Nach und nach bauen wir zu Colditz, unserem Kerninformanten, ein Vertrauensverhältnis auf – nicht nur zum Schein, sondern tatsächlich. In entspannter Atmosphäre lässt es sich leichter reden, gerade wenn man eigene Fehler einräumen muss – Colditz fallen immer mehr Einzelheiten zu den Geschäften ein.

„Nach dem ersten Notartermin habe ich mit den ehemaligen Geschäftsführer noch mit Sekt auf das gute Geschäft angestoßen“, erinnert er sich. Laut Rechnungen und Mahnungen, die Colditz zugeschickt wurden, hatten die beiden Ex-Chefs allen Grund zum Feiern. Sie waren ein Unternehmen losgeworden, das eigentlich vor den Insolvenzrichter gehörte. Fast 400.000 Mark forderte das Finanzamt und mehr als 2 Millionen Mark schuldete die Pleite-GmbH Handwerkerfirmen. Auch die Rechnungsdaten sind interessant – alle Posten belaufen sich auf Aufträge, die erteilt wurden, bevor Colditz eingesetzt wurde. Die Schulden stammen somit nachweisbar von den Altgeschäftsführern. Den anderen 33 Firmen, die inzwischen Teil des Colditz-Imperiums sind, ging es finanziell offenbar ähnlich schlecht. Am Erhalt der Gesellschaften hatte niemand weniger Interesse als die Ex-Besitzer: Rechnungen kamen auf sie zu, oft Millionenbeträge. Die Pleite-GmbHs mussten dringend entsorgt werden – da kam Colditz gerade recht.

Bei allem Mitgefühl für die Lage des Sozialhilfeempfängers bleiben wir in der Sache aber auf Distanz. Sämtliche Aussagen von Colditz überprüfen wir deshalb anhand unserer früheren Gesprächsaufzeichnungen auf widersprüchliche Darstellungen. Um die Glaubwürdigkeit zu testen, ist es auch hilfreich, Einzelheiten abzufragen, die aus sicheren anderen Quellen bereits bekannt sind. Gibt es dabei Abweichungen, sollte man sich fragen, wie viel Vertrauen der Informant verdient und ihn notfalls bitten, seine Aussagen als eidesstattliche Versicherung abzugeben. Auch die Rechnungen und Mahnungen, die wir uns kopiert haben, unterziehen wir einer peniblen Prüfung auf Lücken und Unstimmigkeiten. Unter den Rechnungsstellern finden sich auch einige neue Gesprächspartner, die wir zu ihren Geschäftsbeziehungen zu den Colditz-Firmen befragen. Es sind fast ausnahmslos Mittelständler, die sich als Zulieferer auf Geschäfte mit den Pleitefirmen eingelassen haben und jetzt ihrem Geld hinterher rennen – ganz so wie unsere beiden Handwerker.

Wenig später bringt der Anruf unseres Bekannten aus dem Handelsregister neuen Schwung in die Recherche. Einige der Akten, die an die Staatsanwaltschaft geschickt wurden, sind wieder in Berlin aufgetaucht. Den nächsten Tag verbringen wir im Amtsgerichts. Wir sichten sämtliche Unterlagen, mehrere hun-

dert Seiten landen danach auf dem Kopierer – die komplette Unternehmensgeschichte von zehn Firmen. Genug zu lesen für die nächste Zeit.

In Aktenbergen zu recherchieren, ist wie ein großes Puzzlespiel. Isoliert betrachtet, ergeben die einzelnen Teile keinen Sinn, doch stückweise lässt sich aus den Einzelheiten ein Gesamtbild zusammensetzen. Das einzige was man braucht, ist Ausdauer, Geduld und Systematik. Die Akten müssen akribisch auf Auffälligkeiten untersucht werden: gibt es Gemeinsamkeiten zwischen den Firmen, stimmen die Daten mit den Aussagen von Colditz, welche Personen tauchen auf?

Gerade bei der Dokumentenrecherche zahlt sich Teamarbeit aus – in den nüchternen Papierbergen findet jeder Rechercheur neue Spuren und andere Ansätze, bei der Zusammenarbeit werden die unterschiedlichen Informationen besser miteinander verknüpft. Zudem ist die Gefahr geringer, sich zu verzetteln. Im Team fällt es leichter, sich auf das Ziel der Recherche zu konzentrieren und bei den zahlreichen Nebenschauplätzen die Übersicht zu behalten. So gewinnen wir aus den Akten nach und nach einen detaillierten Einblick in den komplexen Ablauf einer Firmenbestattung: Der Altgeschäftsführer gibt seine Tätigkeit an einen Zwischenmann ab, der die Firma nur für wenige Tage führt, danach übernimmt Colditz die Geschäfte. Um die Spuren auf den früheren Inhaber zu beseitigen, wird die Pleitekliksche mehrmals mit anderen desolaten Gesellschaften zu einer Art Holding verschmolzen. Auffällig ist, dass die fusionierten Unternehmen nichts miteinander zu tun haben. Ein Internet-Unternehmen schluckt eine Sanitärfirma und wird wiederum von einer Waren-Vertriebs-GmbH übernommen – am Ende des Übernahmekarussells steht stets eine Auffanggesellschaft namens „Young Fashion Modevertrieb GmbH“, die laut Register mit dem Handel von „Kleidern und Textilien aller Art“ Geld verdient. Interessant: Der Firmensitz des Modevertriebs befindet sich in der Kieler Straße 347a in Hamburg. Im selben Gebäude residiert auch Kay Gathers Dr. Klein Unternehmensberatung. Sogar die Telefon- und Fax-Nummern sind identisch. Endlich haben wir eine direkte Verbindung zu Gather gefunden – bisher hatten wir dafür nur die Aussage von Colditz.

In den Unterlagen finden wir noch andere relevante Ansatzpunkte. So werden fast alle Verträge von einer einzigen Hamburger Notarin beglaubigt. Mit ihrem Siegel wurde Colditz an nur einem Tag zum Geschäftsführer von neun Gesellschaften. Es stellt sich heraus, dass die Notarin eine so genannte Mitternachtsnotarin ist, die mit skrupellosen Geschäftemachern zusammenarbeitet und Beurkundungstermine rund um die Uhr auf „Zuruf“ vergibt. So können Geschäfte fix und unwiderruflich geschlossen werden. Bei der aktuellen Recherche sind die Mitternachtsnotare nur ein Randaspekt, aber gerade als freier Journalist sollte man solche „Rechercheabfälle“ im Auge behalten, schließlich sind sie die Themen von morgen.

Die Notarin in unserem Fall hatte alle Hände voll zu tun, nicht nur Dutzende Geschäftsführerwechsel beurkundete sie, ihr Siegel prangt auch unter diversen Anteilsübertragungen und Verlagerungen des Firmensitzes. Bei allen Unternehmen taucht nach mehreren Stationen letztlich die gleiche Hamburger Adresse als Firmensitz auf. Das wollen wir uns näher ansehen und fahren nach Hamburg. Unter der Anschrift finden wir aber lediglich ein paar verrostete Briefkästen und ein leerstehendes Gebäude. Deutlich nobler wirkt hingegen der Geschäftssitz der Dr. Klein AG. Vorstand Gather residiert standesgemäß in einem seriös wirkenden Geschäftshaus. Ein Mercedes parkt auf dem firmeneigenen Stellplatz und stolz vermeldet das Firmenschild: „Mitglied beim Bundesverband Deutscher Unternehmensberater (BDU).“ Beim Verband ist man erstaunt über die Machenschaften der Dr. Klein Unternehmensberatung. Schließlich sah man Geschäftsführer Gather ab und an in der Bonner BDU-Zentrale bei der Fachkommission Insolvenz- und Sanierungsmanagement. Eine nette Petitesse, die die wirtschaftslastige Geschichte einen Touch lesefreundlicher macht. Oft machen gerade solche Kleinigkeiten den Reiz einer Geschichte aus.

Nun ist der Zeitpunkt gekommen, den Firmenbestatter Kay Gather mit unseren Recherchen zu konfrontieren. Die Konfrontation ist die letzte entscheidende Stufe vor der Veröffentlichung eines Textes, noch einmal steht die gesamte Recherche auf dem Prüfstand. Bringen die Betroffenen entlastende Fakten an, müssen diese geprüft werden – sollte durch diese neuen Erkenntnisse die Geschichte zusammenbrechen, stimmt etwas mit der Recherche nicht. Mitunter ist eine Konfrontation per FAX ratsam, denn in der Regel wird dann auch per FAX geantwortet. Folglich hat man die Antworten schriftlich und kann sie bei Bedarf als Beweismittel vor Gericht vorlegen. Allerdings geht dabei auch das Überraschungsmoment und die Spontaneität der Antwort verloren – schriftlich wird sich niemand „verplappern“ oder mit unerwarteten Einzelheiten aufwarten. Genau das wollen wir aber von Gather.

Offenbar ahnt er nichts, wir werden per Telefon direkt verbunden. Auf unsere Vorwürfe reagiert er aufgebracht und wiegelt ab: „Ich mache keine krummen Geschäfte, ich helfe Leuten“. Er habe durch seine Tätigkeit sogar „hunderte Arbeitsplätze gerettet“ und die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft seien nur ein schlechter Scherz – „die versuchen seit Jahren, mir was anzuhängen“. Politiker, Richter und viele, viele Unternehmer stünden in seiner Schuld und jeden würde er verklagen, der etwas anderes behauptet. Solchen Drohungen sollte man gelassen entgegen sehen. Ist die Geschichte genau recherchiert und rechtlich wasserdicht formuliert, hat eine Klage kaum eine Chance. Um auf Nummer Sicher zu gehen, sollte bei heiklen Texten vor Veröffentlichung aber unbedingt ein Sender- oder Verlagsjustiziar die Geschichte checken. Wir bauen

Gathers Zitate ein, lassen den Text prüfen und warten gespannt auf die Veröffentlichung.

Die Geschichte erscheint. Das Telefon steht nicht mehr still – zahlreiche Gläubiger, und so gar ein reumütiger Ex-Unternehmer, der seine Firma abgestoßen hat, rufen an. Kay Gather hat anscheinend Dutzende Menschen auf die bekannte Weise übers Ohr gehauen. Noch in der gleichen Woche werden die Wohn- und Büroräume von der Polizei durchsucht, Akten sichergestellt. Der Staatsanwalt meldet sich und will von uns Details und Anschriften wissen, die wir ihm nach Absprache mit den jeweiligen Informanten auch geben. Zur Informantenpflege gehört es natürlich auch, sich bei denjenigen zu bedanken, ohne die der Text nie erschienen wäre – ihnen den Artikel zu schicken, ist eine Selbstverständlichkeit und gleichzeitig der beste Weg in Kontakt zu bleiben. Auch bei den beiden Handwerkern, die uns erst auf das Thema gebracht haben, können wir uns so halbwegs anständig aus der Affäre ziehen. „Spinner“, sollte man sich warm halten – sie haben eben manchmal doch die besten Geschichten.

Einige Monate später erfahren wir, dass Colditz dank einer Selbstanzeige beim Landeskriminalamt und einer umfassenden Aussage mit einer Geldstrafe wegen Beihilfe zur Insolvenzverschleppung davon gekommen ist. Kay Gather wird vom Gericht dagegen zu einer Haftstrafe auf Bewährung verurteilt.

Ist das Urteil ein Erfolg, das Thema erledigt? Wohl kaum. Die Geschichte ist noch längst nicht abgeschlossen. Das Geschäft der Firmenbestattern blüht weiterhin und wächst so rapide wie die Zahl der Insolvenzen. Ein Blick auf die Kleinanzeigenseiten der Zeitungen genügt. Es lohnt sich, weiter zu recherchieren.

## **Was ist Korruption und was ist die Ausübung einer Tätigkeit als Geschäftsführer in einem Unternehmen, das im Eigentum der öffentlichen Hand steht?**

*Von Ralf Schönball*

In Berlin gibt es eine Vielzahl öffentlicher Unternehmen, mehr als in anderen Städten. Und zu viele öffentlich Bedienstete: 42.000 Stellen zu viel im Vergleich zu Hamburg. Die Ursache liegt in der Teilung der Stadt zwischen 1961 und 1989.

Die Privatisierung staatlicher oder öffentlicher Unternehmen erfolgte nach der Wiedervereinigung zumindest im Westteil der Stadt nur schleppend. Der Verkauf des Stromkonzerns Bewag sowie der Wohnungsbaugesellschaft Gehag blieben Ausnahmen.

Im Osten der Republik träumte man kurze Zeit vor der Wiedervereinigung von einem dritten Weg zwischen Sozialismus und Marktwirtschaft. Dieser dritte Weg wurde im Westen Berlins mit einem Unternehmen erprobt: der Bankgesellschaft Berlin. Die Bankgesellschaft Berlin war eine hybride Konstruktion. Unter dem Dach des Konzerns gab es drei öffentliche Unternehmen: Landesbank Berlin, Berlin-Hyp und Investitionsbank ehemals Wohnungsbaukreditanstalt. Auch zwei private Unternehmen gehörten zum Konzern: Die Berliner Bank und die Bankgesellschaft AG. Diese hybride Konstruktion ermöglichte es, das Unternehmen in den Dienst der Politik zu stellen. Die Schnittstelle zwischen Berliner Bankgesellschaft und Berliner Politik besetzten abwechselnd Politiker von SPD und CDU gleichermaßen.

Der wohl bekannteste unter ihnen war der damalige CDU-Chef Klaus Landowsky. Landowsky gehörte bis 2001 dem Vorstand der Bankgesellschaft Berlin an. Er war zugleich Vorstandsvorsitzender der für Baukredite zuständigen Konzerntochter Berlin-Hyp. Damit konnte er die wichtigsten wirtschaftspolitischen Entscheidungen in Berlin beeinflussen: Das öffentliche und das private Baurärgeschäft. An deren Schnittstelle wurde ein Teil der Affären losgetreten, die zur größten Bankenpleite der Bundesrepublik führten. An diese Schaltstelle der wirtschaftspolitischen Macht war Landowsky bereits zu Mauerzeiten gelangt. Er hielt sich dort nach dem Fall der Mauer zehn Jahre lang.

Als Berlin noch eine Insel war, leitete Landowsky die für das wirtschaftliche Geschehen in der Stadt maßgebliche öffentliche Bank: die Wohnungsbaukredit-

---

anstalt (WBK). Die WBK vergab zinsgünstige Kredite und Zuschüsse an private Bauträger. Diese staatlichen Zuschüsse waren für Bauträger eine Lizenz zum Gelddrucken.

Denn das Geld investierten sie in den sozialen Wohnungsbau. Da die Mieten subventioniert waren, fehlte es selten an Mietern. Dadurch waren Einnahmen fast garantiert. Nachdem die Bauträger die Häuser errichtet und vermietet hatten, verkauften sie diese an geschlossene Immobilienfonds. Dadurch kassierten die Bauträger ein zweites Mal. Zunächst strichen sie Gewinne während der Errichtung der Immobilien ein. Später verdienten sie am Verkauf der fertigen, vermieteten Häuser an die Fonds. Bescheiden waren die Bauträger dabei nicht. Sie verlangten Subventionen für Baupreise, die doppelt so hoch lagen wie im Rest der Republik. Man sprach von dem Berliner Baukartell. Weil immer wieder ein beschränkter Kreis von Westberliner Unternehmern Förderungen bekam. Und weil keiner dieser Bieter die für Berlin typischen überhöhten Baupreise unterbot.

Immer wieder zeigten sich einzelne Bauträger für diese Gunst bei den Entscheidungsträgern erkenntlich. Sie spendeten. An Personen und an Parteien. Der Bauträger Klaus Franke soll laut Staatsanwaltschaft 130.000 Mark an Klaus Riebschläger persönlich übergeben haben. Riebschläger war Vorstand der Wohnungsbaukreditanstalt. Und Riebschläger war ein führender Politiker der SPD.

Wem aber galt die Spende: Der Person Riebschläger, dem Banker Riebschläger oder dem Politiker Riebschläger? In dieser Zeit, den 80er Jahren, betrat auch Klaus Groth die Berliner Bühne: CDU-Mitglied und Parteien-Spender. Groth gelang ein grandioser Coup. Es war DAS Bauträgergeschäft im Berlin der Neunziger Jahre. Und es ging ausgerechnet auf Kosten jener Bank, der Groth Millionen-Geschäfte verdankte: auf Kosten der Wohnungsbaukreditanstalt.

Im Geschäftssitz der Bank war Asbest entdeckt worden. Während der Sanierung benötigte das Geldhaus ein Ausweichquartier für seine Mitarbeiter. Groth baute der Bank diese Immobilie, ein paar hundert Meter vom Hauptsitz entfernt.

Dann verlangte er dafür eine Miete, die in Berlin sonst niemand bezahlt hätte. Bis heute wird nirgends so viel für Büroraum bezahlt. Fast 100 Mark pro Quadratmeter. Die Bank verpflichtete sich, diesen Wucherpreis zehn Jahre lang zu zahlen. Dabei hätte man die Asbestsanierung in fünf Jahren abschließen können, sagen Insider. Der Rechnungshof erhob schwere Vorwürfe gegen die Bank. Geldverschwendung war noch der geringste. Groth verdiente Millionen an diesem Geschäft. Denn er verkaufte die an die Bank vermietete Immobilie an einen Fonds. Ein großartiges Geschäft. Der Verkaufspreis einer Immobilie hängt von der Höhe der Mieten ab. Die Wuchermiete brachte Groth einen Spitzenpreis ein.

Den Schaden hatte die Bank. Zehn Jahre lang. Ab nächstem Jahr haben ihn die Anleger des Fonds, denn dann endet der zehnjährige Mietvertrag. Sollte sich

überhaupt ein neuer Mieter für diese Immobilie finden, dann wird er laut Marktexperten höchstens ein Fünftel jener Miete zahlen, die die Bank bis heute bezahlt hat. Warum unterzeichnete die Investitionsbank einen viel zu teuren Mietvertrag? Hätte ein ordentlicher Banker nicht genau das Gegenteil erreichen müssen? Und hätte der langjährige Geschäftspartner seinem besten Kreditgeber die Immobilie nicht zu einem kostendeckenden, aber wenigstens günstigen Preis überlassen müssen?

Alle diese Fragen legen nahe, dass bei diesem Geschäft nicht allein kaufmännische Kriterien eine Rolle bei der Auftragsvergabe spielten. Möglicherweise waren politische Erwägungen von Bedeutung. Groth zählte zu den Großspendern von CDU und SPD.

Gibt es einen Zusammenhang zwischen den Spenden und der Auftragsvergabe? Sicher ist, dass die Bank fast zehn Jahre später Groth noch einmal finanziell unterstützen wollte. Anfang 2001. Da ist der Bauträger wirtschaftlich angeschlagen. Dieses Mal will die Bankgesellschaft Berlin einspringen. Im Vorstand des Konzerns sitzt CDU-Fraktionschef Klaus Landowsky. Er ist für das Immobiliengeschäft zuständig und daher muss ihm ein brisanter interner Bericht der Kreditabteilung seiner Bank bekannt sein.

Darin steht: Groth steckt in erheblichen Zahlungsschwierigkeiten. Er kann die Zinsen für seine Kredite nicht mehr bezahlen. Die Bankgesellschaft soll einspringen und 40 Millionen Euro in eine neue, gemeinsame Gesellschaft pumpen. Sicherheiten für dieses Geld bekommt sie von Groth nicht. Der angeschlagene Baulöwe Groth haftet nur mit seinem zweifelhaften Ruf. Die Bankgesellschaft ist mehrheitlich im Eigentum des Landes Berlin. Gerüchten zufolge soll sich der damals regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen persönlich für diese Rettungsmaßnahme eingesetzt haben. Diepgen, der langjährige Weggefährte und persönliche Freund von Klaus Landowsky, hat dies stets bestritten. Doch das sehen die ehemaligen Chefs der Bankgesellschaft anders. Bankenchef Wolfgang Rupf und der heute noch tätige Chefcontroller Norbert Pawlowski haben in Hintergrundgesprächen stets politische Gängelung für die Beinahe-Pleite des Kreditinstitutes verantwortlich gemacht. Der Name Landowsky fiel dabei auch.

Weitere Beispiele werden zeigen, dass auch andere dubiose Kreditgeschäfte nur schwer ohne machtpolitische Motive zu erklären sind. Im Zentrum des Bankendesasters stehen Immobiliengeschäfte. Es waren Immobiliengeschäfte des Landes. Doch ohne die Bank wären sie nicht möglich gewesen.

Die Bank diente dazu, politische Fehlentscheidungen zu vertuschen. Beispiel Entwicklungsgebiete. Zum Teil wurden sie geplant, als die Stadt noch durch die Berliner Mauer vom Umland abgeschnitten war. Deshalb sollte im Nordwesten Berlins neue Stadtteile entstehen. Nach dem Mauerfall hielten die Politiker an

---

dem Bauvorhaben fest und planten sogar ein weitere Siedlung im Südosten. Dabei investierten inzwischen private Investoren Milliarden in den Wohnungsbau der Region, und ein Überangebot zeichnete sich bald ab.

Die neuen Siedlungen in Spandau und in der Rummelsburger Bucht waren Lieblingsprojekte von SPD-Bausenator Wolfgang Nagel. Nagels Politik wurde durch die große Koalition von der CDU mitgetragen. Doch die Politik war falsch und kostet das Land heute Milliarden. Der Schaden wurde aber durch ein raffiniertes System halbstaatlicher Firmen und Bankentöchtern viele Jahre lang verschleiert. Die Vertuschung funktionierte wie folgt: Weil sich keine privaten Investoren zum Kauf von Grundstücken in der neuen Wasserstadt fanden, musste die Bank einspringen. Sie veranlasste eine Immobilientochter, in der Wasserstadt Häuser zu bauen. Da es keine Nachfrage gab, stehen viele Wohnungen bis heute leer. Doch die fehlenden Einnahmen taten zunächst niemanden weh, weil man sich eines Tricks bediente: Die leeren Immobilien wurden in geschlossene Immobilienfonds verschoben, die an den Bankschaltern arglosen Anlegern angeboten wurden.

In den Fonds fielen die Verluste zunächst nicht auf, weil die Fonds aus mehreren hundert Immobilien bestanden: vermietete Objekte aus dem Bundesgebiet neben Pleiteimmobilien aus Berlin. Das Berliner Bankendesaster fand statt unter den Augen und unter der Aufsicht von Politikern aus der SPD und aus der CDU.

Denn im Aufsichtsrat der Bankgesellschaft saßen zwei Senatoren für Wirtschaft und für Finanzen. Sie kamen mal aus den Reihen der SPD, mal aus den Reihen der CDU. Zwischen 1990 und dem Ende der großen Koalition im vergangenen Jahr waren die beiden Parteien ununterbrochen an der Macht in wechselnden Kräfteverhältnissen. Beide Parteien sanktionierten sowohl den gefährlichen Kurs der Bankgesellschaft, als auch die waghalsige Baupolitik.

Als verlängertes Arm der Baupolitik bediente sich die Bank einer zunächst kleinen Immobilienfirma, die bald zu einem Firmenimperium heranwuchs. Ihr Name: Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft, kurz IBG. Die IBG wurde immer größer, weil sie immer einspringen musste, wenn Pleiten drohten. Es waren Pleiten im Bereich politisch geführter Unternehmen. Und es waren Pleiten von Kreditkunden der halböffentlichen Bankgesellschaft.

So übernahm die IBG zum Beispiel Not leidende öffentliche Wohnungsbau-gesellschaften wie die Arwobau. Sie übernahm aber auch private Grundstücke. Zum Beispiel von dem Pleitier Kottmair.

Weil die IBG dadurch immer weiter expandierte, nannte die Branche sie „die Krake“. Die Krake wurde von ausgewiesenen Immobilienexperten geführt. Sie wurde aber auch von ehemaligen Politikern geleitet. Dabei nahmen sich die SPD-Kader CDU-Mann Landowsky zum Vorbild. Sie wurden Politiker und Un-

ternehmer zugleich. So wechselten Politiker häufig aus der einflussreichen Senatsverwaltung für Bauen und Wohnen in die gute bezahlten Posten innerhalb der IBG. Andere Politiker bekamen Chefsessel in einer öffentlichen Wohnungsbau-gesellschaft. Bei der Besetzung der Geschäftsführerposten konnten die Politiker durch ihre Funktionen in den Aufsichtsräten Einfluss nehmen. Auch auf inoffiziellm Wege. Beispiel Hans Görler. Görler bekam 1989 ein Amt als Staatssekretär in der Bauverwaltung. Sein Vorgesetzter war Bausenator Wolfgang Nagel. Zwei Jahre später wechselte Görler zur landeseigenen Wohnungsbau-gesellschaft Gehag. Dort wurde er Vorstandsmitglied. Weitere vier Jahre später wechselte Görler zur Krake. Dort brachte es Görler zum zweiten Geschäftsführer. Auch der Sohn von Bausenator Nagel bekam bei der Banktochter einen Job. Ebenso wie ein weiterer politischer Staatssekretär des Bausenators. Günther Fudderholz.

Fudderholz wurde Geschäftsführer in einer der vielen Firmen der Krake. Diese Firma war verantwortlich für die so genannten Hauptstadtprojekte der Krake. Zu diesen Projekten zählte der Wohnungsbau in der Wasserstadt, das Lieblingsprojekt von Bausenator Nagel. Die Krake stand auch im Dienste des starken Mannes der CDU. Klaus Landowsky polierte mit ihrer Hilfe die Bilanz seiner Bank auf, der Berlin-Hannoverschen Hypothekenbank. Zur Erinnerung: Landowsky war der Chef der Berlin-Hyp. Die Berlin-Hyp war eine Tochter der Bankgesellschaft. Und in deren Vorstand war Landowsky der zuständige Mann fürs Immobiliengeschäft. Und Immobilienfinanzierungen waren in den 90er Jahren das wichtigste Geschäftsfeld der Bank. Denn Berlin war im Baurauch. Der Banker Klaus Landowsky war zugleich Fraktionschef der CDU und ein persönlicher Freund des Regierenden Bürgermeisters Eberhard Diepgen. Das Gespann Landowsky-Diepgen bestimmte von 1985 bis 2001 die Politik in Berlin.

In vielen Wahlkämpfen zogen die beiden ihren vermeintlich wichtigsten Trumpf: den Nimbus wirtschaftlichen Sachverständes. Doch zumindest bei der Genehmigung von Krediten für zwei berühmt-berüchtigte CDU-Mitglieder zweifelten die Sachberater von Landowsky am Sachverstand ihres Vorstandes. Denn per Vorstandsbeschluss hatte Landowskys Berlin-Hyp den Parteifreunden Wienold und Neuling Kredite im Gesamtwert von mehr als 600 Millionen Mark gewährt. Diese Entscheidung sollte eine der größten Bankenaffäre der bundesdeutschen Geschichte auslösen.

Die Ungereimtheiten im Zusammenhang mit diesem Kredit sollten auch die politische Karriere von Landowsky und Diepgen beenden. Die beiden Parteifreunde von Landowsky, Klaus Wienhold und Christian Neuling, hatten im Abgeordnetenhaus gesessen und in der CDU verschiedene Ämter bekleidet. Mitte der Neunziger stiegen sie in das Immobiliengeschäft ein.

Die Voraussetzungen dafür hatten sie nicht: Weder verfügten sie über das

notwendige Eigenkapital. Noch hatten sie Erfahrungen im Geschäft mit Plattenbauanierungen. Dennoch zogen sie durch die Neuen Bundesländer und kauften groß ein: mehr als 10.000 Wohnungen in Plattenbauten aus DDR-Produktion.

Ein Risiko war das für die CDU-Männer nicht. Denn sie riskierten kein eigenes Geld. Dass sie Kredite bekommen würden, war für sie offenbar ausgemacht. Weil sie ihre Kreditanträge bei der Hausbank ihres Parteifreundes Landowsky einreichten? Wenn Wienhold und Neuling ein politisches Kalkül im Schilde führten, dann ging das zunächst schief. Denn die Sachbearbeiter von Landowskys Bank lehnten die Kreditanträge ab. Zu riskant, lautete ihr Urteil.

Wienhold und Neulings Ankauf von Plattenbauten in Leipzig drohte zu platzen. Es durfte nicht platzen. Deshalb suchte Aubis-Chef Klaus Wienhold seinen Partei-Freund Klaus Landowsky im Büro seiner Bank auf. Wienhold überreichte Landowsky ein Kuvert voller Geldscheine und sagte „40 000 Mark von Neuling und mir“. Die Spende war für die Parteikasse der CDU bestimmt. Landowsky nahm das Bargeld an. Nur ein Teil des Geldes gelangte in die Parteikasse. Und es wurde nicht ordnungsgemäß verbucht.

Einen guten Monat später bewilligte Landowskys Bank die Immobilienkredite für Wienhold und Neuling. Weitere 100 Millionen Mark flossen auf das Konto der beiden Politiker. Die kritischen Sachbearbeiter hatten die Kreditverträge nicht unterzeichnet. Sie weigerten sich bis zuletzt ihrem Arbeitgeber die abenteuerlichen Geschäfte einzubrocken. Die Grundsatzzusage über die Kredite für die beiden CDU-Politiker kam von den Vorständen der Berlin-Hyp. Sie hatten den Rat ihrer Fachleute übergangen.

Die bankinternen Kontrolleure von der Revisionsabteilung nannten das Ganze in einem Bericht „unkalkulierbare Risiken“. Der Bericht verschwand in der Schublade. An die Öffentlichkeit gelangte die ganze Angelegenheit erst, als die Barspende für den mächtigen Mann aus der CDU bekannt wurde. Die Sachbearbeiter behielten Recht. Die Firma Aubis stand kurze Zeit nach dem Erwerb der Tausenden von Wohnungen vor der Zahlungsunfähigkeit. Doch das hätte in der Bilanz der Bank von CDU-Fraktionschef Landowsky böse Spuren hinterlassen.

Das wäre Futter für die politischen Gegner bei den folgenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus gewesen. Deshalb musste die Krake, die Immobilientochter der Bank, einspringen. Sie kaufte ein Teil der Plattenbauten von den CDU-Mitgliedern ab.

Das Geld kassierte Landowskys Bank und bekam dadurch einen Teil ihrer Kredite zurück. Die Plattenbauten wurden dann in einen geschlossenen Immobilienfonds verschoben. Anteile an diesen Fonds wurden kurze Zeit später an den Schaltern der Berliner Bank an nichtsahnende Kunden verkauft. Sie wurden mit phantastischen Rendite-Garantien geködert.

Für diese Garantien muss der Berliner Steuerzahler heute 300 Millionen Euro jährlich in den Berliner Haushalt pumpen. Sonst wäre die Bankgesellschaft bankrott. Die Garantien laufen 25 Jahre.

### **Nachtrag zu Parteienfilz und Ämterpatronage.**

Die Wohnungsbaugesellschaft Gehag wurde oben bereits erwähnt, weil SPD-Mann Görler dort Station machte. In der Wohnungsbaugesellschaft saß bereits ein Geschäftsführer mit CDU-Parteibuch. Victor Simon war zugleich für die CDU im Abgeordnetenhaus. An seinem Doppelmandat übten alle anderen Parteien heftige Kritik. An Simon prallte sie ab. Er ging erst, als ein Gerichtsurteil ihn dazu zwang.

Die Kritik an Simons Doppelmandat hatte den Hintergrund, dass er als Abgeordneter über den Verkauf der Gehag entscheiden konnte, während er zugleich als Vorstandsvorsitzender der Wohnungsbaugesellschaft engen Kontakt mit den Kaufinteressenten pflegte. Einer der potenziellen Käufer und späterer Eigentümer der Gehag war ein Großspender der CDU: Karl Ehlerding. Ehlerding hatte der CDU Millionen gespendet. Diese Spende stand in einem zeitlichen Zusammenhang mit einem anderen Immobiliendeal. Ehlerding bekam den Zuschlag für mehrere tausend bundeseigene Eisenbahnerwohnungen. An der Spitze der Bundesregierung stand damals

CDU-Kanzler Helmut Kohl. Als der zeitliche Zusammenhang zwischen CDU-Spende und Wohnungsverkäufen öffentlich wurde, musste die Regierung den Verkauf an Ehlerding rückgängig machen. Kurze Zeit später wollte Ehlerding die Gehag von Victor Simon erwerben. Auch hier war er nicht der einzige Kandidat.

Deshalb musste eine Strategie für die Übernahmeschlacht her. Ehlerding legte sie bei einem Fischessen in Hamburg fest. Ein wichtiger Bestandteil: Ehlerding versprach seinem Parteifreund Victor Simon, dass dieser nach dem Verkauf der Gehag fünf Jahre lang im Amt bleiben dürfe. Danach sollte Simon einen goldenen Handschlag bekommen: zwei Millionen Mark.

Doch Simon hatte Pech. Weil ein anderer Parteifreund Wind von dem Angebot bekam? Der langjährige Schulsenator und Intimus von Diepgen und Landowsky: Jürgen Klemann. Es war bekannt, dass Klemann aus der Politik ausscheiden wollte. Heute sitzt Jürgen Klemann auf einem der Chefesseln der Gehag. Und die Gehag gehört Karl Ehlerding. Klemann war während der Übernahmeschlacht um die Gehag für kurze Zeit Bausenator. Die Wohnungsbaugesellschaften fallen in die Zuständigkeit dieses Amtes.

Der Autor ist Redakteur für Immobilien bei „Der Tagesspiegel“ und erhielt für seine Berichte zur Berliner Bankenaffäre den Wächterpreis der Deutschen Tagespresse.

---

## **Phantompartner und Phantasieumsätze in Asien – Enttarnung eines Börsenstars**

*von Renate Daum*

Selbst hartgesottenen Börsianern blieb im April 2002 die Spucke weg, als der größte Bilanzskandal des Neuen Marktes ans Licht kam. Bodo Schnabel, der Chef des Telematikunternehmens ComRoad hatte jahrelang den Großteil der Umsätze erfunden. Im Jahr 2001 wollte er 93 Millionen Euro Erlöst haben, nachweisen ließen sich magere 1,3 Millionen Euro. Der Rest war Luft. Mein Ressortleiter beim Anlegermagazin „Börse Online“ neckte mich: „Da hast Du das Unternehmen ja viel zu positiv beurteilt!“ Ich musste ihm beipflichten. Jahrelang hatte ich die Gesellschaft aus Unterschleißheim bei München verfolgt. Wenige Wochen bevor die Blase platzte, schrieb ich in einem Artikel, dass höchstens zehn Prozent der ausgewiesenen Umsätze echt sein konnten. Niemand sonst gab ein solch vernichtendes Urteil ab, aber selbst ich überschätzte die wahren Erlöse.

ComRoad suchte sich Partnerunternehmen weltweit und verkaufte ihnen Computerserver („Telematikzentralen“) und Bordcomputer, über die sich Informationen von und zu Fahrzeugen übertragen ließen. Die Abnehmer boten die Geräte und Dienstleistungen an Endkunden wie Speditionen an. Außerdem nahm das Unternehmen Lizenzgebühren für die Nutzung von Dienstleistungen wie Navigation ein. Damit erzielte es so sensationelle Wachstumsraten bei Umsatz und Gewinn, dass sie mir zu schön erschienen, um wahr zu sein.

Dubiose Machenschaften an dem einst hochgelobten Börsensegment für Wachstumsunternehmen waren nichts Neues, aber kaum jemand hätte einen Schwindel dieses Ausmaßes für möglich gehalten. „Sie haben das Vertrauen in die Ehrlichkeit und das Funktionieren der Börse mit erschüttert“, sagte der Richter während des Strafprozesses im November 2002 vor dem Landgericht München I. Er verurteilte Bodo Schnabel wegen Betrugs und anderer Delikte zu sieben Jahren Haft. Als erster Vorstand eines Neuen-Markt-Unternehmens musste der Ex-Firmenchef eine Gefängnisstrafe verbüßen.

Vor Schnabels Verhaftung bot ComRoad Journalisten schon mal VIP-Karten für Formel-1-Rennen oder eine mehrtägige Reise nach Florida an, um den ComRoad-Stand auf einer Messe zu sehen. Mich stellte der Firmenchef dagegen als

sensationshungrige Journalistin hin, die man nicht ernst zu nehmen brauchte – mit einigem Erfolg. Von Anfang an stieß meine Kritik meist auf taube Ohren.

Im November 1999 sollte ich das Unternehmen zum Börsengang in der „Süddeutschen Zeitung“ vorstellen. Die Aktieneuphorie näherte sich ihrem Höhepunkt, und die Finanzseiten der Zeitung waren mit Porträts von Börsenaspiranten zugepflastert. Experten bescheinigten der Verkehrstelematik phantastische Aussichten, die aggressiven Prognosen, die der laut Eigenwerbung „international führende Verkehrstelematik-Spezialist“ von sich gab, fielen aber selbst in der damals überoptimistischen Zeit aus dem Rahmen. Ich rief das Unternehmen an, das in Großbritannien mit den Unterschleißheimern kooperierte, um die Angaben zu überprüfen. „Wir haben eine sehr enge Beziehung zu ComRoad“, erfuhr ich. Jahre später fand ich heraus, dass ich ausgerechnet eine der wenigen Firmen erwischt hatte, mit denen es tatsächlich Geschäfte gab.

Bei der Lektüre des Emissionsprospektes fand ich damals aber auffällige Dinge. Die Broschüre ist die wichtigste Informationsquelle, denn der Börsenneuling und die Banken, die seine Wertpapiere auf den Markt bringen, haften für den Inhalt. Daher weisen sie darin stärker auf Schwachpunkte und Risiken hin als im Werbematerial. Merkwürdig niedrig waren die Löhne und Gehälter bei ComRoad. Im Aufsichtsrat saßen die Ehefrau Schnabels, der Steuerberater und der Emissionsberater, also niemand, der unabhängig war. Eine solche Konstellation ist zwar nicht gerade selten in Deutschland, ein Warnzeichen ist es dennoch.

Auf mehrmalige Nachfrage erfuhr ich, dass ein bedeutender Teil des Umsatzes für 1998 von einem Unix-Computerunternehmen stammte, mit dem ComRoad verschmolzen war. Dessen Erlöse waren einfach auf die Telematikumsätze verteilt worden, obwohl sie damit nichts zu tun hatten. Sie blähten für die Beurteilung wichtige Zahlen auf, ohne dass darauf hingewiesen wurde. Außerdem fand ich heraus, dass Investoren bei einer Privatplatzierung Aktien gezeichnet hatten, aber nie Aktionäre geworden waren. Die zugehörige Kapitalerhöhung war unter merkwürdigen Umständen gescheitert.

Ende November 1999 berichtete ich darüber. Negative Artikel waren damals allerdings nicht gefragt. Als „Redakteure mit Profilierungssucht“ bezeichnete ein Börsenjournalist einen Kollegen und mich: „Zwar ist gerade am Neuen Markt eine kritische Berichterstattung unbedingt notwendig, dennoch darf dies nicht auf Kosten der Objektivität gehen.“ Eine Zeitlang schien meine Warnung tatsächlich verfehlt. Die Unterschleißheimer hoben ihre Wachstumsziele mehrfach an und übertrafen sie stets. Die Aktie zählte zu den Papieren mit der besten Kursentwicklung im Jahr 2000.

Irgendwie kamen mir die Zahlen aber zu regelmäßig vor. Trotz steigender Gewinne war zudem der Cash Flow negativ, Quartal für Quartal floss also Geld

aus dem Unternehmen. Mal wies es gewaltige Forderungen aus, mal waren die Anzahlungen unüblich hoch. Millionenbeträge befanden sich irgendwo auf der Welt, nur nicht auf den Konten ComRoads. Ein negativer Cash Flow bei hohen Gewinnen kann auf Unregelmäßigkeiten hindeuten. Schnabel nannte das schnelle Wachstum als Begründung, eine an sich plausible Erklärung, die mich aber nicht völlig überzeugte.

So begann ich, alles über die Telematikbranche zu sammeln, ohne mit ComRoad Kontakt aufzunehmen. Die Aktiengesellschaft musste wegen ihrer tollen Zahlen eigentlich zu den Branchenstars gehören, da viele Konkurrenten Verluste einführen. Sie tauchte jedoch meist nur in Finanzpublikationen, aber fast nie in Reports aus der Branche auf. Mein ungutes Gefühl wuchs, aber ich hatte noch zu wenig Belege für dubioses Verhalten. So ging es mehreren Finanzjournalisten. Einige veröffentlichten erste Zweifel. Der Börsenbrief „Platow Brief“ vermutete, der britische Partner nehme „Einheiten bewusst ohne die Chance auf einen Weiterverkauf“ ab. Um ein „Ausbluten“ des Partners zu verhindern, habe sich ComRoad finanziell an dem Unternehmen beteiligt. Das hätte bedeutet, dass das Unternehmen Umsätze selbst finanzierte. Im Rahmen einer Asienreise im Mai 2001 wollte ich die ComRoad-Tochter in Hongkong besuchen und herausfinden, ob das Asien-Geschäft ähnlich laufen konnte. Bodo Schnabel persönlich teilte mir die Telefonnummer des Asienchefs mit.

Ich könne nicht ins Büro kommen, sagte der Mann, als ich ihn anrief. „Wir haben in Hongkong nur ein virtuelles Büro.“ Er meinte einen Briefkasten. Das wirkliche Büro sei in Shenzhen, der Nachbarstadt in der Volksrepublik China. Auch dort sei gerade niemand, sagte er. Alle drei Mitarbeiter seien zu einer Messe nach Schanghai geflogen. Bei unserem Treffen in meinem Hotel schilderte er mir die Geschäfte in der Region. In Hongkong und in Malaysia waren Telematikzentralen bei Partnern installiert. In China gab es noch keine Endkunden. Referenzkunden? Geheim. Die Anschrift des Büros in Shenzhen? „Die fällt mir gerade nicht ein.“ Auf einem Stadtplan konnte er mir die Stelle nicht zeigen.

Mein Misstrauen legte sich etwas, als ich den Chef des Hongkonger Partners GTS besuchte. Der Markt sei schwierig, die Umsätze gering, sagte er. Das deckte sich mit dem, was der ComRoad-Asienchef erzählt hatte. Als Referenzkunden nannte er zwei Speditionen, die ich in den Gelben Seiten fand. Die Angaben schienen zu stimmen. Im Hongkonger Handelsregister suchte ich den Namen und die Anschrift des „Secretary“ von GTS heraus, also der Firma, die Registerträge für GTS erledigte. Dort gab mir ein Mitarbeiter eine Gesellschafterliste. Bodo Schnabel war „Director“ von GTS und hielt indirekt 25 Prozent der Anteile. Damit war es möglich, dass GTS Geräte von ComRoad ohne Chance auf Wiederverkauf abnahm. Ein Problem gab es aber: Zigtausende von Bordcompu-

tern hatte ComRoad angeblich abgesetzt. Um diese Geräte echt produzieren zu lassen und Umsätze selbst zu finanzieren, waren erhebliche Mittel nötig. Die Zahlen ergaben eher Sinn, wenn man annahm, dass es einen Teil der ausgewiesenen Geräte gar nicht gab.

Nach meiner Rückkehr nach Deutschland studierte ich den ComRoad-Geschäftsbericht für das Jahr 2000. ComRoad wollte fast die Hälfte der Erlöse in Asien erzielt haben! Das war ein Vielfaches von dem, was sich aus der Schilderung des Asienchefs ergab. Wenige Tage später erzählte Bodo Schnabel auf der Hauptversammlung vom tollen Geschäft in der Region: „Asien ist sehr stark gewachsen. Wir hatten also sehr gute Partner.“ Er zeigte eine Weltkarte, auf der 33 Partner in 30 Ländern eingezeichnet waren. In Asien sollte es acht geben, die Telematikzentralen betrieben. Das passt alles nicht zusammen, dachte ich, umringt von Aktionären, die zumeist des Lobes voll waren über das tolle Unternehmen. Sie schimpften hauptsächlich über die Medien, die den Aktienkurs „niedergeschrieben“ hatten.

In der Redaktion fand ich die Namen und Länder der acht Asienpartner in einer Studie von Bankanalysten. Warum hatte mir das der Asienchef ganz anders geschildert? Ich konfrontierte Schnabel mit den Widersprüchen. Die Asien-Tochter sei „nur für neue Kunden in China zuständig“, schrieb er. Es erschien mir unplausibel, dass der Asienchef keine Ahnung vom Asiengeschäft haben sollte, selbst wenn er nur für ein Land zuständig war. Der Telematikmarkt war noch sehr unreif in den Ländern, in denen ComRoad vertreten war. Woher kamen die hohen Asienumsätze? Wie ließ sich beweisen, das etwas nicht stimmte?

Ich verfolgte mehrere Spuren parallel. Mit der geringen Zahl an Mitarbeitern ließ sich das hohe Umsatzvolumen nicht bewältigen. Daher vermutete ich, dass mindestens ein Unternehmen bei der Abwicklung des Geschäfts half. Als Sitz hielt ich eine Stadt in den USA für wahrscheinlich, weil sich Schnabel häufig in Amerika aufhielt. Meine Suche blieb ergebnislos. Eine solche Gesellschaft gab es im Geschäftskreislauf ComRoads zwar tatsächlich, wie sich später herausstellte. Sie war aber in Hongkong beheimatet – angeblich, in Wirklichkeit existierte sie überhaupt nicht.

Außerdem grub ich nach Hinweisen, dass gar nicht so viele Bordcomputer produziert worden waren, wie ComRoad behauptete. Zu Kundenbeziehungen sagen Unternehmen gewöhnlich nichts gegenüber der Presse, und so war das auch bei den beiden bekannten Herstellern der Geräte. Als ich auf indirektem Weg belegen konnte, dass sie nur einen Bruchteil der von ComRoad ausgewiesenen Bordcomputer ausgeliefert hatten, brachte Bodo Schnabel einen dritten Hersteller ins Spiel, dessen Namen er nicht nannte. Die Suche kostete wieder Zeit, so dass sich die Beschäftigung mit den Abnehmern als ergiebigste Strategie erwies.

Ich durchforstete dafür alle Pressemitteilungen, Werbebroschüren, Geschäftsberichte von ComRoad. GTS gehörte demnach seit 1999 dazu, die anderen Asienpartner wurden ab Sommer 2000 gewonnen. Das bestätigte mir auch der PR-Mann von ComRoad. Nun versuchte ich, die Informationen aus unabhängigen Quellen zu verifizieren, etwa durch Presseberichte und Handelsregisterauszüge. Das gelang nur bei GTS aus Hongkong und Globalwatch aus Malaysia, von denen auch der Asienchef gesprochen hatte. Im Internet fand ich Artikel über eine Pressekonferenz im Mai 2001 mit dem Globalwatch-Chef. Er sagte: „Globalwatch hat eine exklusive Lizenz von ComRoad für Malaysia gesichert.“ Merkwürdig: Für Malaysia und Hongkong gab es laut Liste noch einen Partner. Was machte der, wenn GTS und Globalwatch exklusive Lizenzen hatten?

Von den anderen sechs Unternehmen fand ich nichts. Die Suche war mühsam, denn außer dem Namen und dem Land gab Schnabel nichts preis, nicht einmal die Stadt, in der sie ihren Sitz hatten: „Die mit den Kunden abgeschlossenen Verträge und Vereinbarungen unterliegen der Vertraulichkeit.“ Wie sollten Interessenten die Partner finden, wenn die Anschrift geheim war? Als ich Bodo Schnabel solche Fragen stellte, brach er den Kontakt zu mir ab.

Ein Kollege und ich versuchten daher, die Erlöse mit den vorhandenen Informationen nachzuvollziehen. Wir fütterten eine Excel-Tabelle mit allen Angaben ComRoads über das eigene Geschäft. Damit schätzten wir, wieviel Umsatz die acht Asienpartner gemacht haben konnten. Selbst wenn wir unrealistisch optimistische Annahmen zu Grunde legten, wie etwa, dass die Gesellschaften keine Kosten hatten, kamen wir höchstens auf die Hälfte der ausgewiesenen Erlöse. Da auf Asien fast die Hälfte des gesamten Geschäfts entfiel, mussten die Umsätze für 2000 um mindestens ein Viertel zu hoch ausgewiesen worden sein. Das veröffentlichten wir im Juni 2001 in „Börse Online“.

Bodo Schnabel schrieb den Aktionären darauf hin, „dass bei dem kurzen Ausflug von Frau Daum nach Hongkong die Recherche zu kurz gekommen ist. Wie früher wollte sie nur einen kurzen Sensationsartikel schreiben.“ Meine Berechnungen seien allein deshalb falsch, weil die Partnerschaft mit „Shenming“ aus China schon seit August 1998 und mit „T-Asia“ aus den Philippinen seit Oktober 1999 bestand und nicht erst seit Sommer 2000.

ComRoad bot mir an, den Asienumsatz aufzuschlüsseln. Adressen und Ansprechpartner würden aber nicht genannt. Damit hatte ich keine Möglichkeit, den Wahrheitsgehalt zu überprüfen. Das Unternehmen wollte mir darauf hin Einsicht in die Bücher gewähren, wenn ich eine Vertraulichkeitserklärung unterzeichnete. Mein Chef warnte mich: „Was ist, wenn Du tatsächlich Ungereimtheiten findest und Dir dann die Hände gebunden sind?“ Ich wollte die Fragen aber unbedingt klären und war daher dazu bereit. ComRoad reagierte merkwürdig:

„Was haben Sie denn davon, wenn Sie nicht darüber berichten dürfen“, wurde ich gefragt. Das Unternehmen zog das Angebot zurück.

Warum hatte mir Bodo Schnabel im November 1999 auf meine Frage nach dem Asiengeschäft nichts von T-Asia und Shenming erzählt? Vor einem Börsengang stellen sich Unternehmen doch so positiv wie möglich dar. Da mir ComRoad keine Antwort gab, musste ich mich an T-Asia und Shenming selbst wenden. Die Suche nach ihnen glich der Jagd nach einer Stecknadel im Heuhaufen. Ich kannte die chinesischen Schriftzeichen nicht, und es gab Dutzende von Kombinationen, um das Wort „Shenming“ zu schreiben.

Der Name des zweiten China-Partners laut Liste, China Telematics, ließ sich wörtlich übersetzen. Der chinesische Name kann aber von der englischen Version abweichen. Weder Branchenvertreter, noch die Handelsvertretungen Chinas in Deutschland und Deutschlands in China konnten mir ohne die Schriftzeichen weiterhelfen. Über eine japanische Journalistin der Zeitung, bei der ich in Tokio Praktikum gemacht hatte, lernte ich chinesische Journalisten kennen. Auch sie fanden weder Shenming noch China Telematics. Ich rief daher den ComRoad-Asienchef an. Er wurde unruhig, als ich nach den beiden Partnern fragte. Er wisse nichts darüber und müsse das Telefonat jetzt abbrechen. Der Mann, der Neukunden in China gewinnen sollte, schien wirklich keine Ahnung von den Geschäften zu haben, die angeblich seit über zwei Jahren in dem Land liefen.

Mit „T-Asia“ hatte ich ebenfalls Probleme. Ich suchte nach „T-Asia“, „T Asia“, „Tasia“, in Datenbanken, bei den Handelsregistern und Handelsvertretungen der Botschaften. Das Handelsregister in Manila hatte eine T-Asia zu bieten – aber die war erst im Oktober 2000 als Groß- und Einzelhandel von Lebensmitteln, Getränken und anderen Waren eingetragen. Es konnte also nicht die gesuchte Gesellschaft sein. Ich fand eine „Trans-Asia Oil“. Sie dementierte, etwas mit Telematik zu tun zu haben. Mit den übrigen Partnern in der Region – Likom in Malaysia/Hongkong, Fleetwood in Australien und Guardian in Neuseeland – erging es mir genauso. Ich fand Unternehmen mit einigermaßen passendem Geschäftsfeld, keines machte aber Geschäfte mit ComRoad.

Nur bei GTS und Globalwatch ließ sich der Betrieb von Telematikzentralen und die Vermarktung von Bordcomputern bestätigen. Sie konnten aber höchstens zwei Millionen Euro Umsatz gemacht haben. Das waren nur zehn Prozent der ausgewiesenen Asienerlöse. Immer wieder grübelte ich, ob ich nicht intensiv genug nach den anderen gesucht hatte. In China etwa gab es kein zentrales Handelsregister. Eigentlich konnten die Partner nur in reichen Metropolen ihren Sitz haben. Vielleicht steckten sie aber doch im Hinterland? Nach wochenlanger Suche schrieb ich im August 2001 über die „Phantompartner in Asien“. Der Verdacht erhärte sich, „dass der Jahresabschluss 2000 auf falschen Zahlen beruht.“

---

Nun ging ComRoad in die Offensive. Alle paar Wochen forderte uns ein Rechtsanwalt auf, etwas zu unterlassen – sogar die Wiederholung von Dingen, die wir nie behauptet hatten. Die Reaktion darauf kostete Zeit, die mir für Recherchen fehlte. Vor dem Landgericht Berlin erwirkte ComRoad eine einstweilige Verfügung. Bodo Schnabel versicherte dafür an Eides statt, dass es die acht Asienpartner gab. Falls wir wiederholten, was ich geschrieben hatte, war ein Ordnungsgeld oder Ordnungshaft fällig.

Die Umsätze ließen sich aber weiterhin nicht nachvollziehen. Wir legten Widerspruch ein. Vor Gericht präsentierte ComRoad eine Liste mit den Namen und Anschriften der sechs umstrittenen Unternehmen. Sie wich von der Aufstellung aus der eidesstattlichen Versicherung ab. Firmen hießen anders, aus T-Asia wurde zum Beispiel Telematics-Asia, manchen waren andere Länder zugeordnet, eines wanderte von Australien nach Neuseeland. Die Richter entschieden zu unseren Gunsten und hoben die einstweilige Verfügung auf.

ComRoad lieferte keine Nachweise, dass zu den genannten Unternehmen tatsächlich Geschäftsbeziehungen bestanden. Erneut stellte ich Anfragen mit den neuen Namen und Ländern an Handelsregister, Gewerbeämter, Datenbanken. Aber nicht einmal die Telefonnummern ließen sich in vielen Fällen ermitteln. Von den beiden Adressen von Partnern in Auckland, Neuseeland, ließ ich Fotos schießen und telefonierte mit den Unternehmen. Eines residierte in einem Einfamilienhaus. Der Ansprechpartner hatte eine Vereinbarung mit den Deutschen geschlossen, die aber noch nicht umgesetzt wurde. Die andere Adresse entpuppte sich als Niederlassung des Autokonzerns Ford. Der genannte ComRoad-Partner wurde gerade liquidiert. Er hatte nur Gespräche geführt, aber keine Geschäfte gemacht.

Auf den Philippinen suchte ein Journalist Informationen über Telematics-ASIA/T-Asia für mich, ohne Kontakt mit dem Unternehmen aufzunehmen. Er fand nichts. „Ich vermute, dass es ein Schwindelunternehmen ist“, schrieb er mir. Es war wohl besser, wenn ich vor Ort recherchierte. Zufällig verbrachte ich meinen Urlaub vier Wochen später in Südchina. Drei der sechs Adressen von ComRoad lagen auf meiner Reiseroute, die vierte auf den Philippinen nahm ich noch auf. Kurz vor dem Jahreswechsel 2001/2002 flog ich ab.

ComRoad hatte die Partner sicher vorgewarnt, dachte ich. Mir war nicht ganz wohl in meiner Haut. Da ich keine Telefonnummern hatte, musste ich vor Ort Termine ausmachen und dann erneut kommen. Die Partner konnten ComRoad so über meine Route informieren. Wer würde Verdacht schöpfen, wenn ich Opfer eines Verkehrsunfalls oder einer Schlägerei würde?

In Quezon City auf den Philippinen wurden an der Adresse von Telematics-Asia deutsche Motorsägen und Gartengeräte verkauft. Die Empfangsdame war

bei meiner Frage nach der Firma ratlos. Drei Tage später saß ich im Büro des von ComRoad genannten Chefs von Telematics-Asia und stellte mich auf ein unerfreuliches Gespräch ein. Ich reichte ihm die Liste von ComRoad. „Das ist mein Name,“ sagte er. „Und das ist meine Adresse – aber ich habe noch nie von dem Unternehmen Telematics-ASIA gehört.“ Er erzählte mir, welche Gesellschaften er wirklich hatte. Das deckte sich mit den Angaben im Handelsregister. „Ich habe Bodo Schnabel vor einigen Jahren zufällig im Flugzeug kennengelernt“, berichtete er. „Ich habe nie einen Vertrag unterzeichnet und nie Geschäfte mit ComRoad gemacht.“ Er wirkte schockiert. Ich trug das in einen Fragebogen ein, den er unterzeichnete. So hatte ich eine schriftliche Bestätigung.

In Hongkong teilten sich laut ComRoad-Liste zwei Partner eine Adresse und den gleichen Präsidenten: Likom und China Telematics. Es gab allerdings nur ein kleines Repräsentanzbüro, in dem zwei junge Chinesinnen arbeiteten. Sie kannten nur Likom, von ComRoad und China Telematics hatten sie noch nie gehört. Ihr Chef bestätigte mir per E-Mail, dass er ein Vertriebsabkommen mit ComRoad geschlossen hatte, das aber bereits wenige Wochen später beendet worden war. China Telematics war weder im Handelsregister noch im Gewerbeamt eingetragen, es war ein astreines Phantasieunternehmen.

Nun blieb noch der Partner in Shenzhen in der Volksrepublik China. Beim Blick auf meine Liste waren die Leute dort ratlos. Ein hilfsbereiter Chinese entdeckte, wo das Problem lag: ComRoad hatte den Namen falsch geschrieben. Er fand die richtigen Angaben für mich heraus. Wenig später stand ich vor dem Eingang von Shenming. Ein Mitarbeiter ging vorbei in das Gebäude. Ich sprang ohne groß zu überlegen los und schlüpfte hinter dem verdutzten Mann durch die Tür. Ich lächelte und zeigte ihm den Zettel mit der Adresse. Er nickte. Nun überreichte ich ihm meine deutsche Visitenkarte – eine chinesische hatte ich nicht.

Er führte mich in ein Büro zu zwei Chinesinnen und verschwand. Auch sie sprachen kein Englisch. Wir lächelten uns an. Zum Glück hatte ich vorher die Möglichkeit in Betracht gezogen, dass niemand Englisch sprach. Daher hatte ich die englische und die chinesische Internetseite des Hongkonger ComRoad-Partners GTS genau studiert und die Zeichen abgeschrieben, die „ComRoad“, „Telematikzentrale“, „Bordcomputer“ und ähnliches bedeuten mussten. Nun zog ich diese Liste aus der Tasche, fragte auf Chinesisch „gibt es...?“ und deutete die Vokabeln. „Mei you“, lautete die Antwort stets, also „Nein“.

Nun wussten die Chinesinnen, was mich interessierte. Sie gaben mir Prospekte mit einem Bordcomputer. Es war kein ComRoad-Modell. Das Unternehmen war also in der Branche tätig, allerdings nicht oder nicht mehr als Partner von ComRoad. Bevor ich ging, wurde ich nach dem Namen meines Hotels gefragt, dessen chinesische Schriftzeichen ich mir zum Glück gemerkt hatte. Draußen

holte ich tief Luft – das taten die beiden Chinesinnen jetzt sicher auch. Ich fragte mich, was wohl geschehen würde, wenn eine Chinesin ohne Ankündigung in einem kleinen Betrieb in einem deutschen Gewerbegebiet aufkreuzen würde, ohne eine Sprache zu sprechen, die dort jemand verstand. Sie wäre vielleicht nicht so geduldig und höflich behandelt worden wie ich hier.

Abends rief ein Mitarbeiter von Shenming im Hotel an. „Ich habe gehört, dass Sie heute Nachmittag bei uns waren“, sagte er in hervorragendem Englisch. „Die anderen Mitarbeiter haben nicht genau verstanden, was Sie bei uns wollten.“ Das konnte ich mir gut vorstellen! Er lud mich zu einem Treffen mit dem Präsidenten von Shenming ein und übersetzte das Gespräch. „Wir haben 1997 einen Vertrag mit ComRoad geschlossen“, sagte der Präsident. Er sei aber 1998 ausgelaufen, „weil wir die Absatzziele wegen des hohen Preises nicht erreicht hatten.“ Danach habe es keine Zahlungen an ComRoad gegeben. Das trug ich in meinen Fragebogen ein. Der Präsident ließ sich den Inhalt übersetzen, machte einige Anmerkungen und unterzeichnete ihn dann. „Richten Sie Bodo Schnabel einen schönen Gruß von mir aus. Er soll uns mal wieder besuchen“, gab mir der Präsident zum Abschied mit. Ich befürchtete allerdings schon, dass es mit dem Besuch für längere Zeit nichts werden würde, denn nun hatte ich sogar schriftliche Beweise, dass die Zahlen Schnabels nicht stimmen konnten.

Als ich ComRoad nach meiner Rückkehr um Stellungnahme zu meinen Rechercheergebnissen bat, hieß es, ich müsse mit ernststen Konsequenzen rechnen, wenn ich so weitermache. „Was soll denn da noch kommen?“, fragte ich zurück. „Sie haben sich doch schon bei der Chefredaktion über mich beschwert und Rechtsmittel eingelegt.“ – „Wir haben da schon noch Ideen“, war die kryptische Antwort. Ein Branchenkenner hatte mich schon früher gewarnt, ob ich wisse, mit wem ich mich da anlege. Der Chefredakteur bot mir an, die ComRoad-Artikel unter einem Pseudonym zu veröffentlichen. Dafür war es aber zu spät, weil jeder ohnehin wusste, wer dahinter steckte. Sicherheitshalber beobachtete ich mein Umfeld in der nächsten Zeit sehr genau und vermied menschenleere Orte.

Ende Januar 2002 schilderte ich meine Rechercheergebnisse in Asien in „Börse Online“, zweifelte die Höhe der Umsätze an und äußerte den Verdacht, dass Bodo Schnabel eine falsche Versicherung an Eides statt abgegeben hatte. Die Aktie knickte am Erscheinungstag um 20 Prozent ein. Aktionäre beschwerten sich, drohten mit Schadensersatzforderungen und Beziehungen, die genutzt würden, „um Ihr Blatt zur Strecke zu bringen“. ComRoad selbst blieb noch Wochen unbehelligt von den Kontrollorganen und -instanzen, die hätten eingreifen können.

Ende März erst wurde Schnabel verhaftet, Wirtschaftsprüfer legten bei einer Sonderprüfung die Zahlen offen. Die Umsätze waren zum Großteil über ein

Hongkonger Unternehmen verbucht worden, von dem Schnabel nur intern, nie aber in der Öffentlichkeit erzählte. Die Rechnungen und Unterlagen fälschte er. Niemand im Unternehmen hatte bemerkt, dass es die Firma gar nicht gab.

Warum aber war Schnabel nicht geflohen, nachdem ich das erste Mal die Umsätze angezweifelt hatte? Offenbar rechnete er nicht damit, dass mir der Nachweis gelingen würde. Er spielte Poker, und seine Siegeschancen standen nicht schlecht. In Deutschland war ich mit meinen Recherchen nicht weit gekommen. In den Zahlen hatte ich zwar Auffälligkeiten gefunden, Nachweise für dubiose Vorgänge aber nicht. Wenn ich nicht fest, sondern, sagen wir mal, nur zu 60 Prozent davon überzeugt gewesen wäre, dass etwas gewaltig faul war, hätte ich wohl kaum soviel Zeit und Energie in den Fall investiert. Glück hatte ich auch noch. Wenn mir einige Ansprechpartner keine Auskunft gegeben hätten, hätte Schnabel behaupten können, genau die seien die umsatzstarken. „Man kann ja nicht immer davon ausgehen, dass einem gleich ein Beobachter im Genick sitzt, der dann schlecht über das Unternehmen schreibt“, sagte er, als das Desaster ans Licht kam. Wie wahr. In diesem Fall hatte er aber das Spiel verloren.

## Wein-Lobby: Die Vorkoster der Nation

*Der »Gault Millau Wein Guide« gilt unter Kennern als Qualitätsinstanz. In der Szene aber weiß man, dass seine beiden Herausgeber keine neutralen Tester und Kritiker sind, sondern ihre wirtschaftlichen Interessen als Winzer und Wein-Lobbyisten bestens umzusetzen wissen. Thomas Leif vom Südwestrundfunk deckte das komplizierte Geflecht der Blatt- und Geschäftemacher auf.*

### Recherchebericht von Thomas Leif

Wer sich in Deutschland für Wein interessiert, kommt am »Gault Millau Wein Guide« aus dem Münchner Heyne Verlag nicht vorbei. Der »Gault Millau« ist die Bibel der Weinfreunde, schreibt bestimmte Weingüter hoch und kanzelt andere ab. Im Qualitäts-Schatten des etablierten »Gault Millau« Restaurantführers ist es den beiden Herausgebern Armin Diel und Joel Payne im Laufe der Jahre gelungen, zur Kritiker-Instanz in Deutschland zu werden. Was den Kritiker-Päpsten schmeckt, wird hochgejubelt und folglich besser verkauft. Was ihrem Gaumen nicht mundet, wird mit Verachtung und Verrissen gestraft. Weingüter, die nicht zu den Freunden der beiden »Reich-Ranickis« des Rebensaftes gehören, können durchaus in existentielle Krisen geschrieben werden.

Immer wieder wurde auf Weinmessen, unter Weinfachautoren und von anerkannten Winzern – hinter vorgehaltener Hand – über das Kritikermonopol der beiden »Weinjournalisten« geklagt. Die Vorwürfe waren deftig: Manipulation, Verstöße gegen das Wettbewerbsrecht, wirtschaftliche Verflechtungen, Verquickung von Interessen, Instrumentalisierung einer Alibi-Jury und zweifelhafte Methoden bei der Verkostung der Weine waren nur einige Erfahrungswerte von Betroffenen. Das besondere an der Kritik – Winzer, Händler, Wein-Fachautoren und Kenner der Szene waren sich in zwei Punkten einig. Ihre Kritik ging in die gleiche Richtung, aber auch ihre Angst, diese Zustände öffentlich zu machen, einigte all diejenigen, die seit Jahren unter dem Joch der eigenwilligen Vorkoster litten.

Nach der ersten Musterung der Vorwürfe in etwa drei Dutzend Einzelgesprächen kristallisierte sich die Frage heraus: Wie ist so etwas möglich, in welcher Szene kann ein korrumpiertes Kritikerklima entstehen, warum traut sich niemand »Ross und Reiter« zu nennen? Selbst bei »gekauften« Kritikern im Bereich der Auto- oder Pharma-Branche gibt es regelmäßig Enttarnungen. Warum bleibt ausgerechnet der »Gault Millau« verschont?

### **Sachverhalt klären: Wer sind die Akteure?**

Nach den zahlreichen Informationsgesprächen wurde schnell klar – jeder weiß etwas, aber niemand weiß alles. Puzzlearbeit stand also auf dem Programm.

Über unser SWR-Archiv ließ ich mir aus den Wirtschaftsdatenbanken und dem Pressearchiv die Informationen über die beiden Protagonisten Diel und Payne zusammenstellen. Die wirtschaftlichen Verflechtungen der beiden Kritiker wurden zusätzlich mit den Auszügen aus den Handelsregistern untermauert.

Die Ergebnisse aus der Archivarbeit konnten dann mit den Hinweisen der Informanten abgeglichen werden. Das Ergebnis war erhellend, da sich schon hier abzeichnete, dass die beiden Kritiker auf vielfältige Weise im Weinmarkt aktiv waren:

Der Winzer und Besitzer eines großen Weinguts, Armin Diel, ist gleichzeitig Vorsitzender des Verbandes der Prädikatsgüter (VdP) an der Nahe. Durch diese politische Funktion als Wein-Lobbyist hat er gleichzeitig beste Verbindungen zum Bundesvorstand. Der VdP-Vorsitzende, der CDU-Politiker Prinz Salm ist mit ihm eng verbandelt, zumindest wenn es um Geschäfte geht. Diel schreibt seine Kritiken also als Wettbewerber im heiß umkämpften Weinmarkt. Lob und Tadel erfolgen also immer unter Berücksichtigung der jeweiligen Interessenlage.

Seine Kritiken im »Gault Millau« werden auf vielfältige Weise weiter verwertet. So füllt das Autoren-Duo seit Jahren die »Weinkritik« der Zeitschrift Alles über Wein – einer der Marktführer unter den größeren Weinzeitschriften.

Sein Wissen bringt er zudem in zahlreichen Wein-Jurys – etwa der Zeitschrift DM – ein. Die Hitliste der »100 besten Weingüter« der Zeitschrift DM werden von ihm mit ausgewählt. Unter der Rubrik »Nahe« steht das Weingut Diel natürlich ganz vorn. Das Karussell der Juroren dreht sich: Peter Paul Falkenstein – der Verantwortliche beim Magazin DM – ruft Diel in seine Jury; Diel wiederum nahm früher Falkenstein in seine Jury auf.

Auch im kulinarischen Feld ist Diel aktiv. Für den »Gault Millau«-Restaurantführer schreibt er Kritiken und prüft bei dieser Arbeit immer ganz genau, welche Weine sich auf der Weinkarte der Genusstempel zwischen Wittlich und Kiedrich befinden. Im Fernsehen trat er bis 1999 in großen Serien als Restaurant-Kritiker und Buchautor auf. Ghostwriter unterstützen ihn bei seinen zahlreichen Verpflichtungen. Offenbar ist der Winzer, der den Umgangsstil eines Gutsherren pflegt, immer noch nicht ausgelastet. Selbst in der Jury, die die »Beste Bedienungstheke Deutschlands« im Auftrag der Fleischfabrik Wittmann GmbH und der Zeitschrift „Meine Familie und ich“ auswählt, ist der Tausendsassa der Weinszene dabei. Manche Nebentätigkeiten, wie etwa die Beratertätigkeit im Weinhandel ließen sich nicht verifizieren, weil die Verträge nicht öffentlich wurden.

---

Diels Partner Joel Payne, mit dem er gemeinsam auch Weinkollektionen für Kataloge der Firma »Pro Idee« mit

Verweis auf die »Gault-Millau-Kompetenz« präsentiert, ist Einkäufer und Marketing-Chef bei der Weinhandelsfirma Schlumberger in Meckenheim bei Bonn. Für eine der Schlumberger Firmen fungiert er zudem als Geschäftsführer (Weinhandelsfirma Segnitz in Bremen). Auch er schreibt in anderen Medien über Wein, etwa im Handelsblatt – natürlich ohne Nennung seiner Funktion.

Übrigens: nach dem deutschen Wettbewerbsrecht sind alleinstehende, vergleichende oder diskriminierende Aussagen über Mitbewerber unzulässig.

### **Probleme bei der Klärung des Sachverhalts**

Mit offiziellen Auskünften der Betroffenen war nicht zu rechnen, denn die Verschachtelung ihrer Interessen und ihr vielfältiges, ineinandergreifendes Beziehungsgeflecht ist ja gerade ihr soziales Kapital, mit dem sie arbeiten. Die Firma Schlumberger – vertreten durch den Marketing-Chef Payne verweigerte erwartungsgemäß jegliche Auskünfte. Nicht einmal die Umsatzzahlen des Konzerns waren zu erfahren – aus Schutz vor der Konkurrenz. Über Umwege gelang es, wenigstens Schlumberger-Kataloge sowie eine interne Selbstdarstellungs-Broschüre zu beschaffen. Diese Publikationen dienten dazu, den Vorwurf der Interessensverquickung ihrer Kritiker zu belegen.

Eine sehr gute Hilfe bei der Zusammenstellung eines Faktengerüsts ist die Dokumentation der einzelnen Ergebnisse in einem Organigramm. Das erleichtert die Übersicht und die Kontrolle. Übrigens, auch hier erweist sich eine Methode als sehr ergiebig: alle Informanten stets nach neuen Informanten fragen und in einem gewissen Zeitabstand die angekündigte Rückfrage tatsächlich realisieren.

Folgende Einzelvorwürfe wurden nach den Gesprächen mit den Informanten aufgelistet und sollten im Einzelnen belegt werden:

Die Winzer werden schriftlich aufgefordert, ihre Testweine direkt an das »Verkostungs-Büro« Schlumberger zu schicken. Diese mir anfangs nahezu unwahrscheinlich erscheinende Praxis, die die direkte Verbindung »Einkäufer – Kritiker« sinnfällig unterstrich, konnte durch die entsprechenden Aufforderungsbriefe an die Winzer belegt werden. Damit war auch klar, dass Winzer durchaus sogenannte »Strunzproben« aus besonders guten Lagen einsenden konnten. In seriösen Tests werden die Test-Weine anonym eingekauft, um die Durchschnittsweine und keine besonderen Selektionen zu prüfen.

### **Saturierte Tabuzonen an kühl kalkulierten Machtsphären in einer milden Konsenssauce – warum kreative Köche bessere Kritiker verdient haben**

Nein. Über den Freitod des Drei-Sterne-Kochs Bernhard Loiseau werde man nicht reden. Darüber seien sich alle einig auf dem Podium der „19. Mitteltaler Tafelrunde“ Ende April, tief im Schwarzwald. Dabei hätte das Thema der einzigen ernstzunehmenden kulinarischen Konferenz keinen besseren Einstieg verdient: Der gastronomische Diplomat Hermann Barreis hatte sich das Thema „Deutschland: ein Jammertal – das Gourmetrestaurant: ein Freudenhaus“ ausgedacht. Trotz des Themas: Über die traurigen Sterne Burgunds und die Trauer über den Starkoch sollte nicht debattiert werden. Dabei konnte man überall – vom Schwarzwälder Boten bis zum Sylter Anzeiger – unter der Rubrik „Vermischtes“ lesen, was die Kritiker vom Gault Millau angerichtet hatten. Sogar Paul Bocuse, ein Freund Loiseaus, zürnte: „Bravo Gault Millau, Sie haben gewonnen. Ihr Urteil hat einen Menschen das Leben gekostet.“ Dann die bittere Abrechnung: „Die Kritiker sind wie Eunuchen: sie wissen, wie es geht, aber sie können es nicht.“

Zwar wurde keine Silbe über die Abstufung des Restaurants „La Cote d'Or“ von 19 auf 17 Punkte verloren, aber die Angst der Köche vor den Kritikern war immer wieder Thema zwischen Podium und Küchenparty. Jürgen Dollase, früher Rockmusiker bei der Band „Wallenstein“ und seit dreieinhalb Jahren mit zunehmenden Erfolg als Gastrokritiker unterwegs, bewies, dass Kritik von Können kommt. Der souveräne Seiteneinsteiger, der mit seinen fein abgestuften Kritiken in der FAZ-Sonntagszeitung das Genre reanimiert hat, räumte auf mit Klischees und Tabus. Leicht resigniert erzählte er von einer längeren Testreise durch die renommierten Speisetempel Frankreichs. Sein Fazit: trotz eindeutiger kulinarischer Schwächen, würden die Franzosen viel großzügiger mit Michelin-Sternen dekoriert, als die (besseren) deutschen Spitzenköche. Für diese steile These bekam der Mann aus Mönchengladbach sogar die Zustimmung von Jean-Georges Klein, der die Rolle des 3-Stern-Avantgardisten ausfüllen sollte. Der Grund für dieses Missverhältnis zwischen nachgewiesener Leistung und vorenthaltener Würdigung treibt viele junge Talente zuerst in die Verzweiflung und dann in den Ruin. Verantwortlich dafür sind auch die selbstverliebten Kritiker, die mit ihrem Punktsystemen so leichtfertig hantieren wie Flowtex-Manager mit Luft. Weil es keine entwickelte Kritikultur in Deutsch-

land gibt, weil ganz wenige sagen können, was anderen schmecken soll und was nicht, sackt Deutschland immer tiefer in eine Geschmacks-Diaspora. Viele Restaurants müssen schließen, weil sie keine Resonanz finden für ihre Arbeit, ihre Inspiration und ihre kreative Leistung. Dazu kommen aber auch hausgemachte Gründe, die die Köche selbst zu verantworten haben. Ihre Angst vor den Kritikern, ist so groß, dass niemand sich wehrt, wenn der Münchner Geschmacks-Inquisitor wieder zugeschlagen hat. Nur unter vier Augen oder im kleinen Kreis wagen selbst etablierte Spitzenköche ihre eigene Meinung zu sagen. Selbst aufstrebende Köche werden im wütenden Redefluss von der Ehefrau mit dem Hinweis gestoppt: „Willst du unsere Zukunft versauen?“ Solche Ängste sind nicht unberechtigt, weil leicht ein Dutzend unseriöse „Abstufungen“ nachzuweisen sind. Die Angst vor der Angst zieht aber noch weitere Kreise. Konstruktive Kollegenkritik ist unter Köchen ebenfalls verpönt. Man schaut sich nicht gerne gegenseitig in die Töpfe, stattdessen respektiert man die Revierzonen der kulinarischen Leitwölfe. Stillschweigend.

Es gibt in Deutschland zwar wesentlich mehr Kochsendungen als in Frankreich, aber meist leider nur auf einem simplen Mainstream, der in den Grenzen des Machbaren bleibt und die Hausfrau bei Laune halten will. Warum gibt es kein „kulinarisches Quartett“ in dem regelmäßig die besten Köche und die einfallreichsten Talente über neue Kreationen streiten und Auswege aus der Krise nachdenken. Jürgen Dollase hatte in Mitteltal ein paar Ideen präsentiert, leise, aber in der Konsequenz revolutionär. Knapp zusammengefasst heißt seine Rezeptur: Konzentration auf das Wesentliche. Auf das Kochen. Der Kritiker empfiehlt eine preiswertere Küche, die mehr Interessenten Experimentier- und Probierfelder ermöglicht. Auf Pomp und Protz, überteuerte Weine und übereifrigen Service sollte verzichtet werden. Die gehobene, regional verankerte Küche sollte eine Renaissance erleben. Einfache Ideen, die eine große Wirkung entfalten könnten. Aber von der Idee zur Umsetzung brauchen die Köche in Deutschland die kluge Begleitung und faire Analyse von Kritikern, die unabhängig und bewandert Leser und Zuschauer interessieren, schulen, motivieren. Die viel gerühmte französische Kochkultur kam auch nicht über Nacht aus dem Dunst eines Schweigekartells. Sie ist Produkt lebhafter Debatten, spannender Kritiken und geistreicher Auseinandersetzungen.

„Angst essen Genuss auf“ – Spitzenleistungen am Herd, aber Kleinmut gegenüber Kritikern. Diese Arbeitsteilung hat keine Zukunft mehr.

Die erste von drei Proben erfolgt zudem beim »Gault Millau« auch noch mit sichtbarem Etikett. In anderen Proben werden alle Gänge blind verkostet. Diese besondere Form der »Unabhängigkeit« räumten die Wein-Kritiker in Interviews selbst ein.

Bei den Recherchen wurde auch klar, dass zwei Weinkenner die Weine wohl nicht selbst probieren können. Bei ungefähr 3.350 bewerteten Weinen, die ja drei Mal verkostet werden, kämen rund 10.000 Weinproben zu Stande. Dazu noch etwa 1.000 internationale Weine, die für »Alles über Wein« verkostet werden müssen. Ziemlich viel, selbst für trinkfeste Winzer und Händler ...

Das Wechselverhältnis zwischen Aufwertung im »Gault Millau« und der Präsentation der entsprechenden Weingüter konnte an Hand des Katalogs dokumentiert werden. Denn die »Gutsweinpartner« der Firma Schlumberger wurden in der Weinpreislite 1999 ausführlich präsentiert. Hohe Bewertungen aus dem »Gault Millau« werden im Katalog dann als Werbezitate eingesetzt – etwa bei den Weingütern Dr. Bürklin-Wolf oder Heger (über das Partner-Weingut Fischer, das sich im Heger-Besitz befindet).

Manche Gutswein-Partner wurden von Diel und Payne auch mit besonderen Auszeichnungen bedacht, als »Entdeckungen« gefeiert und hochgejubelt. 1998 gehörte zum Beispiel das Weingut Heger zu »Unseren Besten«.

In einer äußerst aufwendigen Recherche konnte nachgewiesen werden, wieviel Prozent der im »Gault Millau« hochgelobten Weine von Schlumberger und den entsprechenden Tochterfirmen vertrieben wurden. Das Ergebnis der reinen Fleißarbeit war eindeutig: Es gibt eine direkte Verbindungslinie – so der Befund – zwischen Kritiker-Lob im »Gault Millau« und der Ausstattung des Schlumberger-Sortiments, inklusive der mehrheitlich beherrschten Tochterfirmen unter anderen Namen.

Diesmal war auch das Internet bei der Recherche hilfreich. »Gault Millau« und Schlumberger verweisen hier wechselseitig aufeinander. Auch die anderen Links sind äußerst aufschlussreich. Das Netz der »Gault Millau« Herausgeber Diel und Payne wird auch hier noch einmal deutlich.

Wie sogar Jurymitglieder von dem Gekungel zwischen Geschmack und Geschäft profitieren, zeigt das Fallbeispiel des Winzers Joachim Heger. Der badische Winzer war Jurymitglied und testete auch die Weine der Konkurrenten. Mit sehr guten Testergebnissen nimmt ihn Schlumberger unter Vertrag. Anschließend wirbt Schlumberger, vertreten durch Payne mit den selbst verfassten Kritiken. Kostprobe: »Laut den Verfassern des deutschen Weinführers Gault Millau steht das Weingut Dr. Heger inzwischen nicht nur haushoch über allen Erzeugern in Baden, sondern gehört zur absoluten Spitze Deutschlands«.

Bis 1998 präsentierte der »Gault Millau« noch eine Jury, die 1999 aber »aus Kostengründen« abgeschafft worden sei. Seriöse Fachleute wie Paula Bosch oder Stuart Pigott verließen die Alibi-Jury: Bosch fand den Einfluss »erschreckend« und Pigott bilanzierte: »Ich bin froh, aus dieser Jury raus zu sein«.

Viele der ausgewählten Juroren gehören zur Wein Society in Deutschland. Mit Hilfe eines Organigramms konnte nachgewiesen werden, dass nicht die Unabhängigkeit der Jury, sondern die vielfältigen geschäftlichen und politischen Kooperations-Beziehungen im Vordergrund standen. Alles nach dem Motto: »Eine Hand wäscht die andere«.

Zeugenaussagen belegen zudem, dass auch weitere Personen, die nicht in der Jury-Liste genannt waren, an den Proben teilgenommen haben. So durfte beispielsweise auch ein Vertreter der Schlumberger Tochter »FUB« die Jury mit seinem Urteil bereichern.

Auch hier wollten die Informanten zunächst kein Interview geben. Ein einfacher, aber effizienter Tipp: immer wieder nachfragen und transparent machen, wer insgesamt in einem Beitrag auftritt, wie das Gesamtdesign der Story aussieht. Dadurch wird den Informanten, die natürlich etwas riskieren, die Mitwirkung erleichtert.

## **Das große Schweigen**

All diese Aspekte, die in den Recherchen immer wieder von Winzern vorgebracht wurden, konnten mit Hilfe von Zeugenaussagen, Dokumenten und Interviews belegt werden.

Im nächsten Schritt wurde versucht, Kritiker auch zu einer öffentlichen Stellungnahme und Bewertung zu bewegen. Diese Aufgabe, die für einen Magazin-Bericht unverzichtbar ist, gestaltete sich besonders schwer. Mühsam erreichte Zusagen wurden kurzfristig zurückgezogen. Der Tenor war immer der gleiche: »Nach der Veröffentlichung meiner Kritik werde ich von Diel und Payne vernichtet«, versicherten die Zeugen glaubwürdig. Die Angst vor Repressalien überwog. Selbst gestandene Winzer mit solider finanzieller Absicherung verzichteten auf eine Stellungnahme. Immerhin war ein Dutzend Winzer bereit, ihre Kritik in einer eidesstattlichen Versicherung festzuhalten. Dieser »Not-Beleg« ist für die gesamte Geschichte sehr wichtig, weil der Autor auf Vorwürfe, die mündlich präsentiert wurden, nicht verzichten muss. In dieser Situation gab es nur einen Tipp für die Recherche-Praxis: telefonieren und nochmals telefonieren. Hunderte von Einzelkontakten stützten die Gesamtrecherche und führten zu mehreren Winzern, die auch öffentlich zu ihrer Kritik standen.

Auch der Vorsitzende des VDP-Baden, Adrian Graf Hoensbroech, war bereit, die Kritik seiner Kollegen zu bündeln. Scharf kritisierte er die wirtschaftlichen Verflechtungen der »Gault Millau«-Herausgeber und die Folgen für die Winzer. Sein Urteil: »Schlumberger-Mafia« und »verdeckter Einkaufsführer«. Einer sprach aus, was viele denken.

### **Folgen – Skandal oder »Fälschung«**

Das publizistische Echo auf den Report-Beitrag zu den Machenschaften des »Gault Millau« war beachtlich: Agenturen berichteten, die Süddeutsche Zeitung veröffentlichte ein hintergründiges Feature mit Reaktionen und neuen Abgründen. So gab selbst der Gastro-Kritiker Wolfram Siebert zu, die ganze Weinbranche sei »korrupt«.

Zu den Kuriositäten des Journalismus gehört es, dass ausgerechnet in einem zuvor erschienenen »Zeitpunkt Heft« zum Thema Wein, die sonst so kritische Zeit einen PR-Artikel reinsten Wassers über den »Gault Millau« veröffentlichte.

Kaum war der Report-Beitrag erschienen, donnerte Diel in der Allgemeinen Zeitung Mainz, bei dem Film handele es sich um eine »Fälschung«. Ein enger Mitarbeiter Diels, der auch als Ghostwriter auftritt, arbeitet bei der AZ. Den Agenturen diktierte er, alles sei »völliger Humbug«. Überall kündigte er rechtliche Schritte der Firma Schlumberger an.

Die folgten dann auch: Gegen Graf Hoensbroechs Aussagen im Film erwirkte die Schlumberger KG vor der Wirtschaftskammer des Landesgerichts Köln eine einstweilige Verfügung. Er müsse aus wettbewerbsrechtlichen Gründen – schließlich sei er Winzer – seine Kritik künftig unterlassen. Allein wegen dem hohen Prozessrisiko und dem hohen Streitwert erklärte sich der Kritiker der Kritiker bereit, die Unterlassung zu unterschreiben.

Eine ähnliche Unterlassung forderte der Heyne-Verlag, vertreten durch eine berühmte Münchner Anwaltskanzlei. Hier einigte man sich auf eine wachsweiße gemeinsame Erklärung zum Thema. Zu einem Prozess kam es nicht.

Auch gegen den SWR ging Schlumberger vor und wollte ebenfalls die Unterlassung der Hoensbroech-Zitate erwirken.

In dem Beschluss des Landgerichts Köln (28 0 495/99) vom 17.11.1999 heißt es zur Zulässigkeit der Original-Aussagen im Film: »Der wertende Charakter dieser Äußerungen ergibt sich zum einen schon daraus, dass der Kern der beiden Äußerungen, den die Klägerin angreift (»verdeckter Einkaufsführer der Schlumberger KG«, »Schlumberger-Mafia«), so substanzarm an tatsächlichem Gehalt ist, dass eindeutig die Wertung überwiegt. Zum anderen wird der Charakter die-

ser Äußerungen als Wertung, als Meinungsäußerung noch deutlicher, wenn man sie in den Gesamtkontext stellt, in den sie getan worden sind.«

Weiter heißt es: »Als Wertungen, als Meinungsäußerungen sind sie jedoch nicht angreifbar, denn entgegen der Auffassung der Klägerin handelt es sich dabei nicht um eine unzulässige Schmähkritik (und zwar auch nicht bei dem Begriff »Schlumberger-Mafia«). Das Gericht bilanziert – bezogen auf die von der Gegenseite monierten Äußerungen des Grafen Hoensbroch im Report-Beitrag: »Nach allem ist festzuhalten, dass die Äußerung zu Ziffer 1 und 2 äußereungsrechtlich zulässig und nicht zu beanstanden sind.«

Zu den Folgen des Beitrags gehörte auch die intensive Folge-Berichterstattung: Die Fachzeitschrift Weinwirtschaft berichtete ausführlich über die Kritik am »Gault Millau« und langte selbst kräftig zu. Der Leitartikel hatte die Überschrift »Schmierentheater vor ländlicher Idylle.«

Leserbriefe bereicherten die Debatte, mit der sich auch der VDP auseinandersetzen musste. Sein Vorsitzender Prinz Salm hatte frühzeitig versucht, den Kritiker Graf Hoensbroech mundtot zu machen – am Ende mit Erfolg. Die Lobby um Armin Diel hatte zudem einige Anstrengungen unternommen, um den Vorsitzenden des VDP Baden aus den Gremien des »Elite-Winzer-Verbandes« zu entfernen. Bislang ohne Erfolg – denn es gibt natürlich viele Winzer, die Hoensbroechs Position – wenn auch still – unterstützen.

Doch all das focht die sensiblen Wein-Kritiker Diel und Payne nicht an. In einer Art Kampagne ließen sie ihre Freunde aus der PR-Szene – wie etwa den Vinum-Chefredakteur Jürgen Matthäb (früher Jury-Mitglied bei »Gault Millau«) – die Kritik an der Arbeitsweise des Weinführers aus dem Hause Heyne verwässern.

Diel selbst versuchte – trotz des zitierten Gerichtsbeschlusses und ohne den Nachweis eines einzigen Fehlers – derweil den Vorwurf der »Fälschung« aufrecht zu erhalten. Bei den Dreharbeiten aus Anlass der »Gault Millau«-Präsentation 1999 rastete er mehrmals aus, und lehnte Interviews mit dem SWR kategorisch ab. Sein Freund und Arbeitgeber, der »Gault Millau«-Chefredakteur Manfred Kohnke sagte offenbar – von Praktiken der italienischen Mafia inspiriert – dem Autor des Beitrages müsse man »die Zunge aus dem Hals schneiden«.

## **Neue Horizonte**

Nach der Sendung des Beitrages gab es ein Füllhorn an Reaktionen, die das Spektrum der Recherche ausweiteten. Auch hier gibt es einen einfachen aber nützlichen Tipp: Es lohnt sich, die Reaktionen des Publikums ernst zu nehmen. Oftmals ergeben sich so Hinweise, die die Geschichte »weiterdrehen«.

Verschwiegen werden sollte aber auch nicht, dass die Kritik am »Gault Millau Wein Guide« und die damit verbundene Berichterstattung am Ende wohl geholfen hat, die Auflage des Einkaufsführers zu steigern. Offenbar gilt auch für die Verbraucher die Leitlinie: »jede PR – auch schlechte, nutzt«. Der Heyne-Verlag überlegte ein paar Tage lang, wie mit der Kritik umzugehen sei. Jetzt bleibt wohl alles beim Alten. Aber das ist schwer zu ermitteln – denn auch er verweigert ein Interview mit uns.

Aber vielleicht lernen die Beteiligten ja irgendwann einmal von ihren Schweizer »Gault Millau«-Kollegen. Auch hier wurde von der Züricher Zeitung eine Verflechtung von ökonomischen Interessen eines Kritikers festgestellt.

Nach der Veröffentlichung der Vorwürfe setzte sich die Schweizer Neutralität durch: »Tester mit kommerziellen Interessenbindungen kommen nicht mehr zum Einsatz.« Auch bei der Zeitschrift Vinum lenkte man nach der Berichterstattung ein. Bezahlte PR-Beiträge werden seit einiger Zeit mit dem Hinweis auf den Sponsor »klassifiziert«.

### **Das Prinzip der Nachhaltigkeit**

*»Hintergründiger Journalismus braucht vier wichtige Rahmenbedingungen: Strategie, Nachhaltigkeit, ein Netzwerk und Ressourcen. Die Recherche-Strategie gibt die Richtung an. Was ist wichtig und was ist nebensächlich? Was kommt zuerst und was zum Schluss? Mit diesem Plan entsteht die Struktur der Recherche im Kopf. Der Recherche-Plan wird dann nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit mit Leben gefüllt: Fleiß, Ausdauer, Hartnäckigkeit und Frustrations-Resistenz sind ständige Begleiter beim gezielten Nachfragen. Die richtigen und wegweisenden Spuren findet man allerdings nur, wenn ein gut sortiertes Netzwerk das Fundament bildet. Ansprechpartner, Kontakte, Insider und Kenner helfen, den Plan konsequent umzusetzen. Und schließlich: Ohne Ressourcen läuft nichts. Zeit und Geld für Reisen, Telefonate und Materialien sind nötig, um eine Recherche erfolgreich zu beenden.«*

*Thomas Leif*

---

**Das Recherche-Ergebnis:  
Wortprotokoll der SWR-Sendung vom 6. April 2000**

## **Die Tricks der Weinkritiker Wie das Geschmackskartell funktioniert**

*von Thomas Leif*

Eine Bilderbuchlandschaft mitten im Rheingau – hier auf dem Assmanshäuser Höllenberg wachsen wunderbare Rotweine. Statistisch gesehen trinkt jeder Deutsche pro Jahr 23 Liter Wein. Deutschland ist der drittgrößte Verbrauchermarkt für Wein in der ganzen Welt.

Ob es mit dem Höllenberg und den 60.000 Weinbetrieben in Deutschland bergauf geht, hängt nicht allein von der Qualität der Weine ab, sondern vor allem von der Gunst der Kritiker. Ihre Auf- und Abwertungen sind Teil eines der Öffentlichkeit unbekanntes Geschäftes rund um den Gaumen. Seit einigen Jahren boomt nicht nur der Weinmarkt – sondern auch die Nachfrage nach kompetenten Tipps für Genießer. Die Zunft der Weinkritiker hat Hochkonjunktur.

### **Die Weintester – Der große Deal**

München im November vergangenen Jahres. Zum siebten Mal präsentiert der Heyne Verlag vor ausgewähltem Publikum seine Siegerweine des Jahres. Zusammengefasst im Weinführer »Gault Millau« – der Bibel der Weinfreunde. Ein Standardwerk, das in Deutschland konkurrenzlos ist.

Weinhändler, Gastronomen und Weinliebhaber richten sich nach den Bewertungen dieses Führers. Die Bandbreite der Kritiken reicht von euphorisch hochgeschrieben bis gnadenlos abgestuft. Dabei verspricht der Gault Millau so etwas wie die Quadratur des Kreises: eine objektive Bewertung von reinen Geschmacks-sachen. Geehrt werden jedes Jahr nach der Weinlese, der erfolgreichste Gutsverwalter, die Entdeckung des Jahres, der Aufsteiger und der beste Sommelier ...

Zusätzlich dekorieren die beiden Sieger-Ehrer spezielle Weine – vom besten Riesling bis zum besten Winzersekt. Die cleveren PR-Spezialisten und Gault Millau-Chefredakteure Armin Diel und Joel Payne sind erfinderisch, wenn es darum geht, immer neue Sieger und Ehrentitel zu kreieren. Alle machen mit. Denn – eine Nennung im Gault Millau ist bares Geld wert, für viele Winzer der Durchbruch:

Andreas Laible – ›Aufsteiger des Jahres‹ *»Das hat mich also riesig gefreut, in diesem Jahr in Baden der Winzer des Jahres zu sein und jetzt heute an diesem Tag die große Ehre: der Aufsteiger des Jahres.«*

Im Zentrum Klaus Keller. Ihm beschreiben die Kollegen Kritiker einen »kompetentem Aufstieg«. Seine 98er Kollektion »übertreffe alles bislang Dagewesene.« Für Keller selbst sind die Kritiker natürlich über alle Zweifel erhaben.

Klaus Keller – ›Winzer des Jahres‹: *»Es stört mich in keiner Weise, dass die beiden Chefredakteure des Gault Millau in der Weinbranche aktiv sind. Denn wer soll ein solches Buch herausgeben? Es müssen Leute sein, die viel Ahnung haben, die tagtäglich mit Wein zu tun haben, die die Winzer kennen, die Wein beurteilen können und ich bin überzeugt, man hat für dieses Gault Millau-Buch exakt die richtigen Leute herausgesucht.«*

Über die Arbeitsweise des Gault Millau hagelt es mittlerweile Kritik. Viele Winzer bezweifeln die Unabhängigkeit der Kritiker. Denn sie verfolgen auch eigene wirtschaftliche Interessen. Als Einkäufer im Weinhandel oder als Winzer stehen sie in direktem Wettbewerb zu anderen Winzern.

Ein Blick in das Allerheiligste des Gault Millau. Das sind Bilder vom jüngsten Weingericht, als die Preisträger für die 2000er Ausgabe abgeschmeckt wurden. Die Herren Diel und Payne im Rausch der Sinne unterwegs: Geschmacks-Achterbahn. Armin Diel kokettiert mit seiner Eitelkeit und lässt sich gern als Botschafter des guten Geschmacks feiern – wie hier bei den Gastgeber Amado & Antwerpes in der WDR-Talkshow. Kritik hört der gewiefte Marketing-Experte nicht so gern.

Einblendung aus der WDR-Talkshow »Antwerpes Amado & Antwerpes« vom 5.2.2000:

Armin Diel: *»Das Problem ist ja, das ich über meine Weine nicht schreiben kann...«*

Antwerpes: *»Im Gault Millau ist über ihre Weine geschrieben worden und dahinter steckt Joel Payne, das ist ihr Kompagnon, der hat das geschrieben. Das finde ich sehr raffiniert.«*

Diel gilt in der Weinszene als Machtmensch mit weitverzweigtem Kontaktnetz. Er ist ständig unterwegs, als Wein-Lobbyist, Winzer, Weinkritiker oder Weinautor. Als Präsident des Verbandes der Prädikatsweingüter an der Nahe vertritt er die Interessen der Top-Weingüter. Er spricht für das Deutsche Barrique-Forum und leitet Wein-Reisen. Das vielfache Jury-Mitglied fehlt nicht einmal, wenn die beste Fleischtheke Deutschlands ausgewählt wird. Auch unter dem Hut des Gault Millau wirkt er zusätzlich als Restaurant-Kritiker. Im Fernsehen gefällt er sich ebenfalls als Gastronomie-Experte. Der Reich-Ranicki der Gourmet-Szene – ausgestattet mit erheblicher Kritiker Macht. Gerne verweist er auf seine Unbestechlichkeit.

Armin Diel – Weinkritiker/Winzer: *»Ich habe als Winzer noch keinem Journalisten den Kofferraum vollgepackt und ich habe als Journalist mir noch bei keinem Winzer den Kofferraum voll packen lassen, was vielleicht die einfachste Form der Korruption sein könnte, wenn sich ein Journalist freihalten ließe durch Beraterhonorare oder ähnliches mehr, das wäre sicherlich nicht in Ordnung.«*

Thomas Leif: *»Für Sie gibt es keine Beraterhonorare?«*

Armin Diel: *»Selbstverständlich nicht.«*

Thomas Leif: *»Völlig unabhängig in dieser Szene?«*

Armin Diel: *»Was heißt völlig unabhängig? Ich bin Winzer, ich bin Verbandsvorsitzender im Verband der Prädikatsweingüter an der Nahe. Natürlich gibt es da Knüpfstellen, wo das eine oder andere, wo ich auch für mich dann Güterabwägung vornehmen muss, bin ich jetzt mehr Journalist oder bin ich da mehr Winzer.«*

Thomas Leif: *»Würden Sie sich persönlich, nach 20 Jahren Berufserfahrung, mehr Unabhängigkeit in der Kritikerbranche wünschen?«*

Armin Diel druckst herum und äußert sich nicht.

Unabhängigkeit – ein heikles Thema in dieser engvernetzten Branche. Zum Beispiel im Fall Joel Payne. Er ist Diels Geschäftspartner und gleichzeitig Gault Millau Chefredakteur. Der Stratege mit den feinen Manieren und den knallharten Geschäfts-Interessen ist ebenfalls Fließband-Kritiker in Sachen Wein. Gleichzeitig ist der Mann allerdings Marketing-Chef und Wein-Einkäufer bei Schlumberger, einem der mächtigsten Weingroßhändler in Deutschland. Den Vorwurf – hochzuschreiben, was er selbst vermarkte, findet Payne geschmacklos.

Joel Payne, Gault-Millau-Kritiker und Chefredakteur: *»Ich sehe das als eine Botschaft für den deutschen Wein. Ich mache das, zumindest aus meiner Sicht, fast altruistisch, ich finde, dass die deutschen Weine in der Weltgeschichte und heute maßlos unterbewertet sind. Und wenn unsere kleine Arbeit ein wenig dazu beitragen kann, dass es international den deutschen Weinen besser geht, dann werden wir zumindest ruhig ins Grab steigen können.«*

Die Diener der guten Sache beeindrucken Diels Nachbarn – Karl-Otto Jung von der Nahe – nicht. In der Branche werden die Praktiken und edelsüßen Vorlieben der beiden Gault-Millau-Tester seit langem kritisiert. Meist im Stillen – aus Furcht vor Monopolkritikern. Denn sie sitzen in den wichtigsten Jurys. Wer Diel und Payne kritisiert, muss gute Anwälte haben. Sie teilen zwar gerne aus, sind aber äußerst dünnhäutig, wenn jemand sie kritisiert.

Drei Winzer aus drei Regionen sprechen trotzdem aus, was viele nur hinter vorgehaltener Hand zu sagen wagen:

Karl-Otto Jung, Winzer (Nahe): *»Die Methode kann nicht objektiv sein, es wird nicht blind verkostet. Die Tester wissen im Vorhinein, welche Weine sie*

*probieren. Sie können auf's Etikett schauen, eine gewisse Vorauswahl wird getroffen, also eine Blindverkostung wird nicht durchgeführt, die objektiv wäre. Zudem wären viele tausend Weine, getestet von einem kleinen Testerkreis, in einem kurzen Zeitraum nicht objektiv machbar. Also ein ganz großes Problem, somit sehe ich die Bewertung als höchstbedenklich und größtenteils, würde ich sagen, falsch an.«*

Jürgen Lergenmüller, Winzer (Pfalz): *»Ja, ich wundere mich, weil überall werden die Weine sehr gut bewertet und beim Gault Millau werden sie nicht so gut bewertet und da frag ich mich natürlich, ob da Weine blind verkostet werden, ob das ein fairer Wettstreit ist, der fernab von persönlichen subjektiven Vorlieben ist.«*

Adrian Graf Hoensbroech, Winzer (Baden): *»Gault Millau ist ganz sicherlich nicht objektiv, auch aus dem Grunde, da er ja keinen Querschnitt des Betriebes testet, sondern er testet ja nur fünf Weine, die ihm eingeschickt werden und die kann schon allein der Winzer bestimmen. Es gibt eine absolute Verzerrung des Betriebes. Wenn er es objektiv machen wollte, dann müsste er ja einen Querschnitt des ganzen Betriebes anfordern mit AP-Nummer und AP-Nummern-Analyse.«*

Zweifelhaft scheint vielen auch, ob die beiden tatsächlich – unter der Last ihrer zahlreichen Aktivitäten – jedes Jahr Tausende von Weinen seriös verkosten und beurteilen können.

Ein weiterer Kritikpunkt: Payne, der – wie gesagt – auch Geschäftsführer der Schlumberger-Tochter Segnitz in Bremen ist, müsse Gewinne machen. Und gute Kritiken der eigenen Produkte sind da eben hilfreich.

Sechs Jahre lang musste das Duo zumindest bei den Schlussproben mit einer Jury auskommen. Wenigstens ein paar unabhängige Tester wirkten hier als Korrektiv. Im vergangenen Jahr wurde die Jury jedoch aufgelöst – angeblich aus Kostengründen: Frühere Jurymitglieder, darunter auch Stuart Pigott, waren verärgert, weil sie offenbar nur ihren Namen hergeben sollten. Denn bei den Bewertungen wurden Weine – ohne Wissen der Jury – im Nachhinein höhergestuft. Manche Juroren fühlen sich dadurch verschaukelt.

Stuart Pigott, einer der Stars unter den angesehenen Weinautoren, wollte sich aber nicht länger als Statist missbrauchen lassen. Er zog Konsequenzen.

Stuart Pigott, Wein-Autor/Ex-Jurymitglied Gault Millau: *»Bei Gault Millau saß ich in einer Jury und wusste nicht so richtig, was die Rolle in dieser Jury war. Und dann habe ich mich gefragt, was passiert hier? Eine ganze Menge Leser des Gault Millau Wein Guide glauben, dass das auch irgendwie mein Urteil in diesem Buch ist. Und ich konnte mich nicht damit identifizieren. Folglich habe ich Konsequenzen gezogen, bin ausgestiegen und habe eine eigene Sache gemacht.«*

Thomas Leif: *»Aber bei der Jury sind ja auch Weine im Nachhinein noch mal anders bewertet worden, als das Urteil schon fest stand.«*

Stuart Pigott: *»Ich bin froh aus dieser Jury raus zu sein und vertrete meine eigene Sache.«*

Armin Diel: *»Es war nie so gedacht, dass das Zufallsergebnis der Jury das Endergebnis ist, an das wir definitiv gebunden sind.«*

Auch Paula Bosch vom Münchner Edel-Restaurant Tantris warf das Handtuch. Die renommierte Spitzen-Sommelière, Herrscherin über 80.000 Flaschen Wein, hält die Kritikermacht und die Interessenverfälschung der beiden Gault-Millau-Koster – wie sie sagt – für *»erschreckend«*. Die eigentlich selbstverständlichen Grundregeln – wie das Blindverkosten der Weine – würden missachtet. Weil ihre Kritik an der eigenwilligen Methoden der beiden Herausgeber nicht ernstgenommen wurde, zog sie Konsequenzen und verließ die Jury.

Paula Bosch – Sommelière ›Tantris‹ München: *»Ja, wenn Sie heute den Gault Millau alleine machen, ohne Jury-Mitglieder, dann bin ich einfach der Meinung, dass zwei Personen, die in einem Full-Time-Job stehen und nun beide sicherlich genügend zu tun haben, überfordert sind. Ich habe damals protestiert und bin aufgrund dieser Tatsache ausgeschieden, weil ich damit nicht mehr konfrontiert werden wollte.«*

Paula Bosch hat lange gezögert, bis sie ihre Kritik vor der Kamera präsentierte. Die Praxis der Proben – zum Teil mit sichtbarem Etikett – und mit Listen der Probeweine hat sie allerdings schockiert. Mit dem Verzicht auf durchgehende Blindproben verliere der Gault Millau das selbst verliehene Unabhängigkeits-Siegel. Von der Seriosität, die den Verbrauchern vorgegaukelt wird, könne keine Rede sein.

Paula Bosch: *»Ich hab' als Jury-Mitglied bei Gault Millau die Erfahrung gemacht, dass die anfängliche Aussage, dass wir blind verkosten, für die ganze Runde meiner Kollegen und meiner Persönlichkeit nicht ganz zutreffend war. Ich konnte im Verlauf der Probe feststellen, dass mein Nachbar, Herr Payne, Unterlagen neben sich liegen hatte, die ganz eindeutig darauf hingewiesen haben, dass er wusste, was er probiert.«*

All das ficht Diel und Payne nicht an. Bislang hatten sie zugegeben, dass die erste von drei Proben mit offenem Etikett erfolge. Jetzt steht die gesamte Probe-Praxis der beiden in Frage. Der Verzicht auf durchgehende Blindverkostung der rund 9.000 Weine im Jahr ist für Diel kein Problem.

Armin Diel: *»Die erste Probe ist eine Betriebsprobe: Man hat das Gesamt-Sortiment auf dem Tisch. Alle weitere Proben, die folgen, wenn es um die Entscheidung geht, wer ist bei den trockensten, den fruchtigsten, bei den edelsüßesten Weinen im Gebiet und dann überregional an der Spitze angesiedelt, alle diese Proben erfolgen blind.«*

## **Interview mit Jürgen Dollase – „Alles vom Schwein“ – Über die Schwächen der Restaurant-Kritik in Deutschland**

Vom Rockmusiker zum Gastrokritiker. Schafft dieser ungewöhnliche Weg die intellektuelle Freiheit, die man als Gastrokritiker braucht?

*Ja, wenn man das Interesse für künstlerische Dinge aller Art mit einer gewissen Neugier und der Lust am Genuss verbindet. In einem amerikanischen Buch („Dining Out“, von Andrew Dornenburg und Karen Page) zeigt jedenfalls eine Statistik, dass ein großer Teil der amerikanischen Gastronomiekritiker früher Rockmusiker war.*

Wie haben Sie sich das notwendige Know-how erworben, das für einen qualifizierten Kritiker unentbehrlich ist?

*Seit über 15 Jahren bin ich das, was man am besten einen fanatischen Privatkoch nennt, ständig auf der Suche nach den besten Produkten, Ideen und Inspirationen. Interessante Quellen waren dabei schnell nur noch Spitzenköche jeder Gattung und ihre Bücher. Ich hatte allerdings nie vor, über Essen zu schreiben.*

Sie legen großen Wert auf Fachlichkeit, auf Handwerk am Herd. Müssen Sie wissen, wie es geht, damit Sie ein seriöses Urteil fällen können?

*Natürlich ist es auch denkbar, dass jemand nur „aus dem Bauch heraus“ (und mit dann aber wirklich unglaublicher Erfahrung) zu einer seriösen Einschätzung kommt. Ein nachvollziehbares Urteil braucht aber klare, überprüfbare Details. Außerdem gehört zur Seriosität auch, dass die Köche wissen, dass man etwas von der Sache versteht. Nur so kommt man zu Ergebnissen, die wirklich für alle nützlich sind.*

Dollase gilt unter Köchen als „besonders pingelig“. Empfinden Sie dies als besonderes Lob?

*Nein, aber als ein interessantes Echo. Die meisten Schludrigkeiten in der Küche kommen von mangelnder Konzentration und Organisation, nicht von der Unfähigkeit der Köche. Wenn sie alle immer eine ihren Möglichkeiten entsprechende, ordentliche Arbeit abliefern würden, wären wir schon ein Stück weiter.*

Was muss ein Gastrokritiker aus Ihrer Sicht im Tornister haben? Wie sieht die Innenausstattung eines guten Kritikers aus?

*Neben den handwerklichen Voraussetzungen und einer möglichst umfassenden Kenntnis von guten Restaurants aller Kategorien auch Kenntnis der Literatur/der Kochbücher, am besten weltweit. Von all dem kann man gar nicht genug haben. Es nützt allerdings alles nichts, wenn man nicht mit der nötigen Offenheit an die Sache herangeht. Erst kommt das Verstehen, dann die Maßstäbe. Es kann wunderbare Restaurants geben, auch wenn das Lamm etwas weit durchgebraten ist.*

Wie haben Sie am meisten gelernt? Essen, Lesen, Schauen oder mehr?

*Am meisten habe ich aus meinen eigenen Fehlern gelernt. Es gibt eben keinen Fehler, den ich in der Küche nicht schon einmal selber gemacht habe. Das – und die Behebung dieser Fehler – schult ungemein. Ansonsten lese ich viel und kaufe die Kochbücher von Spitzenköchen weltweit. Besonderheiten ihrer Technik landen in meiner Spezialkartei, die also eine Art Hyper-Kochbuch ist.*

In Mitteltal haben Sie mit einer überraschenden „Abrechnung“ gegenüber der gehobenen Küche aufgewartet. Ihr Resümee?

*Es kommt mir oft so vor, als wären die Köche von einer Art vorauseilendem Gehorsam gebeutelt, der sie daran hindert, die Sachen zu machen, die sie wollen und/oder können. Natürlich haben sie ihre kommerziellen Gründe dafür, haben aber andererseits meist nie den Versuch gemacht, die Konventionen zu überwinden. Mit der nötigen Unterstützung durch ein aufgeschlossenes Publikum, Medien und Kritiker könnte sich die erhebliche kulinarische Kompetenz unserer Spitzenköche zu ungeahnten Höhen entwickeln. Das erwarten übrigens auch aufmerksame Beobachter aus dem Ausland.*

Viele Köche haben Angst vor Gastrokritikern. Was läuft aus Ihrer Sicht falsch in diesem Metier?

*Joel Robuchon hat einmal für Frankreich gesagt, es gäbe nur etwa 10 Kritiker, die einen Teller wirklich verstehen würden. In Deutschland gibt es Hundertschaften, die in irgendeiner Weise über Restaurants schreiben, für die vielen Führer, für Magazine, für Tageszeitungen. Angst müssen die Köche nur vor falschen Kritiken haben. Ist eine negative Kritik korrekt, kann sie sehr hilfreich für den Fortgang der Dinge sein. Viel schlimmer*

*sind unkorrekt positive Kritiken. Sie schaffen gerade in der Gourmandise eine Kultur des Lobes, die zu mangelnder Weiterentwicklung führt und letztlich kontraproduktiv ist.*

Worin liegt etwa der Unterschied zu Frankreich? Welchen Einfluss haben die Kritiker dort? Welche Impulse setzen sie?

*Wenn sich so viele Leute für die Küche interessieren wie in Frankreich, ist auch die Wirkung von Kritiken oder Informationen entsprechend groß. Für die Kollegen vom Figaro heißt das zum Beispiel, dass die euphorische Erwähnung eines neu aufgemachten Restaurants dem Restaurant einige ausgebuchte Wochen beschert – auch wenn in Paris der Spruch gilt, dass nichts schlimmer sei, als in Paris „in“ zu sein, weil man nämlich anschließend in der Regel gründlich „out“ ist. Betrachtet man die Kritiken der französischen Kollegen genauer, kann man auch dort bisweilen ein erstaunlich niedriges Reflexionsniveau feststellen. Wirkliche Impulse, die aus dem Weiterdenken der Szene genährt wären, findet man auch dort nicht.*

Wie könnte man die Deutschen für ein ausgeprägteres kulinarisches Interesse gewinnen? Wie sieht da Ihre Rezeptur aus?

*Ich bin da ganz optimistisch und setze im Übrigen immer nur auf Begeisterung für die Sache und nicht auf billige Analysen, die mal wieder allen erklären, was sie doch für Banausen sind. Tatsächlich ist doch die Entwicklung in diesem Sektor in den letzten 10 bis 20 Jahren ungeheuer gewesen und international quasi ohne Beispiel. Wenn das so weitergeht, braucht man keine Angst zu haben. Im Detail mag das ziemlich zäh aussehen, aber auch in Frankreich ist nicht alles so einfach. Hilfreich wäre die Etablierung der Gourmandise und vor allem der Spitzenküche als eine allseits anerkannte kulturelle Betätigung von ähnlichem Rang wie die anderen Künste. Wenn das Interesse an guter Küche völlig normal ist, sind wir durch. Currywurst essende Politiker, die aus Angst vor Sozialneid-Wählerstimmen sich keinem vernünftigen Restaurant mehr nähern, sind da allerdings wenig hilfreich.*

Sie sagen, ein Teil der Krise in der Spitzengastronomie ist auch hausgemacht; welche Empfehlungen für die „Karte der Zukunft“ haben Sie?

*Unbedingt: Neben den Klassikern des Metiers und den üblichen Edelprodukten eine Ausweitung in den kreativen, regionalen, saisonalen und auch*

*preislich für mehr Leute attraktiveren Bereich. Parallelkarten mit Standards links und „Risiko“-Küche rechts. Mehr Degustationsmenüs mit ganz kleinen Portionen. Ruhig auch einmal kulinarische „Gags“ wie ein 10-gängiges Degustationsmenü „Das Schwein vom Schwanz bis zu den Ohren“. Wir alle spielen gern. Die Gastronomie sollte das nutzen. Wir brauchen Ideen und Themen, über die man – meinetwegen auch ruhig kontrovers – im ganzen Land spricht.*

Immer wieder wird betont, es gäbe genügend Talente unter den Köchen; aber offenbar haben sie wenig Chancen sich in eigenen Restaurants zu beweisen. Was müsste sich ändern, damit sich etwas ändert?

*Das geht gegen uns alle, wir müssen einfach öfter auswärts essen gehen. Im Detail fehlt vielen Neugründungen aber oft der nötige Realismus. Nach riesigen Investitionen wollen sie ihren Traum vom Spitzenrestaurant durchziehen. Leider ist dieser Traum oft eine nicht sehr gute Kopie dessen, was wir schon haben. Mehr Profil und weniger Kapitaldienst wäre da sicher hilfreich. Noch eine etwas ungewöhnliche Idee: Wie wäre es mit städtischen Restaurants, finanziert und organisiert nach Art der Opernhäuser? Stellen Sie sich einen talentierten Koch vor, der ohne Rücksicht auf Verluste zaubern könnte – und das zu subventionierten Preisen!*

Zum Schluss Ihr Credo – wie könnte Deutschland kulinarisch ein “reeducation-Programm” absolvieren. Wie würde Ihr Programm aussehen?

*Dafür gibt es kein Programm, sondern nur einen langsamen Wandel in der Mentalität. Es geht bei uns darum, wofür wir unser Geld ausgeben. Eine Verschiebung ins Kulinarische hätte viele positive Nebeneffekte, darunter solche, die wir aus den geliebten Ferien so schätzen. Wird das Kulinarische ein immer verbreiteteres Thema in einer Gesellschaft, entsteht eine Art Sozialisationsdruck. Eines Tages hält man den für ungebildet, der nicht sofort etwas zu unseren 10 besten Köchen sagen kann. Grundsätzlich gilt aber hier wie überall: Fortschritt kommt durch unverstellte Offenheit. Essen schafft bleibende Werte – allerdings im Kopf und nicht außerhalb. Bei Goethe heißt das „Kein Genuss ist vorübergehend, denn der Eindruck, den er zurücklässt, ist bleibend.“*

Etwa 18.000 Flaschen für die Gault Millau-Probe werden Jahr für Jahr eingesandt. Mitarbeiter und Insider, die die Proben über Jahre begleitet haben, bezweifeln, ob zwei Menschen diese Weinmengen überhaupt bewältigen können, denn solche Massen könne man zu zweit nicht seriös beurteilen.

Alexander Kutschke, Diplom-Ingenieur für Weinbau und Kellerwirtschaft: *»Die Proben für den Gault Millau laufen nicht verdeckt ab, weil sie gar nicht verdeckt ablaufen können, weil es gar nicht machbar ist. Sie müssen sich's überlegen: Sie haben zehn Paletten Wein im Kältehaus stehen, wo die Weine zwischengelagert oder angesammelt werden, sie müssen dafür eine Truppe von, ich möchte mal behaupten, mindestens vier oder fünf Leuten haben, die diese ganzen Proben überhaupt verarbeiten können.«*

Ehemalige Mitarbeiterin: *»Die Flaschen werden aufgezo-gen und im Probe-raum aufgestellt, auch ein Laptop wird aufgestellt, in dem sind dann die Sachen schon eingegeben. Armin Diel kommt dann zur Probe, für Gault Millau als einziger für seine Region, und probiert und das bewegt sich an einem Nachmittag zwischen 30 bis hinauf zu 60, manchmal sogar 80 Proben. Nein, die Proben sind nicht verdeckt, das steht alles offen da. Er sieht das Etikett, er sieht den Winzer und er kann das dann ja noch mal vergleichen, weil er das direkt eingibt in den Computer bzw. eingeben lässt, was probiert wird und wie es zu schmecken hat. Und wenn Armin Diel ganz viel verkostet hat, dann hat er wie die meisten Verkoster nach 50 oder spätestens nach 70 Flaschen Schwierigkeiten, das sensorisch genau zu differenzieren und dann schmeckt natürlich ein Riesling Spätlese aus dem Rheingau ähnlich wie die Nachbar-Riesling-Spätlese aus dem Nachbarort, und dann wird natürlich auch mal überlegt, was man denn nun schreiben kann, damit es sich nicht allzu ähnlich anhört in jeder Beschreibung. Er versucht die Beschreibung dann schon so zu machen, wie es für ihn interessant klingt. Ich weiß, dass der Armin Diel manche Winzer mag und manche nicht mag und die es auch spüren lässt.«*

Nach Bekanntwerden der ersten Vorwürfe wollte der Verleger des Gault Millau, der Münchner Heyne-Verlag, zunächst die Präsentation der 2000er Ausgabe stoppen. Der gute Ruf dieser Geschmacks-Instanz stand in Frage. Der Schweizer Gault Millau zögerte in einem vergleichbaren Fall nicht. Ein Kritiker, der ebenfalls wirtschaftliche Interessen in der Gastronomie verfolgt, wurde sofort entlassen.

Johannes Heyne, Verleger (Heyne Verlag München): *»Dieser Vorwurf ist auf keinen Fall gerechtfertigt. Unsere Autoren machen eine tadellose Arbeit – und das seit sieben Jahren. Da sehen wir keinen Grund zur Beanstandung oder für irgendeinen Korruptionsvorwurf.«*

Kein Wunder – schließlich bringt der Gault Millau viel Geld ein. Die lukrativen Geschäftsbeziehungen zwischen Heyne und Schlumberger sind sehr eng. Wer etwa im Internet bei Gault Millau surft, stolpert direkt zu Schlumberger – und umgekehrt.

Nicht nur diese Verquickungen sind zweifelhaft, sondern auch die Test-Ergebnisse des Gault Millau. Winzer, die bei Paynes Arbeitgeber »Schlumberger« in Meckenheim unter Vertrag stehen, gehören – so eine genaue Auswertung – auffällig oft zu den sogenannten Siegerweinen im Gault Millau. Weine aus dem Schlumberger-Konzern können sich meist auf Spitzenbewertungen verlassen.

Das System ist einfach und geschickt. Für den Gault Millau testet der Schlumberger-Marketingchef Weine. Die Winzer sollen ihre Testweine direkt an das Verkostungsbüro Schlumberger senden – Winzer, die mit Schlumberger Geschäfte machen, erhalten von ihm überdurchschnittlich oft hervorragende Bewertungen – mit diesen Bewertungen wirbt Schlumberger dann wiederum in den eigenen Katalogen. Der Kreislauf funktioniert. Ein Marketingchef, der ganze Arbeit leistet ... natürlich altruistisch ...

Joel Payne – Marketing-Chef Schlumberger/Wein-Kritiker: *»Man vermeidet Probleme, indem man ehrlich bleibt. Wenn ein Wein von uns gut ist, war der gut. Wenn ein Wein von uns schlecht war, war der schlecht. Und so muss man es dann auch in der Öffentlichkeit schreiben.«*

Auch Armin Diel profitiert von Paynes kreativen Einfällen. Die Beschreibung zu Diels Weingut im Gault Millau stammt natürlich aus der Feder des Chefredakteurs, Freundes und Geschäftspartners Payne persönlich. Wenn auch ohne Benennung.

Auch in anderen Publikationen und in Wein-Katalogen heben sie ihr Markenzeichen »Gault Millau-Kritiker« hervor und verkaufen so Weine u.a. aus dem Schlumberger-Sortiment.

Bei Restaurant-Besuchen wiederum erinnert Gault-Millau Gastro-Kritiker Armin Diel auch an seine vielfältigen Aktivitäten als Gastronomie-Experte und Weinkritiker. Bei seinen zahlreichen Inspektionen erkundigt er sich bisweilen – so etwa im Münchner Tantris – warum nur so wenige Diel Weine auf der Karte stehen. Mit Erfolg: Diel ist in der Gastronomie hervorragend vertreten.

Karl-Otto Jung, Weingut Jung: *»Viele Restaurantbesitzer, die sehr gute Restaurants besitzen, sehen auch hier den starken Interessenkonflikt, d. h. der Diel hat ein Weingut, möchte seine Weine in der Gastronomie verkaufen. Zu einer guten Speisekarte gehört eine gute Weinkarte. Wer aber keinen Diel-Wein auf der Weinkarte hat, hat direkt schlechte Karten für eine gute Kritik, das ist also ein gewisses Problem.«*

(...)

Die Geschäfte von Diel und Payne laufen ausgezeichnet, in der Weinbranche kommt niemand an ihnen vorbei. Die Kasse klingelt – doch offenbar immer noch nicht gut genug. Bestände der etwa 18.000 Weine, die die Winzer den Gault Millau Kritikern jedes Jahr kostenlos zur Verfügung stellen, werden später verkauft, dies berichtet eine Augenzeugin ...

Ehemalige Mitarbeiterin: *»Das Gros der Flaschen wurde gesammelt und verkauft. Einen Teil haben auch die Mitarbeiter bekommen, einen Teil hat er getrunken, und einige, etwa 100, wurden ja für die Probe und die Endausscheidung benötigt. Aber die meisten Flaschen wurden gesammelt und weiterverkauft.«*

Die genaue Zahl der verkauften Weine lässt sich nicht exakt beziffern. Die Frage sei erlaubt, ob es seriös ist, kostenlos erhaltene Proben später zu verkaufen:

Armin Diel, Weinkritiker: *»Auch gelegentlich, wenn's eben gar keiner haben wollte. Unsere Mitverkoster sind auch inzwischen kritisch, da sind schon mal für drei bis vier Mark Restflaschen verkauft worden.«*

### **Die Weinkritiker – Gnadenlos gefällig**

Zum Probenwechsel in den Rheingau. Die Zeitschrift „Alles über Wein“ hat zu einer großen Weinprobe ins noble Kronenschlösschen in Hattenheim eingeladen. Eine der ganz seltenen Proben, an denen Armin Diel und Joel Payne nicht beteiligt sind. Denn traditionell gehört die Weinkritik in dieser Zeitschrift auch zu den Domänen der beiden Vorkoster. „Alles über Wein“ und Gault Millau sind eng miteinander verflochten.

Heute bekommt u.a. der Tester-Nachwuchs eine Chance. Studenten und Absolventen der benachbarten Weinfachhochschule in Geisenheim. Sie probieren wirklich blind, fachsimpeln und verleben so einen hochprozentigen Nachmittag. Die Ergebnisse der Probe werden dem Publikum dann in „Alles über Wein“ serviert.

Tester A: *»Eine geschmackliche Erschöpfung ist natürlich schon eingetreten. Es ist gut, wenn man bei einer größeren Probe noch ein Mittagessen dabei hat.«*

Tester B: *»Wir haben jetzt schon ungefähr 40 Weine probiert. Eine gewisse Müdigkeit tritt ein, aber je größer das Interesse ist, desto mehr kann man in die Tiefe gehen, ohne müde zu werden.«*

Heinz-Gerd Woschek druckt die Gault-Millau-Kritiken von Diel und Payne zuerst in seiner Zeitschrift. Mit dieser Art der Mehrfachverwertung hat der Dieltreue Verleger seit Jahren keine Probleme. Für ihn gibt es keinen Zweifel, dass Wein-Journalisten sich in Abhängigkeiten befinden.

Heinz-Gert Woschek, Verleger (Alles über Wein): *»Weinjournalisten sind letztendlich natürlich finanziell in einer gewissen Weise von den Gastgebern abhängig, ob sie zu einer Weinprobe eingeladen werden mit großem Essen, ob sie zu einer Informations- und Studienreise ins Ausland eingeladen werden. Nur ganz wenige Journalisten sind in der Lage, sämtliche Kosten für die sehr teuren und aufwendigen Auslandsreisen selbst zu bezahlen. Sie werden in der Regel eingeladen. Es ist Usus, dass man dann als Gastgeber sämtliche Kosten übernimmt. In diesem Falle muss sich der teilnehmende Journalist überlegen, ob er trotzdem völlig unabhängig von dieser Tatsache, dass seine Kosten übernommen werden, schreiben kann oder ob er ein bisschen Gefälligkeitsjournalismus betreibt.«*

Ein Dilemma: Woscheks Definition journalistischer Unabhängigkeit ist bezeichnend. Die Kölner Gastronomin Claudia Stern lehnt diese Art des Gefälligkeitsjournalismus ab. Den Teilnehmern ihrer bundesweit beachteten Weinkurse empfiehlt sie vor allem das Selbstvertrauen auf die eigenen Sinne.

Claudia Stern, Sommelière: *»Das Heft lese ich überhaupt nicht. Das ist so, finde ich, wenn die Journalisten das schon alles zehnmals geschrieben haben, dann verkaufen sie das auch noch an „Alles über Wein“. Da ist so viel Werbung drin und das macht mir keinen Spaß. Da kann ich einfach nur von mir ausgehen, da kann ich auch keinem Mitarbeiter den Tipp geben, dass er „Alles über Wein“ lesen soll.«*

Nicht nur die Methoden der Kritiker stimmen nachdenklich. Auch Verleger nehmen es mit der Trennung von Journalismus und Werbung nicht so genau. Verleger wie Heinz-Gert Woschek locken Anzeigenkunden mit einer hohen Auflage. Woschek gibt die verkaufte Auflage seiner Zeitschrift offiziell mit 54.200 an. Viel zu hoch, wie ein Mitbewerber vor Gericht nachweisen konnte. Mit den Phantomzahlen darf Woschek nun aber nicht mehr werben, so das rechtskräftige Urteil des Landgerichts Frankenthal.

Auch bei Vinum – der zweiten traditionsreichen Wein-Fachzeitschrift – besteht die Gefahr von Gefälligkeitsjournalismus. Denn der Chefredakteur der Zeitschrift Jürgen Mathäb engagiert sich beruflich für spanischen Wein. Er rührt die Werbetrommel für die Region »Ribera del Duero«. Die Aktivitäten in seinem Informationsbüro Ribera del Duero will er vor wenigen Monaten – just zum Zeitpunkt unserer Recherche – eingestellt haben. Journalismus und PR: Offenbar hat die international ausgerichtete Zeitschrift Vinum kein Problem damit, wenn ihr Chefredakteur auch als PR-Agent auftritt. Eine Haltung, die immer wieder in der Weinszene anzutreffen ist.

Die Nähe von Werbung und Journalismus – für Jürgen Mathäb kein Problem. Auch er tanzt auf vielen Hochzeiten. Hier etwa – bei einer Wein-Fachtagung der

Friedrich-Ebert-Stiftung – tritt er als unabhängiger Experte auf. Geschickt präsentiert er die Vorzüge spanischer Weine.

Auch Mathäß mischt als Jurymitglied bei zahlreichen Tests mit, unter anderem früher beim Gault Millau. In seiner Zeitschrift *Vinum* verteidigt er seine Jury-Freunde Diel und Payne. Schließlich arbeitet er nach dem gleichen Grundmuster – wechselt geschmeidig zwischen Wein-Werbung und Weinjournalismus. Trotz allem, Mathäß hält die Fahne der Aktivität im Weinjournalismus hoch:

Jürgen Mathäß, Chefredakteur (*Vinum*): »Um Objektivität bemühen sich die Wein-Journalisten in jedem Fall. Ich glaube, dass es sogar im Wein-Journalismus zu einem großen Teil objektiver zugeht, als in vielen, vielen anderen Bereichen. Ich meine, dass Journalismus immer damit zu tun hat, wie ehrlich und wie seriös man das macht und nicht, wen man kennt oder mit wem man gerade geschäftlich zu tun gehabt hat. Wobei ich ehrlich sagen muss, für mich gilt, wo ich geschäftlich mit zu tun habe, das ist »Ribera del Duero«, über die schreibe ich kein Wort.«

Dafür lässt der Chefredakteur schreiben: Noch in der *Vinum* März-Ausgabe 2000 wird die Weinregion »Ribera del Duero« ausführlich gewürdigt. Journalismus und PR verschmelzen unter Mathäß' Regie zu einer untrennbaren Einheit, zu einer – wie der Weinfreund sagen würde – wunderbaren Cuvée.

Andere Autoren – wie August F. Winkler – sind da schon wesentlich abgebrühter ... sie geben ihre Verquickungen nur unter Druck zu. Der Österreicher Winkler ist seit Jahren ein Vielschreiber im Gastro-Geschäft. Als renommierter Weinautor aber auch als Moderator von privaten Wein-Degustationen wie hier im Mönchs Post Hotel in Bad Herrenalb. Doch bei diesen intimen Proben wünscht er keine Kamera. Winkler ist eine feste Größe im Gourmet-Geschäft, betreibt seine Geschäfte aber gern fern der Öffentlichkeit.

Eine aktuelle Ausgabe der Welt-Gourmetseite hat Winkler wieder fast allein gefüllt. Außerdem schreibt er Wein-Bücher oder gibt in seinen zahlreichen Veröffentlichungen ganz persönliche Weinempfehlungen. Wie wir zeigen – nicht ganz uneigennützig. In der Zeitschrift „Essen und Trinken“ begeistert er seine Leser für ein Weingut aus Österreich.

Einem anderen Weinproduzenten, der Groß-Kellerei Lenz-Moser, hat Winkler seine Dienste angeboten. Das trifft sich gut, denn Lenz-Moser möchte den Weinabsatz gerade in Deutschland noch deutlich steigern. 1999 hat die größte Kellerei in Österreich 15 Millionen Flaschen verkauft.

Mit einer Festrede hat Winkler im vergangenen Jahr Lenz-Moser beglückt. Kein Problem für den Kritiker. Im ersten Interview hält er noch die journalistische Ethik hoch ...

August F. Winkler, Weinautor: *»Gretchenfrage. Ich weiß es nicht, ich schließe nicht aus, dass es mitunter Beraterverträge gibt, mit namhaften Firmen, aber mir ist in der Hinsicht, jedenfalls was den deutschen Wein-Journalismus betrifft, noch nichts zu Ohren gekommen. Aber die namhaften Wein-Journalisten, an die ich jetzt denke, da wüsste ich es nicht, mag sein, ich kann es nicht ausschließen, aber ich weiß nicht, dass da irgendwelche finanzielle Verquickungen vorhanden sind.«*

Offenbar will sich Winkler an seine eigenen Honorarforderungen nicht mehr erinnern. Denn ganz offensiv bietet er Ende September folgendes Werbe-Paket für Lenz-Moser an: Für eine Rede oder eine Moderation berechnet er 3.000 bis 5.000 Mark. Für 15 Kurzbeschreibungen für die Werbung schlägt er die Pauschale von 7.000 Mark vor. Trotzdem setzt er die Maßstäbe für die Reinheit im Journalismus.

August F. Winkler – Wein-Autor: *»Ja du meine Güte, ein Journalist sollte eigentlich überhaupt keine PR betreiben und sich dafür nicht hergeben, egal ob er jetzt zu einer Reise eingeladen worden ist, ob er zu Weihnachten ein größeres Paket bekommt, entweder, er nimmt das gar nicht an, oder er macht sich in jedem Fall unabhängig. Sein einziger Wertmaßstab darf eigentlich nur sein guter Geschmack sein.«*

Winkler zeigt guten Geschäftssinn und offeriert folgende Tipps zur Absatzsteigerung: (Belegzitat)

*»1. Einbau von Lenz Moser-Weinen in diversen Artikeln in Zeitungen und Zeitschriften. – 2. Lancierung von Lenz-Moser bei Moderationen wie Galas, Weinproben etc. – 3. Durchführung von Weinvergleichsproben mit Gewächsen von Lenz-Moser und darauf folgende Berichterstattung in namhaften Medien.«*

Winkler bietet zudem an, sich ganz in den Dienst von Lenz-Moser zu stellen, Berichte für das Weingut in der Presse zu platzieren und sogar gezielt für bestimmte Lenz-Moser-Weine bei Gastronomen wie Sommeliers zu werben. Aus der Sicht des renommierten Weinkritikers nur ein Freundschaftsdienst für Lenz Moser: ein neuer Tonfall mit einer Spur Selbstkritik beim zweiten Interview.

Winkler: *»Es war im Grunde von mir – wenn sie so wollen – eine freundliche Geste, dass ich denen einmal aufzeige, was möglich ist. Aber nicht, mich sozusagen darzubieten.«*

Thomas Leif: *»Aber diesen Eindruck macht dieser Brief.«*

Winkler: *»Es könnte sein, dass da eine missverständliche Interpretation möglich ist, was ich bedauern würde.«*

Thomas Leif: *»Würden Sie das denn noch ‘mal so schreiben, aus Ihrer Sicht?«*

Winkler: *»Ich glaube, dass es besser gewesen wäre, wenn ich das sozusagen in der dritten Person gemacht hätte.«*

Doch eine Hauch von Einsicht? Ein offenkundiger Fall, dass Weinjournalisten und Produzenten Hand in Hand arbeiten. Diese Geschäftsbeziehungen bleiben für den Verbraucher aber verborgen. Offenbar sind Winkelzüge à la Winkler Alltag im Weinjournalismus, so jedenfalls ein Berliner Fachautor, der die Tendenzen im Weinjournalismus kritisiert. Über Praktiken nach Winklers Art beginnt nun eine Diskussion.

Ulrich Sautter, Wein-Journalist: *»Zum Journalismus gehört das Recherchieren. Es ist sehr wichtig, dass man unabhängig bleibt, dass man seine Informationen sauber an Land zieht und auch unabhängig vermittelt. Das wird zunehmend schwieriger und es gibt auch immer weniger Raum für diese Art. Die Vermischung der Genres nimmt immer mehr zu. Ich befürchte, dass selbst im Weinjournalismus das Produkt-Placement mittlerweile einen so starken Platz eingenommen hat, dass es immer schwerer fällt, die redaktionellen und die werblichen Teile zu unterscheiden. Ich finde es nicht so glücklich, dass der Boom des Weinmarkts mit einer zunehmenden Verpapstung der weinjournalistischen Seite einhergeht. Die Leute schauen weniger auf die Qualität im Glase und trauen ihrem eigenen Urteil weniger zu als den, sagen wir mal, 98 oder 99 Punkten, die ein Wein-Kritiker verliehen hat.«*

In vino veritas – im Wein liegt Wahrheit – meint ein altes Sprichwort. Doch in Wein-Bewertungen nicht immer. In kaum einer anderen Branche sind die Verbindungen zwischen Kritikern, Produzenten und Lobbyisten so eng geknüpft. Umtriebige Wein-Journalisten dominieren das Geschmackskartell. Das heißt: nicht allein die Qualität der Weine entscheidet über Erfolg und Misserfolg, über Aufstieg und Abstieg der Winzer. Sondern sehr oft ein fein gesponnenes Beziehungsnetz zwischen Winzern, Händlern und Kritikern.

Zum Wohl! Na denn Prost.

## **MITMACHEN: INITIATIVE NACHRICHTENAUFKLÄRUNG**

Auch im Jahr 2002 ist die Initiative Nachrichtenaufklärung, die in Kooperation mit dem Netzwerk-Recherche arbeitet, wieder auf der Suche nach Themen, über die in den Medien noch nicht ausreichend berichtet wird.

Wir wenden uns an engagierte Bürgerinnen und Bürger, Medienschaffende und andere, an einer „aufgeklärten“ Gesellschaft Interessierte. Wir möchten Sie bitten, Ihren wichtigen Beitrag zur Aufklärung der Gesellschaft zu leisten und uns Ihre Vorschläge per E-Mail, Fax oder per Post einzureichen, damit wir sie mit Ihnen aufbereiten und veröffentlichen können.

Nominiert werden Themen, die

- der Bevölkerung in Deutschland (und Europa) bekannt sein sollten, zu denen sie aber nur eingeschränkten oder gar keinen Zugang hat
- für einen Großteil der Bevölkerung relevant sind
- eindeutig konzipiert sind und auf zuverlässigen, überprüfbaren Quellen basieren
- trotz ihrer Bedeutung noch nicht von den Medien (Tageszeitungen, Zeitschriften, Nachrichtenbriefe, Rundfunk, Fernsehen, Internet u.a.) aufgegriffen, bzw. recherchiert und veröffentlicht wurden
- die in deutscher oder in einer anderen europäischen Sprache verfasst sind.

### **Kontakt:**

netzwerk recherche

Dr. Thomas Leif

Tel. 0611-495151

Fax. 0611-495152

E-Mail: [info@netzwerkrecherche.de](mailto:info@netzwerkrecherche.de)

<http://www.netzwerkrecherche.de>

<http://www.nachrichtenaufklaerung.de>

## Die Siemens AG und Saddam Hussein

Nachforschungen zu völlig legalen Lieferungen  
atomwaffenfähiger Elektronik

von *Thomas Reutter*

Im Oktober 2002 berichtete das ARD Politikmagazin REPORT MAINZ, wie die Siemens AG bis vor kurzem Spezialbauteile an den Irak verkaufte, die sich als Zünder für Atomwaffen eignen. In einer Pressemitteilung informierten wir vorab die Agenturen über unsere Recherchen. Noch vor der Sendung meldeten dpa, ap, afp und Reuters, was wir herausgefunden hatten. Online-Dienste und Hörfunknachrichten griffen diese Meldungen sofort auf. Auch die Tagesschau sendete eine Nachrichtenfassung aus unserem REPORT-Bericht. Am nächsten Tag stand die Geschichte in fast jeder deutschen Tageszeitung. Selbst ausländische Medien zitierten unseren Beitrag.

Wie kommt man an so eine Story? Niemand hatte sie uns zugespielt. Wir mussten sie Schritt für Schritt erarbeiten. Wie immer, wenn sich kein Informant mit einem geheimen Dokument an die Redaktion wendet, keine bislang unveröffentlichte Studie vorliegt, kein Insider sich meldet, um brisantes Wissen preiszugeben, wenn also keiner dieser Glücksfälle eintritt, dann beginnt die ganz normale **Themenrecherche**. Sie fängt meist da an, wo die aktuelle Berichterstattung aufhört. *Man liest eine Zeitung nach der anderen und fragt sich: Wo lässt sich da etwas weiterdrehen? Welche Fragen ergeben sich aus der Lektüre? Kann man einem Thema einen neuen Aspekt abgewinnen?* Zu Beginn unserer Recherche war die Situation die: Die USA erhöhten stetig den Druck auf den Irak. Politisch war der Diktator Saddam Hussein absolut isoliert, seine Regierung geächtet. Uns interessierten nun Saddams Geschäftskontakte nach Deutschland. Aber gab es wirklich relevante Geschäftsbeziehungen?

Die Vereinten Nationen hatten gegen den Irak das umfassendste Embargo aller Zeiten verhängt. Der Irak durfte seit Jahren nicht einmal eine Klobürste importieren, wenn das nicht zuvor durch den UNO-Sanktionsausschuss genehmigt worden war. Harmlose Händler wurden auch von deutschen Gerichten dafür bestraft, weil sie alte Autos, Zigaretten oder Alkohol im Irak verkauft hatten. Und gerade die Deutschen sind dafür bekannt, dass sie besonders strenge Exportbeschränkungen und -kontrollen haben.

Die rot-grüne Bundesregierung musste unbedingt Skandale vermeiden, wie sie sich unter der alten Regierung zutrug. Damals wurde aus Deutschland eine Giftgasfabrik ins libysche Rabta geliefert und Raketentechnologie an den Irak. Aus den USA kam massive Kritik an den deutschen Geschäften mit den Schurkenstaaten. So etwas durfte sich nun, da sich Deutschland offen gegen die amerikanische Irak-Politik stemmte auf keinen Fall wiederholen, schon aus Glaubwürdigkeitsgründen.

Es schien also sehr unwahrscheinlich, auf ein fragwürdiges Exportgeschäft zu stoßen, ausgerechnet zwischen Deutschland und dem Irak. Andererseits konnte man in der Tat davon ausgehen, dass ein solcher Fall zu dieser Zeit Aufsehen erregen würde. Aus dieser Überlegung entwickelte sich die **Arbeitshypothese**. Sie lautete zunächst „Eine deutsche Firma beliefert das irakische Regime mit der nötigen Technik zum Bau von Massenvernichtungswaffen.“ *Je mutiger die Arbeitshypothese, um so höher ist das Risiko, dass bei der Recherche nichts Belastbares herauskommt.* Diese Arbeitsthese war gewagt, denn es gab zunächst überhaupt nichts, was sie stützen konnte. Eine Lieferung von Rüstungstechnologie an den Irak aufzudecken, das schien eine Aufgabe für Geheimdienste zu sein oder zumindest für Staatsanwaltschaften. Mit den Mitteln einer Redaktion einem illegalen Rüstungsdeal auf die Spur zu kommen war sicher aussichtslos. Wir konzentrierten uns auf legale Geschäfte mit dem Irak – Lieferungen, die vor den Augen der Behörden abgewickelt wurden. Denn nur bei einem genehmigten Export hatten wir eine Chance, Einzelheiten zu erfahren. Die Arbeitshypothese musste also ergänzt werden: „Eine deutsche Firma beliefert das irakische Regime mit der nötigen Technik zum Bau von Massenvernichtungswaffen UND diese Lieferung wurde genehmigt.“ Das schien noch unwahrscheinlicher. Ein solcher Fall wäre aber mit Sicherheit von großer Brisanz. In Frage kamen nur Geräte oder Bauteile, die als zivil deklariert, aber militärisch verwendet werden können. Doch sowohl die exportierenden Unternehmen als auch die Genehmigungsbehörden waren längst für diese sogenannte Dual-Use-Problematik sensibilisiert. Es hatte in Sachen Dual-Use-Lieferungen gerade an den Irak reihenweise Ermittlungen, Gerichtsverfahren und auch Urteile gegeben. Spektakuläre Fälle waren bekannt geworden.

Genau diese älteren Berichte über den Export scheinbar harmloser Zivilgüter, die militärisch eingesetzt wurden, boten uns einen **Rechercheansatz**. *Die Routine-Recherche beginnt im Archiv. Hier stellt sich heraus, was alles schon berichtet wurde. Man gewinnt Überblick, stößt auf potenzielle Informanten, erfährt wichtige Hintergrundinformationen.*

Die Suche im Archiv war ergiebig: „Deutsche Geschäftsleute halfen dem Irak bei der Herstellung von Waffen“ berichtete beispielsweise „Die Zeit“ 1998. Fast

alle großen Zeitungen und Nachrichtenagenturen nahmen sich der Gerichtsverfahren um die Lieferung von Dual-Use-Gütern in den Irak an. Geschäftsverbindungen wurden bekannt, Scheinfirmen enttarnt. Als „Schmiedestücke“ deklarierte Teile entpuppten sich vor Gericht als Anhänger zur Befestigung von Bomben an Flugzeugen. „Körper aus nahtlosen Rohren mit kreisförmigem Querschnitt“ entlarvte die Staatsanwaltschaft Darmstadt als Scud-Raketen-Rümpfe. Und auch die Firmennamen wurden publik. Es handelte sich zumeist um kleine oder mittlere Betriebe. Was aber war mit den großen Unternehmen? Würde ein Weltkonzern seinen internationalen Ruf aufs Spiel setzen für ein schmutziges Geschäft mit dem Machthaber von Bagdad?

Wir nahmen uns systematisch die größten deutschen Firmen vor und suchten Hinweise auf Geschäftsverbindungen in den Irak. Auf der Homepage der Siemens AG fanden wir eine lange Liste aller Niederlassungen und Büros weltweit, darunter einen Eintrag: „Iraq: Siemens Baghdad“ mit Anschrift, Telefon- und Faxnummer. Für den Irak gab es sogar einen „Technical contact partner“ in Erlangen. Bei der Siemens Pressestelle in Deutschland wollten wir erfahren, welche Aufgaben die Vertretung in Bagdad übernimmt und welche Geschäftsbeziehungen Siemens derzeit zum Irak unterhält. Völlig überraschend erfuhren wir, dass Siemens in Bagdad überhaupt kein Büro habe. Der Eintrag auf der Webseite sei – so wörtlich – „ein Fehler“.

Kurze Zeit nach diesem Anruf war der Eintrag „Iraq“ samt Kontaktadresse und technischem Ansprechpartner von der Homepage der Siemens AG verschwunden. Ebenfalls fehlte übrigens auch ein weiterer Eintrag, direkt oberhalb von „Iraq“. Es war die „Siemens S.S.K. Industrial Project and Technical Services“ in Teheran, Iran.

Diese plötzliche Reaktion der Pressestelle bescherte uns einen **Anfangsverdacht**. *Irgendwann muss man nicht mehr so sehr in die Breite sondern in die Tiefe recherchieren. Das heißt, den Fokus zu verengen und damit auch mögliche andere Geschichten ausblenden.* Wir ließen also Daimler-Chrysler und andere Firmen links liegen und konzentrierten uns auf die Siemens AG. Im Google-Archiv fanden sich die verschwundenen Einträge wieder. Die Nachfrage in der Pressestelle ergab, die Löschung der Einträge auf der Homepage sei sofort veranlasst worden, als man den „Fehler“ erkannt habe. Vielleicht war die Adresse einfach veraltet oder frühere Büros längst aufgegeben und die Einträge schlicht vergessen worden. Doch laut Pressestelle gab es nie ein Siemens-Büro in Bagdad, auch nicht früher einmal. Das erstaunte sehr. Schließlich konnte die Siemens-Telefonvermittlung sofort mit der Durchwahl von Barbara Gehle dienen – der Frau, die laut gelöschter Homepage als „Technical contact partner“ für den Irak fungierte. Sie saß in Erlangen in der Abteilung „Common Export Service“. Aber

was war mit dem Büro in Bagdad? Die angegebene Telefonnummer existierte tatsächlich. Ein Iraker nahm ab. Wir riefen die internationale Telefonauskunft an und baten um die Nummer der Siemens AG in Bagdad. Die Auskunft rief ihre Kollegen im Irak an, um die Nummer in Erfahrung zu bringen. Danach meldete sie sich wieder in der Redaktion: Die irakische Telefonauskunft habe keinen Eintrag „Siemens AG“ in Bagdad, aber man konnte sich trotzdem helfen: Eine Service-Mitarbeiterin hatte einfach Siemens in Deutschland angerufen. Da lag die gewünschte Nummer vor. Siemens gab also der Telefonauskunft eine Nummer für ein Büro in Bagdad, bestritt aber uns gegenüber, dass es ein solches Büro gab. Der Anfangsverdacht erhärtete sich.

Der nächste Schritt war eine **Internet-Recherche**. *Bei Suchmaschinen kommt alles auf die richtige Kombination der gesuchten Begriffe an. Wird die Zahl der Treffer zu hoch, hat man kaum eine Chance, die Nadel im Heuhaufen zu finden.* Wir kombinierten „Siemens“ und „Iraq“ (wichtig war das q statt dem k) und wurden fündig. Aber Google spuckte eine Menge Treffer aus. Das Durchforsten wurde eine Fleißarbeit. Plötzlich waren wir wie elektrisiert. Unter den Treffern befand sich ein Dokument aus dem US-amerikanischen Kongress. Es war die Aussage eines gewissen Gary Milhollin vom 28. Februar 2002 vor dem Verteidigungsausschuss im Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten. Milhollin war diesem Protokoll zufolge emeritierter Professor an der University of Wisconsin und Direktor am „Wisconsin Project on Nuclear Arms Control“. Auf Seite 6 des Protokolls fiel zum ersten Mal das Wort „Siemens“. Milhollin erklärte den Abgeordneten, der deutsche Konzern habe Spezial-Schalter an den Irak geliefert. Diese Schalter seien „key components in a nuclear weapon’s firing circuit and are popularly known as nuclear weapon ‘triggers’“. Siemens soll Zünder für Atomwaffen an den Irak geliefert haben. Wie konnte das dem Sanktionsausschuss der Vereinten Nationen und den deutschen Genehmigungsbehörden entgangen sein? Milhollin lieferte die Erklärung gleich mit. Bei den Schaltern handelte es sich um Ersatzteile für Geräte zur Nierensteinzertrümmerung. Die Lieferung medizinischer Hilfsgüter an den Irak war über das Programm „Oil for Food“ der Vereinten Nationen grundsätzlich möglich. Trotzdem unterlag jede Lieferung einer Prüfung.

Es fanden sich weitere Dokumente. Milhollin hatte seinen Vorwurf auch vor anderen Ausschüssen erhoben, im Repräsentantenhaus wie auch im Senat. Die Protokolle der Anhörungen waren online verfügbar. Zunächst musste nun Milhollins Reputation überprüft werden. Die weitere Internet-Recherche ergab: der US-Kongress lud ihn immer wieder als Rüstungskontrollexperten zu Hearings ein. Er publizierte im „New York Times Magazine“ und wurde in vielen amerikanischen Medien zitiert. Vor allem aber konnte er seine Vorwürfe über den Handel

mit atomwaffenfähiger Technik offensichtlich mehrfach vor dem Kongress und der amerikanischen Öffentlichkeit wiederholen, ohne dass Siemens das zu unterbinden vermochte. Wenn der Konzern auch nur den Hauch einer Chance dazu gehabt hätte, Milhollin eine Unterlassungserklärung aufzuzwingen, dann wäre es niemals soweit gekommen. Es war also Zeit für eine erste **Konfrontation** der Siemens AG mit den detaillierten Vorwürfen Milhollins.

*In der ersten Konfrontation sollte man nach Möglichkeit nicht gleich seine Hauptquelle preisgeben, nicht zeigen, wie viel man schon weiß und trotzdem seine Arbeitshypothese einem ersten harten Test unterziehen.*

Melanie Schmude, die Pressesprecherin der Siemens AG Medical Solutions in Erlangen reagierte professionell gelassen. Die fraglichen Schalter, sogenannte Funkenstrecken, seien ungeeignet zur Zündung von Atomwaffen. Sie seien mit der Größe einer Cola-Dose schlicht zu groß für den Bombenbau. Außerdem brauche man mindestens 38 solcher Schalter um eine einzige Atomwaffe zur Zündung zu bringen. Es seien aber viel weniger Exemplare an den Irak geliefert worden. Zudem seien die Schalter eingebaut in die Geräte zur Zertrümmerung von Nierensteinen und die kosteten immerhin eine halbe Million Mark pro System – unverhältnismäßig teuer für den Bau von Atomwaffen, befand Frau Schmude. Es sei also völlig abwegig, anzunehmen, die Schalter aus den medizinischen Apparaten könnten militärisch missbraucht werden. Damit hätte man sich zufrieden geben können und die Arbeitshypothese als widerlegt betrachten können. Manchmal lohnt es sich aber, trotzdem noch ein bisschen weiter zu bohren. Schließlich verstrickte sich die souveräne und überzeugende Pressesprecherin doch noch in einen Widerspruch. Plötzlich schien sie ihrer eigenen Argumentation zu misstrauen und schob nach, dass sich Siemens durchaus der Problematik einer militärischen Nutzung bewusst wäre und deshalb verantwortungsvoll gehandelt habe: Zur Sicherheit wurden die betreffenden Schalter nur dann als Ersatzteile in den Irak nachgeliefert, wenn zuvor das defekte Teil bei Siemens in Deutschland eingeschickt worden war. Der Austausch sollte verhindern, dass überzählige Funkenstrecken im Irak militärisch missbraucht werden könnten. Also wollte Siemens offensichtlich nicht allein aufgrund der Beschaffenheit der Schalter ausschließen, dass sie auch für den Bau von Atomwaffen missbraucht werden können.

Nach so einem Gespräch ist es wichtig eine erste Bilanz zu ziehen.

Diese erste Konfrontation ergab:

1. Siemens räumte ein, die entsprechenden Schalter an den Irak geliefert zu haben.
2. Der Konzern bestritt, dass sie als Zünder für Atomwaffen geeignet sind. (Die Zwischentöne zeigten hier eine gewisse Unsicherheit.)
3. Die Pressestelle legte Wert auf die Feststellung, dass alle erforderlichen Genehmigungen vorlagen.
4. Siemens hatte sich bereits vor unserer Anfrage eingehend mit dem Vorwurf beschäftigt und war keineswegs über unsere Fragen überrascht.

Insgesamt ergab sich eigentlich nur ein einziger, aber fundamentaler Widerspruch zu den Aussagen Gary Milhollins: Die Schalter seien als Atombombenzünder ungeeignet. Wer hatte Recht: Siemens oder Milhollin? Um diese entscheidende Frage zu klären, machten wir uns auf die Suche nach einem **Experten** für den Bau von Nuklearwaffen.

*Der Experte muss kompetent und glaubwürdig sein. Misstrauen ist angebracht, wenn ein Fachmann im Verdacht steht, für eine Interessengruppe zu sprechen oder sich selbst aufdrängt.*

In diesem Fall drängte sich niemand auf. Wir stießen bei der Suche schnell an unsere Grenzen. In Deutschland war die militärische Nutzung der Kerntechnik nach dem zweiten Weltkrieg ein Tabu. Experten konnte es hier nicht geben. Also suchten wir im Ausland. Von der Stanford Universität in den USA erfuhren wir von einem internationalen Kongress in Salzburg. Hier trafen sich 170 Nuklear- und Sicherheitsexperten aus 32 Ländern, unter ihnen Vertreter von Europol, NATO, der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) sowie von US-Kernwaffenlabors. Wir trugen Prof. Friedrich Steinhäusler, dem Tagungsvorsitzenden, unser Anliegen vor. Steinhäusler hatte von der Siemens-Geschichte bereits gehört und war an unseren Recherchen interessiert. Er zeigte sich schnell kooperativ und vermittelte uns einen Kontakt zu dem renommierten, amerikanischen Nuklearwaffenexperten Chaim Braun. Nach einigen Vorgesprächen war Braun zu einem Interview bereit. Er erklärte präzise die Funktionsweise der Zünder in einer Atombombe und hob hervor, dass der Irak ursprünglich 120 Schalter bestellt hatte – als Ersatzteile für sechs Nierensteinzertrümmerer – Vorrat für Jahrzehnte.

Wir suchten nach einer weiteren, unabhängigen **Verifikation** der Vorwürfe Milhollins von offizieller Seite. *Ein Experte alleine reicht selten. Besonders der Kernvorwurf muss überprüft und bestätigt werden.*

Die Vereinten Nationen hatten zwar seit einiger Zeit weitere Anträge zur Lieferung der fraglichen Schalter im Sanktionsausschuss in New York „on hold“ gelegt. Jede Stellungnahme dazu blockte die Pressestelle allerdings ab. Zu einzelnen Genehmigungsverfahren äußere man sich grundsätzlich nicht.

Die Internationale Atomenergiebehörde IAEA bestätigte zwar, dass Siemens die Schalter lieferte und dass es sich um Dual-Use-Güter handelte. Sie zog sich aber auf den Standpunkt zurück, der Export sei genehmigt gewesen. Schließlich sei zur Auflage gemacht worden, die Zünder als Ersatzteile nur im Austausch gegen defekte Schalter zu liefern. Damit war übrigens klar, dass Siemens nicht von selbst so verantwortungsvoll handelte, wie die Pressestelle das dargestellt hatte.

Die Bestätigung sollte am besten von einer deutschen Stelle kommen, am liebsten amtlich, von einer Bundesbehörde. Die Auswahl war nicht allzu groß. Das Bundesausfuhramt in Eschborn kam in Frage. Aber hier wurde der Export genehmigt. Also war von dieser Seite nichts Kritisches zu erwarten. Tatsächlich wurde ein zunächst zugesagtes Interview plötzlich ohne Begründung wieder abgesagt. In einer schriftlichen Stellungnahme erklärte das Amt, es hätten keine Anhaltspunkte für den Einsatz im irakischen Atomwaffenprogramm vorgelegen. Unter anderem deshalb sei die Lieferung bewilligt worden.

Erfolg hatten wir dagegen mit einer Anfrage beim Zollkriminalamt (ZKA) in Köln. Dort konnte man auf Anhieb mit der technischen Beschreibung der Siemens-Zünder etwas anfangen. Baugleiche Zünder vom selben Hersteller lagen im Panzerschrank des ZKA. Sie wurden als Anschauungsexemplare benötigt, um künftige UN-Inspektoren zu schulen, die bald im Irak nach verbotenen Massenvernichtungswaffen suchen sollten. Der amtliche Experte gab uns eine Liste der IAEA. Darauf war unter Punkt 6.2 „Electronic components for firing sets“ die exakte technische Beschreibung der von Siemens gelieferten Funkenstrecken, der sogenannten „fast switches“ aufgeführt. Der Experte erklärte uns, ein einziger solcher Schalter sei ausreichend um eine Atomwaffe zu zünden. Sicherheitshalber würde man zwei bis drei Exemplare in eine Waffe einbauen. Was Gary Milhollin uns später im Interview sagen würde, hatte das deutsche Zollkriminalamt damit bereits bestätigt. Leonard Bierl, der Sprecher des ZKA sagte im Interview: „Das sind zunächst einmal, nur für sich betrachtet, Zünder. Diese Zünder würden in dieser Form, wenn es um Lieferungen in den Irak ginge, nicht genehmigt werden.“ Weil sie aber in Nierensteinzertrümmerern eingebaut waren oder als Ersatzteile dafür geliefert wurden, konnte der Export offiziell genehmigt werden. Doch die Hauptverteidigungslinie der Siemens AG war spätestens mit der Recherche im Zollkriminalamt zusammengebrochen: Die Schalter waren tatsächlich geeignet, um Kernwaffen zu zünden. Und es waren nicht etwa 36 Funkenstrecken dazu nötig sondern nur eine, maximal drei.

Nun fehlte noch eine **Einordnung** von allem, was wir herausgefunden hatten. *Die Recherche muss nicht nur hieb- und stichfest belegt werden, auch die Bedeutung der Rechercheergebnisse muss klar werden. Diese Einordnung sollte am besten eine übergeordnete Instanz vornehmen.* Wiederum suchten wir nach einem Experten. Diesmal ging es nicht mehr um Belege sondern um Bewertung. Wir mussten von der Sachebene auf eine moralische Ebene gelangen. Wir wollten wissen, was bedeutet es, dass Siemens solche Schalter an den Irak liefert? Strafrechtlich war an der Sache nichts dran. Keine Staatsanwaltschaft würde sich für diesen Fall interessieren, schließlich war alles genehmigt. Außerdem konnten wir natürlich nicht recherchieren, ob der Irak tatsächlich die Schalter aus den medizinischen Geräten zwischendurch für sein Nuklearprogramm „ausgeliehen“ hatte. Während unserer Recherche veröffentlichte die britische Regierung ein Dokument, aus dem hervorging, dass der Irak Nuklearwaffen herstellen wolle, dies aber nicht könne, weil bestimmte Komponenten dazu fehlten. Wie also war unser Rechercheergebnis einzuordnen? War Siemens damit angreifbar oder mussten wir erst einen militärischen Missbrauch der gelieferten Zünder nachweisen? Das hätte eine Frage an einen Politiker sein können. Wir faxten unser Rechercheergebnis an die im Bundestag vertretenen Parteien und deren Fraktionen mit der Bitte um eine Bewertung. Doch kein Politiker, weder aus den Regierungsparteien, noch von der Opposition war zu einer Stellungnahme bereit.

Eine angemessene Instanz wäre natürlich die Uno gewesen. Aus New York hatten wir aber bereits die Absage für ein Interview zu den Siemens-Schaltern. Doch ein deutscher Uno-Mitarbeiter wurde in den alten Zeitungsberichten über die Suche nach Massenvernichtungswaffen mehrmals erwähnt: Norbert Reinecke, ein Spezialist der Bundeswehr. Er war über viele Jahre hinweg als Waffeninspektor der Vereinten Nationen im Irak. Dort hatte er maßgeblich dazu beigetragen, das irakische Scud-Raketenprogramm aufzudecken und zu zerstören. Gefunden hatte er auch Bauteile „made in Germany“. In Deutschland sagte er in vielen Gerichtsprozessen als Zeuge aus und half den Staatsanwälten mehrere deutsche Firmen zu überführen, die Raketentechnologie illegal an den Irak verkauft hatten. Dieser Norbert Reinecke sollte unser Experte sein. Der Presse- und Informationsstab des Bundesverteidigungsministeriums genehmigte uns nach verschiedenen Vorgesprächen schließlich ein Interview. An einem geheim zu haltenden Bundeswehrstandort trafen wir den Waffeninspektor. Reinecke und das Team von REPORT MAINZ wurden durch zwei so genannte „Beobachter“ ständig überwacht. Fragen zu bestimmten Firmen waren nicht zulässig. Als wir doch auf Siemens zu sprechen kamen, unterbrach einer der „Beobachter“ sofort das Gespräch. Nach dem Interview wurde das gesamte aufgenommene Material nochmals von Reinecke und den Aufpassern kontrolliert. Mehrere Stellen muss-

ten an Ort und Stelle gelöscht werden. Andernfalls wäre das gesamte Interview nicht autorisiert worden. Wir mussten die verbotene Frage nach dem Verhalten von Siemens noch einmal stellen, ohne den Firmennamen zu erwähnen. Die Frage lautete dann: „Wie denken Sie denn von diesen Firmen, die wissen, das kann militärisch missbraucht werden und liefern trotzdem? Was halten Sie von diesen Firmen?“ Reineckes Antwort: „Ja, das ist völlig klar. Diese Firmen machen sich schuldig, an einer Aufrüstung, möglichen Aufrüstung des Irak, mit verbotenen Waffen und wie gesagt, es geht ja hier nicht um normale Waffen, sondern um Massenvernichtungsmittel“. Es war klar, auf welche Firma sich diese Frage bezog.

Inzwischen hatten wir sowohl von der Siemens AG als auch von Gary Milhollin Dokumente mit vielen Einzelheiten über die Zünder, den Verkauf und ihre Verwendungsmöglichkeiten. Eine **Auswertung** dieser Informationen stand an. *Alle zugänglichen Informationen müssen ausgewertet werden. Wo gibt es Widersprüche? Wo werden andere Aussagen bestätigt? Was führt weiter? Welche Fragen ergeben sich aus dem Material?* Siemens machte beispielsweise detaillierte Angaben zum Genehmigungsweg sowie zum zeitlichen Ablauf des Verfahrens. Diese Angaben glichen wir ab mit Aussagen aus dem Bundesausfuhramt und dem Zollkriminalamt. Soweit wir das überprüfen konnten, waren die Beschreibungen wohl richtig.

Die Zahl der Patienten, die mit den Geräten zur Nierensteinertrümmerung im Irak behandelt worden waren, hatte ein Siemens Sprecher dagegen viel zu hoch angegeben. Das ging aus den Unterlagen hervor, die er uns selbst gegeben hatte. Auf telefonische Rückfrage räumte er den Fehler ein.

In den Unterlagen von Gary Milhollin fand sich ein interessantes Dokument: Der Bericht der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) über die 13. Vor-Ort-Inspektion im Irak vom 14. Juli 1992. Darin erwähnten die Inspektoren den Fund von Präzisionsschaltern in einer verdächtigen Atomanlage. Es handelte sich um etwa 40 solche „fast switches“, wie sie zur Zündung von Atomwaffen verwendet werden. Hersteller waren dem Bericht zufolge der französische Militärkonzern Thomson CSF und die deutsche Firma Siemens.

Auf Nachfrage bestätigte uns die Pressestelle der IAEA in Wien den Fund aus dem Jahr 1992. Die Behörden waren also gewarnt. Schon einmal hatte der Irak die fraglichen Schalter für sein Atomprogramm verwendet.

Die Behauptung des Bundesausfuhramtes, es lägen keine Hinweise auf einen Missbrauch der Schalter vor, erwies sich damit als fragwürdig.

Siemens bestritt, von dem brisanten Fund der Waffeninspektoren gewusst zu haben.

Jetzt war es Zeit für eine neue **Überprüfung** der Siemens Argumente. *Bis zuletzt müssen alle vorgebrachten Argumente überprüft werden. Der Betroffene soll mit den Vorwürfen direkt konfrontiert werden.* Im Interview konfrontierten wir Ulrich Krips, den Leiter der Corporate Communications bei Siemens Medical Solutions mit dem Vorwurf, die Schalter könnten zur Zündung von Atomwaffen verwendet werden. Krips antwortete. „Das halte ich für eine Mär. Die Fachleute unter uns haben mir also glaubhaft versichert, dass solch ein Teil durchaus ungeeignet ist für den Zweck, den Sie gerade angesprochen haben, sondern dass viel, viel höhere Energien nötig sind, um so etwas zu tun. Also da hab' ich überhaupt keine Bedenken.“

Gleichzeitig konfrontierten wir Gary Milhollin in Washington im Interview mit der Darstellung der Siemens AG. Milhollin erklärte: „Es gab verschiedene irakische Atombombenentwürfe. Der neueste sieht nur einen einzigen Schalter für die Zündung vor. Siemens lieferte also genug Schalter für ein kleines Arsenal.“ Dies deckte sich mit den Aussagen des Experten vom Zollkriminalamt und des amerikanischen Nuklearwaffenexperten Chaim Braun.

Gegen Ende des Interviews änderte Ulrich Krips seine Argumentationslinie. Obwohl doch die Schalter als Atombombenzünder aus seiner Sicht ungeeignet waren, schien es ihm wichtig zu sein, dass Siemens im Irak stets die Kontrolle über diese Funkenstrecken behalte. Im Interview behauptet Krips: „Jedes dieser Geräte hat eine solche Funkenstrecke in sich und wir wissen definitiv, dass diese auch nach wie vor in unseren Lithotriptern (Nierensteinzertrümmerer) sind.“

Milhollin bezweifelte diese lückenlose Kontrolle. „Solange niemand neben der Maschine steht, hat Siemens keine Möglichkeit, herauszufinden, ob die Schalter aus den Geräten herausgenommen wurden, um an Atomwaffen zu arbeiten und danach wieder in die Maschine eingebaut wurden oder an Siemens zurückgehen.“

Wir fragten Ulrich Krips, wie der Konzern gewährleiste, dass die Schalter nicht zweckentfremdet werden. Krips gab an, „Siemens-Leute“ hätten die Wartung der medizinischen Geräte übernommen, die sich im Irak befinden. Später räumte er ein, dass es sich bei den „Siemens-Leuten“ um eine irakische Firma handelt, die im Auftrag von Siemens die Geräte prüft und wartet.

*Recherche hat Ähnlichkeit mit den Ermittlungen einer Staatsanwaltschaft. Sie geht einem Anfangsverdacht nach. Sie sucht belastendes aber auch entlastendes Material, fahndet nach Experten wie nach Kronzeugen. Sie muss im Zweifelsfall gerichtsfeste Belege zusammentragen um eine Anklage erheben zu können. Mindestens in einem Punkt unterscheidet sich die Recherche aber von der Ermittlung. Sie geht nicht der juristischen Frage nach, hat jemand illegal gehandelt, sondern zunächst der Frage nach der Legitimität einer Handlung. Für*

*mich ist eine Recherche besonders spannend, wenn beides auseinander klafft. Das gibt es: Manchmal tut jemand völlig legal etwas Schlimmes.*

Ulrich Krips schrieb nach der Sendung einen Beschwerdebrief an den ARD-Vorsitzenden Fritz Pleitgen. Der Redaktion warf er „tendenziöse und skandalöse Berichterstattung“ vor. Die erhobenen Vorwürfen hatte er dabei mit keinem Wort bestritten. Worte wie „Zünder“ oder „Atomwaffe“ tauchten in seinem Brief gar nicht auf. Vielmehr beklagte er sich über den „schweren Imageschaden“ für Siemens, den der Beitrag hervorgerufen habe. „Durch den erlittenen Vertrauensverlust“, so Ulrich Krips „befürchten wir eine entsprechende Reaktion unserer Kunden.“

## Ein Anruf bei der CIA

### Eine Recherchebericht

*Von John Goetz*

Vor dem Beginn der amerikanischen Intervention im Irak wurde eine lange diplomatische Auseinandersetzung über die Legitimation einer solchen Mission geführt. Es kam zum Zerwürfnis zwischen Teilen Europas und den Vereinigten Staaten, weil die Stichhaltigkeit der Gründe, die Amerika für einen Krieg ins Feld führte, angezweifelt wurde. Dass es in der Irak-Frage auch Meinungsverschiedenheiten zwischen dem State Department (Außenministerium) und dem Weißen Haus gab, wurde in deutschen Medien häufiger berichtet. Im Februar 2003, nach einer erregten Debatte im Senate Intelligence Committee, dem Geheimdienstausschuss des Senats, meldeten schließlich mehrere US-Zeitungen, dass der Kriegskurs des US-Präsidenten der CIA zunehmend Bauchschmerzen bereite. Aufmerksam gemacht wurde ich darauf von Gabriel Kolko, einem amerikanischen Historiker, der sich auf Kriegsgeschichte spezialisiert hat: „Sollte dieser Krieg noch verhindert werden, dann nur aufgrund des Widerstandes hoher Militärs oder der Geheimdienste.“

Ich bin selbst Amerikaner, lebe aber seit vierzehn Jahren in Deutschland. Als ich bei einem Essen mit Kollegen in Berlin erwähnte, dass die CIA gegen einen Krieg im Irak sei, sahen mich die Anwesenden mit großen Augen an: „Ausgerechnet die CIA? Die Inkarnation des Bösen?“ Erst da fiel mir auf, dass die distanziertere Haltung der US-Geheimdienste zum Irak-Krieg in Deutschland offensichtlich unbekannt war.

Ich diskutierte darüber mit Volker Steinhoff, einem Redakteur bei Panorama, mit dem ich wiederholt zusammengearbeitet hatte. Wir wollten einen Bericht machen, der sich mit den Lügen von George W. Bush vor dem Hintergrund des heraufziehenden Krieges befasste. Unklar war nur, wie der Schwerpunkt bei diesem Thema zu setzen wäre. Wir hatten in einem Artikel von Paul Krugman in der New York Times vom 18. Februar 2003 gelesen, dass eine Mehrheit der Amerikaner Saddam Hussein mit den Anschlägen vom 11. September in Verbindung brächte und standen vor der Wahl: Sollten wir „Die Al-Qaida-Lüge“ machen, also über die groß angelegte Gehirnwäsche der amerikanischen Bevölkerung berichten, oder doch lieber „CIA gegen den Krieg“?

Ich begann zu recherchieren. Zuerst sprach ich mit dem ehemaligen CIA-Mann David MacMichael. MacMichael war mit der Auswertung von Informationen über Südamerika beschäftigt gewesen und galt als kritischer Kopf. Ich kannte ihn durch seine Veröffentlichungen in der New York Times. Nach seiner Pensionierung reiste MacMichael durch die USA und hielt Vorträge an Universitäten, in denen er gegen eine Rekrutierung von Studenten für die CIA aufrief. Seiner Ansicht nach schlossen sich Wissenschaft und Geheimdienst kategorisch aus, weil beide grundverschieden arbeiten: Der akademische Diskurs stützt sich auf die Angabe von Quellen, während deren Geheimhaltung oberste Priorität der Dienste ist.

MacMichael bestätigte die These vom zunehmenden Missmut der CIA. Von noch aktiven Kollegen hatte er erfahren, dass die Unzufriedenheit mit der Bush-Regierung in der Behörde wuchs. Sie war vor allem auf den Umgang mit Informationen zurückzuführen. „Ich denke wirklich, dass das Weiße Haus die Geheimdienste unter Druck setzt, nicht vorhandene Beweise zu liefern, Beweise für eine unmittelbare Bedrohung durch einen terroristischen Angriff mit chemischen, biologischen oder anderen Massenvernichtungswaffen und für eine Verbindung Al-Qaidas mit dem Irak.“

Meine Gespräche mit David MacMichael führten noch zu einer weiteren Überlegung für den Beitrag. MacMichael kannte aus seiner Dienstzeit unzählige Fälle, bei denen „Beweise“, die später politisches Handeln legitimierten, dem Erfindungsreichtum der CIA zu verdanken waren; er hatte darüber in einem Artikel berichtet („The Stakes in the Search for Weapons of Mass Destruction“, zu finden unter <http://www.veteransforcommonsense.org>). Wenn die CIA keine Beweise für Gründe findet, die politisches Engagement ermöglichten, dann erfand sie eben welche – eine Art Konstante der amerikanischen Sicherheitspolitik. Sollte das unser Thema sein: „Bush, die CIA und die Fälschung von Beweisen“? Die Arbeit an einem Beitrag verläuft selten geradlinig; oft findet sich das eigentliche Thema erst während der Recherche.

MacMichaels Erzählungen boten reichlich Stoff. So waren 1954 erfundene Beweismittel von zentraler Bedeutung für den Putsch gegen die Arbenz-Regierung in Guatemala. Arbenz stand im Verdacht, ein Sympathisant des Kommunismus zu sein. Der damalige US-Präsident Eisenhower beauftragte die CIA, den Regierungschef mit Hilfe einer Gruppe von Exil-Guatemalteken zu stürzen. Als Begründung dienten sowjetische Waffen, die man angeblich in Nicaragua gefunden hatte und die auf einen möglichen Einmarsch von Arbenz' Truppen schließen lassen sollten. Tatsächlich aber hatte die CIA die Waffen in Nicaragua deponiert.

---

1982 suchte die Reagan-Regierung nach einem Grund, die nicaraguanischen Sandinisten zu diskreditieren, die mit der Machtübernahme 1979 große Sympathie bei der Jugend der westlichen Welt hervorgerufen hatte. Man kam auf die Idee, die junge linke Regierung mit Kokainhandel in Verbindung zu bringen. Dafür wurde eigens Barry Seal, ein verurteilter Drogenschmuggler, aus der Haft entlassen. Der scheinbare Drogenkurier Seal täuschte in Nicaragua einen Absturz mit einem Flugzeug voll Kokain vor, der die Machenschaften der Sandinisten ans Tageslicht bringen sollte. Noch am Abend von Seals getürkter Bruchlandung trat Ronald Reagan vor die Fernsehkameras, um die Weltöffentlichkeit über die schmutzigen Geschäfte der nicaraguanischen Regierung aufzuklären. In einem Untersuchungsausschuss kam später heraus, dass diese Geschäfte in dem Büro von CIA-Chef William Casey erfunden worden waren.

Am 11. September 1990 legte George Bush senior in einer bedeutenden Rede vor dem US-Congress Argumente für den damaligen Krieg gegen Irak dar. Bush erklärte, Satelliten-Bilder würden beweisen, dass „120 000 irakische Soldaten mit 850 Panzern in Kuwait eingefallen sind und sich weiter südwärts bewegten, um Saudi Arabien zu bedrohen.“ Später hat der Journalist Jean Heller in der St. Petersburg Times die Aussagen von Bush mit Fotos eines privaten Satelliten verglichen. Ein großer Aufmarsch von irakischen Truppen war nicht zu erkennen.

Aber: So interessant diese Fälle waren (und er hatte viel mehr), sie unterscheiden sich in einem wichtigen Punkt von der aktuellen Lage. Alle diese politischen Operationen sahen sich einer Opposition in den Vereinigten Staaten gegenüber. Im Fall Nicaraguas hatte der US-Congress schon gegen eine weitere Finanzierung der amerikatreuen Contras gestimmt, für den ersten Golfkrieg fand sich im US-Senat nur die Mehrheit von einer Stimme.

Seit dem 11. September 2001 hat sich die Situation grundlegend gewandelt. Die inneramerikanischen Kritiker sind verstummt. Die Demokraten haben im Kampf gegen den „Terrorismus“ beinahe alle Entscheidungen der Bush-Regierung mitgetragen, ohne dass Überzeugungsarbeit durch die Geheimdienste nötig gewesen wäre. Selbst Bob Graham, einer der möglichen Präsidentschaftskandidaten der Demokratischen Partei, der gegen den Krieg gestimmt hat, begründete seine Haltung damit, dass ein Krieg gegen Syrien viel effektiver wäre.

Die veränderte Lage in den USA hatte zur Folge, dass sich Widerstand nicht länger parteipolitisch artikuliert, sondern lediglich innerhalb der Behörden: in Teilen des State Department, bei den Militärs und in der CIA. Nach langer Überlegung kam ich mit Volker Steinhoff deshalb zu dem Schluss, den Beitrag „CIA gegen den Krieg“ zu machen. Die neue Qualität des Irak-Konflikts bestand weniger in der Tatsache, dass die CIA die Politik eines US-Präsidenten mit erfundenen

Beweisen legitimierte, sondern dass die Institutionen, denen in der Vergangenheit kein Mittel zu verweigen war, um die Politik des Weißen Hauses zu unterstützen, diesmal ihre Zustimmung versagten.

Am Ende stellten wir in unserem Panorama-Beitrag die These auf: Bush fordert immer neue Beweise zur Legitimierung eines Krieges, und die CIA weigert sich, sie zu liefern. Wichtig in einem Beitrag ist immer, welche Polarisierung man setzt. In den USA wurde die Geschichte vornehmlich unter der Überschrift „Widersprüche innerhalb des Geheimdienstes“ gebracht. Man kann die Fakten so oder so lesen, doch ich glaube, dass unsere Akzentuierung korrekter und eindeutiger war: Die Unstimmigkeiten in der CIA waren kein internes Problem des Geheimdienst, sondern resultierten aus der Art und Weise, wie die Bush-Regierung ihre politischen Ziele verfolgte.

In der Panorama-Redaktion waren die Kollegen zunächst baff: Ihr wollt CIA-Leute vor die Kamera bekommen? Uns wurde etwas mulmig. Würden wir tatsächlich leitende CIA-Mitarbeiter vor die Kamera bekommen oder solche, die im Irak aktiv gewesen waren? David MacMichael ist eine tolle Quelle, aber mit dem Irak hatte er während seiner Berufszeit nicht viel zu tun gehabt.

Die Zweifel der Panorama-Kollegen waren nicht unbegründet. In Deutschland brechen ehemalige Geheimdienstleute nur selten ihr Schweigen. Die Loyalität gegenüber dem Staat ist, zumindest in dieser Beziehung, sehr stark. In den USA hingegen gibt es eine Tradition von *whistleblowern* – Insider, die wegen bestimmter Missstände in ihrem Umfeld an die Öffentlichkeit gehen. Das wird weder als Landesverrat noch als moralisch verwerflich betrachtet, denn es gilt als legitim, den Staat auch von innen heraus zu kritisieren. Da ich diese Mentalität kannte, war ich eigentlich nicht allzu pessimistisch, auskunftsbereite Geheimdienst-Leute zu finden.

Zuerst wandte ich mich an William Christison, einen ehemaligen CIA-Mann, der heute im Vorstand von „Veteran Intelligence Professionals for Sanity“ sitzt. Die Organisation von pensionierten Geheimdienstmitarbeitern hatte sich kritisch gegenüber der Bush-Regierung geäußert. Auf Christison war ich dank eines interessanten Artikels gestoßen, den er in der Internet-Zeitschrift „Counterpunch“ veröffentlicht hatte. Christison zeigte sich bereit, vor der Kamera über die Missstimmung innerhalb der CIA Auskunft zu geben, aber er wohnte in Santa Fe und um dorthin zu fliegen, reichte weder die Zeit noch das Geld. Er empfahl uns Raymond McGovern in Washington.

Wie gut dieser Tipp tatsächlich war, sollte ich erst später begreifen. McGovern gab sich sehr freundlich, fand unsere Recherchen unterstützenswert und konsultierte vor dem Interview noch ehemalige Kollegen. Dass er zudem flexibel war, uns immer zur Verfügung stand, machte mich hingegen etwas misstrauisch. Wer

---

so leicht zugänglich ist im von seiner politischen Bedeutung überzeugten Washington, kann nicht sonderlich wichtig sein, dachte ich. Doch am Tag, als das Interview stattfand, erfuhr ich: McGovern war derjenige Geheimdienst-Mitarbeiter gewesen, der George Bush senior jahrelang den täglichen Bericht erstattet hatte. Für McGovern gab es auch als CIA-Mann ein Berufsethos: „You shall know the truth and the truth shall set you free.“ Die auf Lügen aufgebaute Politik von Bush junior traf bei ihm folglich auf Unverständnis. „Er prostituiert die Informationen“, empörte sich McGovern über einen Präsidenten, der nach seinem Dafürhalten „jungfräuliche“ Geheimdienstkenntnisse instrumentalisierte und missbrauchte. McGoverns CIA-Kollegen hatten sich über Verteidigungsminister Rumsfeld beklagt, der eine Art privaten Geheimdienst aufgebaut hatte. Noch stärker stieß ihnen und McGovern allerdings das Verhalten des CIA-Chefs Tenet auf, der Rumsfeld und seinem Trupp aus Anwälten und PR-Managern neueste Informationen zur eigenen Auswertung überließ.

Unser Beitrag nahm Kontur an. Während Bush am 7. Oktober 2002 davon geredet hatte, „der Irak könnte jederzeit biologische oder chemische Waffen an Terroristen geben“, lag uns ein Brief von CIA-Chef George Tenet vor, der - auf den gleichen Tag datiert - ein ganz anderes Bild zeichnete. „Bagdad scheint sich bisher klar abzugrenzen gegenüber terroristischen Anschlägen“, hieß es da. Raymond McGovern folgerte daraus, dass die Verbindung zwischen dem Irak und Terroristen erlogen war. „Die Ethik der CIA entspricht unserem Motto: Du sollst die Wahrheit suchen. Wenn wir also keine Beweise für eine Verbindung des Irak mit Terroristen sehen, schreiben wir so etwas auch nicht.“ Und während Bush davon sprach, dass Saddam kurz davor wäre, die Atombombe zu bekommen – „Wir können natürlich warten und hoffen, dass Saddam seine Waffen nicht an Terroristen gibt oder die Welt mit einer Atombombe erpresst. Aber das widerspricht allen Fakten“ - relativierte McGovern: „Laut Bush können die Iraker innerhalb eines Jahres Atombomben bauen. Dabei dauert das nach der offiziellen Geheimdienstschätzung mindestens zehn Jahre. Man fragt sich also, woher der Präsident seine Informationen bekommt. Ich will ihm nicht Unehrllichkeit vorwerfen, aber wie kann er so naiv sein und zu Rumsfeld oder Wolfowitz gehen und erwarten, eine ehrliche Antwort zu bekommen (...) Der logische Schluss ist: Die Geheimdienstinformation wurde frisiert, nach dem Willen der Politik. Und das ist für einen Geheimdienst ein Unding. Das ist die verbotene Zone, das macht es überflüssig, überhaupt einen Geheimdienst zu haben.“

Auch unser zweiter CIA-Interviewpartner Robert Baer war nicht schwer zu finden. Er hatte ein international sehr erfolgreiches Buch über seine Zeit als CIA-Agent im Nahen Osten geschrieben. Die größte Schwierigkeit bestand darin, seine Telefonnummer herauszubekommen. Robert Baer war für uns wichtig, weil

er anders als der Analyst McGovern tatsächlich im Irak gewesen war. Er soll sich insgesamt etwa zwanzig Jahre lang im Nahen Osten aufgehalten haben und gilt als exzellenter Kenner der dortigen Terrorszene. Ich fand es wichtig, Stimmen aus beiden Teilen der CIA einzufangen - aus dem analytischen und dem operativen Bereich. Baer war anfänglich sehr wortkarg in seinen E-Mails. Ich wollte sicher sein, dass es sich lohnt, zu ihm nach Los Angeles zu fliegen und fragte ihn direkt, wie Bush mit Geheimdiensterkenntnissen umgehe. Er antwortete in einem Satz: „They’re cooking the books.“ Das ist nur schwer ins Deutsche zu übersetzen. Die Bücher kochen bedeutet, sie zu fälschen. Man frisiert Beweise.

Als ich in Los Angeles eingetroffen war, zeigte sich auch Baer verärgert über Rumsfelds neue Geheimtruppe. „Die CIA hat immer gesagt: Hört mal, es gibt zu wenig Erkenntnisse, um Saddam Terrorismus vorzuwerfen. Doch Rumsfeld entgegnete nur: Das ist nicht gut genug. Gebt uns einfach, was ihr habt, wir entscheiden selbst.“ Baer bestätigte McGovern’s Aussagen, wonach Rumsfelds Leute Geheimdiensterkenntnisse in ihrem Sinne interpretierten: „Lasst uns dies nehmen oder das da, schon haben wir die Anklage fertig.“

Punkt für Punkt ging ich während des Interviews mit Baer verschiedene Passagen der Bush-Rede vom 7. Oktober 2002 durch. Ich las ihm die Kriegsgründe vor, und oftmals unterbrach er mich schon mitten im Satz: „Was für ein Quatsch, was für ein Unsinn.“ Als Nahostexperte, erzählte Baer nach unserem Treffen, werde er fast jeden Tag von ABC oder NBC angerufen. „Aber solche Fragen wurden mir noch nie gestellt.“

In den USA gibt es kein öffentlich-rechtliches Fernsehen, die Medienbranche ist rein kommerziell ausgerichtet. Das ist einer der Gründe, warum die Amerikaner so schlecht informiert sind. Das soll nicht heißen, dass es in den USA keine Meinungsvielfalt gäbe. Man kann die besten Zeitungen der Welt machen, die Los Angeles Times oder die Washington Post, aber der Aufklärung der Bevölkerung ist nicht gedient, wenn die dort gelieferten Informationen nur kleine Teile der Öffentlichkeit erreichen. Die zentrale Frage lautet: Was wird im Mainstream diskutiert? Was wird wahrgenommen, was ist interessant? Und was passiert, wenn keine populäre Informationsquelle zur Verfügung steht, die sich einer gewissen Neutralität, Objektivität oder einem Berufsethos verpflichtet fühlt?

In Deutschland wird das öffentlich-rechtliche Fernsehen als eine gemeinnützige Dienstleistung gesehen, vergleichbar mit der Feuerwehr. Das hat - bei aller Kritik, die sich ARD und ZDF seit dem Aufkommen des Privatfernsehens gefallen lassen müssen - wesentliche Vorteile. Um sich diese bewusst zu machen, muss man sich nur vorstellen, wir würden allein von Sat1 und RTL informiert. Wenn die Hauptinformationsquelle unserer Tage das Fernsehen ist, kann die kommerzielle Unabhängigkeit von ARD und ZDF nicht hoch genug geschätzt werden.

---

Die fatale Breitenwirkung der Informationskultur in den USA bestätigten die Straßenumfragen, die wir in Kalifornien und Washington zum Thema „Irak und Terrorismus“ machten. Auf die Frage: „Hat Saddam etwas mit dem 11. September zu tun?“, bekam ich Antworten wie: „Saddam Hussein hat noch sehr viel mehr gemacht. Wir sollten nicht vergessen, was in New York passiert ist.“ Oder: „Ich würde gern annehmen, dass Saddam nicht hinter dem Anschlag steckt. Aber ich glaube doch, dass er es tut.“ Oder: „Er hatte wahrscheinlich viel damit zu tun, er hat die Terroristen unterstützt.“ Natürlich ergeben solche zufälligen Straßenterviews kein Meinungsbild. Doch die Antworten deckten sich mit den Ergebnissen der repräsentativen Erhebungen von mehreren Meinungsforschungsinstituten, etwa das PEW oder Knight Ridder. Und um nichts anderes ging es uns: Wir wollten zeigen, dass ein Großteil der Amerikaner erfolgreich manipuliert wurde. Eine ironische Fußnote dieser Umfragen und zugleich ein Sinnbild für die fehlgeleitete Anti-Amerikanismus-Debatte waren die Ansichten amerikanischer Kollegen. Als sie mitbekamen, dass wir nach Antworten suchten, die die offizielle Propaganda widerspiegeln, vermuteten sie hinter unserem Beitrag einen anti-amerikanischen Film. Das erstaunte mich sehr: Im gegenwärtigen Amerika sind CIA-Männer kritischer als manche Journalisten.

Ich würde gern noch davon berichten, welch großartige investigative Leistung es war, den Brief des CIA-Chefs George Tenet an das Senate Intelligence Committee zu bekommen - das Fundament unseres Beitrages. Immerhin handelte es sich dabei um ein Geheimdokument, das wir exklusiv in Deutschland hatten. Doch leider verlief alles wenig glamourös: Ich rief die Pressesprecherin eines Mitglieds des Senate Intelligence Committee an. Sie hatte, wie sich herausstellte, früher einmal in Berlin gelebt. Die Frau war sehr freundlich, wir sprachen über die Eigenheiten der Bezirke Prenzlauer Berg und Friedrichshain, und drei Minuten später lag der Brief in meinem Faxgerät. In der Panorama-Redaktion waren alle ganz beeindruckt: Wahnsinn, ein CIA-Papier. Ich erwähnte nicht, wie leicht es zu bekommen war.

## Gladio: Späte Spuren einer NATO-Geheimarmee

*Von???*

„Wir haben da was für Sie.“ Der Anruf der Birthler-Behörde kam überraschend und zwölf Jahre nach dem Beginn einer Recherche. Die Suche nach den Spuren der geheimen NATO-Untergrundtruppe „Gladio“ war lange Zeit erfolglos gewesen und förderte nun Dokumente zutage, die ich längst nicht mehr erwartet hatte. Aber der Reihe nach.

Im Oktober 1990 schreckt der ehemalige Ministerpräsident Giulio Andreotti die europäischen Sicherheitskreise auf. Andreotti enthüllt die Existenz einer bis dahin geheimgehaltenen Partisanenarmee, die ohne Wissen der Parlamente in ganz Europa jahrzehntelang im Untergrund operiert hatte. In Italien kam Ungeheures zutage:

„Gladio“, das Kurzschwert, bestand aus mehreren hundert Mitgliedern, die zum Teil auch zum Verschwörerkreis der Loge P 2 gehörten. P 2 hatte wie eine Schattenregierung die italienische Politik gesteuert. Das Rückgrat von „Gladio“ waren stramme Antikommunisten, die im Fall einer sowjetischen Besetzung Italiens Sabotageakte verüben sollten. „Gladio“ unterhielt geheime Waffenlager, existierte also als bewaffnete Truppe außerhalb jeder parlamentarischen Kontrolle. Noch bedenklicher war aber, dass die Gladiatoren wohl ursprünglich vom US-Geheimdienst rekrutiert worden waren, um im Fall einer kommunistischen Regierungsbeteiligung einen Rechtsputsch herbeizuführen. Im Klartext: „Gladio“ sollte einen Untergrundkrieg gegen eine gewählte Regierung führen, falls diese den USA nicht genehm war.

Für „Stern-TV“, das damals noch ein Magazin mit politischem Anspruch war, begannen Luzia Braun, Helmut Lorscheid, Leo Müller und ich die Suche nach parallelen „Gladio“-Strukturen in Deutschland. Die damalige Bundesregierung leugnete sofort nach Bekanntwerden der italienischen „Gladio“-Truppe die Existenz einer deutschen Untergrundarmee, um dann wenig später kleinlaut zugeben zu müssen, dass sie unter dem Namen „Stay-Behind-Organisation“ sehr wohl in Deutschland seit Jahrzehnten bestand.

Jetzt war Schadensbegrenzung angesagt: Sämtliche Akten bis 1977 seien verschwunden, so die Regierung Kohl. Obwohl man angeblich nichts über 30 Jahre Untergrundtätigkeit des deutschen „Gladio“-Ablegers wusste, schloss die Bundesregierung aber kategorisch einen Sabotageauftrag der Truppe aus, auch Waffenlager bestünden längst nicht mehr.

---

Eine schwierige Rechercituation: schriftliche Belege aus dem Regierungsapparat waren kaum zu bekommen, da die Regierung die Existenz der Dokumente bestritt, sie schlimmstenfalls also beiseite geschafft hatte. Und es handelte sich um eine Organisation, die vom Militär und vom Geheimdienst, in diesem Fall dem BND, aufgebaut und geführt worden war. Kaum zu erwarten, dass Insider auspacken würden, wie es in Italien der Fall gewesen war. Andreotti hatte „Gladio“ nur enthüllt, um sich vom Verdacht der Mafiatätigkeit und der Verwicklung in politisch motivierte Morde reinzuwaschen. Kein Politiker oder ex-Politiker in Deutschland stand unter derartigem Druck.

Uns erschien es merkwürdig, dass die deutsche Schattenarmee so viel harmloser sein sollte als die unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg vom US-Geheimdienst initiierte „Gladio“-Truppe im Nachbarland Italien. Wir trugen also in einer ersten Recherchephase Widersprüche in den Erklärungen der Regierungen von NATO-Ländern und „neutralen“ Staaten wie Österreich zusammen und verglichen sie mit durch den „Freedom of Information Act“ zugänglichen US-Quellen, die zu einer ganz anderen Darstellung kamen. Während die meisten europäischen Regierungen die jeweilige Geheimarmee als ein Häufchen Funkamateure schilderten, die in einem angenommenen Kriegsfall abgeschossene Piloten bergen sollten, hatten die US-Dokumente ganz andere Ziele für die Untergrundarmee definiert. Die Direktive NSC 10/2 des Nationalen Sicherheitsrates der USA vom 18. Juni 1948 sprach von „Propaganda, Wirtschaftskrieg, Sabotage, Zerstörung und Evakuierungsmaßnahmen“, sah „Subversion in feindlichen Staaten“ und „Unterstützung einheimischer anti-kommunistischer Kräfte in bedrohten Ländern der westlichen Welt“ vor.

Um weiter zu kommen, suchten wir systematisch nach Interessengegensätzen der „Stay-Behind“-Insider. Die deutsche Partisanenarmee existierte sowohl unter SPD/FDP-geführten wie unter CDU/CSU/FDP-Regierungen. Wir suchten nach ehemaligen Geheimdienstkoordinatoren, nach Insidern aus der „Parlamentarischen Kontrollkommission“. Doch das Schweigenetz bundesdeutscher Politiker von CDU/CSU bis SPD hielt: Niemand wollte Näheres über die „Stay-Behind-Organisation“ gewusst haben. Auch die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) des Bundestages gaben sich mit einer dürftigen Auskunft des Bundesnachrichtendienstes zufrieden, nach der die nur knapp hundertköpfige Truppe lediglich Funk- und Schleungsaufträge gehabt hätte und derzeit aufgelöst würde. Der damalige Kanzleramtsminister Lutz Stavenhagen war schließlich zu einem Interview mit „Stern-TV“ bereit, wich aber keinen Millimeter von der Linie ab, die die Bundesregierung gegenüber den Parlamentariern eingenommen hatte.

Leo Müller und Helmut Lorscheid erinnerten sich aber an zurückliegende Recherchen über eine rätselhafte Untergrundtruppe, die Anfang der fünfziger Jahre aufgelöst war: Die so genannte „Organisation Peters“, auch bekannt als „Technischer Dienst“ des „Bundes Deutscher Jugend“ (BDJ), war ab 1951 auf einem US-Truppenübungsplatz im Partisanenkampf ausgebildet worden. Ein Trupp ehemaliger Waffen-SS-Offiziere war vom Amerikaner Sterling Garwood für den Guerillakrieg trainiert worden. Der hessische Verfassungsschutz stufte die Truppe seinerzeit als rechtsextrem ein und fand bei einer Hausdurchsuchung Todeslisten mit den Namen zahlreicher Sozialdemokraten, die die „Organisation Peters“ im Fall eines sowjetischen Einmarsches liquidieren wollte:

Sozialdemokraten, die im 3. Reich verfolgt worden waren und der rechten Partisanentruppe als potenzielle Sowjet-Kollaborateure galten.

Tatsächlich gelang es uns, einen der „Partisanen“ ausfindig zu machen und zum Sprechen zu bringen. Dieter von Glahn, ehemaliger Abwehroffizier der NS-Wehrmacht und bis in die 90er Jahre in rechtsradikalen Kreisen tätig, bestätigte uns, dass die „Organisation Peters“ Vorläufer der „Stay-Behind-Organisation“ war, in Stellung gebracht vom US-Geheimdienst, um kommunistische Tendenzen in Westeuropa mit allen Mitteln zu verhindern. „Natürlich gab es unter Sozialdemokraten faule Eier“, rechtfertigte von Glahn die Todeslisten. Er bestritt, dass die „unsicheren Kantonisten“ ermordet werden sollten – man habe lediglich vorgehabt, sie zu „internieren“. Eine abenteuerliche Erklärung: Wie sollte eine Partisanentruppe in einer von den Sowjets besetzten Bundesrepublik Kollaborateure des neuen Regimes in Gefangenenlagern festsetzen, ohne auffällig zu werden? Klar, dass keine Bundesregierung mit diesen rechten Partisanen zu tun haben wollte und die Akten über die frühe Phase von „Stay Behind“ verschwunden waren. Doch von Glahn war in seiner Kernaussage, dass seine rechte Truppe der „Gladio“-Vorläufer war, glaubwürdig. Schließlich hatten die Amerikaner ehemalige Nazis angeworben, um die westeuropäischen Demokratien vor den Russen zu retten, weil sie in den alten Kameraden offenbar die besten Patrioten sahen.

Um die bisherige Recherche zu verifizieren, mussten weitere Belege her. Da Akten kaum zu bekommen waren, suchten wir weitere Zeugen: ein ehemaliger Mitarbeiter der CIA bestätigte uns ebenfalls, dass wir mit unserer Enthüllung richtig lagen. Wir hatten ihn bei einer anderen Recherche kennen gelernt und gingen stets misstrauisch mit seinen Informationen um. Bevor wir ihn interviewten, testeten wir seine Kenntnisse über „Gladio“, bis wir sicher sein konnten, dass er uns nicht Angelesenes aufsticht. Der Amerikaner wusste erstaunlich gut Bescheid über den Geheimdiensthintergrund der rechten Truppe und einzelne Partisanen, deren Namen bislang nur im hessischen Untersuchungsausschuss von

1952 gefallen waren. Er wurde in unserem Film unkenntlich gemacht und berichtete mit verstellter Stimme über die Rekrutierung und Finanzierung der „Organisation Peters“ durch den US-Geheimdienst.

Natürlich dementierte die Bundesregierung nach unserer Veröffentlichung heftig: Der damalige Kanzleramtsminister Stavenhagen bestritt jede Verbindung zwischen Rechtsradikalen und dem Schweigenetz „Stay Behind“. Ein Journalistenkollege denunzierte unseren Bericht, indem er in der ZDF-Sendung „Kennzeichen D“ unseren CIA-Informanten als Spezialisten für Desinformation outete und behauptete, unser Film sei daher auf Lügen aufgebaut. Der Kollege konnte offenbar nicht ertragen, dass er als selbsternannter „Geheimdienstexperte“ nicht exklusiv über „Stay Behind“ berichten konnte.

Wir fanden weitere Belege: Die Untersuchungsausschuss-Unterlagen aus Hessen aus dem Jahr 1952 führten uns zu dem Haus im Odenwald, in dem der „Technische Dienst“ Schießübungen veranstaltet hatte. Ein Zeitzeuge führte uns durch das Haus, zeigte uns den Schießstand und einen Bergwerksstollen, der ebenfalls dem Waffentraining diente. Außer den amerikanischen und hessischen Dokumenten der Nachkriegszeit hatten wir also keinerlei schriftliche Belege zur Arbeit von „Stay Behind“ in die Hände bekommen, dafür aber Zeugen gefunden, die unsere Thesen bestätigten.

Der Bundesnachrichtendienst, dessen Abteilung IV „Stay Behind“ von den Amerikanern übernommen hatte, war Anfang der neunziger Jahre kein sonderlich gesprächiger Geheimdienst. Geleitet vom Sozialdemokraten Konrad Porzner hatten weder der Dienst noch die zuständigen Geheimdienstkoordinatoren früherer Bundesregierungen Interesse daran, über die deutsche „Gladio“-Struktur auszupacken. Unsere Versuche, ehemalige Politiker und Beamte zu befragen, erwiesen sich als recht erfolglos. Bei Vorgesprächen ohne Kamera kamen wir auch bei den pensionierten Beamten nicht weiter, die das deutsche „Gladio“-Netz in seinen Anfängen eigentlich hätten kennen müssen.

Im Bundestag war das Thema nach kurzer Zeit abgehakt: Ein Antrag der Grünen auf eine Bundestagsdebatte über „Stay Behind“ wurde von Union und SPD zurückgewiesen, auch ein Untersuchungsausschuss kam nicht zustande, obwohl zahlreiche Indizien wie versteckte Budgets auch nach 1990 auf eine Weiterführung der „Stay-Behind“-Strukturen hinwiesen. Die angebliche Auflösung der Geheimtruppe Anfang 1991 erwies sich als unwahr, als die Bundesregierung auf eine kleine Anfrage hin einräumen musste, die dafür nötigen „Einzelmaßnahmen werden noch vor Ende des laufenden Jahres abgeschlossen sein“. Ganz zu schweigen vom Verdacht, dass noch immer Waffendepots der Schattenkrieger existierten und die Rolle von rechtsextremen Verfassungsfeinden in der geheimen Armee völlig ungeklärt war. Hätte es einen Untersuchungsausschuss gege-

ben, wären Akten zu „Stay Behind“ einem großen Kreis von Bundestagsabgeordneten und deren Mitarbeitern zugänglich geworden. Eine solche breite Streuung interner Akten birgt die Chance für Journalisten in sich, dass Ministerialbeamte oder andere Geheimnisträger zu Informanten der Presse werden können. Wenn dann Internes publiziert wird, ist die Spur zur Quelle nur schwer zurückzuverfolgen – zu viele Mitwisser und Verdächtige sind im Spiel. Ohne Untersuchungsausschuss war die Chance, dass Akten aus dem Kanzleramt sickerten, gleich Null. Und die Legende von den verschwundenen Akten schien kaum jemanden mehr aufzuregen. Die meisten Journalisten verloren schnell das Interesse am „Gladio“-Netzwerk, das offenbar nicht weiter recherchierbar war. Während in den Nachbarländern Untersuchungskommissionen eingesetzt wurden, geschah in der Bundesrepublik nichts. Auch eine Aufforderung des Europäischen Parlaments an alle Regierungen, die „Stay-Behind-Organisation“ parlamentarisch zu untersuchen, ignorierte Bonn einfach.

Es vergingen Jahre, bis plötzlich das allgemeine Schweigen empfindlich gestört wurde. Anfang 1996 enthüllte die amerikanische Botschafterin in Österreich einer verdutzten Regierung in Wien, dass die Amerikaner Unterlagen über unentdeckte Waffendepots gefunden hätten: Waffenlager der österreichischen „Gladio“-Filiale.

Dieser Fund und der österreichische Kollege Klaus Zellhofer halfen mir, mit dem früheren SS-Sturmchef Wilhelm Höttl ins Gespräch zu kommen. Der damals 80jährige berichtete von einem Partisanennetz in den Alpen, das er Ende 1944 für die Nazis aufgebaut hatte. Unter dem Decknamen „Pilgrim“ reaktivierten Höttl und seine Helfer wie SS-Hauptsturmführer Karl Kowarik das braune Untergrundnetz nach dem Krieg für die amerikanische „Stay Behind“-Struktur – ein weiterer Beleg für unsere These, dass die Nazi-Partisanen die Gründungsstruktur der späteren europäischen Gladio-Organisation bildeten.

Versuche, aktive oder ehemalige „Stay-Behind“-Mitarbeiter aus der Zeit nach Gründung der Bundesrepublik ausfindig zu machen, scheiterten. Doch wir waren nah dran: Eine Frau meldete sich nach einer Veröffentlichung über „Stay Behind“ bei mir, die den Nachlass ihres soeben verstorbenen Vaters sichtet und auf höchst interessante Dokumente gestoßen war. Offenbar hatten wir es mit der Hinterlassenschaft eines „Gladio“-Aktivisten zu tun. Doch über einen Telefonkontakt kam ich nicht hinaus. Die anfangs kooperative Frau wurde offenbar vom Familienrat zurückgepfiffen. Die Quelle versiegte nach mehrmonatigen Kontaktversuchen, der Ruf des toten Schattenkriegers sollte offenbar nicht beschädigt werden. Vielleicht hatte die Familie aber auch nach dem Tod des „Gladiators“ Besuch von den diskreten Herren aus Pullach bekommen.

Im Frühjahr 2000 war „Gladio“ nur noch Zeitgeschichte, als ich über die schwarzen Schweizer Konten der CDU recherchierte. Ich hatte bei der Gauck-Behörde Einsicht in die Abhörprotokolle westdeutscher Politiker beantragt und zu meinem Erstaunen Dokumente erhalten, die Telefonate der Kohl-Helfer Lüthje und Kiep über geheime Konten enthielten – belauscht von der Stasi. Als ich den Chef der MfS-Funkaufklärung Horst Männchen mit den Papieren konfrontierte und ihn zu den Lauscherfolgen interviewte, stellte ich nebenbei die Frage nach „Gladio“. Und Männchen gab mir den Tipp, in den Unterlagen der Stasi-Hauptabteilung III nach sogenannten „Überrollagenten“ zu suchen.

Zu „Gladio“ hatte die Gauck-Behörde in den bisher erschlossenen Stasi-Akten nichts gefunden – diese Recherche hatte ich bereits erfolglos in Angriff genommen. Jetzt begann eine neue Suche nach „Überrollagenten“ oder sogenannten „Schweigefunkern“. Fast zwei Jahre lang hörte ich nichts mehr von den Aktenrechercheuren in der Berliner Otto-Braun-Straße.

Im Herbst 2002 schließlich kam der überraschende Anruf der Birthler-Behörde, wie sie nun im Volksmund hieß. Man übergab mir ein Paket von knapp 400 Seiten, sorgfältig geschwärzt und bestimmt gewissenhaft vom Bundesnachrichtendienst geprüft. Das Konvolut förderte Erstaunliches zutage:

Das Ministerium für Staatssicherheit hatte 1979 während eines NATO-Manövers ein paralleles Funknetz zum bisher bekannten NATO-Netz entdeckt. Zehn Jahre lang versuchte die Stasi, die „Stay-Behind“-Mitarbeiter zu lokalisieren und zu identifizieren – mit erstaunlichem Erfolg.

Die Dechiffrierexperten des DDR-Sicherheitsdienstes hatten Mitte der siebziger Jahre Funkcodeunterlagen bei einem BND-Mitarbeiter in der DDR entdeckt und festgestellt, dass die „Gladio“-Funker dieselben Codes noch einmal benutzt hatten. Nachdem die Verschlüsselungsstruktur geknackt war, hörte die Stasi regelmäßig mit, wenn die Schattenkrieger bei Manövern ihre verschlüsselten Funkprüche absetzten. Mit Hilfe der Funkpeilung konnte das MfS über 50 Standorte der Stay-Behind-Agenten lokalisieren.

Die MfS-Unterlagen enthüllten ein bizarres Versteckspiel, das die BND-Führungsoffiziere und ihre „Stay-Behind“-Mitarbeiter zu Übungszwecken veranstalteten: jeder einzelne „Überrollagent“ hatte einen BND-Betreuer, mit dem er regelmäßig konspirative Treffen ausmachte. Das klang dann so: „Gasthof hat Ruhetag, hole Sie um 19.15 Uhr am 17.11.85 zu Hause ab.“

Persönlich oder durch verschlüsselten Funk bekamen die Schweigefunker Aufgaben, die sie meist während laufender NATO-Manöver erfüllen mussten. So sollten Funkgeräte aus toten Briefkästen geborgen oder Waldlichtungen für Hubschrauberlandungen mit Fackeln markiert werden, damit Personen aus dem „besetzten“ Gebiet herausgeschmuggelt werden konnten. Ein Postfach im

Münchner Postamt 21 im Stadtteil Laim diente als Deckadresse für den Briefverkehr zwischen den Agenten.

Die Funksprüche des Bundesnachrichtendienstes an die Agenten bestanden aus bis zu 25 Zahlengruppen, die das MfS weitgehend entschlüsseln konnte. Das MfS entwarf regelrechte Profile der Schweigefunker: Es waren im Kriegsfall ortsunabkömmliche Männer und deren Ehefrauen: Handwerker, Schleusenwärter, Feuerwehrleute, Ärzte etc., die einer Besatzungsmacht nicht sonderlich aufgefallen wären, so meinte man. Doch die Stasi-Abteilung III notierte eifrig Geburtstagswünsche der Führungsoffiziere an die „Gladio“-Agenten, erfuhr sogar versehentlich im Funk ausgesprochene Klarnamen und begann, die „Stay-Behind“-Truppe systematisch einzukreisen.

Am 7. März 1977, so die Unterlagen, ging ein verschlüsselter Funkspruch des BND an eine Agentin in Schwäbisch Gmünd:

„Liebe Frau \*\*\*\*! (in den Akten geschwärzt, d. Verf.) Dank für die gute Schmetterlingsaufnahme. Hoffe, auch Sie bald zu sehen. Freundlichen Gruß.“

Die Stasi begann sofort, die ihr nun namentlich bekannte Frau in den westdeutschen Melderegistern zu suchen. Das MfS hatte sich heimlich Zugang zu westdeutschen Polizeicomputern verschafft und lokalisierte die „Überrollagentin“ an der Bundesstraße 297 bei Lorch. Sogar den Arbeitsplatz des Ehemannes der Agentin konnte die Stasi eruieren: eine Zahnradfabrik in Schwäbisch Gmünd.

Als ich den Bundesnachrichtendienst mit den Stasi-Erkenntnissen konfrontierte, war der Geheimdienst plötzlich nach Jahren des Schweigens bereit, Auskunft über die Arbeit seiner „Überrollagenten“ zu geben. Volker Foertsch, der letzte „Stay-Behind“-Leiter des BND, der 1991 die Parlamentarische Kontrollkommission über die Auflösung der Truppe informiert hatte, durfte nun als Pensionär mit BND-Erlaubnis vor die Kamera und berichtete ausführlich über die Manöver und Einsätze der deutschen „Gladio“-Truppe.

Die Recherche einer Geheimdienstgeschichte ist eigentlich wenig erfolgversprechend. Zum einen lässt sich ein bestehender Geheimdienst nicht in die Karten blicken. Und wenn er das scheinbar tut, benutzt er Journalisten in der Regel für seine Zwecke. Im Fall „Gladio“ durfte die rechtsextreme Vorläufer-„Organisation Peters“ auf keinen Fall mit der vom BND geführten Truppe in Verbindung gebracht werden. Das gelang weitgehend durch hartnäckiges Schweigen und dank verschwundener Akten. Hier gelang uns die entscheidende Beweisführung nicht. Dass dennoch ein vielschichtiges Bild von der deutschen Geheimtruppe gezeichnet werden konnte, liegt am konsequent durchgeführten **antagonistischen Rechercheansatz**:

In allen Recherchephasen prüften wir, welcher Beteiligte welche Interessen verfolgt und wer sein Gegenspieler sein könnte. Die gegensätzlichen Interessen

von Regierung und Opposition, von CDU und SPD, von Bundesnachrichtendienst und Stasi führten zu Aussagen, die wir der jeweiligen Gegenseite vorhalten konnten, so dass die wiederum reagieren musste. Die MfS-Dokumente nötigten den BND, zur Ehrenrettung der „Stay-Behind-Organisation“ etwas zu sagen, da sonst ein negatives Bild des früheren Gegners unwidersprochen publiziert worden wäre. Die amerikanischen Dokumente und die hessischen Untersuchungsausschuss-Unterlagen aus den fünfziger Jahren machten zum einen Dementis der Bundesregierung nötig, zum anderen ermunterten sie ehemals Beteiligte, sich öffentlich zu äußern.

Natürlich ist so nur ein Bruchteil der Geheimdienstoperation „Stay Behind“ ans Licht gekommen. Und natürlich ist mir nur ein vom BND freigegebener Bruchteil des Stasi-Aktenmaterials gezeigt worden. Doch die Recherche zu „Gladio“ kann weitergehen: Die MfS-Offiziere, die die Akten führten und die in Westdeutschland „Gladio“ ausspähten, sind noch nicht kontaktiert; die „Gladio“-Kämpfer, die die Stasi einkreiste, sind bis heute nicht entdeckt. Genug Rechercheansätze, um weiter zu suchen nach der Wahrheit über die deutschen Schattenkrieger.

## Follow the networks

*von David Crawford*

Vor Jahren – während einer investigativen Recherche zur Stasi – fragte ich einmal einen Psychologen, ob es möglich sei, ein Mitglied einer verschworenen Gruppe von Freunden, wie die Mitglieder einer Stasi-Gruppe, dazu zu bewegen, einen Vertrauensschwur zu brechen. Die Antwort war aufschlussreich, “Etwas mit ins Grab zu nehmen, zeugt von Geiz”, lautete seine Antwort. “Geizige Menschen reagieren auf Geld.”

Beim Wall Street Journal können wir kein Geld anbieten, so muss ich mich nach anderen Wegen umsehen, um eine Geschichte voran zu bringen. Im Fall der Behlke-Schalter gab es eine ganze Reihe von Quellen – Leute, die normalerweise nicht mit einem Journalisten sprechen würden. Sie reden nicht, weil dies einem Vertrauensbruch gegenüber ihrem Arbeitgeber oder ihren Kunden gleich käme, weil es ihnen peinlich ist, oder weil Öffentlichkeit ihren eigenen Zielen nicht dienen würde. Doch selbst die schwierigste Quelle wird reden, wenn :

- Du als Erster an der Geschichte dran bist
- Du der Person einen Grund gibst, zu reden
- Du Fragen stellst, über die die Person reden will
- Du schon alles weißt

Gute Vorbereitung ist mein bestes und wertvollstes Werkzeug. Je schwieriger sich die Quelle erweist, desto mehr Arbeit investiere ich in die Vorbereitung, bevor ich überhaupt den ersten Anruf mache. Manchmal veröffentliche ich eine Geschichte mit Nachrichtencharakter nur, um die Aufmerksamkeit einer Person wecken, zu der ich danach Kontakt aufnehmen will. Bei meiner Berichterstattung über die Untersuchungen zum 11. September in Deutschland habe ich mehrere derartige Geschichten gemacht. Dieses Vorgehen hat natürlich die besten Erfolgsaussichten, wenn man als erster Journalist an einem Thema dran ist.

Der Rückgriff auf gut etablierte/gepflegte Netzwerke bietet die besten Chancen, erfolgreich Interviews zu arrangieren. Bei jedem Interview fragt man nach Namen für weitere Gespräche. Ich frage auch meist nach ein wenig Hintergrund, versuche zu erfahren, warum die empfohlene Person wichtig sein könnte. Ich hoffe, dass die jeweilige Empfehlung genug Information enthält, die mir

---

wiederum hilft, eine Strategie für den nächsten Gesprächspartner zu entwickeln. Oder noch besser, es gelingt mir, meinen Gesprächspartner dazu zu bewegen, die nächste Quelle selbst anzurufen und sie zu bitten, sich mit mir zu treffen. Im Fall der Behlke-Schalter habe ich mehrere Netzwerke von Quellen benutzt:

1. Experten (aus Wirtschaft und Akademiker)
2. Die Geschäftskontakte von Herrn Behlke in Deutschland und den USA
3. Behörden in Deutschland und Amerika
4. Die verdächtigen Mitglieder des Rings und ihre Kontakte in Deutschland, Singapur, China und Russland

### **Beginn auf bekanntem Territorium**

Ein Netzwerk von Freunden und guten Kontakten ist für jeden Journalisten unerlässlich. Aber auch die Leser seiner Zeitung können ein Netzwerk bilden. Bei der Behlke-Geschichte habe ich die guten Geschäftskontakte des Wall Street Journal genutzt und meine Recherche beim Deutschen Industrie und Handelstag (DIHT) begonnen. Der DIHT berät Firmen bei der Vorbereitung von Exportverkäufen. Dieses Gespräch ist nicht direkt in die Geschichte eingegangen, aber ich habe viel Neues erfahren. Und am Ende dieser Gespräche verfügte ich über eine Liste von Personen, zu denen ich Kontakt aufnehmen konnte.

Aber eine Empfehlung reicht nicht in jedem Fall aus, wie das folgende Beispiel zeigt. Mir wurde eine Person bei Siemens AG empfohlen. Als ich in München um einen Termin mit dieser Person bat, wurde ich an die Pressestelle verwiesen. Das Siemens-Büro für Öffentlichkeitsarbeit lehnte das Interview ab und ich verlor eine Quelle, noch bevor meine Recherche richtig begonnen hatte. Dagegen erscheinen Interviews mit Quellen aus dem akademischen Bereich vergleichsweise einfach. Akademiker lassen sich gern zitieren, aber sie verfügen nur selten über neue Informationen.

### **Quellen**

Quellen sind bei jeder Geschichte von zentraler Bedeutung. Die Behlke-Geschichte umfasste drei Quellen-Arten:

- Zeugen
- Ermittler
- Verdächtige

Jede dieser Quellen verlangt ein anderes Vorgehen. Im Allgemeinen beginne ich bei jeder Kategorie mit der am wenigsten wichtigen Quelle und arbeite mich dann (zur wichtigsten Quelle) vor. Dabei beginne ich mit den Zeugen, über Ermittler bis hin zu den Verdächtigen. Der wichtigste Verdächtige sollte in der Regel als Letzter ins Visier genommen werden. Dies gilt nicht, wenn man weiß, dass die Verdächtigen in engem Kontakt miteinander stehen. In diesem Fall ist zu entscheiden, wer die besten Informationen liefern könnte.

Das Ergebnis einer Ermittlung des Zollfahndungsamts Stuttgart ist geheim, doch der größte Teil davon stammt von Zeugen. Bevor ich versuchte, mit den Ermittlern oder den Verdächtigen zu sprechen, habe ich Termine mit den Hauptzeugen gemacht. Viele unterhielten eine Geschäftsbeziehung zu Herrn Behlke. Ich konnte das Netzwerk von Herrn Behlkes Geschäftskontakten nutzen, um Zeugeninterviews zu vereinbaren. Durch das Verfolgen der Kontakte habe ich mehrere neue Kontakte entdeckt, die wichtige Dokumente beibringen und neue Fakten liefern konnten. Am Ende der Zeugen-Interviews hatte ich einen Großteil der Informationen, über die die Ermittler verfügten, zusammen getragen.

Ich wollte mit diesen Interviews drei Dinge erreichen:

1. Anekdoten sammeln, um die Geschichte lebendig zu gestalten
2. Dokumente bekommen
3. Unbekannte Fakten in diesem Fall aufdecken

Bei der Geschichte um die Behlke-Schalter handelt es sich um einen Krimi. So brauchte ich auch offizielle Quellen: Polizei und Geheimdienste. Das Einholen von Informationen von Regierungsstellen erfolgt in zwei Schritten: Zuerst nehme ich Kontakt auf und vereinbare einen Termin, dann versuche ich meinen Gesprächspartner dazu zu bringen, etwas Neues zu sagen.

Einen Termin zu bekommen, ist relativ unkompliziert und wird mit jeder neuen Geschichte einfacher. Ich schicke Kopien meiner Geschichten an wichtige Pressestellen, so dass sie mit meiner Arbeit vertraut werden. Beim nachfolgenden Anruf erinnern sie sich dann mit ein wenig Glück an meinen Namen.

Einen Regierungsbeamten zu einer wichtigen Aussage zu bewegen, ist schon schwieriger. Man muss ihnen helfen. Im Fall der Behlke-Schalter war meine Strategie einfach: Geh gut vorbereitet zu dem Treffen, sei mit allen wichtigen Fakten vertraut. Ich brauchte dann nicht nach geheimen Informationen zu fragen. Während eines Treffens holte ich einen dicken Packen Unterlagen aus meiner Tasche. Jedes Mal, wenn eine Frage auftauchte, die eventuell nicht zu beantworten war, las ich aus dem entsprechenden Dokument vor und bat um eine Stellungnahme. Es dauerte nicht lange, und wir konnten offen reden.

Im Fall der Behlke-Schalter habe ich lange überlegt, wie ich an die Verdächtigen herangehen würde. Im Fall der angeblichen Waffenhändler habe ich mit deren Anwälten Kontakt aufgenommen. Anwälte sind in der Regel an Eigen-Publicity interessiert und lassen sich (gern) zitieren. Auch hier bin ich mit genauem Faktenwissen ins Gespräch gegangen, wusste deutlich mehr als die Anwälte erwartet hatten. Ich hörte ihnen zu, bis sie mir alle Dinge, die sie mitteilen wollten, erzählt hatten. Dann griff ich, an sie gerichtet, Punkt für Punkt wieder auf. Ich zitierte dabei aus meinen Unterlagen und bat um weitere Stellungnahmen. Die Aufzeichnungen, die ich während der Interviews mit den Anwälten machen konnte, erlaubten mir, die Anwälte als Quelle für viele Fakten in der Geschichte zu zitieren. Das bewahrt das Wall Street Journal vor einer möglichen Klage.

Im Fall der angeblich in die Geschichte verwickelten verdächtigen Firmen entschied ich mich für ein anderes Vorgehen. Ich hatte zwei schwierige Firmen, eine im Iran, die andere in Moskau. Beide Firmen waren nicht an einem Gespräch interessiert.

Ich hatte den Vorteil, der erste Journalist zu sein, der mit diesen Firmen Kontakt aufnahm. Ich wandte mich bei beiden Firmen namentlich an die Entscheidungsträger. Danach schickte ich schriftliche, sehr detaillierte Fragen, die zeigten, dass ich mich intensiv mit dem Thema beschäftigt hatte. Die Fragen zeigten auch, dass diese Firmen meiner Einschätzung nach im Zentrum eines großen Skandals standen. Ich fragte speziell nach genauen Informationen über die weiteren Hauptaktivitäten der beiden Unternehmen. Sie mussten Farbe bekennen. Ich habe von beiden Firmen hilfreiche Antworten erhalten. Die E-Mail-Korrespondenz mit diesen Firmen wurde zu wertvollen Dokumenten, die das Wall Street Journal vor einer möglichen Klage seitens einer dieser Firmen schützt.

Später erfuhr ich von Zollfahndern in Stuttgart, dass es den Ermittlern nicht gelungen war, Stellungnahmen von diesen Firmen zu bekommen.

Das Wall Street Journal verlangt, dass wir Stellungnahmen von jeder Person einholen, die in einer Geschichte kritisiert wird. Das ist eine Herausforderung, denn das Ziel besteht darin, wirkliche Informationen zu bekommen. Diese Pflicht bildet traditionell die letzte Runde von Anrufen, bevor eine Geschichte in Druck geht. Und noch in dieser späten Phase bietet sich die Chance, ein wertvolles Zitat zu bekommen. Ich habe einfach angerufen und mitgeteilt, was ich zu schreiben plane. Dann habe ich um einen Kommentar gebeten. Wenn ich die Person nicht am Telefon erreichen kann, schicke ich ein Fax. Im Behlke-Fall bestand die wichtigste Antwort in einer Drohung: „Wir werden dich finden. Wir kriegen dich,“ war die Antwort einer der Verdächtigen.

## **Betrügern glaubt man nicht**

Zuhören und recherchieren lohnt sich dennoch

*von Marcello Faraggi*

Das letzte Interview war vergleichsweise kurz: “Werden Sie zurücktreten? – Kein Kommentar. – Sie übernehmen also keine Verantwortung? – Kein Kommentar”. Zwei Tage später bot der Chef der europäischen Statistik-Behörde Eurostat, der Franzose Yves Franchet, seine Versetzung an. Sein PR-Direktor und Landsmann Daniel Byc musste ebenfalls den Schreibtisch räumen.

Das war der vorläufige Schlusspunkt einer jahrelangen Betrugsgeschichte, die dank deutscher Ermittler im Mai 2003 ans Tageslicht kam. Bis zum Ende hielten die Hauptverantwortlichen an ihrer Verschleierungstaktik fest. Dazu gehörten auch zwei weitere ausführliche Fernseh-Interviews. Wortgewaltig beteuerte Franchet dabei seine Unschuld und die seiner Mitarbeiter.

Nur auf die Frage, warum sich seine Beamten schwarzer Kassen bedienten, darauf wusste der Franzose vor der Kamera keine Antwort.

Laut bisherigen Ermittlungen geht es um den Vorwurf der “Untreue”, “Anstiftung zur Untreue” und um “die Bildung einer kriminellen Vereinigung” mit dem Ziel, über mehrere Jahre hinweg “den EU-Haushalt zu plündern”. Für den europäischen und damit auch deutschen Steuerzahler bedeutet der Eurostat-Skandal einen zweistelligen Millionenschaden wie Ermittler befürchten. Nach deutschem Strafrecht würde den betroffenen Beamten hierfür eine mehrjährige Gefängnisstrafe drohen – ohne Bewährung. Weil jedoch für EU-Institutionen in der Regel die belgische Justiz verantwortlich ist, werden Strafen, wenn überhaupt, vermutlich erheblich milder ausfallen.

In zwei langen Interviews konnte ich den beiden Franzosen scheinbarweise erstaunliche Einzelheiten entlocken. Etwa: “Oui, c’était un success-story!”, als eine Erfolgsgeschichte kommentierte Franchet die Unternehmensgründung seines ehemaligen Praktikanten Edward Ojo. Mit gefälschten Umsatzzahlen hatte der Nigerianer Ojo von Eurostat öffentliche Aufträge in Millionenhöhe erschlichen. Vermuteter Schaden wegen falscher und unvollständiger Projektabwicklung: 800.000 Euro.

Beim zweiten Interview, das wieder freundlich begann, um dann am Ende zu den harten Fakten zu kommen, das Eingeständnis des PR-Direktors Byc: “Ja, aus

der schwarzen Kasse wurden Projekte finanziert.“ Eisernes Schweigen jedoch zu meiner Frage, wofür genau die Umsätze am EU-Haushalt vorbeigeschleust wurden. Ermittler vermuten, dass das Privat-Konto zur Finanzierung von Luxusreisen und von Gefälligkeitshonoraren für Freunde, Bekannte und Familienangehörige genutzt wurde. PR ist manchmal ein weites Feld.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Byc bei den mit seinem Chef abgesprochenen Interviews lediglich schweigend dagebessessen. Aus den mir vorliegenden Ermittlungsergebnissen schien Franchet in allen Machenschaften eingeweiht gewesen zu sein. Doch Drahtzieher war offensichtlich Byc. Wenn Behördenleiter Interviews geben, dürfen Mitarbeiter in der Regel nicht vor die Kamera. Trotzdem versuchte ich beim zweiten Franchet-Interview mein Glück: “Wissen Sie, alle Gerüchte und Vorwürfe beziehen sich hauptsächlich nicht auf Sie, Herr Franchet, sondern auf Ihren Direktor. Vielleicht möchte Herr Byc dazu auch Stellung nehmen?”. Weil beide, sichtlich überrascht von meiner Bitte, zögerten, legte ich nach: “Eigentlich habe ich immer nur ehrliche Menschen vor der Kamera.” Und da konnte Byc nicht mehr ablehnen und gestand die Existenz des Schwarzgeldkontos vor laufender Kamera. Er wird mir die kleine Notlüge mit den ehrlichen Menschen vor der Kamera hoffentlich verzeihen.

Beide Franzosen fühlten sich zu Beginn der Interviews relativ sicher. Das lag vielleicht auch daran, dass ihnen die Tragweite der sich langsam zuspitzenden Fragen und Antworten nicht bewusst war. Selbstverständlich war ihnen der Anlass meines Interviewwunsches bekannt. Doch wie viel genau ich von den Machenschaften wusste, das habe ich, wenn überhaupt, immer erst am Ende des Interviews in meine Fragen gepackt. Beide Interviewpartner dachten, alle Betrugsvorwürfe also Gerüchte abtun zu können.

Bewährt hat sich zudem noch eine andere Interviewtaktik. Im Volontariat habe ich gelernt, keine “offenen Fragen” zu stellen, damit man den Interviewpartner nicht die Möglichkeit gibt, ganz vom Thema abzuschweifen. Am Ende meiner Interviews stelle ich jedoch gerne eine “offene”, sogar eine “vollkommen offene Frage”.

Zu Franchet etwa nach einem 40-minütigem Gespräch: “Habe ich vielleicht vergessen, Sie noch etwas zu fragen? Möchten Sie noch etwas ergänzen?” Daraufhin erhielt ich als Antwort reinen politischen Sprengstoff: “Die EU-Kommissarin Michaela Schreyer hat alle Probleme gekannt, sie hat Eurostat immer unterstützt.”

Vielleicht führte ausgerechnet dieser Satz drei Wochen später zu einem politischen Erdbeben. Die für Betrugsbekämpfung zuständige Frau Schreyer nahm die Versetzungswünsche der beiden hochrangigen Beamten dankend an. Schadensbegrenzung war zu diesem Zeitpunkt das Schlüsselwort. Zusammen mit ihren

übrigen neunzehn Kollegen befürchtete die Kommissarin in den Skandalstrudel hineingezogen zu werden. Pikant dabei: Seit über drei Jahren lagen die ersten Betrugsberichte der Ermittler vor. Dennoch hatten hochrangige EU-Politiker nicht reagiert. Offenbar galt auch dieses Mal wieder das ungeschriebene Motto: Verheimlichen bis zum Schluss, nicht mehr zurückzuhaltende Fakten herunterspielen und wenn Pressemeldungen nicht mehr zu verhindern sind, wird eine Desinformationskampagne gestartet.

Mit EU-Betrugsgeschichten erfahrene Journalisten sind mit diesen "Hausregeln" der EU-Kommission vertraut. Sie wurden das letzte Mal 1998 angewendet, bis der Rücktritt der EU-Kommission ein Jahr später nicht mehr zu verhindern war. Drei Jahre danach versagt diese Taktik erneut.

Bei der Eurostat-Recherche kam es zu fast allen denkbaren Hindernissen. Beispielsweise gab es keinen Rechercheauftrag und die Kosten wuchsen in nahezu untragbare Höhe. Während der über ein Jahr andauernden Recherche habe ich rund 30.000 Kilometer zurückgelegt, ohne dass es Zusagen von Sendern oder Printmedien zur Übernahme der Recherchekosten gegeben hätte. Kaum hatte ich ausreichendes Material zusammen um darüber berichten zu können, versuchten die EU-Kommissare Michaele Schreyer und Günther Verheugen meine Recherchen und Veröffentlichungen zu verhindern. Verheugen hielt mir mitten im Interview das Mikrophon zu und ging. Seine Kollegin Schreyer sagt mir seit dem Jahr 2000 prinzipiell Interviews ab. Beinahe hätte ich sie nicht einmal bei einer öffentlichen Podiumsdiskussion drehen dürfen. Sie schlug dem Veranstalter ein Drehverbot vor. Die übrigen Teilnehmer der Podiumsdiskussion sprachen sich gegen ein Kameraverbot aus.

Schließlich: Wer über Betrug berichtet, der braucht einen breiten Rücken, darf keine Karriere-Ängste haben und sollte sich schon gar nicht irgendeinen Fehler leisten. Diejenigen, die die Öffentlichkeit scheuen, werden ansonsten jeden noch so kleinen Fauxpas ausnutzen, um die journalistische Glaubwürdigkeit des Journalisten in Frage zu stellen – ganz unabhängig davon, ob die restlichen 99 Prozent der Geschichte stimmen. Für mich bedeutet das, dass die eigene Arbeit nicht etwa durch "die Schere im Kopf" erschwert wird, sondern durch das Bewusstsein bestimmt wird, dass ich nur mit wasserdichten Belegen und presserechtlich einwandfreien Formulierungen arbeiten kann. Ansonsten drohen kostspielige, juristische Auseinandersetzungen. Schließlich wäre meine Existenz bedroht, weil kein Printmedium und kein Fernsehsender mehr mit mir zusammenarbeiten würde. Nach einem meiner ARD-Beiträge beschwerte sich Kommissarin Schreyer beim ausstrahlenden Sender. Sie forderte SWR-Intendant Voss auf, ihr eine Kopie meines gesamten Roh-Interviews mit Franchet zu übermitteln. Nur so könne sie meine "journalistische Integrität" überprüfen. Auf das Ergebnis

dieser Prüfung werde ich problemlos verzichten müssen. Denn die Redaktion sagte mir, dass Frau Schreyer vom Intendanten lediglich eine Abschrift von der Passage des Interviews erhielt, in der sie namentlich genannt wurde. Ich muss die Roh-Fassung des Interviews nicht aus den Händen geben.

Diese penible Vorgehensweise strengt an, insbesondere am Schluss einer Recherche, in der Regel kurz vor der Veröffentlichung, also wenn der Stress am größten ist. Kurz vor der Ausstrahlung oder dem Druck soll beim Texten möglichst jede Formulierung die Brisanz des Falles quoten- und auflageträchtig hervorheben. Gleichzeitig darf ich mir keine unbelegbaren Vermutungen leisten.

Bis es soweit ist, hat man unzählige Fallstricke zu umgehen. Immer wieder versuchen einem die Beteiligten die Geschichte "auszureden". Daher gilt es, während der Recherche denjenigen, die qua Amt ein Interesse daran haben könnten, Fakten zu vertuschen und herunterzuspielen, kein Wort zu glauben. Ein paar Beispiele: "Es gibt kein Skandal bei Eurostat", behauptete 2002 EU-Kommissionspräsident Romano Prodi. Der mittlerweile versetzte Generaldirektor Franchet gab jedoch zu, dass nicht nur Frau Schreyer, sondern auch Prodi und zwei weitere Kommissare von den seit 1996 aufgetretenen "Problemen" bei Eurostat gewusst hätten.

Auf die Betrügereien bei Eurostat mehrfach angesprochen, hatte Michael Schreyer immer wieder behauptet, sie wisse davon nichts. Mit immer mehr Details konfrontiert, zischte sie schließlich Mitte 2002 entnervt ins Mikrofon: "Wenn die ARD das alles weiß, dann können Sie ja Anzeige erstatten." Damals hatte ich die Machenschaften um die Firmengründung des ehemaligen Eurostat-Praktikanten Edward Ojo recherchiert und veröffentlicht.

Ein Jahr später schaltete Franz-Hermann Brüner, Chef-Ermittler der Anti-Betrugsbehörde "Office de la Lutte Anti-Fraude" (OLAF) in Sachen Eurostat gleich mehrere Staatsanwaltschaften ein. Sowohl in Luxemburg, als auch in Paris laufen mittlerweile Strafverfahren. Die Beschuldigten hätten jahrelang den EU-Haushalt geplündert.

Offiziell verriet OLAF auf journalistischen Anfragen hin kaum Einzelheiten. Nicht OLAF, sondern die Pariser Justiz hatte mir die Anzeige Brüners bestätigt. Dank erstklassiger Quellen und Informanten war ich mit Details bestens versorgt. So musste ich nicht fragen, "ob" es stimmt, dass es bei Eurostat schwarze Kassen gab. Ich habe einfach überprüft, wie viele schwarzen Kassen es gab. Die Kontonummern hatte ich ja schon woanders erfahren. Bei OLAF konnte ich mich jedoch immer wieder absichern. Durch Rückfragen konnte ich vermeiden, dass mich jemand "auf eine falsche Fährte" setzt. Ebenso hilfreich kann es sein, wenn man bei der Einschätzung der vorliegenden Recherche-Ergebnis von Seiten der Ermittler bestärkt wird. Doch auch dabei muss man aufpassen, nicht manipuliert zu werden.

Das eigenwillige juristische Verfahren in Frankreich half Brüner die auch für ihn brenzlige Situation leichter zu überstehen. Denn erstmals in der Geschichte der EU-Kommission hatte ein Generaldirektor (Brüner) einen anderen Generaldirektor (Franchet) angezeigt. Weil zudem hauptsächlich deutschsprachige Medien über den Skandal berichtet hatten, versuchte die EU-Kommission daraus eine national gesteuerte Medienkampagne zu machen. Es sei ja merkwürdig, hieß es, warum die spanische oder französische Presse nicht ebenso über Eurostat berichte. Bei Anzeigen für Strafverfahren werden in Frankreich nicht gleich am Anfang die beschuldigten Namen genannt. In Paris geht es erst einmal um den "Fall Eurostat". Nur wer die Begründung für die

OLAF-Anzeige las, fand die Namen Franchet und Byc im Kontext mit den Betrugsvorwürfen.

Auf oberflächliche Recherchen antworteten die Pressesprecher der EU-Kommission daher, es gäbe gar keine Anzeige gegen EU-Beamte. Doch diese Taktik konnte die Kommission nicht lange durchhalten. Ich konnte den Anzeigentext mit den Namen der Beschuldigten zitieren.

Nicht nur in diesem Fall galt es bei der Recherche Zeitabläufe genau zu rekonstruieren. Seit wann waren die Betrugsvorwürfe wem bekannt? Wer hätte spätestens wann reagieren müssen, um eine Vertuschungsgefahr zu vermeiden und den Schaden einzugrenzen? Fragen mit politischem Sprengstoff, die – Kommissar Zufall sei Dank – sozusagen ganz nebenbei herauskamen. Bei meiner vollkommen offenen Schlussfrage sprudelte es bei Franchet ja nur so heraus: Sowohl der für die Reform der EU-Kommission zuständige Neil Kinnock, also auch der für die Statistiker verantwortliche Pedro Solbes seien informiert gewesen. Die beiden Kommissare hätten zusammen mit Schreyer Franchet immer unterstützt. Vielleicht war das ein Grund dafür, warum die Kommission bis zuletzt mit einer Versetzung zögerte. Eine Beurlaubung oder Suspendierung vom Dienst, wie in Deutschland in solchen Fällen üblich, lehnten die Kommissare ab. Vermutlich, weil Beobachter dies dann vermutlich sofort als Fehlereingeständnis gewertet hätten.

Diese brisanten Details wären vermutlich nie ans Tageslicht gekommen, wenn ich für die Interviews auf einen journalistischen Auftrag gewartet hätte. Ich hatte noch keinen Sendeplatz und auch kein Printmedium interessierte sich bis dahin für diese Geschichte. Antriebsfeder für mich waren unglaubliche Informationen und die Neugierde, diese zu überprüfen. Die redselige Interviewsituation mit Franchet und Byc ergab sich vermutlich auch dadurch, dass ich mit eigener Kamera, also ohne Kamera-Team gedreht habe. Beide Interview-Partner fühlten sich quasi "unter sich", weil ich den technischen Aufwand auf ein Minimum reduziert habe. Bei den Interviews spielte für mich Zeit keine Rolle. Ohne Ter-

mindruck durch etwaige andere Geschichten habe ich alle Fragen, die mir einfallen, stellen können. Gleichzeitig habe ich die Ausgaben für die verschiedenen Drehtermine vergleichsweise niedrig halten können. Zusätzliche Honorare für Kameramann und Toningenieur hätten mein Recherche-Budget vermutlich platzen lassen. Mittlerweile haben sich für Eurostat etwa zwanzig Drehtage angehäuft.

Anfangen hatte alles mit Gerüchten über Betrug. Wenn ich abgewartet oder gezögert hätte, um zuerst alle Belege zu haben, dann wären mir mehrere einmalige Gelegenheiten zur Recherche und Drehtermine entgangen. Auch eine simple Recherche am Telefon hätte niemals zu den gleichen Ergebnissen geführt. Beispielsweise hätte ich die Luxemburger Firma "Eurogramme" einfach anrufen können. Doch dann hätte mir der nigerianischen Firmenboss Edward Ojo vermutlich nicht einfach erzählt, dass er seine erstaunliche Karriere bei Eurostat als Praktikant begonnen hatte. Schlimmer noch, ich hätte nicht das Reihenhaus gesehen, von dem er seine millionenteure Eurostat-Projekte abgewickelt hat. Ojo zeigte mir am Ende unseres Interviews – ich hatte vorsichtshalber meine Videokamera mitgenommen – stolz seine Broschüre zur EU-Osterweiterung. Das müsse das deutsche Fernsehen doch interessieren, meinte er zu mir mit einem Lächeln. Darüber war der zuständige EU-Kommissar Günther Verheugen überhaupt nicht amüsiert. Mitten im Interview darauf angesprochen, hielt mir Verheugen das Mikrofon zu und fing an zu drohen: "Das können Sie für die ARD nicht machen". Dabei hatte ich nur gefragt, ob die Zahlen zur Ost-Erweiterung, die von der betrugsverdächtigen Privatfirma "Eurogramme" stammen, überprüft werden müssen. "Geben Sie mir ein paar Tage Zeit, damit ich mich informieren kann", entschuldigte sich Verheugen. Doch bis heute kam es zu keinem Interview. Doch diese Absagen und Recherchebehinderungen haben mich nicht entmutigen können.

Wichtig war immer wieder, dass auch andere Kollegen das Thema aufgriffen. Es ging also nicht darum, wer etwas zuerst berichtete, sondern darum, dass die Geschichte überhaupt zu einem Thema wurde. Viele Kollegen ersticken nahezu in der täglichen Flut von Pressekonferenzen und Pressemitteilungen. Da bleibt dann oft keine Zeit, um ein eigenes Thema zu recherchieren.

Meine Recherche-Ergebnisse zu Eurostat konnte die Financial Times und der Spiegel nutzen. Das Europamagazin der ARD strahlte von mir einen Eurostat-Film aus und auch für den deutsch-französischen Sender ARTE habe ich mehrere Filme über den Eurostat-Skandal erstellt. Um die Heimatredaktionen von der Bedeutung des Themas zu überzeugen, half jede Print-Veröffentlichung und Agenturmeldung. Wieder einmal zeigte sich, dass bei einer internationalen, großangelegten Geschichte ein Journalist allein kaum erfolgreich arbeiten kann.

Aber es gab auch Rückschläge: Eine gleichzeitige Recherche von französischen Kollegen wäre sehr hilfreich gewesen. Denn die beiden französischen Eurostat-Beamten schienen in ein französisches Netzwerk verwickelt. Doch die Kollegen von den angesehenen Blättern wie *Le Monde* und *Libération* interessierten sich nicht dafür.

Viel besser war dagegen die Zusammenarbeit mit den Kollegen aus Deutschland und aus den übrigen EU-Mitgliedstaaten. Vielleicht ist das "Einzelkämpfer"-Bild, dem viele Kollegen nachstreben, nur ein Mythos. Ohne Kollegen von *Stern*, *Süddeutsche Zeitung*, *Spiegel*, *Financial Times* und anderen, wären die Eurostat-Einzelheiten nicht so oder nicht so schnell auf den Tisch gekommen. Beispielsweise hatte ich bei meinen Recherchen kaum Zeit, anderen, nicht weniger bedeutenden Fragen nachzugehen. Der *Spiegel* etwa widmete sich zusätzlich der Frage, wie genau das System der EU-Plünderung bei Eurostat funktionierte. Die Zahlen-Behörde hatte mehrere gut dotierte Aufträge an eine französische Privatfirma vergeben. Durch manipulierte Ausschreibungen habe die in einem Hinterhof in Paris residierende Aktiengesellschaft "Planistat" regelmäßig öffentliche Ausschreibungen gewinnen können. Die Aufträge seien jedoch generell überbezahlt gewesen, um die in der Betrugsbranche üblichen Kickback-Gelder zu ermöglichen. Weil die OLAF-Ermittler selber bei Privatfirmen nicht untersuchen dürfen, haben sie die französische Justiz sozusagen um "Amtshilfe" gebeten.

Wie dubios die Firma "Planistat" ist, hätte ich am Telefon genauso wenig herausgefunden. Auf der imposanten Webseite der Firma erfuhr ich, dass die Firma bei rund zehn Generaldirektionen der EU-Kommission Projekte abwickelt. War Planistat vielleicht doch seriös und vielleicht versuchte lediglich ein Mitbewerber die Franzosen auszuschalten? Ich beschloss, ohne Interview-Termin nach Paris zu fahren, um mir spontan vor Ort ein Bild zu machen. Die Adresse führte mich in die Nähe des Gare du Nord, dem Nordbahnhof der Metropole. Im angrenzenden China- und Rotlichtviertel von Paris hatte die Firma in einem Sechzigerjahre-Bau auf zwei Etagen verteilt mehrere kleinere Büros. Der Chef von Planistat war spurlos verschwunden. Die Bitte um Rückruf verhallte. Doch ich hatte durch meinem Besuch mit laufender Kamera unter dem Arm Eindrücke gesammelt, die ich vermutlich anders nicht bekommen hätte.

Natürlich gehört auch eine gute Portion Glück zu einer erfolgreichen Recherche. Meinen unangemeldeten Planistat-Besuch hatte ich zum Beispiel zeitlich so gelegt, dass ich morgens zu einem Zeitpunkt in Paris eintraf, zu dem die Angestellten ins Büro gehen. Daher stand die Büro-Tür bei Planistat offen und ich konnte im Flur nach dem Geschäftsführer fragen, ohne bereits am Eingang abgewiesen zu werden.

---

So sind die meisten meiner Aufnahmen und Interviews ohne redaktionellem Auftrag und ohne langfristige Planungen entstanden. Darin unterscheiden sich derartige Betrugs-Recherchen grundsätzlich von anderen journalistischen Arbeiten. Viele meiner Eurostat-Gespräche vor der Kamera sind einmalig. Seitdem die Anzeige in Paris bekannt wurde, haben die beiden hochrangigen Beamten Franchet und Byc kein Fernsehinterview mehr gegeben. Manchmal lohnt es sich bei schwierigen Recherchen auch offizielle Termine wahrzunehmen. Beispielsweise stand die interviewscheue Kommissarin Schreyer auf dem Programm der Hanns-Seidel-Stiftung für eine Podiumsdiskussion. An diesem Abend behauptete sie, von den Betrugsvorwürfen früher nichts gewusst zu haben. Einzelheiten hierzu stehen in sogenannten "Audits" der ehemaligen internen Finanzkontrolle von Eurostat, von denen es mehrere gäbe "wie wir jetzt wissen", so Schreyer. Tatsächlich aber lagen die Audit-Berichte der Frau Schreyer unterstehenden Generaldirektion für Haushalt schon seit Jahren vor.

So manövrierte sich die deutsche Kommissarin in ein Dilemma: Entweder sie hat davon gewusst und ist nicht tätig geworden oder sie wusste wirklich nichts. Das würde bedeuten, dass sie ihren Beamtenapparat nicht im Griff hat. Sowohl die eine wie die andere Erklärung ist eine Gefahr für die Karriere eine Politikerin, die für Haushalt und Betrugsbekämpfung zuständig ist.

Wenn man sich die zeitlichen Abläufe der Berichterstattung anschaut, so fällt auf, dass es manchmal Monate braucht, bis eine ausrecherchierte Geschichte die Medienöffentlichkeit erblickt. In diesem Fall hatte die Berichterstattung über den Irak-Krieg alle anderen Geschichten in den Hintergrund geschoben. Bis die Kollegen von dpa und die übrigen Nachrichtenagenturen darüber berichteten, vergingen Wochen. Ursprünglich hatte nur ein einziger weiterer Kollege, Hans-Martin Tillack vom Stern, ebenfalls Mitglied des Netzwerks Recherche, die heiße Spur mitverfolgt. Hatte ansonsten die übliche Vernebelungstaktik der EU-Kommission gewirkt?

Kritische Fragen zu den EU-Institutionen stoßen in der Regel auf einen ausgefeilten Verteidigungsmechanismus. Zuerst wird alles geleugnet. Dann heißt es, bei den Vorwürfen ginge es nur um vergleichsweise verschwindend geringe Summen. Bei der EU gehe es doch um Milliarden. Sind mehrere Millionen Euro, um die es bei Eurostat geht, nicht genug Geld? Wenn dann Journalisten noch immer kritisch nachfragen, wird auf die EU-Mitgliedstaaten verwiesen. Die meisten EU-Gelder würden ja von Deutschland, Frankreich und den übrigen Mitgliedsländern direkt ausgegeben. In den einzelnen Ländern sei der Betrug angeblich viel größer. Damit argumentiert die EU-Kommission wie ein kleiner Halunke, der, kaum ertappt, auf die großen Mafiabosse verweist, um nicht selber zur Rechtschenschaft gezogen zu werden.

Bei Eurostat haben jedoch keine kleine Halunken ihre Geschäfte gemacht. Auf Generaldirektoren-Ebene wurde die „Plünderung des EU-Haushalts“ organisiert, so der Vorwurf der Ermittler. OLAF-Chef Brüner hatte mit der Anzeige die seit drei Jahren vorliegenden explosiven Ermittlungsergebnisse zusammengefasst. Die Schadenshöhe wird auf mehrere zweistellige Millionenbeträge geschätzt. Jahrelang hatte Franchet zusammen mit seinem Direktor Byc ein Netzwerk von Privatfirmen und gemeinnützigen Vereinen aufgebaut. Immer wieder sollen beide millionenschwere Ausschreibungen manipuliert haben. Erlöse vom Verkauf hochwertiger Statistiken, für die die Privatwirtschaft und Universitäten bis zu sechsstellige Beträge bezahlen, wurden auf Schwarzkonten verbucht. Drei Jahre lang hatte die EU-Kommission gehofft, diese größte Skandal-Geschichte seit dem Rücktritt der EU-Kommission 1999 geheim zu halten. Ein vergeblicher Versuch. Nach über zwölfmonatiger, teilweise unkonventioneller Recherche konnten die Verantwortlichen den Betrug nicht mehr unter den Teppich kehren.

Ein Informant hatte von öffentlichen Ausschreibungen, die Eurostat fingiert hatte, Daten und Briefe auf eine vollgepackte CD-ROM kopiert. Zusammen mit unzähligen Dokumenten musste alles sorgfältig ausgewertet werden. Für mehrere politisch Verantwortliche liegt der wahre Skandal in der Berichterstattung über diese Missstände. Als vertraulich eingestufte Fakten hätten nach dem Willen der Kommission nie an die Öffentlichkeit gelangen sollen. Dabei kümmerte es die Kommission wenig, dass sie sowohl Journalisten, wie auch das für die Entlastung der EU-Kommission zuständige Europaparlament belügen. Auf eine schriftliche Anfrage eines Europaabgeordneten, zur Angabe Franchets, dass die Kommissare von allen Machenschaften gewusst hätten, antwortete die Kommission, das Interview hätte sich nur auf Teilaspekte bezogen.

Den ersten Hinweis zum Eurostat-Skandal hatte ich 1998 erhalten. Claude Perry, ein galanter und sympathischer Betrüger wollte mich auf die Fährte der Statistik-Betrüger locken. Bei einem Glas Whisky hatte Perry in seinem Büro in Luxemburg versucht, von seinen Betrugereien abzulenken. Perry hatte mit der EU-Kommission fingierte Entwicklungshilfe-Projekte abgerechnet. Als Dank nahm Perry den verantwortlichen EU-Beamten die Arbeit ab. Rein interne Verwaltungstätigkeiten ließ Perry durch billige, externe Hilfskräfte erledigen. In einem Fall erhielt die Ehefrau eines EU-Beamten einen gut dotierten Arbeitsvertrag – ohne jedoch dafür auch nur einen Finger krumm zu machen. Perry, zwischenzeitlich verurteilt, hatte sich als Dienstleister verstanden: „Ich habe nur im Auftrag der EU-Kommission gehandelt. Wenn die EU-Beamten verlangt hätten, dass ich für sie Damen auf den Tischen tanzen lasse, dann hätte ich auch das organisiert“. Seine Verteidigungsstrategie glich der der EU-Kommission. Nach dem Motto „die anderen sind noch viel schlimmer“, erklärte er mir: „Was sind

schon die paar Millionen im Vergleich zu den Summen, die im Eurostat-Netzwerk versickern.“ Aber wie stichhaltig war sein Hinweis? Betrügern glaubt man nicht, heißt es. Journalisten sollten ihnen dennoch zuhören. Anschließende Recherchen können unglaubliche Fakten zutage bringen.

## „Wir beten für Regen in Kanada“

### Das große Geschäft mit Äthiopiens unendlichem Hunger

*Von Lutz Mükke*

Alle Jahre wieder kommen Pressemitteilungen des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen (WFP), die über die schwierige Ernährungslage Äthiopiens informieren. Im Oktober/November 2002 allerdings sprengte das WFP alle bisherigen Warnungen und kündigte für das erste Halbjahr 2003 eine so gewaltige Hungerkatastrophe an, dass sie selbst die von 1984/85 übertreffen werde. Damals verhungerten nach Schätzungen verschiedener Hilfsorganisationen eine Million Äthiopier. Die neuerlichen Schreckensmeldungen waren der Ausgangspunkt der vorliegenden Recherche. Meine Arbeitsthese war, dass die Not der Armen in Äthiopien von Interessengruppen wie Hilfsorganisationen, Politik und Medien aus verschiedensten Gründen instrumentalisiert wird. Das Netzwerk Recherche fand diese These attraktiv genug, um mir die Recherche des Themas zu einem guten Teil zu finanzieren. Der Rechercheweg, den ich einschlug, war zunächst denkbar simpel. Zunächst sammelte ich in Deutschland alles Material zu Klima, Bevölkerungsentwicklung, Politik, Katastrophenhilfe, Krieg etc., das Hunger in Äthiopien irgendwie thematisiert. Erstaunlicherweise stieß ich dabei sogar auf methodisch relevante wissenschaftliche Studien, die – indem sie Zahlen relativieren und politische Hintergründe erhellen – selbst die große Hungerkatastrophe von 1984 in einem für mich neuem Licht erscheinen ließen. Nach der Literaturrecherche interviewte ich Wissenschaftler, Mitarbeiter des Bundesministeriums für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit und der Vereinten Nationen, Afrikakorrespondenten, Exilanten und Entwicklungshelfer. Diese Vorrecherche brachte mir neben Basis- und Hintergrundinformationen auch einige Kontakte in Äthiopien, wo ich zum Jahreswechsel 2002/2003 landete. In der Hauptstadt Addis Abeba besuchte ich zunächst einmal einige Hilfsorganisationen und das WFP, den größten und wichtigsten Nahrungsmittelverteiler in Äthiopien. Der Sprecher des WFP beschrieb die Probleme kurz und knapp: Ausbleibender Regen führe bei den Bauern im Hochland zu Dürre und Missernten, bei den Nomaden im Flachland zu hohen Verlusten unter den Viehbeständen. „Wenn wir nichts tun, werden in diesem Jahr Millionen Äthiopier verhungern“, meinte der einstige BBC-Korrespondent und damit ich die Dramatik auch ja richtig einschätze, fügte er hinzu: „Wir stehen

vor einer noch größeren Hungerkatastrophe als 1984.“ Das WFP gab mir zwei Lageberichte in die Hand, die detailliert beschrieben, dass fast alle Regionen des Landes von gigantischen Ernteeinbußen betroffen seien. Allein in den Regionen Amhara, Oromiya und Somali seien über neun Millionen Menschen von akuter Hungersnot bedroht. Auf die Ziffer genau listete das Pressematerial auf, dass Äthiopien in im Jahr 2003 1.441.142 Tonnen Nahrungsmittel und 75.109.559 Dollar an Nothilfe benötige, um das Überleben eines Fünftels der Gesamtbevölkerung zu sichern. Nachdem ich Zahlen, Einschätzungen und Statistiken von verschiedenen Hilfs-, Geber- und Regierungsorganisationen in Addis zusammengetragen hatte, machte ich mich auf die Socken, um mir in einigen Landesteilen selbst einen Eindruck über die Lage zu verschaffen.

Nach zweitägiger, 600 Kilometer langer Fahrt mit Tempo 25 über nicht enden wollende Straßen und Pisten fällt das zerklüftete äthiopische Hochland abrupt in die weite Ebene der somalischen Halbwüste. Hier liegt Jijiga. Mittags können die Temperaturen in der Hauptstadt der Somali-Provinz bis auf über 40 Grad Celsius steigen. In den WFP-Papieren wurde die karge, von Dornenbüschen überzogene Somali-Region als eines von der Hungersnot am schlimmsten gebeutelten Gebiete beschrieben. 1,1 Millionen Menschen seien davon betroffen. Allein im Gebiet um Jijiga sollten 264.000 vom Hungertod gefährdete Somali auf Hilfe hoffen. „Die gegenwärtige Wassersituation ist für Mensch und Tier wegen zweier ausgefallener Regenzeiten alarmierend“, hieß es in dem WFP-Papieren.

Zu sehen war davon aber nichts. Trotz Trockenzeit zogen Tausende kräftige Rinder, Kamele, Ziegen und Schafe durch die flimmernde Ebene der Halbwüste. An dem halben Dutzend Wasserlöchern, die ich besuchte, waren die Nomaden und Bauern guter Dinge. Reisende und Geschäftsleute bestätigten mir, dass es zwar hie und da Not gebe, aber bei weitem keine Hungerkatastrophe. Vielmehr äußerten sie Kritik an der Katastrophenhilfe der Hilfsorganisationen, die mit der permanenten Verteilung von Getreide in sogenannten „Feeding Centers“ auch die Lebens- und Ernährungskultur der dort lebenden Nomaden zerstören. Um meine Reiseindrücke aus Jijiga zu überprüfen, fuhr ich weiter nach Dire Dawa, einem wichtigen Handelszentrum Äthiopiens an der an der Eisenbahnstrecke Addis Abeba–Dschibuti. Den Kontakt zur dort ansässigen Hilfsorganisation Hararghe Catholic Services (HCS) hatte ich zuvor in Addis bekommen. Während etlicher Überlandfahrten, Gespräche und Interviews mit Mitarbeitern der Hilfsorganisation, Bauern und Nomaden bestätigte sich mein Eindruck: Im somalischen Teil Äthiopiens kann von einer Hungerkatastrophe keine Rede sein. Die Zahlen des WFP sind „dramatisch zugespitzte Prognosen, die eintreten können oder auch nicht“, erklärte einer der HCS-Mitarbeiter und fügte an: „Seit mehr als zwanzig Jahren wird Getreide nicht nur hergebracht, um Bedürftigen zu helfen,

sondern um die Produktionsüberschüsse der hoch subventionierten Bauern in den USA, Kanada und Westeuropa abzubauen.“

Im somalischen Teil Äthiopiens, der seit der Kolonialzeit im Volksmund Ogaden genannt wird, wurde mir zudem die besondere geostrategische Rolle des Landes bewusst. Während ich in Addis Abeba Kontrollen lediglich an großen Hotels und Banken erlebte und sich dort die zivilen Sicherheitskräfte mit dem Hinweis auf den 11. September und mögliche Anschläge entschuldigten, zeigte sich im Ogaden die gespannte weltpolitische Lage von ihrer militärischen Seite. Verstärkte Straßensperren Richtung Somalia, Fahrzeugkontrollen, erhöhte Armeepräsenz und Operationen der äthiopischen Armee auf dem Territorium des Erzfeindes Somalia – derzeit bringen die USA Äthiopien als strategisches Bollwerk zwischen den islamischen Ländern Sudan und Somalia und gegenüber der arabischen Halbinsel in Stellung. Hektische Reisediplomatie brach im letzten Jahr zwischen den USA und Äthiopien aus. Äthiopiens Präsident hatte bei einem Besuch in Washington den Amerikanern volle Unterstützung für ihre Politik in der Region zugesichert. – In einem so komplexen Sozial- und Religionssystem wie Äthiopien eine sehr gewagte, vielleicht zu eindeutig polarisierende Parteiergreifung. Denn während der christlich-orthodoxe Bevölkerungsanteil im Land schwindet und mit dem erstarkenden Protestantentum verfeindet ist, erlebt der Islam in Äthiopien eine Renaissance. Den Bau zahlreicher neuer Moscheen, islamischer Schulen und Krankenhäuser in vielen muslimischen Landesteilen, die jahrzehntelang von der christlichen Regierungselite des Landes marginalisiert wurden, ermöglicht vor allem Geld aus Saudi-Arabien, erklärten Islam- und Äthiopienwissenschaftler. Was die offiziellen Statistiken lange verschwiegen, werde derzeit offensichtlich: Etwa die Hälfte aller Äthiopier sind Muslime.

Aber zurück zur eigentlichen Hunger-Recherche: Die Somali-Region verließ ich Richtung Westen, um Oromo-Bauern in der Gegend um Mieso zu interviewen, einem Gebiet, das mir als besonders schwer betroffen beschrieben worden war. An manchen Orten sah ich dickbäuchige Kinder, klapprige Rinder, ärmliche Lehmhütten, verdorrte Felder. Mit diesen Eindrücken und den WFP-Zahlen hätte ich die Geschichte über die Hungerkatastrophe 2003 in Äthiopien eigentlich schnell schreiben können! Aber trotz der offensichtlichen Not kamen mir auch hier Zweifel an der Hysterie, die darum betrieben wurde. Manchmal fuhr ich nur ein paar Stunden weiter und schon konnte ich mit zufriedenen Bauern sprechen, sah grüne Täler und Dörfer mit vollen Kornspeichern. Und außerdem: Herrschen nicht im gesamten Sahel vom Sudan über den Niger bis nach Mauretanien ähnlich schwierige klimatische Bedingungen und ein ähnlich hohes Bevölkerungswachstum wie in Äthiopien? Warum kommen aus diesen Ländern nicht ständig Katastrophenwarnungen?

Die Gespräche und Interviews mit einfachen Leuten förderten oft Erstaunliches über die Unzulänglichkeiten der Hilfsaktionen zu Tage. An der Straße Richtung Mieso im Dorf Melkahora traf ich den Bauer Aliye Mumed. Der Mann verließ seine runde Lehmhütte und eilte meinem Dolmetscher und mir über sein morastiges Feld entgegen. Es regnete. Aliye und seine Nachbarn hatte es wirklich schwer getroffen – die letzte Ernte war total ausgefallen. Sie schimpften über die Getreidehilfslieferungen, die sie erhielten. Denn dieses Getreide könne man nicht säen. Getreide, das als Nahrungsmittelhilfe nach Äthiopien geliefert wird, ist aus verschiedenen Gründen kaum keimfähig. Manche Sorten sind generell nicht zur Aussaat in diesem Klima geeignet, andere sind aus so alten Lagerbeständen, dass ihre Keimfähigkeit verloren ging, wieder andere sind thermisch oder chemisch vorbehandelt, bestätigten mir später Nahrungsmittelexperten und Entwicklungshelfer. Aliyes Nachbarn begannen zu schimpfen: Ohne Saatgut seien sie dauerhaft von den Hilfslieferungen abhängig. Im Nachbardorf von Melkahora starben auch Bewohner, weil sie trotz der Hilfslieferungen fehl- und unterernährt den alltäglichen Krankheiten nichts mehr entgegenzusetzen hatten. Die äthiopische Regierung hatte das Saatgutproblem zwar längst erkannt, aber sie macht daraus ein Geschäft. Sie setzte ein „Landwirtschaftliches Paket-Programm“ auf, das den Bauern Saatgut und Dünger auf Kreditbasis verkauft. Doch gerade den Bauern, die wirklich Not leiden, hilft das Paket wenig. Nicht nur durch die Rückzahlungsraten begeben sie sich in gefährliche Abhängigkeiten. Ich interviewte Bauern, die ihren letzten Ochs verkaufen oder sogar ins Gefängnis gehen mussten, weil sie die Kredite nicht zurückzahlen konnten. Aber auch das Saatgut selbst ist umstritten. Denn dabei handelt es sich auch um hochgezüchteten Hybridsamen, der gerade mal für eine Saison reichlich Ernte verspricht. Er kann sich nicht selbst vermehren und muss Jahr für Jahr neu angekauft werden.

Nachdem ich drei Tage in der Gegend um Mieso gewesen war, reiste ich weiter in das Afar-Gebiet, um die Situationen dort unter Augenschein zu nehmen. Bei den Afar, einem Nomadenvolk, das in Nordost-Äthiopien in einer der klimatisch unwirtlichsten Ecken der Erde lebt, gab es tatsächlich Verluste unter den Viehherden. Aber war das ursächlich auf den ausgebliebenen Regen zurückzuführen? Sicher nicht. Denn die Afar werden seit Jahrzehnten politisch und wirtschaftlich marginalisiert. Durch das Einwandern der Somali in ihre Gebiete, das Anlegen eines Nationalparks und von Großfarmen etwa verloren sie einen großen Teil der Weideflächen und an vielen Stellen auch den Zugang zum Awash-Fluß – also zu traditionell wichtigen Lebensadern, um die regelmäßig wiederkehrenden regenarmen Jahre gut zu überstehen. Die äthiopische Regierung schert sich nicht um die wirklichen Probleme der Afar.

Nun fragte ich mich, wie die Situation wohl im amharischen Hochland, tausend Kilometer vom Afar-Gebiet entfernt, aussehen würde. Von Addis aus dauerte es anderthalb Stunden bis das kleine Passagierflugzeug der Ethiopian Airlines zur Landung in Bahir Dar, an der Quelle des Blauen Nils ansetzte.

Von da ab fuhr ich noch einmal 100 Kilometer bis Debre Tabor, einer kleinen Stadt in der Amhara-Provinz Süd-Gondar. Hier arbeitet Klaus Feldner, der mich zuvor bei einem Treffen in Addis eingeladen hatte, doch einmal sein Projekt zu besuchen. Feldner leitet als Landwirtschaftsexperte für die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) das Projekt „Integrierte Ernährungssicherung Süd-Gondar“. Mit seiner Unterstützung kam ich weit in den Dörfern der Gegend herum und auch hier zu ähnlichen Rechercheergebnissen. Von einer Hungersnot war nichts zu sehen, von Not schon. Feldner und seine Mitarbeiter teilten diesbezüglich meine Einschätzung. Der bärtige Franke, der seit sieben Jahren in Äthiopien arbeitet, kritisierte die WFP-Statistiken kopfschüttelnd: „Es sind ja wieder ein paar Distrikte mehr als ernährungsunsicher eingestuft worden. Ich habe es in meinen sieben Jahren hier noch nicht erlebt, dass auch nur ein einziger wieder aus dieser Statistik herausgenommen wurde. Dieser Status bleibt dann bestehen, egal, ob es gute oder schlechte Erntejahre sind. Hier in den Dörfern gibt es mal einzelne Familien, die in Not geraten. Aber es ist nie das ganze Dorf.“ Feldner geht sogar noch weiter. Er ist sich „ganz sicher, dass Äthiopien sich nicht nur selbst ernähren, sondern sogar Getreide exportieren könnte. Das Potenzial dieses Landes ist riesig.“

Die offiziellen Ernteberichte der äthiopischen Regierung bestätigen dies. Sie berichten immer wieder auch von enormen Getreideüberschüssen, die in verschiedenen Landesteilen Äthiopiens produziert wurden. Die letzte Rekordernte habe es 2001 gegeben. Kritiker der Katastrophenhilfepolitik Äthiopiens schimpfen jedoch, dass von solchen Überschüssen weder die notleidenden Menschen noch die produzierenden Bauern profitieren. Zum einen weil es kein funktionierendes Vermarktungs- und Transportsystem gibt. Zum anderen weil auch in guten Jahren Nahrungsmittelhilfe ins Land strömt. Von den pro Jahr durchschnittlich 800000 Tonnen importierten Getreidelieferungen (Statistik WFP) landen nach Expertenschätzungen zwischen 20 und 40 Prozent zu Spottpreisen auf den Märkten der Städte und Dörfer. Kein Bauer kann mit diesen Dumpingpreisen konkurrieren. In vielen Regionen wird deshalb einfach kein Getreide mehr angebaut. Stattdessen gedeihen auf riesigen Flächen in Ostäthiopien die Büsche der Kaudroge Khat, deren amphetaminähnliche Wirkstoffe (Kathamine) am Horn von Afrika in ganzen Landstrichen die Menschen in freudige Lethargie versetzen. Die grünen Blätter der Droge versprechen den Bauern neben schönen Stunden jenseits aller Sorgen auch satte Gewinne. Denn der Khat-Markt wächst so

wohl innerhalb Äthiopiens als auch auf der arabischen Halbinsel, in Europa und den USA. In den vergangenen Jahren avancierte Khat – neben Kaffee, Öl- und Hülsenfrüchten sowie Vieh – zum wichtigsten landwirtschaftlichen Exportgut des Landes.

Während einiger Ausflüge mit GTZ-Mitarbeitern traten auch im amharischen Hochland jede Menge unterschiedlichster Ursachen für lokale Notlagen zutage. Dazu zählt beispielsweise auch die Macht der orthodoxen Kirche Äthiopiens, die den streng gläubigen Bauern der Region an unzähligen Feiertagen verbietet, auf ihren Feldern zu sein. Nach GTZ-Schätzungen arbeiten die Bauern deshalb nur rund 120 Tage im Jahr. Bis heute ist es in Äthiopien ein Tabu und politisch völlig unkorrekt, solche kulturellen Hintergründe offen anzusprechen.

In Debre Tabor verstärkte sich zudem mein Eindruck aus dem Ogaden, Dire Dawa und dem Afar-Gebiet, dass zwischen vielen Entwicklungshelfern „in der Pampa“ und den Katastrophen-Managern in Addis Abeba tiefes Misstrauen herrscht. Ein Vorwurf war überall zu hören: Viel zu viele hoch qualifizierte Wissenschaftler bevölkern in Schlips und Kragen als Berater in der Hauptstadt die Schreibtische und finden dabei nur bedingt Zugang zur Lebensrealität auf dem Lande. Dem Welternährungsprogramm und einigen Entwicklungshilfeorganisationen warfen etliche Entwicklungshelfer auch zu große Regierungsnähe und Doppelmoral vor. Denn nur durch das regelmäßige Ausrufen von Hungerkatastrophen könnten sie ihre Organisationsbürokratien finanzieren. Deshalb haben sie auch ein Interesse daran, Krisensituationen aufzubauschen. In derselben Kritik steht auch die äthiopische Regierung. Auch ihr ist an den Strömen ausländischer Hilfe gelegen, weil daran Zehntausende Arbeitsplätze, ein großer Teil der Staatseinnahmen und politische Macht hängen.

In ihren öffentlichen Verlautbarungen und Konferenzen beteuern die Regierungsvertreter in Addis Abeba zwar immer wieder, dass man von der Nahrungsmittelhilfe loskommen müsse. Doch stattdessen wird die Hilfsindustrie immer perfekter kontrolliert. Denn für die derzeitige Regierungspartei Revolutionäre Demokratische Front der äthiopischen Völker (EPRDF), die unangefochten allein herrscht und über ein weit verzweigtes Wirtschaftsimperium verfügt, ist Nahrungsmittelhilfe keine Notlösung, sondern ein wahrer Segen. Von den seit 1984 bis heute importierten 14 Millionen Tonnen Getreide profitierten die Machthaber nicht schlecht. Gerade zu diesen Hintergründen müssen etliche Quellen und Kontakte unerwähnt bleiben. Denjenigen, die mir trotzdem die Erlaubnis gaben, ihren Namen in meinem Beitrag zu nennen, gilt mein Respekt. Denn sie gingen damit ein hohes Risiko ein. Von einem weiß ich, dass er nach der Veröffentlichung des Artikels unter massiven Druck seiner eigenen Organisation geriet, weil diese Angst vor Repressalien der äthiopischen Regierung hatte. Die näm-

lich ist dafür bekannt, mit kritischen Geistern oft kurzen Prozess zu machen. Zahllose politische Gegner verschwinden ohne Gerichtsverfahren in Gefängnissen, Regierungsgegner werden hingerichtet, Studentenproteste niedergeknüpelt, unliebsame Entwicklungshelfer des Landes verwiesen, äthiopische Journalisten eingesperrt – Studenten der Universität in Addis, Amnesty International oder Human Rights Watch erteilten darüber detaillierte Auskünfte.

Mehrere dieser nicht offenlegbaren Quellen gaben mir auch exzellente Hintergrundinformationen über das Wirtschaftssystem Äthiopiens, das zwar de jure privatisiert wurde, de facto aber oft noch immer in der Hand der Partei EPRDF ist. Mit ihren den Transportmarkt dominierenden Unternehmen verdient die Partei beispielsweise an einer Tonne innerhalb Äthiopiens transportierter Nahrungsmittel bis zu 150 Dollar. Je nach Ausmaß der proklamierten Notsituation können so bei Hungerkatastrophen pro Jahr dreistellige Millionensummen auf die Parteikonten fließen. Das WFP leugnete diese Zusammenhänge und verwies darauf, dass Transportaufträge generell nur an den preiswertesten Wettbewerber gehen. Wer das sei, sei dem WFP egal.

Zudem nutzt die EPRDF die Nahrungsmittelhilfe auch als ein Belohnungssystem, um ihre Anhänger bei der Stange zu halten. In die Region Tigre etwa, das Gebiet, aus dem die EPRDF-Führungsspitze stammt, werden rund 30 Prozent der Nahrungsmittel geleitet, obwohl in Tigre lediglich zehn Prozent der Gesamtbevölkerung leben und die Hilfsbedürftigkeit als nur „durchschnittlich“ eingeschätzt worden war. Dies fand eine Studie des Grain Market Research Project 1998 heraus. Mehr noch: Nur 22 Prozent der Bedürftigen erhalten überhaupt Hilfe; weil diese ungerecht verteilt werde und die meisten Nahrungsmittel einfach dort landen, „wo von jeher viel hingeflossen ist“. Das sind Orte, wo „Regierung und Hilfsorganisationen langfristig in Personal, Kontakte, Büros und Fahrzeuge investiert haben“. Einen „signifikanten Zusammenhang zwischen Nahrungsmittelmangel und Empfängern von Hilfsgütern“ konnte das amerikanisch-äthiopische Wissenschaftlerteam nicht feststellen. Auf das Forschungsprojekt, eine der ganz wenigen wissenschaftlichen Quellen zu dieser Problematik, hatten mich äthiopische Wissenschaftler in Addis Abeba hingewiesen.

Unmittelbar nach Veröffentlichung dieser brisanten Ergebnisse hatte die äthiopische Regierung übrigens die sofortige Beendigung des Forschungsprojektes veranlasst. Kurz zuvor war es noch als leuchtendes Beispiel der Kooperation zwischen Äthiopien, der amerikanischen Entwicklungshilfebehörde USAid und der Michigan State University gefeiert worden. „Wir wurden von sehr hochrangigen äthiopischen Politikern persönlich unter Druck gesetzt, die Ergebnisse unserer Studie zu überarbeiten und einige an der Arbeit beteiligte äthiopische Kollegen gegen linientreue Funktionäre auszuwechseln“, erinnerte sich Thom S.

Jayne, Professor für Agrarökonomie und damaliger Betreuer des Projektes, als ich ihn an der Michigan State University anrief. „Als wir beidem nicht nachkamen, weil wir weder unsere Ergebnisse noch unsere Mitarbeiter anzweifelten, mussten wir das Land verlassen“. Der Amerikaner wundert sich bis heute, warum die Ergebnisse seiner Studie international so wenig Beachtung fanden. Seine Erklärung: „Die geostrategische Lage Äthiopiens war auch vor dem 11. September schon von so großer Bedeutung für den Westen, dass die Politökonomie alles dominierte. Die äthiopische Regierung beherrscht die Hilfsorganisationen voll und ganz. Von den westlichen Gebern wird das geduldet, weil es offenbar nur darum geht, dass die Macht in Äthiopien in der Hand der jetzt herrschenden christlichen Elite bleibt.“

In Dutzenden Gesprächen wurde offensichtlich, dass eine ganze Reihe von Vertretern verschiedenster Institutionen den offiziellen Zahlen und Statistiken misstrauten. Um den Ursprung und das Entstehen der jüngsten Zahlen nachzuvollziehen, bat ich in der Vertretung der Europäischen Union in Addis, die an der Erstellung der offiziellen Prognosen über die drohende Hungerkatastrophe beteiligt war, um Hintergrundgespräche mit den dort zuständigen Mitarbeitern. Wahrscheinlich auch weil Brüssel gegenüber Äthiopien in den letzten Jahren eine härtere Gangart einzuschlagen begann, berichteten die während zweier mehrstündiger Hintergrundgespräche freimütig (aber anonym), dass all diese Zahlen und Statistiken „nur eingeschränkt glaubwürdig“ seien. Denn erstens gebe es in weiten Teilen des Landes gar keine funktionierende Verwaltung und somit keine verlässliche Datenerhebung. Zweitens hätten die zwei Dutzend Teams, die aus Mitarbeitern der äthiopischen Regierung, der UN sowie der Hilfsorganisationen bestanden und auf deren Arbeit sich das Zahlenwerk stützte, die Lage im November 2002 häufig nur in einer Art „Raus-aus-dem-Geländewagen-rein-in-den-Geländewagen“-Umfrage eingeschätzt. Drittens sei danach „um die Millionen, die hungern werden, gefeilscht“ worden, wobei die Vertreter der äthiopischen Regierung und des Welternährungsprogramms die Weltöffentlichkeit mit einer noch höheren Zahl von Hungernden konfrontieren wollten (dieser Streit wurde auch in der Hauptstadtresse ausgetragen). Und viertens sei der Bericht auch Ausdruck des Verteilungskampfes um die jährlich zu vergebenden Hilfstöpfe, weil seit Monaten bereits eine Hilfswelle für Hungernde im südlichen Afrika rolle. Um da überhaupt noch wahrgenommen zu werden, brauche es dramatische Zahlen.

Nachdem ich nach und nach das Bild über die Rolle der Hilfsorganisationen und der äthiopischen Regierung skizzieren konnte, wollte ich nun noch die Rolle Medien als einen Teil des äthiopischen Katastrophenkarussells untersuchen. Diese Arbeit erledigte ich in Deutschland, wo ich nach fünfwöchiger Re-

cherchereise Ende Januar 2003 wieder landete. Für den Medienteil konnte ich auch auf ein Dutzend von mir zuvor geführter Interviews mit Nairobi-Korrespondenten zurückgreifen, in denen etliche Male über die äthiopische Hungerkatastrophe des Jahres 2000 gesprochen worden war. Einige der Interviewpartner kontaktierte ich erneut und befragte sie noch einmal dezidiert zu ihren Erfahrungen in Äthiopien. „Hilfsorganisationen und Medien haben eines gemeinsam: Sie leben von Katastrophen“, urteilte Hans-Josef Dreckmann, der 13 Jahre lang als Afrika-Korrespondent für die ARD gearbeitet hatte. „Das Reizwort Äthiopien ist ein wirksames Druckmittel auf zahlungskräftige Regierungen, weil sich viele Menschen immer noch an die verheerende Hungerkatastrophe von 1984/85 erinnern“, sagt der heute 64-Jährige. „Damals haben die äthiopische Regierung und die internationale Gemeinschaft es zugelassen, dass im Norden des Landes Zehntausende verhungerten. Dieses unbeschreibliche Sterben konnte man seinerzeit zum ersten Mal hautnah im Fernsehen miterleben. Diese Bilder waren ein Schock, und Äthiopien spielt diese Erfahrung seither immer wieder als Joker aus. Auch für die Hilfsorganisation ist es leicht, mit dem Symbol Äthiopien die Öffentlichkeit zu mobilisieren.“

Sein letztes einschneidendes Erlebnis mit Hungerkatastrophen in Äthiopien hatten Dreckmann und seine Korrespondenten-Kollegen im Jahr 2000, als „über Nacht plötzlich schreckliche Bilder aus Äthiopien auf den Fernsehbildschirmen“ erschienen. Einmal mehr hatte das Welternährungsprogramm für die Publicity gesorgt und Fernsehteams eingeflogen, deren Bilder ihre Wirkung nicht verfehlten. BBC, Reuters, CNN – die Großen der Branche berichteten. „Äthiopien 2000“ wurde zum Selbstläufer: Die Heimatredaktionen forderten von ihren Afrika-Korrespondenten Berichte an über das, was sie bereits im Fernsehen gesehen hatten. Die Schlagzeilen der Boulevard-Presse überschlugen sich. Dreckmann: „Alles spielte sich nur in dem kleinen Ort Gode im Ogaden ab. Aber die Bilder im Fernsehen waren so verdichtet, dass man den Eindruck bekommen musste, ganz Äthiopien versinke wieder im Hunger. In Gode drehten praktisch alle Fernsehteams dieselben Hungerbilder und hatten dieselben Interviewpartner. Die Einzelsituation wurde aufs Land hochgerechnet. Und es kursierten Zahlen von mehr als zehn Millionen Hungernden.“

Diese Übertreibung ging selbst der WFP-Chefin Catherine Bertini zu weit. Doch ihr Pressekonferenz-Statement „Das ist keine Hungerkatastrophe“ verhallte nun ungehört, die Katastrophenberichterstattung war längst auf Touren, eine differenzierte Darstellung drang nicht mehr durch. Als der Korrespondent Dreckmann dem Ansinnen der ARD-Heimatredaktion nicht folgte, für eine quotenträchtige Katastrophenstory nochmals nach Äthiopien zu fliegen, schickte man kurzerhand den Kollegen Hans Hübner los.

An Ort und Stelle konnte der 63-jährige Hübner, einst selbst Afrika-Korrespondent, dann zwar Unterernährung, aber keine Hungerkatastrophe entdecken. Er lieferte der *Tagesschau* in Hamburg daraufhin einen Bericht, der dem Spendenaufruf nicht das Wort redete. Ohne auf seine Rechercheergebnisse Rücksicht zu nehmen, habe die *Tagesschau* dennoch die bereits geplante Spendenaktion anrollen lassen, erinnert sich Hübner. Zwischen der Redaktion und dem Journalisten sei es daraufhin zu „Verstimmungen“ gekommen.

Die Reaktionen auf den Beitrag, der am 16. April 2003 im Dossier der ZEIT veröffentlicht wurde, fielen auf Pro- und Contraseite zahlreich und heftig aus. Einige Mitarbeiter von Hilfsorganisationen unterstellten mir, die Situation zu verharmlosen und mit einer zu kritischen Argumentation gegenüber der Nahrungsmittelhilfe den Tod von Menschen billigend in Kauf zu nehmen. Andere Leser applaudierten. Zu den rund hundert Reaktionen kam es sicher auch, weil ich mit der Entwicklungshilfe ein Milieu kritisiert hatte, das sich der öffentlichen Debatte bis dato weitgehend entzieht.

Lutz Mücke: Jahrgang 1970, Intarsien Schneidergeselle, nach dem Handwerkerdasein ausgedehnte Weltreisen, Abitur über den Zweiten Bildungsweg, anschließend Studium der Diplomjournalistik und Afrikanistik in Leipzig und Kampala, Mitarbeiter der Journalistenfachzeitschrift *message* und des Instituts für Praktische Journalismusforschung Leipzig.

Sie liegt schon lange in der Schublade oder sie schimmert durch eine aktuelle Meldung hindurch – die Geschichte – aber:

### **„Ohne Geld und Zeit werden viele Themen nie recherchiert“**

Das „netzwerk recherche“ bietet dazu eine Alternative:



**netzwerk  
recherche**

#### **Die Idee**

Das „netzwerk recherche“ sucht Journalisten, die mit Hartnäckigkeit, Fleiß und Ausdauer eine aufwendige Geschichte recherchieren möchten.

Das „recherche stipendium“- wird ausgeschrieben für Journalisten, die ein spannendes Thema in der Planung haben, dieses aber bislang nicht verwirklichen können. Aus einem Fördertopf werden je nach Aufwand der Recherche 2.500 bis 3.500 Euro gezahlt – Ziel dieses Recherche-Stipendiums ist es, kompetente und kritische Berichterstattung auf der Basis gründlicher Recherche zu fördern, ganz gleich in welchem Medium.

#### **Die Themen** –Es gibt drei Typen von Stipendien-

„Umwelt-Stipendien“, „Wirtschafts-Stipendien“ und „Stipendien Ost“, mit denen ausschliesslich Themen aus den neuen Bundesländern gefördert werden.

Unterstützt werden die Stipendien von Greenpeace, WWF und BUND, der Allianz-Group, sowie der „Otto Brenner Stiftung“.

Eine unabhängige Jury des „netzwerk recherche“ wählt aus den eingereichten Recherchevorschlägen die förderungswürdigen Themen aus.

#### **Wie bewerbe ich mich?**

In einem Expose soll die journalistische Relevanz des Themenvorschlages dokumentiert werden. Eine Kurzbiografie und Arbeitsproben sind notwendig. Dazu muß ein Zeit- und Kostenplan erstellt werden. Das „netzwerk recherche“ unterstützt die Autoren nach Beendigung der Arbeit bei der Veröffentlichung des Themas.

#### **Bewerbungen an:**

Dr. Thomas Leif „netzwerk recherche“  
Marcobrunnerstr 6 • 65197 Wiesbaden

**Mehr Infos unter [www.netzwerkrecherche.de](http://www.netzwerkrecherche.de)**

## **Du musst deine Protagonisten lieben**

„Feldtagebuch – allein unter Männern“

von Aelrun Goette

*Der 90minütige Dokumentarfilm „Feldtagebuch – allein unter Männern“ begleitet vier junge Frauen bei ihrer Grundausbildung zum Dienst an der Waffe. Er deckt die Kluft zwischen Mediendarstellung und Realität von „Frauen in der Bundeswehr“ auf und erzählt dabei, mit welchen Visionen deutsche Soldaten/innen heute bei der Truppe sind.*

Schon viele Fernseh-Journalisten hatten sich vor mir diesem Thema zugewandt. Eine Vielzahl von Kurzbeiträgen und langen Reportagen hatten der Bundeswehr kostenlose Werbung verschafft. In der Regel glichen sich die Aussagen: Hübsche, junge Frauen robbten mit gut aussehenden, kernigen Männern durch den Dreck, spielten Räuber und Gendarm, wollten gemeinsam das Vaterland verteidigen und verstanden sich prima. Nach Problemen im alltäglichen Miteinander befragt, schüttelten Männer wie Frauen unermüdlich den Kopf und beschworen eine bis dahin noch nie erlebte Kameradschaft.

Als Zuschauer bekam man den Eindruck: wenn es irgendwo in unserem Deutschland einen Ort der Gleichberechtigung gibt, dann ist er in der Bundeswehr zu finden. Nix wie hin!

Dass dieses Bild nicht der Realität entsprach, lag auf der Hand. Nur wie konnte es gelingen, einen authentischen Blick ins Innere dieser hermetisch abgeriegelten Welt zu werfen, die selbst die „unabhängigen Medien“ so fest im Griff zu haben schien?

Ich vereinbarte mit Unterstützung des Auftrag gebenden Senders SWR einen einwöchigen Rechercheaufenthalt in der Kaserne in Stetten am Kalten Markt in Baden Württemberg. Mein Ziel war einerseits, die Strukturen zu verstehen, in denen Bundeswehralltag und -ausbildung funktioniert, andererseits wollte ich herausbekommen, wie es gelingen könnte, nah an die dort lebenden Menschen in Uniform heranzukommen und eine Normalität im Umgang mit ihnen herzustellen, um sie wirklich kennen zu lernen.

Ich beteiligte mich an allen Ausbildungsstationen und nutzte jede Gelegenheit, mit den Soldaten/innen zusammen zu sein. Nicht mehr als Fremdkörper aufzufallen. Das hieß, dass ich mich in Fleckentarn kleidete, dasselbe Essen aß, in derselben Unterkunft übernachtete, jeden Morgen zur gleichen Zeit im Flur mit den Rekruten zum Antreten bereit stand und im Anschluss an den Ausbildungstag mit ihnen einen drauf machte.

In den Gesprächen, die dabei entstanden, konnte ich mir einen Eindruck von den geschriebenen und ungeschriebenen Gesetzen der Soldatenwelt machen.

Dabei versuchte ich herauszufinden, welches Interesse mein Gegenüber daran haben könnte, dass ein Dokumentarfilm über sie/ihn entsteht. Welche Dinge ihnen auf dem Herzen lagen und in welchen Punkten sie sich von der zivilen Welt unverstanden fühlten.

Denn das ist Regel Nr.1

*Gib deinem Gegenüber einen Grund, mit dir zusammen zu arbeiten. Finde sein Anliegen heraus und vergleiche es mit deinem Anliegen. Dabei musst du einerseits beachten, dass du nicht zum Sprachrohr deines Gegenübers wirst. Andererseits darfst du nicht der Welt, die du porträtieren und dem Zuschauer nahe bringen willst, deinen eigenen Erzählwunsch überstülpen. Denn du bist immer ein Diener der Wirklichkeit.*

In den Gesprächen fand ich u.a. folgende Punkte heraus:

Unter den Soldaten herrschte ein großer Unmut darüber, dass sich seit Januar 2001 die ganze Welt ausschließlich für die wenigen Frauen zu interessieren schien, wo doch die Hauptarbeit nach wie vor von Männern geleistet werde. Niemand würde sich jedoch für deren Meinung interessieren. Gleichmaßen herrschte Ärger darüber, dass angeblich das Ausbildungsniveau nach unten gegangen sei, weil sich Frauen zum Dienst an der Waffe verpflichten würden, die für den Soldatenberuf gar nicht geeignet wären. Das Interesse der Frauen sei nicht, neben den Kameraden gleichberechtigt ihren „Mann“ zu stehen, sondern möglichst schnell möglichst viel Geld zu verdienen und einen sicheren Arbeitsplatz zu haben.

Die jungen Rekrutinnen sahen sich selbst in einem anderen Licht. Eine von ihnen äußerte ihre Vorstellung vom Soldatendasein folgendermaßen:

„.... Ich will nicht unbedingt töten. Aber da ist schon ein gewisser Reiz dabei. Vor allem, wenn du es gelernt hast. Wenn du weißt, du kannst dich im Notfall verteidigen oder von hinten anschleichen und irgendwelche Feinde auslöschen.

Ich bin da schon immer ein bisschen krass drauf gewesen. Ich habe schon in der DDR schießen gelernt und da hat man mich gefragt, ob ich auf Menschen schießen könnte. Da habe ich gesagt, ja. Also Menschen könnte ich sofort erschießen. Tiere nicht. Ich bin da selbst über mich schockiert. Dass ich so ohne Gewissensbisse sagen kann, das würde mir nichts ausmachen. Ich meine kleine Kinder und wirklich alte Menschen, ich glaube, da hätte ich vielleicht auch Probleme mit. Aber sonst nicht...“

---

Diesen O-Ton einer Rekrutin habe ich während der Recherche mit einer Mini-DV-Cam aufgezeichnet.

Denn das ist Regel Nr. 2

*Zeichne möglichst alles, was du kriegen kannst, mit einer kleinen Kamera auf. So kannst du später in Ruhe feststellen, welche Szenerie, welche Orte, etc. wirklich interessant sind und was nur in deiner Vorstellung existiert. Weiterhin testest du damit, ob deine Protagonisten eine visuelle Präsenz besitzen, das heißt „telegen“ sind, oder ob sie eher zu den Menschen gehören, von denen du dir als Zuschauer wünschst, sie mögen aus dem Bild gehen. Ebenso findest du heraus, ob deine Protagonisten bereit sind, auch vor laufender Kamera ihre Meinung zu vertreten. Oft gibt es nämlich ein böses Erwachen. Wenn Dir jemand freizügig seine Ansicht dargelegt hat, heißt es noch lange nicht, dass er dies vor einer laufenden Kamera wiederholt.*

Eines Abends nahm mich ein Soldat beiseite und erklärte mir im Vertrauen, dass es mir niemals gelingen werde, eine authentische Innenansicht der Bundeswehr zu filmen. Er nannte folgende Gründe:

1. Alle Soldaten werden gründlich durchleuchtet, bevor sie einem Kamerateam / Journalisten „zur Verfügung gestellt werden“. Haben sie keine „weiße Weste“, wird den Journalisten ein/e andere/r Soldat/in vorgeschlagen. Begründung in der Regel: der Kamerad hat kein Interesse, wurde kurzfristig in eine andere Einheit versetzt, usw.
2. Ein Presseoffizier ist immer bei den Gesprächen dabei. Sollte einem Soldaten versehentlich doch einmal ein ehrliches Wort entschlüpfen, dann wird dieses sofort zensiert.
3. Die Bundeswehr wird den Film auf jeden Fall abnehmen. Sollte also trotz aller Vorsichtsmaßnahmen etwas Unzensiertes nach draußen dringen, wird das Projekt spätestens zu diesem Zeitpunkt gestoppt.
4. Die Bundeswehr hat in der jüngeren Vergangenheit sehr viel Geld in die Eigenwerbung gesteckt. Ziel war, die Armee wie ein modernes Management-Unternehmen in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Unter anderem deshalb, um dem Nachwuchsproblem Herr zu werden. Die Flutkatastrophe, der Einsatz im Kosovo und die Ausbildung der Frauen zum Dienst an der Waffe wurden dabei imagefördernd genutzt, was nach Umfragen das Ansehen der Bundeswehr bei den Zivilisten maßgeblich verbessert hat. Aus diesem Grund steht einiges auf dem Spiel, wenn öffentlich werden sollte, wie der Alltag hinter der Kasernenmauer wirklich abläuft.

Eines war am Ende meiner Recherche klar: Die Voraussetzungen waren denkbar schlecht, einen authentischen Film über die Bundeswehr zu drehen. Einerseits.

Andererseits hatte ich schon nach einer Woche intensiven Zusammenseins sehr viel Wahrhaftiges erfahren. Und davon sogar einiges mit meiner Kamera drehen können.

Ich setzte mich also hin und schrieb ein ca. 25-seitiges Treatment, in dem ich auf der Basis der gewonnenen Erkenntnisse meine Geschichte skizzierte und szenische Beispiele auswählte, um den zu erwartenden Film plastisch zu machen.

Denn Regel Nr.3 ist

*Das Treatment*

*Für einen 90-minütigen Film braucht es ein Drehbuch in schriftlicher Form. Es reicht nicht, wenn ich meinem Gegenüber erzählen kann, was ich ungefähr machen will und den Rest „im Gefühl habe“. Es ist ein Ausdruck fehlender Professionalität zu glauben, dass man das dramaturgische Konzept für anderthalb Filmstunden im Kopf haben kann.*

Natürlich wissen wir nicht, was genau beim Drehen vor der Kamera passieren wird und wie die Protagonisten auf Fragen reagieren werden. Trotz allem verschafft mir die Recherche einen Überblick über die Kernpunkte des Themas, von denen ausgehend ich mein dramaturgisches Konzept entwickeln kann.

Dabei ist es sinnvoll, szenisch zu erzählen. Das bedeutet, ich schreibe ähnlich wie im Spielfilm einzelne Situationen mit Handlung und Dialog auf. So können sich Sender und Produzent besser vorstellen, welchen Film ich im Kopf habe und es kommt der endgültigen Form näher als ein lediglich beschreibender Text.

In dem Konzept gehe ich auch dezidiert auf die zu erwartenden Schwierigkeiten ein. Eine schriftliche Auseinandersetzung hilft, sich im Vorfeld eventuelle Lösungsmöglichkeiten auszudenken und dramaturgische Ausweichmanöver zu überlegen, schlicht: besser auf die Gegebenheiten vorbereitet zu sein.

Denn wenn das Schiff erst einmal losgefahren ist, dann kannst du es nicht mehr stoppen.

*Das Fragekonzept*

*Auf das Treatment aufbauend entwerfe ich ein Konzept, in dem ich konkrete Fragen formuliere und Wunschsituationen aufliste. Damit arbeite ich am Set wie mit einem Drehbuch. Die Fragen sind aufeinander abgestimmt und nach Themen geordnet, die ich während der Recherche spannend fand.*

*Das Konzept muss als Grundlage für einen mehrmonatigen Dreh taugen. Ich baue es so auf, dass ich mir im Vorfeld genau überlege, nach wie viel Zeit ich möglicherweise meinen Protagonisten so gut kenne, dass ich ihm diese oder jene Frage stellen kann. Gleichmaßen bietet mir das Papier die Möglichkeit, bei der Masse an Material nicht den Überblick darüber zu verlieren, was ich gedreht habe und was noch fehlt.*

*An dieses Konzept halte ich mich beim Drehen genauso sklavisch, wie ich in jeder Situation in der Lage bin, es über Bord zu schmeißen und spontan neu zu entscheiden. Je nachdem, wie die Umstände es erfordern.*

Ein Hauptproblem in der Vorbereitung des Films bestand darin, dass die Kaserne erst kurz vor dem Einzug der Soldaten erfuhr, welche Soldaten/innen am Stichtag nun eigentlich einrücken würden. Und danach richtete sich dann auch, wer die Ausbilder und Unteroffiziere sein würden.

Ich konnte also keine Vorauswahl treffen, keine Vertrauensbasis mit meinen neuen Helden vor dem Dreh aufbauen und musste nach dem Prinzip: „trial and error“ verfahren. Wenn ich Glück hatte, war jemand Interessantes dabei, wenn nicht, dann hatte ich Pech.

Denn Regel Nr. 4 heißt:

*Die Basis für das Gelingen des Films ist eine gute Beziehung zwischen Protagonist und Regisseur. Denn der Dokumentarfilm lebt – im Gegensatz zur Reportage, die maßgeblich informativen Charakter und/oder aktuellen Bezug hat – wesentlich von den Menschen, die die Geschichte transportieren, die Situationen durchleben und dadurch die Atmosphäre bestimmen.*

*Das heißt, wenn ich Personen in meinem Film in den Mittelpunkt stelle, die keine Präsenz haben, dann habe ich verloren, weil der Zuschauer sie nicht sehen will und damit meiner Geschichte nicht mehr folgt. Im Grunde ist es wie beim Spielfilm, wenn ich meine Hauptfigur falsch besetze.*

*Ebenso wichtig ist die Beziehung, die ich zu den Betreffenden aufbaue.*

*Und dabei gilt es, folgende Antagonismen in sich zu vereinen:*

- 1. Du musst deinen Protagonisten lieben und dich 100-prozentig auf ihn einlassen. Gleichzeitig musst du die Distanz zu ihm wahren und darfst niemals die Kontrolle über die Situation verlieren.*
- 2. Du musst sein Freund werden und von deinem Leben ein Stück geben, ohne jemals privat zu sein. Dabei darfst du nicht lügen und auf keinen Fall immer die Wahrheit sagen.*
- 3. Du musst dich auf seine Perspektive einlassen, seine Sicht verstehen und dich*

*von deinen Vorurteilen trennen, ohne deinen Erzählwunsch aus den Augen zu verlieren. Gleichzeitig musst du immer wieder überprüfen, ob dein Protagonist für deine Geschichte taugt. Wenn nicht, musst du entweder die Geschichte über Bord werfen, oder deinen Protagonisten.*

Ich begann die Dreharbeiten ohne vorher zu wissen, wen ich zwei Monate lang mit der Kamera begleiten würde. Das entsprach überhaupt nicht dem Vorgehen, dass ich meiner Arbeit bisher immer zu Grunde gelegt hatte. Ich brauchte viel Glück.

Andererseits konnte ich damit rechnen, dass unter einer Gruppe von ca. 60 Soldaten und 8-10 Unteroffizieren immer jemand war, der für meinen Film geeignet sein würde. Ich stand unter Druck, da das Kennenlernen und Annähern nun während der Drehzeit stattfinden, und ich mich von Anfang an auf die richtigen Personen konzentrieren musste.

Ich hatte Glück.

In mehreren Treffen mit den verantwortlichen Offizieren sprachen wir über die Rahmenbedingungen und einigten uns auf das von mir vorgeschlagene Konzept, das sich in den Grundzügen auf folgende Punkte konzentrierte:

- Begleitung der Grundausbildung mit der Kamera vom ersten bis zum letzten Tag, rund um die Uhr, Tag und Nacht. Freizeitaktivitäten nach Absprache mit den betreffenden Soldaten.
- Konzentration auf die jungen Frauen und deren Veränderung von der Zivilistin zur Soldatin ebenso wie auf die Reflexion der männlichen Kameraden. Wie werden die Frauen im konkreten Ausbildungsalltag von den anderen erlebt und wie fühlt es sich aus ihrer Perspektive an?
- Wie ist das Verhältnis zwischen Ausbildern und Rekruten und wie schätzen die Ausbilder die Frauen und deren Leistungen ein?
- Mit welcher Vision sind deutsche Soldaten heutzutage beim Bund?

Die Tatsache, dass unser Kamerateam innerhalb der Kaserne arbeiten, schlafen und leben wollte, um ganz nah am Alltag der Soldaten teilzuhaben, stieß auf positive Resonanz bei den Offizieren. Ich konnte damit von Anfang an deutlich machen, dass es mir darum ging, den Alltag *wirklich* kennen zu lernen, quasi von innen heraus.

Schließlich gelang es mir, den Presseoffizier davon zu überzeugen, dass die Bundeswehr den Film nicht abnehmen könne. Er war einverstanden und tauchte während der zweimonatigen Drehzeit nur ein einziges Mal am Set auf.

Mein Ansatz war, im Film alle Protagonisten persönlich zu Wort kommen zu lassen, um so ein ausgewogenes Bild zu zeichnen: Die Voraussetzung, um sich als Zuschauer selbst eine Meinung bilden zu können. Nur befanden sich die Betroffenen oft an verschiedenen Orten, an denen wir nicht gleichzeitig sein konnten. Aus diesem Grunde sorgte ich dafür, dass mein Regieassistent sich immer an einem anderen, für uns potentiell interessanten Drehort aufhielt. Ich stand mit ihm in ständiger Verbindung und entschloss mich häufig spontan, das Set zu wechseln, um den begonnen Handlungsstrang zu Ende erzählen zu können.

Gleichermaßen hatte ich dadurch die Chance, mir den Kommentar zu ersparen, den ich immer als ein Zugeständnis an Authentizität empfinde.

Zwei Monate lang begleiteten wir die jungen Rekruten und ihre Ausbilder Tag und Nacht. Wir standen früh vor ihnen auf der Matte und gingen nach ihnen in unsere Feldbetten. Wir übernachteten gemeinsam bei minus 15 Grad im Biwak und standen anschließend beim Doktor Schlange. Wir diskutierten mit ihnen am Lagerfeuer über Kameradschaft und stritten über die Frage, ob es sich lohnt, für eine „Sache“ sein Leben zu geben.

Wir verschafften uns Respekt, weil wir uns als „zivile Weicheier“ nicht zu schade waren, dieselben Strapazen auf uns zu nehmen, wie die Menschen, über die wir einen Film machen wollten. Dadurch entstand ein Vertrauensverhältnis, nicht nur mit den Rekruten, sondern auch mit den Unteroffizieren und ihrem Chefausbilder. Mein Glück war, dass dieser zu den Personen gehörte „die von der Kamera geliebt werden“ und er mich darüber hinaus bei meiner Arbeit maßgeblich unterstützt hat.

Diese Arbeitsbeziehung schaffte die Basis für die ehrlichen Gespräche vor der Kamera. Wir saßen mit den Soldaten im gleichen Boot und wurden irgendwann auch so behandelt.

#### Regel Nr. 5

*Sei zu deinem Gegenüber ehrlich. Betrüge ihn nicht. Trickse ihn nicht aus. Er ist in der Regel kein Idiot und merkt, wenn Du ihn hintergehst. Sag ihm in den wesentlichen Dingen die Wahrheit und halte dich an getroffene Absprachen. Habe keine Scheu im persönlichen Gespräch eine eigene Meinung zu vertreten. Auch wenn sie von der deines Protagonisten abweicht. Nur so wird es dir gelingen, ein ehrliches Vertrauensverhältnis aufzubauen. Die Basis für einen ehrlichen Film.*

„Feldtagebuch – allein unter Männern“ wurde als 90-minütiger Dokumentarfilm im „Debüt im Dritten“ im SWR erstausgestrahlt. Die Bundeswehr hat den Film

vorher nicht abgenommen und ihn zur Premiere kurz vor der Ausstrahlung das erste Mal gesehen. Da zu diesem Zeitpunkt schon in diversen überregionalen Zeitungen darüber berichtet wurde, konnte sie den Film nicht mehr verhindern. Im weiteren Verlauf hat sich die Bundeswehr mehrfach öffentlich von dem Film distanziert und versucht, die darin gezeigten Situationen als Ausnahmefälle darzustellen. Gegen den Chefausbilder wurde Anzeige erstattet und eine interne Untersuchung eingeleitet. Die an dem Film beteiligten Soldaten wurden monatelangen Befragungen unterzogen. Dabei wurde geprüft, ob mir in irgendeiner Form unlauteres Vorgehen nachzuweisen wäre. Der parteiübergreifende Ausschuss des Bundestages „Innere Führung“ wurde damit beauftragt, sich mit den im Film gezeigten Vorfällen zu befassen.

Warum ich einerseits von der Bundeswehr die Möglichkeit bekam, diesen Film unzensiert zu drehen und sich die Führung anschließend von dem Ergebnis vehement distanzierte, darüber kann ich nur spekulieren.

Ich vermute, dass die Offiziere, die zu Beginn des Projektes die Entscheidungen getroffen haben, nicht darüber Bescheid wussten, wie der Alltag an der Basis wirklich aussieht.

Denn fast alle Soldaten, die in dem Film auftauchen, bescheinigten mir: Es sei der authentischste Film, den sie jemals über den Bund gesehen hätten.

Die Bestrebungen, den Film so wenig wie möglich in der Öffentlichkeit zu verbreiten, halten bis heute an.

### **Pressestimmen:**

*„Das „Feldtagebuch“ bietet einen faszinierenden Einblick in den Alltag der Truppe – dass die öffentlich-rechtlichen Programmplaner den Film vorerst im Dritten Programm verstecken, dürfte allerdings im Verteidigungsministerium für Erleichterung sorgen.“*

*Der Spiegel*

*„Feldtagebuch“ ist ein Film, wie man ihn wohl noch nie über die Bundeswehr gesehen hat. Der Film ist wahrhaftig, weder beschönigt er den Alltag der Rekruten, noch problematisiert er den Dienst an der Waffe, Aelrun Goette ideologisiert nicht, sie dokumentiert.“*

*Berliner Zeitung*

*„Aelrun Goette gelingt es, den Wesenskern hinter der Selbstinszenierung aufzuspüren, und das verleiht ihrer eindrucksvollen Chronik das Echtheitssiegel eines Dokuments.“*

FAZ

*„Es ist wirklich erschütternd, was Aelrun Goette in ihrem erhellenden Dokumentarfilm an Missständen bei der Truppe ans Licht bringt: Gestriges Denken, Phrasen ohne Ende und jede Menge davon, was schwer wie Schikane, teils sogar wie Psychoterror anmutet.“*

STERN

*„Kaum zu glauben, dass eine Institution, die in den Medien eigentlich immer – Anfangsverdacht – unter Beschuss steht, sich so weit, für volle zwei Monate, der beobachtenden Kamera öffnet...“*

*„Aelrun Goette, und das ist ihr großer Verdienst, filtert daraus keine Polemik, spitzt es nicht zur Anklage zurecht, verfällt nicht in bittere Real-Satire. Sondern sie nimmt wirklich teil, sie fragt, sie gibt den Protagonisten Raum – eben auch dem Hauptfeldweibel, der woanders nichts als den Schurken abgeben müsste.“*

epd medien

Autorenhinweis:

Regiestudium in Babelsberg, Studium Philosophie, A v Humboldt Universität, Arbeit u.a. in der Psychiatrie, als Fotomodel und als Vollzugsbetreuerin in der Frauenhaftanstalt Berlin-Plötzensee.

90-minütige Dokumentarfilme: „Ohne Bewährung – Psychogramm einer Mörderin“, „Die Kinder sind tot“ sowie die Dokusoap, Format 13x9 min: „Attacke! Frauen ans Gewehr“, div. Kino-Werbespots und Kurzfilme

## **In Bildern denken**

### Überlegungen zur Fernseh-Recherche

*von Patrik Baab*

#### **Der Krieg der Bilder**

Martin Savidge sitzt in einem rollenden Schützenpanzer. Er filmt sich während seines atemlosen Kommentars im Rückspiegel des Fahrzeugs. Das Bild ruckelt und zerfällt immer wieder in ein digitales Puzzle. Martin Savidge erzählt, was jeder sieht: Dass er in einem Panzerfahrzeug sitzt und mit US-Einheiten nach Norden fährt.

David Bowden sitzt mit einem Stahlhelm auf dem Kopf in einer Grube hinter einem Betonstreifen. Um ihn herum Soldaten, die in Richtung von Strommasten zielen. David Bowden sagt, dass die Soldaten dies nicht fürs Fernsehen tun, sondern dass es sich um eine lebensgefährliche Situation handele.

Walter Rodgers meldet sich aus dem Südirak. Er begleitet die 7th Cavalry. Frontbilder hat er nicht, aber er berichtet, dass die Iraker Frauen und Kinder als menschliche Schutzschilde benutzen. Walter Rodgers kommentiert einen Panzerangriff: „Es ist wie im Bauch eines Drachens, es knurrt und kreischt.“

Martin Savidge, David Bowden und Walter Rodgers sind 3 von etwa 500 „eingebetteten“ Fernseh-Reportern im Golfkrieg des Jahres 2003. Sie sind beim Marsch auf Bagdad dabei, bei der Eroberung der El-Fao-Halbinsel und bei den Kämpfen um Nasirija. Sie filmen, wie M1A1-Abrams-Panzer durch die Wüste rollen, wie Kanonen und Raketen abgeschossen werden, wie Wüstenstaub und Panzerquäl den Blick verstellen. Auf Sendung darf, wer Aufregendes zu bieten hat, wer Spannung und Action verspricht, „Breaking News“. Doch wo genau sie sich befinden, sagen die „eingebetteten“ Reporter nicht. Ort und Zeitpunkt von Militäraktionen dürfen sie nicht verraten. Außerdem ist verboten, über künftige oder verschobene Operationen zu berichten. Sie erwähnen nicht, dass die wenigen Informationen, die sie haben, aus offiziellen Quellen stammen. Sie verschweigen, dass jeder „embedded correspondent“ sich schriftlich verpflichten musste, keine Informationen preiszugeben, die Sicherheit oder Erfolg der Einsätze gefährden könnten. Was damit gemeint ist, bestimmen die Militärs.

Die Kamera ist auf Augenhöhe mit dem Panzerschützen. Sie sieht, was er sieht. Der „Eingebettete“ ist ganz nah dran. Doch das Bild des Krieges bleibt dennoch

unscharf. Dem „Eingebetteten“ ist untersagt, das Geschehen einzubetten in den Zusammenhang. Der „Gasmaskenjournalismus“ teilt den Tunnelblick des Panzerschützen. Es war US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld selbst, der die Medien daran erinnerte, dass ihre Frontberichterstattung zwar historisch einmalig sei, jedoch kein wahres Bild vom Geschehen zeige: „Was wir sehen, ist nicht der Krieg im Irak, sondern Scheiben dieses Kriegs.“ Der Golfkrieg 2003 wird als Fernsehshow inszeniert, ein Reality-TV, das an die Übertragung großer Sportereignisse erinnert. Regie führt das Pentagon. Es setzt die Regeln der „eingebetteten“ Berichterstattung. Dabei geht es um die Hoheit über die Bilder und über die Deutungen. Die Fernsehbilder überfluten die Welt, aber sie sagen nicht die ganze Wahrheit. Sie sind Teil der Propaganda, Waffe im Psycho-Krieg. In der Heimat sollen sie für Zustimmung zum Kriegskurs sorgen. Den Feind sollen sie demoralisieren.

Dass der Krieg auch an der Heimatfront gewonnen wird und dabei der Einfluss auf die Fernsehbilder entscheidend zu diesem Sieg beitragen kann, ist für die US-Militärs eine Lehre aus dem Vietnamkrieg. Das tägliche Schlachten in Südostasien wurde damals jeden Abend gesendet, die Fernsehjournalisten konnten weitgehend unabhängig arbeiten. Diese Gegenpropaganda war so wirkungsvoll, dass sie entscheidend zur Anti-Vietnam-Bewegung beitrug. Damit dies nicht wieder passiert, wurde der Golfkrieg 2003 medial geplant wie die Einführung eines Markenprodukts. In dieser „Schlacht der Lügen“ werden auch Fernsehbilder zur Waffe. Für den Rechercheur ist heute mehr denn je ihr Wahrheitswert fragwürdig: Die Bilder lügen. Um aber den Wahrheitsgehalt von Fernsehaufnahmen abzusichern und der Nachricht das „richtige“ Gesicht geben zu können ist optische Recherche unabdingbar.

### **Die optische Recherche**

Wie der Golfkrieg 1991 hat auch der Golfkrieg 2003 öffentlich-rechtlichen und kommerziellen Fernsehsendern hohe Einschaltquoten gebracht. Fernsehbilder faszinieren, weil sie zu ermöglichen scheinen, das Ferne so zu sehen, als läge es vor der Nase, mit den Augen Erfahrungen zu machen, die sonst nur Augenzeugen machen können. Die Fernsehbilder lassen die Zuschauer glauben, sie wüssten nun genau, wie es am Ort des Geschehens aussieht.

James Monaco hat darauf hingewiesen, dass im Film sprachliches Zeichen und Bedeutung, Signifikant und Signifikat fast identisch sind (Monaco 1996, S. 158): Das bewegte Bild des Krieges ist viel näher am wirklichen Krieg als das Wort Krieg. Schriftzeichen sind vergleichsweise abstrakt und lassen deshalb einen breiten Interpretationsspielraum der Leser zu. Filmische Zeichen sind kon-

kret und legen damit die Phantasie der Betrachter stärker fest, prägen eindringlicher ihre Vorstellung von der Welt. Darin liegt die Stärke, aber auch die Gefahr, die der Film für den Betrachter darstellt: Weil die Bilder eine so große Annäherung an Realität zu vermitteln scheinen, wird dem Fernsehen allgemein eine hohe Glaubwürdigkeit zugemessen – selbst dann, wenn alle genau wissen, dass Fernsehen kein Abbild von Wirklichkeit ist.

Auch, wenn es dem Augenschein widerspricht: Fernsehen ist eine durch und durch künstliche Darstellung. Sie packt Dreidimensionales in zwei Dimensionen, zerlegt das ganzheitliche Betrachten in Schnitte, gibt dem Zuschauer Tempo und Rhythmus des Sehens und Hörens vor und konzentriert Handlungen auf Ausschnitte. In diesem Medium ist nichts ein Abbild von Wirklichkeit, aber alles sieht danach aus.

Wegen seiner Fähigkeit, Wirklichkeit technisch zu reproduzieren, ist Fernsehen so attraktiv. Aber genau das macht auch die Kehrseite seiner Stärke aus: Es bleibt dem Sichtbaren, der Oberfläche verhaftet. Fernsehen kann Analysen, Hintergründe, Zusammenhänge nicht so problemlos liefern wie die Zeitung. Die Bilder sind flüchtig, rasch werden sie vergessen. Was bleibt, sind überwiegend recht allgemeine und vor allem emotionale Erinnerungen. Fernsehen trifft direkt die Emotion, den Verstand aber indirekter, vermittelter, langsamer.

Wer im Fernsehen Auszüge von Wirklichkeit abbilden will, muss über die thematische Recherche hinausgehen. Es genügt eben nicht, die Fakten zusammenzutragen. Die benötigten Bilder müssen genauso daraufhin geprüft werden, ob sie der recherchierten Realität und damit dem Aussagewunsch entsprechen. Neben Fakten und Bildern müssen Fernsehleute produktionstechnische, handwerkliche und organisatorische Aspekte einbeziehen. Zur thematischen Recherche kommen also optische sowie programm- und produktionstechnische Recherche. Alle drei Rechercheebenen bewusst einzusetzen ist Voraussetzung für eine realitätsgerechte Filmgestaltung.

Die optische Recherche umfasst alle Fragen, die mit den Bildern, ihrer Herkunft, ihrer Gestaltung und ihrer Wirkung zu tun haben. Die Reporterinnen und Reporter müssen festlegen, welche Bilder gedreht werden. Sie entscheiden, wie die O-Töne optisch gestaltet, ob die Gesprächspartner links oder rechts eingesetzt, im Sitzen oder im Stehen befragt, in eine Umgebungsatmosphäre eingebettet oder komplett in einen Handlungsablauf integriert werden. Die Autoren müssen über die Verwendung von Fremdmaterial entscheiden, Archivbilder suchen und bestellen, Grafiken planen und in Auftrag geben, Live-Möglichkeiten prüfen und für all das möglicherweise Vorbesichtigungen durchführen.

Genauso wichtig sind vor allem bei aktuellen Fernsehsendungen programm- und produktionstechnische Gesichtspunkte. Die damit verbundenen Fragen be-

treffen die Filmautoren nur zum Teil. Dennoch müssen sie klären, wie die Ereignisse vor Ort ablaufen, welche Termine zu beachten sind, wie es am Drehort aussieht, ob Stromanschlüsse vorhanden sind. Akustische Bedingungen, Drehgenehmigungen, Absperrungen, Fahrzeiten und Fahrwege, Arbeitszeiten, Einsatz technischer Mittel – all das sollte berücksichtigt werden.

Welchem Gestaltungsinteresse all diese Rechercheelemente unterworfen werden, hängt von den Faktoren ab, die das Medium Fernsehen ausmachen. Dabei ist der Fernsehfilm zunächst ein Faktor der Kommunikation, er kann also menschliche Beziehungen herstellen und entwickeln. Die Bedingungen, unter denen dieses Kommunikationsgeflecht entsteht, beeinflussen auch die Autoren und damit die Filminhalte. Fernsehen hat daneben eine ökonomische Dimension. Auch, wenn der Streit, ob Fernsehen als Wirtschafts- oder als Kulturgut anzusehen ist, weiter anhält, ist dennoch unstrittig, dass Fernsehen ein ökonomischer Faktor ist. Ein Sender, der vom Verkauf von Werbezeiten lebt, entwickelt auch teilweise andere journalistische Formate als ein Gebühren finanziertes Fernsehen. Zudem haben Fernsehfilme zumindest der Möglichkeit nach eine künstlerische Dimension. Pierre Kandorfer fasst zusammen: „Film ist ein Massen-Kommunikationsmittel im Status eines Wirtschaftsgutes und der Potenz einer Kunst“ (Kandorfer 1990, S. 20). Wie diese drei Dimensionen sich auch im Medium Fernsehen zueinander verhalten, welcher Faktor überwiegt, das prägt Gestaltungsprozess und filmisches Produkt. Für die optische Recherche ist also zum einen entscheidend, wie die Produktionsvoraussetzungen beschaffen sind; der zweite entscheidende Faktor sind die optischen Quellen.

### **Der Umgang mit optischen Quellen**

Die Bilder, die „embedded correspondents“ wie Walter Rodgers mit ihrer „Tankcam“ aufzeichnen und 7.000 Kilometer weit nach Amerika senden, galten zu Beginn des Golfkrieges 2003 als zusätzliche optische Quelle. Doch dem Journalisten war durch die Auflagen der Militärs die redaktionelle Kontrolle über die Bilder weitgehend entzogen: Zu sehen war, was er sehen durfte. „Mich erinnert das ein wenig an gesalzene Nüsse“, sagt Alex Jones vom Shorenstein-PressEZentrum der Harvard-Universität, „sehr lecker, aber fast vollständig bar jeden Nährwerts. Aus der Sicht des Pentagons ist das ein einziges hervorragendes Rekrutierungsvideo“ (zit. n. Flottau u.a. 2003).

Man könnte überspitzt sagen: Die von den Militärs gewünschten Bildaussagen erhalten den Charakter journalistischer Eigendrehes. Das ist neu: Denn bislang konnten die unterschiedlichen Bildquellen meist klar auseinander gehalten werden. Es war eben ein Unterschied, ob die Redaktion selbst gedrehtes Material,

Bildkonserven von Firmen oder Behörden („Footage“), Producer-Bilder, Amateurvideos, Material aus dem Programmaustausch oder von Bildagenturen, angekauftes Material oder Archivbilder verwendet. Wenn aber Touristik-Unternehmen immer häufiger „Footage“ bereitstellen (und Reisedredaktionen das auch unkritisch übernehmen), wenn durch die Verbreitung billiger Digitalkameras immer mehr Amateurmaterial auf den Markt kommt, wenn immer häufiger unbekannte Partner mit spektakulären Aufnahmen eine schnelle Mark verdienen wollen – dann wird der distanziert-kritische Umgang mit optischen Quellen immer wichtiger.

Auf allen Ebenen der Bildbearbeitung - von der Entstehung bis zur Sendung – sind Manipulationen möglich:

So können Unternehmen oder staatliche Stellen mit der Bereitstellung von „Footage“ gezielt Desinformation betreiben: Ein Automobilhersteller zeigt auf dem Eigenmaterial, das er Redaktionen zur Verwendung überlässt, die neue Produktionsstraße, aber natürlich nicht den Ausschuss. Zu sehen ist also bestenfalls die halbe Wahrheit. Gleichzeitig dient die Bereitstellung von „Footage“ oft als Grund, Drehgenehmigungen zu verweigern.

Die Zensur kann in Dreh und Weitergabe von Bildern eingreifen: Die Iraker sorgten dafür, dass Aufpasser westliche Kamerateams begleiten. In ihrem eigenen Fernsehen war über die wahre Lage an der Front nichts zu erfahren. Umgekehrt enthielten auch die Amerikaner der Weltöffentlichkeit die Zerstörungen infolge ihrer Bombardements vor. Anders als im Golfkrieg 1991 gab es kaum Bilder von Cruise Missiles, die ihre Ziele verfehlt und zu „Kollateralschäden“ geführt hatten.

Kamerateams oder Konfliktparteien können bei Dreharbeiten Wirklichkeit inszenieren. Da beim Fernsehen immer Produktionsmittel bewegt werden müssen – und die Kamera nicht immer rechtzeitig den Ort des Geschehens erreichen kann – ist im Kern nichts dagegen einzuwenden, wenn die Situation am Drehort arrangiert wird. So wird man einen Firmenchef nicht vor der kalten Wand, sondern vielleicht vor dem Logo seines Unternehmens interviewen. Der Kameramann kann Betroffene bitten, einen Vorgang mehrmals zu wiederholen, damit die Bilder nachher zu einem Bewegungsablauf ineinander geschnitten werden können. Aber journalistische Fälscher wie Michael Born von Stern-TV haben Bildgeschichten komplett inszeniert, um mit spektakulären Themen wie dem „Katzenjäger“ landen zu können. Palästinenserorganisationen können Steine werfende Jugendliche immer dann losschicken, wenn Kamerateams anrücken, um von anderen Aspekten des Konfliktgeschehens abzulenken. Das bedeutet: Allein schon die Präsenz einer Kamera kann die Situation am Drehort und das Verhalten der Beteiligten entscheidend verändern und zu einer Art „inszenierter

Wirklichkeit“ führen. Entscheidend ist, ob diese „inszenierte Wirklichkeit“ das Wesen einer Sache überhaupt noch trifft, ob sie als typisch und repräsentativ für die Gesamtsituation gelten kann, oder ob der Journalist der Ideologie einer Konfliktpartei auf den Leim geht oder skrupellos seinem eigenen Verwertungsinteresse folgt.

Manipulationen sind natürlich auch auf allen Ebenen der Bildweitergabe und -bearbeitung möglich: Poolmaterial wird vorgeschnitten. Producer und freie Teams suchen die spektakulärsten Bilder aus und lassen den Rest weg. Im Schnitt wird das zugeliferte Material passend gemacht und mit anderen Bildquellen in einen – manchmal fraglichen – Zusammenhang gebracht. Am Computer können Bilder digital nachbearbeitet, Gesichter, Formen, Farben, Bewegungsabläufe komplett verändert werden.

Desinformation, Zensur, Inszenierung, technische Manipulation - ihnen ist gemeinsam, dass die redaktionelle Kontrolle über die Bilder verloren geht. Aber selbst dann, wenn die Redaktion weiß, wie die Bilder entstanden sind und auf welchen Wegen sie weitergegeben wurden, können immer noch journalistische Distanz und Urteilskraft verloren gehen. Dieser Gefahr sind nicht nur „embedded correspondents“ ausgesetzt; sie ist auch dann gegeben, wenn Geschichten mit Blick auf Boulevard-Formate so frisiert werden, dass sie Wirklichkeit nicht mehr abbilden.

Bernward Wember hat Verzerrungen im Umgang mit optischen Quellen auf das „Diktat der Zeitwänge und Produktionszwänge“ (Wember 1976, S. 166) zurückgeführt. Durch schnelle Schnitte und Action-Bilder werde ein „Augenkitzel“ geschaffen, der den Inhalt zurücktreten lässt. Der Zuschauer solle, so Wember, durch ein visuelles Reizbombardement zum Dranbleiben motiviert werden. Dies sei notwendig „im Kampf um Einschaltmärkte, deren Absatz in Quoten messbar ist und gemessen wird, bis auf zehntel Prozent, jeden Tag, jede Sendung“. Dieser Kampf um die Quote, so beschreibt es Pierre Bourdieu, ordne das journalistische Feld dem ökonomischen unter (Bourdieu 1998, S. 76). Denn mit der Quote steigen die Preise für die Fernsehwerbung. Die Wahrnehmung der Journalisten wird beeinflusst vom Faktor Sensation, denn vor allem das Sensationelle soll dafür sorgen dass die Quote stimmt.

Wer seriös mit optischen Quellen umgehen will, sollte also dem Quotendruck nicht erliegen und auf langfristige Glaubwürdigkeit setzen. Dazu ist eine genaue Kontrolle der Bildquellen unabdingbar. Sie kann sich von folgenden Fragen leiten lassen: Unter welchen Umständen wurden die Bilder gedreht? Auf welchen Wegen haben sie die Redaktion erreicht? Stammen die Bilder von verlässlichen, journalistisch qualifizierten Partnern? Welche Interessen haben die Partner, diese Bilder anzubieten? Kann die Redaktion das Geschehen in Augen-

schein nehmen? Wurde in die Produktion oder Weitergabe von dritter Seite eingegriffen? Deckt sich der Bildinhalt mit der Aussage anderer Bildquellen? Ist der Bildinhalt repräsentativ für das Gesamtgeschehen oder wurde die Bildproduktion instrumentalisiert? Können die Bildquellen einem Cross-Check mit Textquellen unterzogen werden?

Bilder sind konkret. Gerade deshalb können sie so überzeugend lügen. Das Ziel muss aber bleiben, die redaktionelle Kontrolle über die Bilder zu wahren und dem Verlust journalistischer Urteilskraft entgegenzuwirken.

### **Der Nachricht ein Gesicht geben**

Totale: Limousinen fahren vor – halbnahe: Politiker steigen aus – groß: Aktentaschen werden geöffnet – Aufzieher aus der Unschärfe des Kronleuchters in die Saaltotale – O-Ton – Schwenk über Anwesende – so sehen viele Filme in der aktuellen Fernsehberichterstattung aus. Es handelt sich beinahe um ein optisches Stereotyp. Den Bildern haftet der Anschein universeller Verstehbarkeit und Eindeutigkeit an. Gleichzeitig suggerieren sie, ein analoges Abbild von Wirklichkeit darzustellen, das keiner Übersetzung bedarf und etwas unmittelbar Wahres über die Welt sagt. Das Bild erschließt sich dem Betrachter scheinbar ohne Vorwissen, es macht ihm die Welt scheinbar direkt zugänglich.

Aber entgegen dem Anschein der Eindeutigkeit sagt die präsentierte Bildfolge über den Inhalt des Ereignisses nichts aus. Die Bilder transportieren lediglich den Sinn „Wichtige Leute treffen sich“ und überlassen die präzise Information dem Text. Insoweit sind sie ganz und gar nicht eindeutig. Zweitens sind diese Bilder auch kein Spiegel der Realität, denn Kameraleute haben Einstellung, Perspektive, Motiv, Kamerabewegung und Objektiv ausgewählt. Diese Auswahl strukturiert das Filmerlebnis des Zuschauers vor. Der Kamerablick bestimmt den Betrachterblick.

Diese Auswahl wird so getroffen, dass die einzelnen Einstellungen im Schnitt zu einem Film zusammengebaut werden können, entsprechend den technischen Vorgaben und optischen Gesetzen des Mediums Fernsehen. Das bedeutet: Ein Fernsehbild ist kein Abbild der Realität. Es ist ein Zeichensystem, das nach bestimmten Regeln organisiert und keineswegs eindeutig und universell verstehbar ist. Seine Aussagekraft erhält das Bild durch den Zusammenhang von Bildformat, Einstellungsgröße, Perspektive, Kameraobjektiv, Kamerabewegung und Bildaufbau. Dabei ist die Kamera Subjekt der Auswahl, der ausgewählte Gegenstand Objekt der Anordnung. Dieses Motiv verdankt seine Erscheinung im Bild damit vollständig dem Gestaltungswillen von Reporter und Team sowie den technischen Möglichkeiten des Fernsehens. Da der Fertigkeit Bilder zu „le-

sen“ in unserer Kultur aber keine vergleichbare Bedeutung zukommt wie beispielsweise der Lese- und Schreibkompetenz machen sich auch Profis diesen Zusammenhang selten klar. Die Macher halten das, was sie inszenieren, für „wahr“, gehen ihrer eigenen Gestaltungsmacht auf den Leim.

Von den genannten Bildfaktoren, von der Motivgeschichte, vom bildlichen und textlichen Umfeld hängt aber ab, welchen Sinn Betrachter aus der Bildinformation machen. Die Logik der Bilder unterscheidet sich dabei diametral von der Logik der Texte: Die Textlogik ist argumentativ, die Bildlogik assoziativ. Formale und stilistische Ähnlichkeiten führen automatisch zu inhaltlichen Analogieschlüssen. Räumliche und zeitliche Diskrepanzen werden außer Kraft gesetzt. Die Macht der Bilder liegt in ihrer Unmittelbarkeit. Diese Wirkung ist bislang noch kaum erforscht.

Wenn Storys über Bilder laufen, muss die Eigendynamik der visuellen Kommunikation beachtet werden. Diese Fähigkeit heißt Bildkompetenz. Denn Bilder können nicht argumentativ entkräftet, sie können nur assoziativ widerlegt werden. Marion G. Müller hat vor diesem Hintergrund unterstrichen, dass auch Journalisten den eigenständigen Informationswert von Bildern verkennen und bisweilen fahrlässig mit ihnen umgehen (Müller 2003, S. 80).

Einer Nachricht ein passendes Gesicht geben heißt, ein technisch reproduziertes Zeichensystem an die recherchierten Fakten – also an den journalistischen Eindruck von Realität – anzunähern. Dabei muss der Journalist einen Standpunkt beziehen und diese Position in die argumentative Textlogik UND in die assoziative Bildsprache übersetzen. Beides zusammen strukturiert die Aussage vor, wie sie im Kopf des Betrachters entsteht. In der Fernsehberichterstattung hat die Recherchehypothese, also die vorläufige Deutung des Geschehens, zwei Dimensionen: Zum einen den argumentativen Zusammenhang der Fakten-Recherche und zum anderen den assoziativen Zusammenhang der optischen Recherche. Beides muss sich zu einem Aussagewunsch zusammenfassen lassen. Dabei sollen die Bilder das Geschehen im Kern erfassen, d.h. sie müssen beispielhaft, konkret und repräsentativ sein. Sagen die Bilder etwas anderes als die Textinformationen, sollte auch die Faktenrecherche erneut überdacht werden.

In Bildern denken heißt: sich auf den assoziativen Charakter der Bildlogik einlassen. Um die passenden Bilder zu finden, empfiehlt es sich deshalb, eine assoziative Methode anzuwenden: das so genannte Brainstorming. Dieses Verfahren zum unzensierten Sammeln von spontanen Einfällen scheint mir die beste Methode zu sein, um der assoziativen Kraft der Bilder zu folgen und optische Gestaltungsideen zusammenzutragen.

Zur Strukturierung dieser Ideensammlung kann – analog einer Quellenmatrix – auch eine Bildmatrix entwickelt werden. Es ist möglich, sie nach verschiede-

nen Variablen aufzubauen. Eine analytische Bildmatrix gliedert die zusammengetragenen optischen Ideen nach den Fragen: Welche Bilder stehen für die Ursachen, welche für die Folgen eines Geschehens? Welche stehen für die Subjekte der Handlung, welche für die Objekte (die Betroffenen, die Opfer etc.)? Eine zeitliche Bildmatrix gliedert die Ideen nach der Abfolge des Geschehens. Eine räumliche Bildmatrix ordnet die optischen Einfälle nach den Orten des Geschehens. Eine assoziative Bildmatrix fasst die Filmideen nach spontanen gedanklichen Einfällen zusammen, die vom Grad der Ähnlichkeit, des Kontrastes, der räumlichen und zeitlichen Nähe zu einem Kerngedanken abhängen. Brainstorming und Bildmatrix scheinen mir zentrale Arbeitshilfen zu sein, die allerdings andere Verfahren nicht ausschließen sollen. Insgesamt stellen diese Strukturierungshilfen eine Grundlage für die spätere Entwicklung eines Treatments, die Dreharbeiten und die Montage dar. Denn auf der Basis einer Bildmatrix kann der Autor seine Visualisierungsstrategie entwickeln. Denn fast immer lassen sich für Ursachen und Folgen eines Problems Beispiele finden. Diese Beispiele können als Argumentationsgrundlage dienen, wenn sie verallgemeinert werden können. Viele Themen sind leicht zu personalisieren. Dabei wird ein Betroffener in den Mittelpunkt des Films gestellt und damit eine Leitfigur etabliert, die durch ihr Schicksal an die Lebenswelt der Betrachter anknüpft und ihn auf diese Weise emotional mitnimmt. Der Verlauf der Recherche selbst kann thematisiert werden. Dies bietet sich an bei Reiseberichten oder zur Dokumentation besonderer Recherche-Hürden. Bei der Rekonstruktion von Ereignissen kann es sinnvoll sein, Szenen nachzustellen. Für Vorgänge in der virtuellen Welt können daneben Analogien in der realen Welt gesucht werden. Zahlen und Größenverhältnisse lassen sich mit Infografiken visualisieren.

Dabei gilt es, den Blick für das Besondere zu entwickeln, also jene Vorgänge zu erfassen, die über den Einzelfall hinaus typisch sind für das Allgemeine, den übergeordneten Zusammenhang. Wer in dieser Hinsicht treffende Bildgeschichten erzählen will, sollte bei der optischen Recherche die Reportage-Elemente in seinem Thema suchen. Dies heißt, sich nicht mit der Ankunft von Limousinen, aussteigenden Politikern und Sitzungsbildern zufrieden geben. Dabei können folgende Fragen helfen:

- Was gibt meinem Thema optisch besonderen Reiz?
- Welches ist die erlebnisstarke Seite des Themas?
- Wo muss ich genauer hinsehen?
- Wie kann ich dem Zuschauer fremde Milieus nahe bringen?
- Welche Barrieren muss ich überwinden?

- Wie kann ich das Geschehen lebendig beschreiben?
- Welche optischen Gegensätze und Konflikte machen das Thema spannend?
- Welche Bilder sprechen den Betrachter direkt an, wie kann ich an seinen Erfahrungen und Interessen anknüpfen und ihn besser mitnehmen?
- Was läuft hinter den Kulissen, im Verborgenen?
- Welcher optische Standpunkt erfasst das Geschehen repräsentativ?
- Wie kann ich Bilder für Ursachen und Wirkungen, für Subjekte und Objekte einer Handlung finden?
- Womit assoziiere ich die vorhandenen Bilder und sind diese Assoziationen treffend?
- Gibt es historische, räumliche, optische Parallelen?
- Ist damit der Kern des Geschehens nicht in der Breite, aber in der Tiefe erfasst?

Der Versuch, einer Information ein Gesicht zu geben und dabei in Bildern zu denken, ist mit dem Abschluss der Schreibtisch-Recherche nicht zu Ende. Während der Dreharbeiten geht die Suche nach treffenden Bildern weiter. Während die Kameralente drehen, werden neben weiteren Fakten auch neue Bildideen zusammengetragen. Dabei liefern die Körpersprache von Menschen, Töne und Geräusche oft ausdrucksstarkes Material. Auf der Suche nach passenden Motiven und interessanten optischen Standpunkten kann natürlich vom Treatment abgewichen werden. Bilder finden – das ist ein arbeitsteiliger Prozess, dessen Produktivität entscheidend abhängt von der Qualität des Teamwork.

Je präziser solche Überlegungen angestellt werden, desto exakter können sich Autoren auf die Eigenart visueller Kommunikation einstellen. Dies ist unabdingbare Voraussetzung dafür, eine Bildgeschichte auf ihre Wirkung beim Zuschauer hin zu komponieren und dabei im Auge zu behalten, dass sich argumentative Textlogik und assoziative Bildlogik beim Erzählen in Bildern wechselseitig durchdringen.

## **Den Film planen und montieren**

Die Aussage der Bilder entfaltet sich erst im Kopf des Zuschauers. Der Aussagewunsch des Autors muss also auf eine möglichst eindeutige Wirkung beim Betrachter hin kalkuliert werden. Diese Wirkung entsteht durch die filmische Struktur. Sie kann geplant werden mit Hilfe von Exposé, Treatment, Storyboard, Infografik und Drehbuch und wird gestaltet durch die Montage der Bilder im Schnitt. Ohne eine solche Drehgrundlage zu arbeiten, sollte selbst im aktuellen Bereich eine Ausnahme bleiben, die zudem lediglich Routiniers praktizieren sollten.

Um assoziative Bildlogik und argumentative Textlogik zu verknüpfen, emp-

fehlt sich eine Strukturierungstechnik, die beiden Ebenen gerecht wird: das so genannte „Mind Mapping“. Diese Methode geht zweidimensional vor und nicht linear, sie ist assoziativ und argumentativ zugleich. Ein Hauptbegriff wird auf ein Blatt notiert und eingekreist. Die einzelnen optischen und faktischen Aspekte sind diesem Hauptbegriff in Form von Ästen zugeordnet, die nach allen Seiten vom Kern wegführen und mit Schlüsselbegriffen beschriftet werden. Diese Äste können sich wieder teilen. Es können neue Zweige dazukommen, wenn ein neuer Gedankenblitz kommt. Die Zahl der Äste ist beliebig. Auf diese Weise kommt das Mind Map genau dem kreativen, assoziativen und intuitiven Denken entgegen und strukturiert dennoch klar. Denn obwohl viele Gedanken schnell und wild im Gehirn auftauchen, können sie doch sofort an geeigneter Stelle eingepasst werden. Über die argumentative Reihenfolge braucht der Autor zunächst nicht nachzudenken. Die logische Struktur ergibt sich assoziativ durch den Aufbau des Baums. Seine Äste können dann zu einzelnen Filmsequenzen werden, die als lineare Text-Bild-Struktur den Aufbau des Films darstellen. Das Mind-Mapping erscheint mir deshalb als eine Strukturierungshilfe, die assoziative und argumentative Elemente verbindet und damit die Bild- und die Textebene zu optischen Blöcken zusammenfasst. Dabei bilden mehrere solcher Sequenzen einen Komplex, der wiederum nur ein Teil des Gesamtbeitrags ist.

Für die weitere Umsetzung der optischen und thematischen Recherche-Ergebnisse in einem Fernsehbeitrag gibt es weitere konzeptionelle Zwischenschritte: Das Exposé ist eine Ideenskizze, die in wenigen Zeilen das Thema schriftlich fixiert. Es formuliert die Kernaussage, umreißt Inhalt und Aktualität und nennt die geplante Länge. Die filmische Form wird bestenfalls angedeutet, aber wirtschaftliche Aspekte sollten bereits eine Rolle spielen. Das Exposé ist eine wichtige Entscheidungshilfe für die redaktionelle Planung und die Zusammenarbeit im Team.

Findet das Exposé die Billigung der Redaktion, entwickelt der Autor mit einem Treatment die Ideenskizze weiter und präzisiert die Aussage. Das Treatment gibt den Inhalt des Films ziemlich genau wieder, befasst sich mit dem Spannungsbogen, den Trägern der Handlung und den Drehorten. Es legt dar, mit welchen optischen und verbalen Mitteln die Story erzählt wird, wer interviewt wird, welche Grafiken in Auftrag gegeben und welche Ausrüstungselemente gebraucht werden. Besondere Sorgfalt sollte auf Anfang und Ende der Geschichte, auf mögliche Wendepunkte und auf die präzise Herausarbeitung der Konflikte verwendet werden. Charakteristisch für ein gutes Treatment ist die Aufteilung der Geschichte in szenische Komplexe, in denen die zentralen Inhalte und O-Töne enthalten sind. Formal ist es dem Drehbuch ähnlich: Hier findet sich schon die übliche Aufteilung in Bild-(links) und Ton-Spalte(rechts). Die einzelnen Sequenzen können fortlaufend nummeriert werden. Der Autor gibt ihre ungefähre

---

Länge an, manchmal die Länge einzelner Einstellungen. Er beschreibt kurz die Kameraaktivitäten, also Einstellungsgrößen, Kamerabewegungen, Perspektiven etc., umreißt Bildinhalt und Handlungsablauf und skizziert die Ebene des Tons (Statements, Kommentar, Geräusche, Musik). Das bedeutet: Ein Treatment wird grundsätzlich vom Bild her entwickelt. Dies unterstreicht die Bedeutung der optischen Recherche.

Das Storyboard stellt eine Skizzensammlung dar, die den Spannungsbogen des Beitrags wiedergibt und hilft, schwierige oder besonders wichtige Sequenzen detailliert zu planen. In größtmöglicher Vereinfachung wird die gewünschte Bildaussage verdeutlicht. Bei der Entwicklung von grafischen Elementen ist eine solche genaue Skizzierung unabdingbar. Das Storyboard kann helfen, konfuse Bildvorstellungen zu ordnen und die Kommunikation mit Kameraleuten und Team zu unterstützen. Die Storyboardmethode wird sowohl zur Planung eines Films als auch zur Filmanalyse eingesetzt. In den Bereichen Werbung und Spielfilm stellt das Storyboarding eine eigene Berufssparte dar.

Die Infografik ist eine Information in grafischer Form. Der Begriff entstand durch die Verschmelzung der beiden Worte Information und Grafik während der 80er Jahre. Ihre Verbindung schließt aus, dass es sich dabei um Grafiken zu künstlerischen oder dekorativen Zwecken handelt. Meistens tragen Redakteure die optischen Vorlagen und textlichen Informationen zusammen, Infografiker setzen sie um. Auch hier geht es wieder darum, die Fakten zu recherchieren, gleichzeitig in Bildern zu denken und die Abläufe effizient zu organisieren. Dabei sollte der Autor beachten, dass er die Daten zunächst genau recherchiert und dann sinnvoll reduziert, so dass die Infografik nicht überladen wird. Die Illustrationen muss er mit Blick auf die grafische Darstellung aussuchen und die rechtlichen Grundlagen klären. Dabei ist entscheidend, dass die Grafik zielgruppengerecht aufgebaut wird. Der Autor sollte klären, was den Zuschauer am meisten interessiert und wie detailliert die Grafik sein muss. Weniger ist manchmal mehr! Nach der Herstellung sollte die Grafik auf Korrektheit und Verständlichkeit geprüft werden.

Ein Drehbuch ist die genaue Ausarbeitung des Filmstoffs. Dabei sucht der Autor nach Möglichkeiten, seinen Stoff in Figuren und Handlung sowie ihrer Beziehungen zueinander visuell und akustisch erlebbar zu machen. Das Drehbuch umfasst ein Titelblatt, die Liste der Schauplätze, das Rollenverzeichnis, Angaben zur Musik, die Liste aller Inserts, eine Aufstellung aller Blenden und Trickaufnahmen, die Liste nach Bildern und Einstellungen sowie das Drehbuch selbst. In der aktuellen Fernsehberichterstattung spielt es keine Rolle. Eingesetzt wird es dagegen bei großen Dokumentationen und Spielfilmen. Hier soll deshalb der Hinweis auf die reiche Drehbuch-Literatur genügen.

Dem Autor bleibt es überlassen, für welche Hilfsmittel zur optischen Recherche und Filmplanung er sich entscheidet. Wichtig ist aber, dass er den Film schließlich nach einem genauen Konzept montiert – das natürlich im Zusammenspiel mit Cutter oder Cutterin noch modifiziert werden kann.

Im Schnitt nimmt der Aussagewunsch des Autoren schließlich Gestalt an. Der deutsche Begriff „Schnitt“ betont dabei die handwerkliche Seite, während die französische Bezeichnung „Montage“ am geistig-schöpferischen Vorgang anknüpft. Die Montage kombiniert die einzelnen Einstellungen zu einem ganzheitlichen Film, gibt dem Beitrag einen eigentümlichen Rhythmus und bringt damit die Teilstücke des Films durch die spezielle Mischung von Bild, Ton und Text erst zur Aussage und zur Wirkung. Sie verleiht den einzelnen Einstellungen ihren endgültigen Sinn. In der Montage liegt natürlich auch die Möglichkeit extremer optischer Manipulation. Denn das Tempo des Schnitts ist vom Bewegungstempo des Bildmotivs völlig unabhängig. Daneben können gedrehte Bilder im digitalen Schnitt beliebig verändert und neue Bilder per Computer-Animation ohne reale Vorlage geschaffen werden.

Pierre Kandorfer unterscheidet drei Montage-Arten (Kandorfer 1990, S. 241ff): Montage von Zeit und Raum, Montage als Ideen-Assoziation und Montage als Formalprinzip.

Zur Montage von Zeit und Raum rechnet er die „erzählende Montage“, bei der bestimmte Handlungsfolgen kontinuierlich miteinander verknüpft sind – quasi ein Primitivprinzip des Schnitts. Weiter nennt er die „Kausalmontage“, welche die einzelnen Einstellungen in einen kausalen Zusammenhang bringt. Das Charakteristische der „Parallelmontage“ liegt in ihrer Eigenschaft zwei oder mehrere ineinander greifende Handlungen in einen dramaturgischen Kulminationspunkt zusammenzuführen. Stehen sich die Handlungsstränge antagonistisch gegenüber, lässt sich hier auch von „Kontrastmontage“ sprechen. Von der „parallelisierenden Montage“ unterscheidet sich die Parallelmontage darin, dass letztere die nebeneinander montierten Handlungen nicht zu einem gemeinsamen Punkt führt.

Die Montage kann auch einer Ideen-Assoziation folgen. Denn sie birgt die Möglichkeit zur unbegrenzten Produktion neuer Vorstellungen durch die Verbindung von gegebenem, mitunter aber im Wesen verschiedenem Material. Hier zeigt sich der Autor in besonderem Maße als Herrscher über seinen Stoff. So kann er mit einer „Assoziationsmontage“ durch eine bestimmte Kombination der Bilder gedankliche Analogien beim Zuschauer auslösen. Auf die Symbolkraft der Bilder stützt sich auch die „metaphorische“ oder „symbolische“ Montage. Der Schnitt fungiert hier als Formulierungshilfe für übertragene Sinn-Zusammenhänge (So stilisiert Grigorij Tschukrai in seinem Film „Klarer Himmel“ von 1961

---

die Schneeschmelze zum Sinnbild für das politische „Tauwetter“ in der Sowjetunion der Nach-Stalin-Ära). Die surrealistische Montage bringt – wie bei Luis Buñuel – realistische Vorgänge durch ihre Zuordnung in völlig neue Zusammenhänge. Von „Ersatzmontage“ spricht Kandorfer, wenn der Autor ein Ersatzbild für eine Handlung sucht, die er nicht zeigen will (In Duviviers „Anna Karenina“ legt Rittmeister Wronski die Pistole zum Freitod an, die nächste Einstellung zeigt eine Sense in Aktion!). Die „manipulierende Montage“ verändert einen Originalzusammenhang sinnentstellend. Sie setzt – wie auch die „demagogische“ oder die „agitierende“ Montage – disparates Filmmaterial zueinander in Beziehungen, die objektiv nicht gerechtfertigt sind und demagogischen Zwecken dienen. Wenn sich die Montage-Kriterien ausschließlich im optisch-grafischen Bereich wie Form, Farbe und Bewegung erschöpfen, bezeichnet das Kandorfer als „formale Montage“. Sie spielt in der filmischen Berichterstattung keine Rolle und kann hier übergangen werden.

Diese Montage-Methoden müssen allein schon deswegen Eingang in die Filmplanung finden, weil sie entscheidend sind für die filmische Aussage beim Zuschauer. Im besten Fall können dabei assoziativ erzeugte Bildinformationen einen Argumentationsstrang untermauern. Im schlimmsten Fall zerstören assoziativ entstandene Bedeutungen die argumentative Textlogik, indem sie diese mit emotionalen Werten überlagern und die rationale Diskussion unmöglich machen. Die assoziative Logik der Bilder kann damit instrumentalisiert werden – im guten wie im schlechten Sinn. Deshalb muss die optische Recherche in eine bewusste, rationale Filmgestaltung münden.

## **Die programm- und produktionstechnische Recherche**

Die programm- und produktionstechnische Recherche gilt der Klärung der technisch-organisatorischen Rahmenbedingungen. Sie machen die reibungslose Arbeit erst möglich, bilden den Rahmen der optischen Recherche und beeinflussen damit die Filmgestaltung insgesamt.

Eine Checkliste kann helfen, wichtige Details im Auge zu behalten und ein Scheitern an technisch organisatorischen Widerständen zu vermeiden.

Zunächst einmal spielen hier Rechtsfragen eine Rolle: Wer hat das Hausrecht am Drehort? Welche Drehgenehmigungen werden benötigt? Müssen Mitwirkungs-, Rechte- oder Informationshonorare gezahlt werden? Braucht das Team Geld für Kleindarsteller oder sonstige Mitwirkende? Liegen Fremdrechte auf dem Archivmaterial?

Wichtig sind auch Aussehen und Beschaffenheit des Drehortes. Sie entscheiden – zusammen mit dem Zeitpunkt des Drehs – beispielsweise über Licht- oder Tonausstattung sowie über die Notwendigkeit spezieller Kleidung.

- Reichen die elektrischen Anschlüsse?
- Liegt der Drehort ruhig oder beispielsweise in der Einflugschneise eines Flughafens?
- Gibt es Absperrungen oder Umleitungen?

Dann der Faktor Zeit:

- Wie lange dauert die Fahrt zum Drehort?
- Ist dabei mit Berufsverkehr oder gar Staus zu rechnen?
- Gibt es Ausweichmöglichkeiten?
- Wie viel Zeit benötigen wir zum darauf folgenden Drehort?
- Ist der Treffpunkt mit dem Team klar verabredet?
- Sind unvorhergesehene Zwischenfälle oder Verzögerungen einkalkuliert?

Dazu kommen bildtechnische Fragen:

- Werden Kamerabewegungen benötigt, die Rollspinne, Rollstuhl, Dolly oder Schienen erforderlich machen?
- Aus welcher Höhe agiert die Kamera?
- Brauchen wir möglicherweise ein Baby-Stativ?
- Möglicherweise müssen Bilder aus dem Archiv oder aus anderen Quellen besorgt und abgefilmt werden (was evtl. eine Staffelei erforderlich machen könnte)?
- Welche Computergrafiken und Schriften müssen vor Drehbeginn in Auftrag gegeben werden?
- Sind Tricks nötig, die auf den üblichen Schnittplätzen nicht produziert werden können, müssen also spezielle technische Einrichtungen bestellt werden?

Bei schwierigen Tonaufnahmen ist möglicherweise ein Tonmann erforderlich. Die passende Ausrüstung muss mitgenommen werden: Mikros, Stative, Tischfuß, Mischpult, Angel. Bei Veranstaltungen braucht beispielsweise der Tonaufbau immer zusätzliche Zeit. Drahtlose Mikros können in Räumen mit hohem Eisengehalt, z.B. Werkshallen, ausfallen. Musiken müssen im Schallarchiv bestellt, auf Schnittnorm überspielt und der GEMA gemeldet werden.

Auch die Verwendung von Archivbildern muss genau überlegt werden. Benötigt der Autor Bilder aus Archiven anderer Funkhäuser, muss er Bestellung und Überspielung auf den Weg bringen. Bei Szenen aus alten Filmen des hauseigenen Archivs ist möglicherweise Material auf altem Format (Film: 16mm oder 35mm; 1 Zoll: C oder B; U-Matic; Beta; BetaSP usw.) umzukopieren. Außerdem

müssen Sperrvermerke berücksichtigt werden. Wenn daneben kein freier Sichtplatz zur Verfügung steht, kann dies enorm Zeit kosten.

Bei der Montage:

- Sind Schnittzeit und Gerät dem Aufwand entsprechend disponiert?
- Welche Möglichkeiten bietet der Schnittplatz nicht?
- Bei der Tonmischung: Werden für Sprecher benötigt?
- Ist das Manuskript so gestaltet, dass Tonmischer und Sprecher etwas damit anfangen können?
- Sind die ersten und letzten Wörter der O-Töne angegeben?
- Wer begleitet die Sprachaufnahme redaktionell?
- Ist das Tonstudio disponiert?
- Ist der Live-Sprecherplatz eingerichtet?

Das Format der Sendung, für welche der Autor arbeitet, ist außerdem konstitutiv für die Form des Beitrags. So wird ein Nachrichtenfilm auf die Kernfakten abheben, eine Reportage auf den Hintergrund, die dem Zuschauer abgewandte, überraschende Seite des Geschehens, ein Boulevard-Magazin wird die Schicksalsmelodie personalisiert hervorheben. Zur Vorbereitung der Sendung ist weiter wichtig, dass die Liste der Namensinserts in der richtigen Form und Reihenfolge abgeliefert wird und die Insertzeiten genau angegeben sind. Der Autor muss diese Liste zusammenstellen und auf Rechtschreibung, Klarheit und Einblendelänge prüfen. Zur Abwicklung der Sendung gehört auch, dass die GEMA-Angaben vollständig sind, die Redaktion alle Angaben über Archivbilder hat, bei denen Rechte abzugelten sind, und Materialien wie Fotos, Akten, Videos und sonstige Dokumente zurückgegeben werden.

Alle diese Aspekte können in einem Produktionsplan zusammenfließen. Er soll ein kostengünstiges, effizientes Arbeiten ermöglichen und damit Zeit und Geld sparen helfen. Der Produktionsplan setzt die Angaben des Treatments so um, dass das Team ökonomisch arbeiten kann. Die einzelnen Bildblöcke erscheinen hier nicht in der Reihenfolge des Treatments, sondern in der Reihenfolge, in der sie gedreht werden. Jeder Bildblock erhält eine Nummer, wird einschließlich der Fahrzeiten und Pausen genau terminiert, Drehorte und Motive werden angegeben. Eine Rubrik „Bemerkungen“ bietet zusätzliche dispositionelle Hinweise. Dazu gehören Wetter- und Bekleidungsfragen, Bemerkungen zu spezieller technischer Ausstattung, Hinweise zur Vorbereitung. Damit ist der Produktionsplan eine weitere Strukturierungs- und Planungshilfe, welche die Arbeit erleichtern und ein schnelleres und besseres Teamwork ermöglichen soll.

### **Optische Recherche und Interview**

Das Interview hat einen Doppelcharakter. Es ist als gezielte Befragung unverzichtbare Recherchemethode. In dieser Hinsicht stellt das Interview eine Vorarbeit für ein anderes journalistisches Produkt dar. Es kann aber auch eine journalistische Darstellungsform sein. Damit wird der Prozess der Informationsbeschaffung sichtbar gemacht. In den optischen Aspekten des Interviews kann Informations-, aber auch Unterhaltungswert liegen, unabhängig davon, ob das Gespräch stehen bleibt oder als O-Ton in den Film geschnitten wird. Beim Recherchieren fürs Fernsehen bietet gerade das Zusammenspiel der verbalen mit der nonverbalen Kommunikation ein Medienerlebnis besonderer Art. Deshalb sollten Fernsehjournalisten auch die optischen Aspekte eines Interviews genau recherchieren.

Das spezifische Dreiecksverhältnis von Interviewer, Gesprächspartner und Zuschauer, das stellvertretende Befragen für eine Zielgruppe, hat hier zusätzliche Dimensionen. Zum einen muss die Befragung in den Gesamtrahmen der Sendung oder des Beitrags eingebettet sein, sie muss die Information linear geben und darf nicht allzu viel Wissen voraussetzen. Das Interview sollte aus sich heraus verständlich sein, denn das Gespräch rauscht vorbei, während bei einer Zeitung vor- und zurück gelesen werden kann. Zum anderen muss das Gespräch auch so aufgezeichnet werden, dass sich im optischen Eindruck Interviewer und Gesprächspartner ansehen. Für spätere Kürzungen müssen die Fragen nachgestellt, Totalen oder Zwischenschnitte gedreht werden.

Auch die spezifische Rolle des Interviewpartners kann sich in der optischen Darstellung niederschlagen. So wird man einen Betroffenen, der die erlebnisstarke Seite eines Themas schildert, nicht nur nach seinen persönlichen Eindrücken befragen, sondern auch filmisch in eine Lebenssituation einbetten. Ein unabhängiger Experte, der Sachinformationen preisgeben soll, kann ebenfalls in einen passenden optischen Rahmen gebracht werden – so könnte ein Wissenschaftler im Labor stehen, ein Richter vor dem Aktenschrank usw. Und wenn ein Interessenvertreter beispielsweise vor dem Logo seiner Partei gedreht wird, kann der Betrachter dessen Aussagen möglicherweise besser zuordnen und gewichten. Interviews können vor neutralem Hintergrund geführt oder situativ gedreht werden, das heißt der Kameramann kann sie einbetten in eine für den Gesprächspartner typischen Situation. Das kann dem Zuschauer wichtige zusätzliche Informationen bieten.

Der Fernsehjournalist sollte sich über seine eigene Haltung zur Person und zur Sache klar sein. Denn Bild und Ton dokumentieren auch defensives oder aggressives Vorgehen, Gereiztheit, Unsicherheit oder inhaltliche Schwächen. Die thematische Recherche sollte so intensiv sein, dass man das Interview auch „frei“ führen kann, d.h. ohne Blick auf die Notizen – bei „Überfall-Interviews“ wird

dies ohnehin nicht möglich sein. Einstieg und Ausstieg müssen präzise mit der Moderation abgestimmt werden und auch optisch „sitzen“. Das Interviewziel sollte genau herausgearbeitet werden, denn kurz und bündig, wie Fernsehinterviews oft sind, ist die inhaltliche Komplexität eines Zeitungsinterviews nicht zu erreichen. Persönliche Interessen, Hobbys oder individuelle Neigungen des Gesprächspartners können die Bildrecherche um reizvolle Aspekte bereichern, aber auch wertvolle Sekunden kosten. Die Fragen müssen genau vorbereitet werden. Sind sie nicht klar, einfach, eindeutig und bildhaft, sind sie im flüchtigen Medium Fernsehen verschenkt und erlauben dem Gesprächspartner Ausweichmanöver. Der Stichwortzettel für Notfälle muss klar strukturiert und überschaubar sein, also ausgehen von wenigen Oberbegriffen, die gleichsam „in Treppenstufen“ untergliedert werden. Zudem ergibt sich nur durch häufige Übung die Fähigkeit, von den geplanten Fragen abzuweichen und spontan auf Antworten, Mimik und Gestik des Gesprächspartners zu reagieren. Gegenstrategien des Interviewten können gerade im Fernsehen verheerend sein, wenn nicht eine gute inhaltliche Vorbereitung schnelles Reagieren erlaubt oder gar der Interviewer seinerseits überrascht wirkt. Und schließlich spielt die Kameraführung eine wichtige Rolle, denn der optische Gesamteindruck entscheidet darüber, was beim Betrachter „hängen bleibt“. Zudem stellt die Betreuung und Vorbereitung des Gesprächspartners zusätzliche Anforderungen an Einfühlungsvermögen und Organisation. Denn Lampenfieber ist nicht nur bei Journalisten, sondern oft auch bei ihren „Opfern“ vorhanden. Manfred Buchwald nannte aus all diesen Gründen Fernsehinterviews zu Recht „journalistische Unternehmen mit ungewissem Ausgang“.

### **Bauchladen und Berichterstattungsgebiet organisieren**

Fernsehjournalisten müssen in besonderer Weise den technischen Aufwand und die Absprachen im gesamten Produktions- und Sendeteam berücksichtigen. Beides kostet Zeit. Diese Zeit fehlt bei der thematischen und optischen Recherche. Sie muss deshalb in der aktuellen Berichterstattung besonders schnell zur Sache kommen. Das gelingt leichter, wenn die Voraussetzungen stimmen. Deshalb sollte die Ausstattung des „Recherche-Bauchladens“ auf diese Gegebenheiten abgestimmt und das Berichterstattungsgebiet auch mit Blick auf die Dreharbeiten systematisch erschlossen werden.

Fernseh-Reporterinnen und -Reporter müssen häufig die Fahrzeiten zum Recherchieren nutzen. Ihre Ausrüstung sollte deshalb möglichst mobil sein. Wer seinen Bauchladen optimal ausstatten will, sollte deshalb neben dem Themenarchiv aus den Drehkassetten ein Bildarchiv aufbauen, mit einer Experten-Kartei

arbeiten und Notizbuch, Mobiltelefon und Stoppuhr immer dabei haben. Auch der Einsatz von Taschencomputern oder Laptops ist überlegenswert, um auch unterwegs an Adressen, Telefonnummern, Terminkalender, Internet-Zugang und Textübermittlungsmöglichkeiten heranzukommen. Es ist absehbar, dass in naher Zukunft auch kürzere Nachrichtenfilme bereits auf der Rückfahrt vom Drehort auf einem mobilen PC von den Reportern selbst geschnitten werden.

Unabdingbar ist, das Berichterstattungsgebiet systematisch zu durchdringen. Denn gerade mit dem Fernsehen wenig oder gar nicht vertraute Gesprächspartner haben manchmal eine hohe Hemmschwelle. Umso wichtiger ist es, das Vertrauen möglichst vieler Schlüsselpersonen im Berichterstattungsgebiet zu erwerben, die ihrerseits Dritte für eine Zusammenarbeit mit dem Reporter gewinnen können. Solche „key persons“ können beispielsweise Polizeibeamte sein, Sozialarbeiter, Vermittler des Arbeitsamts, Lehrstellen-Werber der Handels- und Handwerkskammern, Datenschützer und Hacker, Betriebs- und Personalräte, Müllmänner und Pfarrer, Heizungs-Installateure oder Schornsteinfeger. Sie alle bieten viele Einsichten in den Alltag eines Viertels und kennen gleichzeitig die erlebnisstarke Seite spezieller Themen. Die Kontaktpflege und der Aufbau von Netzwerken spielt in der Fernsehberichterstattung eine wichtige Rolle.

Genauso wichtig ist es, sich systematisch optische Informationen über das Berichterstattungsgebiet anzueignen. Dies kann nur durch präzise Beobachtung gelingen. Dazu kann der Reporter für ihn ungewöhnliche Schauplätze aufsuchen und ihre Eigenheiten festhalten. Damit meine ich nicht nur die Subkultur diverser Szenen. Auch scheinbar bekannte Orte haben ihren Reiz. Wer sieht schon das Geschehen rund um ein Pferderennen mit den Augen des Stalljungen? Die Ergebnisse systematischer Beobachtung können Eingang finden ins Archiv, das dadurch einen neuen Charakter erhält: Aus dem alten Sacharchiv wird ein visuell-thematisches Archiv. Auf diese Weise entsteht gleichsam ein Bewusstsein von der optischen Dimension des sozialen Raums.

Auch der Bauchladen und die Durchdringung des Berichterstattungsgebiets sind Hilfsmittel der optischen Recherche. Eine Gewähr für realitätsnahe Umsetzung von Themen in der Bildberichterstattung sind sie nicht. Ohne den Journalisten mit skeptischer Haltung, der die Bedingungen seines Arbeitens transparent macht, seine thematischen und optischen Quellen kritisch prüft und bei Dreh und Montage versucht, sich einem recherchierten Ausschnitt von Realität anzunähern, sind diese Hilfsmittel wertlos.

## **Resumée: Für eine bildliche Alphabetisierung**

Die Kommunikation in der Informations- und Mediengesellschaft wird geprägt durch Bilder: Ärzte arbeiten mit Röntgenbildern; Militärs verwenden Radarbilder; Wissenschaftler liefern Statistiken als grafische Bilder; politische Veranstaltungen werden als Fernsehbilder inszeniert. Deshalb spitzt Marion G. Müller das Motto von Marshall McLuhan auf den visuellen Aspekt zu: „Das Bild ist die Botschaft.“ Doch die europäisch-amerikanische Gesellschaft ist im Kern eine Schriftkultur. Von früher Kindheit an werden Lese- und Schreibtechniken trainiert. Auf zeichnerisch-malerische, fotografische, filmische, also auf visuelle Techniken, wird vergleichsweise wenig Wert gelegt. Noch weniger als bewusste Bildgestaltung wird die Interpretation visueller Umwelteindrücke geübt. Genau diesen Zusammenhang meinte Bazou Brock, als er 1994 schrieb: „Je mehr wir der Welt nur noch über die Vermittlung von Bildern teilhaftig werden können, desto auffälliger wird unser Bildalphabetismus... Heute wäre es angebracht, die Menschen zur Aneignung der Bildsprachen zu verpflichten, damit sie in der Bilderflut nicht untergehen oder trotzig auf einem ideologischen Weltbild beharren.“

Gerade die Bedeutung der visuellen Kriegführung, der eingangs erwähnte „Krieg der Bilder“, ist durch die Golfkriege 1991 und 2003, die Nato-Interventionen auf dem Balkan sowie in besonderer Weise durch den Terroranschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001 verstärkt ins Blickfeld gerückt. In diesem Sinn muss die Zukunft der Medienwissenschaft in einer stärkeren Beachtung der visuellen Komponente liegen. Gefragt sind hier vor allem Analysen von Institutionen, um den Produktionszusammenhang staatlicher Propaganda zu durchdringen. Auch Journalisten sollten überall da, wo Bilder zur Informationsvermittlung eingesetzt werden, ihre Fähigkeiten zur optischen Recherche weiterentwickeln. Die bloße „Bebilderung“ von Texten hat mit visueller Kompetenz nichts zu tun. Im Unterschied zu textlichen Nachrichtenfaktoren sind Funktion und Wirkung visuell vermittelter Information allerdings bisher kaum erforscht. Optische Selektionskriterien werden in Bild- und Fernsehredaktionen Tag für Tag in professioneller Routine angewendet. Reflektiert werden sie selten. Klarheit über visuelle Auswahlkriterien und Nachrichtenfaktoren, über die Herstellungsbedingungen und die Wirkung optischer Zeichen kann nur ein bewusster, rationaler, intersubjektiv überprüfbarer journalistischer Umgang mit Bildern bringen. Nichts anderes ist optische Recherche.

## Literatur

- Arijon, Daniel (1993/4): Grammaire Du Langage Filmé. Encyclopedie De La Mise En Scène. Paris: Editions Dujarric.
- Borstnar, Nils, Eckhard Pabst, Hans Jürgen Wulff (2002): Einführung in die Film- und Fernsehwissenschaft. Konstanz: UVK.
- Bourdieu, Pierre (1998): Über das Fernsehen. Frankfurt a. M. : Suhrkamp.
- Brock, Bazon (1994): Warum noch Kunst? Eine Polemik gegen den herrschenden Bildalphabetismus. Frankfurter Rundschau Nr. 68 v. 22.03.1994.
- Field, Syd, Peter Märtshheimer, Wolfgang Längsfeld u.a. (1987): Drehbuchschreiben für Fernsehen und Film. Ein Handbuch für Ausbildung und Praxis. München: List.
- Flottau, Heiko, Wolfgang Koydl, Peter Münch (2003): Feuer frei für die Bataillone der Bilder. Süddeutsche Zeitung Nr. 69 v. 24.03.2003
- Friedrichs, Jürgen, Ulrich Schwinges (1999): Das journalistische Interview. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Haller, Michael (2000/5): Recherchieren. Ein Handbuch für Journalisten. Konstanz: UVK.
- Haller, Michael (1991): Das Interview. Ein Handbuch für Journalisten. München: Ölschläger.
- Haller, Michael (1987): Die Reportage. Ein Handbuch für Journalisten. München: Ölschläger.
- Kandorfer, Pierre (1990/4): DuMonts Lehrbuch der Filmgestaltung. Theoretisch-technische Grundlagen der Filmkunde. Köln: DuMont Buchverlag.
- Leif, Thomas (1999/2): Leidenschaft: Recherche. Skandalgeschichten und Enthüllungsberichte. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Monaco, James (1996/2): Film verstehen. Kunst, Technik, Sprache, Geschichte und Theorie des Films und der Medien. Reinbek: Rowohlt.
- Müller, Marion G. (2003): Grundlagen der visuellen Kommunikation. Konstanz: UVK.
- Nathusius, Ingo (2002): Das Bild der Fernsehbilder. Manipulation und Journalismus im Aktuellen. epd medien Nr. 28 v. 13.04.2002.
- Netzwerk Recherche(2003): Trainingshandbuch Recherche. Informationsbeschaffung professionell. Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Sayles, John (1987): Thinking in Pictures. The Making of the Movie Matewan. Boston: Houghton Mifflin Company.
- Schult, Gerhard, Axel Buchholz (1997/5): Fernseh-Journalismus. Ein Handbuch für Ausbildung und Praxis. München: List.
- Wember, Bernward (1976): Wie informiert das Fernsehen? Ein Indizienbeweis. München: List.

## Talkshowquark und Zeitungsenten – ein Hochstapler tischt auf

von Tilo Knops

### „Geizhalse“ gesucht

Ursprünglich waren wir auf der Recherche für einen anderen Film. Für eine 45-minütige Dokumentation (Erstsendung im NDR am 24.9.2000: „Geizhalse“) suchten wir konsequente Pfennigfuchser wie das Rotterdamer Ehepaar, das im Winter im „Wohnmantel“ aus umgenähten Schlafsäcken in der Wohnung hockte, um Heizungskosten zu sparen, oder skurrile Knicker wie den Lehrer aus Werne, der den Motor aus seiner Waschmaschine aus- und stattdessen eine Fahrradkurbel angebaut hatte, um seine Wäsche per pedes zu waschen – ökologisch vorbildlich ohne Strom. Solche Zeitgenossen, die zu ihrem aus unterschiedlichsten Motiven gespeisten Geiz auch vor der Fernsehkamera stehen, sind nicht einfach zu finden. Geiz gilt nicht als Tugend, sondern als 4. Todsünde. Vielversprechende Charaktere sprangen angesichts eines Fernsehauftritts ab. Wie das wohlhabende Ehepaar, von dem wir gehört hatten, wie im Falle eines unvermeidlichen Restaurantbesuches die Rechnung dadurch zu reduzieren pflegen. Nämlich dadurch, dass die Flüssigkeitsaufnahme zwischendurch am Wasserhahn auf der Toilette erfolgt. Ja, stimmt, hieß es am Telefon zunächst, aber: „Keine Kamera“. So waren wir besonders gespannt auf den guten Menschen von Wasserlosen bei Schweinfurt, den Arzt Dr. Carsten Malin. „Sie (die Familie) putzen sich im Dunkeln die Zähne und heizen ihre Wohnung nicht“, schrieb das Abendblatt. Und Dr. Malin wurde mit den Worten zitiert: „Jeder, der pro Tag mehr als eine Mark fürs Essen ausgibt, ist ein Verschwender.“ Sparte er sich doch mit seinem täglichen „Ich-esse-für-eine-Mark“-Programm all sein Geld vom Munde ab, um es für hungernde Kinder in Afrika zu spenden, seitdem er im Sudan Kinder „sterben sah wie die Fliegen“. Auch auf seine jahrzehntealte Hose aus Trevira, von der er am Telefon erzählt hatte, waren wir neugierig: er hatte sie 1958 wegen der lebenslangen Garantie gekauft, doch die Firma war Pleite gegangen und hatte ihn schmählich im Stich gelassen, als der Reißverschluss kaputt ging. Socken kaufe er sich stets schwarz im 5-er Pack, weil es dann nie vereinzelte Exemplare gebe. Übrigens heiße er eigentlich Malinowski. Das habe aber für die amerikanischen Geschäftsfreunde immer zu russisch geklungen, der Name Malin war griffiger, kürzer – eine von vielen Geschichten, mit denen er jedes Gespräch gar-

nierte. Amüsiert und voller Erwartung verabredeten wir uns zum Vorgespräch ohne Kamerateam. Einziger Haken an der Story: von dem Manne war in Talkshows und Magazinsendungen, Zeitungsartikeln und Illustrierten quer durch die Republik schon etwas viel zu vernehmen – doch als ein weiteres Highlight in unserer „Geizhalse“-Doku ließ sich das in Kauf nehmen.

### **Zum Vorgespräch vor Ort**

Ein kleiner Einfamilienbungalow in einem Dorf vor Schweinfurt. Der Hausherr öffnet. Ein hagerer Sechziger in speckig abgetragener Kleidung und mit schwarzgefärbten Haaren führt uns herein, stellt uns seiner Lebensgefährtin vor, eine pummelig-wohlgenährte Erscheinung. Dr. Malin erzählt uns bereitwillig sein ganzes, buntes Leben: wie er als studierter Mediziner und Ingenieur für „Bayer/Agfa“ weltweit als Abteilungsleiter unterwegs gewesen war, in Afrika, in Südamerika, im Irak und anderswo, und wie er überall auf Hunger und Armut der darbenenden Bevölkerung stieß. Wie er seinen hochbezahlten Job hinschmiss, als er folgendes Erlebnis hatte: ein hungerndes Kind, im Auftrage des kranken Vaters unterwegs, wollte ihm eine Literflasche mit seinem eigenen Blut verkaufen. Doch starb es bald darauf, weil es sich mit einer dreckigen Glasscherbe den Arm aufgeritzt hatte. Malin musste es eigenhändig begraben. Malin kehrte nach Deutschland zurück, sagt er, verkaufte Haus, Grundstück und eine Oldtimersammlung und gründete das Kinderhilfswerk „Kinder dieser Erde e.V.“ mit Stationen im Sudan, in Rio sowie – in Vorbereitung – in Manila. Gern würde er auch uns alles noch einmal vor der Kamera erzählen, obwohl es ja schon so viele Fernsehauftritte gegeben habe: bei Barbara Eligmann, RTL, bei „Arabella“, „Vera am Mittag“, „Christiansen“, „Brisant“, „Arte“ und anderswo – überall habe er Werbung gemacht für das Projekt „Kinder dieser Erde e.V.“ Einen ganzen Ordner gab es mit hektografierten Belegen zu seinem Leben: Fotos aus dem Sudan und anderswo, Korrespondenzen, Landkarten – und diesen Ordner begann ich während unseres Gespräches beiläufig durchzublättern. Denn ich war auf der Suche nach Beweisen für all die Geschichten, die mir mittlerweile auffällig nach Räuberpistolen klangen. Arg viel Blut und Tod kam da ständig vor, stets musste der gute Mann jemanden eigenhändig begraben, und die goldverzierte Promotionsurkunde, die an der Wand hing, sah von weitem etwas zu prachtvoll aus. Andererseits klangen viele Details durchaus authentisch. Was stimmte nun an den ausufernden Geschichten, was nicht? Wo war irgendeine Evidenz? Der Ordner enthielt, das war auf den ersten, schnellen Blick zu sehen, Konstruktionszeichnungen, Erinnerungen, Fotos und Korrespondenzen, denen ich zu Haus in Ruhe nachrecherchieren könnte. Glücklicherweise hatte Malin nichts dagegen,

mir die Papiere auszuleihen. Wir verabredeten uns zum Fernseh-Interview und fuhren ab. Der Mann ist nicht ganz waschecht, war unsere gemeinsame Überzeugung auf der Rückfahrt, doch schien er ja manchen Beleg zu haben. Irgendwas war da immer dran. Ein Spinner, ein Prahlhans, oder ein pathologischer Fall? In unseren „Geizhalse“-Film, das war klar, würde er nicht reinpassen – die anderen Fälle waren zweifellos echt.

## Gegenrecherche

Bei genauerem Besehen erwiesen sich Malins „Belege“ als Pseudobeweise. Alles war selbstgefertigt: Eine Landkarte und einen Stadtplan von Khartoum kann jeder kopieren, eine Liste mit angeblichen „Fondseinzahlungen Irak 1994/95 bis Jan 1996“ jeder selbst schreiben, ein paar Bilder von hungernden afrikanischen Kindern, die das Lager darstellen und, so stand es geschrieben, „in einer Art sudanesischer Illustrierten“ erschienen sein sollten, konnten vom Fernseher oder sonst wo abfotografiert sein. Die angeblich aus der „Art Illustrierten“ stammenden Bildtexte lauteten „Stiftung der deutschen Gruppe Dr. Malin“ und „Säuglingsschwester Erika hat immer viel zu tun.“ Die Malinschen Konstruktionszeichnungen der Baracken im Sudan sahen so aus, wie sich ein zeichnender Laie mit genügend Zeit eine architektonische Blaupause vorstellt: mit eingezeichneten Türen und Wänden, mit Räumen für „Schwerkranke“ (sechs Betten), „Sterberaum“ (drei Betten) und „Totenkammer“ (noch leer). Aber der eingetragene Verein: „Kinder dieser Erde e.V.“? Das müsste sich doch nachprüfen lassen. Ein Anruf bei der Verbraucherzentrale brachte den Tipp, mich an das „Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen“ in Berlin zu wenden. Leider war auch das eine Sackgasse – denn bei diesem Institut, so beschied man mir, werden nur Vereine eingetragen, die sich schon als schwarze Schafe erwiesen haben – nur eine Negativliste gibt es. Über „Kinder dieser Erde“ sei jedenfalls nichts bekannt. Die nächste Spur war ein Schreiben der Landesgeschäftsstelle des Diakonischen Werkes der evangelischen Kirche in Württemberg e.V., das an Dr. Carsten Malin adressiert war. Der Leiter der Diakonie informierte hier über den Ablauf des Stuttgarter Kirchentages im Juni 1999, zu dem Malin als Gastredner geladen war, um neben Heiner Geisler zum Thema „Wenn ich einmal reich wär’ – Facetten von Reichtum und Armut“ zu sprechen. Ich rief an. Ja, Malin sei eingeladen worden, aber nicht gekommen, bedauerte der Kirchenmann. Sieh an, denke ich. Er habe angerufen, irgendwas mit dem Auto sei ihm dazwischengekommen. Woher er den Mann denn gekannt habe, fragte ich. Gar nicht, sagte der Diakon. Aber die Gesprächsrunde werde von einem SWR-Redakteur mitveranstaltet, der den Mann eingebracht habe. Anruf beim betreffenden Redakteur. Nein, er kenne den

Mann auch nicht persönlich. Aber der sei mal in einer Talkshow gewesen, bei Wieland Backes im „Nachtcafé“.

Anruf bei „Nachtcafé“. „Ja stimmt, der war mal bei uns in der Sendung“, sagt die Redakteurin, die für die Vorbereitung der Sendung zuständig war, „aber er war ja ein Fake, das haben wir leider erst nach der Sendung gemerkt.“ Wie denn, frage ich. „Nach der Sendung“, antwortet sie, „kam ein Anruf von jemandem, der ihn kennt. Und der sagte, der Mann sei kein Arzt.“ Außerdem habe es in der Sendung Ärger gegeben mit dem ebenfalls geladenen „schönen Konsul“ Hermann Weyer samt Ehefrau, einer Ärztin. Und ausgerechnet der Titelhändler Weyer und seine Frau hätten gemeint, mit dem Dr. Malin stimme etwas nicht. Der Mann sei niemals Mediziner. Malin empörte sich daraufhin in der Sendung lautstark über die angeblich kriminelle Karriere des Konsul Weyer. Unmoralisch sei es, was der mit seinem ergaunerten Geld mache, statt das Elend in der Welt damit zu lindern. Ob so was denn nicht nachgeprüft werde, bevor man die Leute auf den Schirm lässt, frage ich die Kollegin. „Das können wir nicht“, ist die Antwort: „Keine Zeit“. Mit Wieland Backes wer ist das? zu sprechen, sollte uns in den folgenden Wochen nicht gelingen, geschweige denn, ihn zu einem Interview zu bewegen.

### **Ein „geltungssüchtiger Psychopath“**

Also tatsächlich: alles sprach für einen Hochstapler – aber was waren seine Motive? Ein befreundeter Psychiater, dem ich von Malins Erscheinung, seinen Räuberpistolen und TV-Auftritten erzähle, faxt mir eine Seite aus einem medizinischen Fachlexikon. Dort findet sich der Begriff des „geltungsbedürftigen Psychopathen“: „Persönlichkeiten, die mehr scheinen wollen, als sie sind. Dieses Geltungsbedürfnis kann sich einerseits in exzentrischem Wesen zeigen. Um die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, werden die ungewöhnlichsten Meinungen vertreten und Dinge getan und auch dem äußeren Auftreten wird eine auffallende Form gegeben.“ Kein pathologisch „Kranker“ also, den mit der Kamera zu behelligen schon ebenso problematisch sein kann wie ihn im Fernsehen vorzuführen, sondern ein Wirrkopf, der zwar manches herumspinnen mag, sich aber jederzeit über die wahre Realitätsebene seines Ichs im Klaren ist. Er weiß, dass er lügt. Aber uns interessiert ja auch, wieso ihm seine Märchen trotz aller ins Auge springenden Unglaubwürdigkeiten so oft von Printmedien, TV-Magazinen und Talkshows abgenommen wurden. Wir entschließen uns, den Mann wie vereinbart mit einem Kamerateam zu besuchen. Wir wollen uns zunächst seine Version vor der Kamera vorführen lassen, um dann nachzuhaken. Ich rufe Dr. Malin an, mache einen Termin und bestelle ein Team. Auf eigene Kosten. Wir sind freie Autoren.

---

Von heute auf morgen ist bei öffentlich-rechtlichen Sendern eine Produktionsgenehmigung schwer zu kriegen. Auch ist zu diesem Zeitpunkt überhaupt nicht klar, ob und welcher Sender überhaupt einen Film über einen Spinner produzieren wird, dem er selbst – wie die Medien generell im Interesse an einer griffigen Plotte was ist das? – nur allzu gern auf den Leim gegangen ist, eine Dokumentation also, die aus dem Glashaus mit Steinen schmeißt. Herbert Oppermann, ein bewährter Reportage-Kameramann, den ich von früheren Drehs kenne, lebt in der Nähe von Kassel und wird es an diesem Morgen nicht so weit haben wie wir, die von Hamburg einen Tag vorher anreisen.

### **„Essen für eine Mark“, die 50-ste**

Gerade wollen wir los, da kommt ein Anruf. Inka Malin bedauert, ihr Mann sei sehr, sehr krank geworden, ganz plötzlich, und müsse leider unser Interview absagen. Ich biete all meine Überzeugungskraft auf, und schlage vor, im Interesse an der guten Sache doch gemeinsam in einer knappen Stunde das Interview hinzukriegen, zumal das Kamerateam schon bestellt sei und schließlich viel Geld koste. Ich habe Glück. Wenn wir wirklich nur kurz kämen, und ihn nicht allzu sehr belasteten, gebe er uns das Interview. Am nächsten Morgen, zehn vor neun, treffen wir unser Team am Ortseingang von Wasserlosen. Bitte schon vor der Tür alles drehen, was vor die Optik kommt, sage ich, denn wenn die Malins uns jetzt wieder absagen, müssen wir mit dem wenigen Material, das wir dann haben, viel erzählen. Wir gehen mit laufender Kamera an die Tür und klingeln. Der Doktor öffnet, und lässt uns rein. Er und seine Frau empfangen uns in ihrem Bungalow. Auch sie hat eine Doktorurkunde der „Universal Life Church“ an der Wand hängen. Auf die höfliche Frage nach der Gesundheit sagt er, „geht schon, hab mir zwei Spritzen reingehauen“, was seine Frau mit der bewundernden Feststellung kommentiert, er sei „schon immer ein brillanter Diagnostiker“ gewesen.

Danach spulen die beiden routiniert ihr Programm ab: „Essen für eine Mark“, also Nudeln kochen, ein Ei drauf braten, ein aromatisiertes Fruchtgetränk mit einer Vitamintablette dazu. Schmecken tut ihnen die trockene Pampe nicht, das ist den beiden deutlich anzusehen, und wir müssen uns bemühen, ernst zu bleiben. Da Frau Inka doch reichlich moppelig aussieht, frage ich, ob sie denn das frugale Mahl ihres bewunderungswürdigen Mannes auch immer mitmache. „Nein, sie isst zweimal“, wirft Malin hastig ein. Allerdings sind uns auf dem Küchenschrank Packungen eines Mittels zum Abnehmen aufgefallen – braucht so was jemand, der sich so karg ernährt wie Inka Malin, ob nun einmal oder zweimal pro Tag? Nachdem das komplette Sparprogramm des altruistischen Geizhalses samt der Zeitungen auf der Toilette, die er angeblich anstatt teuren

Toilettenpapiers benutzt, abgedreht und auch die versprochene Demonstration der alten Trevirahose absolviert ist, lassen wir uns noch die Kassetten mit den Fernsehauftritten der beiden zeigen und drehen diese – was man hat, das hat man – gleich vom Monitor ab, während die beiden Helden befriedigt zuschauen und mit kurzen Anmerkungen kommentieren: ein Auftritt bei „Christiansen“ (ARD), ein Magazinbeitrag in Barbara Eligmanns RTL-exklusiv und einer bei „Brisant“ (MDR). Bislang seien es 49 Auftritte gewesen, sagt Malin, wir seien das 50-ste. Eine runde Zahl, vielleicht ein wenig zu rund, wie fast alles, was Malin erzählt.

Nun ziehe ich die Schraube langsam an. Kameramann Herbert Oppermann weiß Bescheid: Alles mitdrehen, falls wir rausfliegen sollten, auch das Drumherum des Frage- und Antwortspiels. Die beiden sitzen auf dem Sofa. Wie es denn beim evangelischen Kirchentag 1999 war, frage ich. Nein, da war er nicht, es hat zu stark geregnet. Aha, also diesmal kein Autounfall. Ob er denn, wenn die Nachfrage erlaubt sei, ein paar Bankbelege habe, über die Überweisungen in den Sudan oder den Irak? Malin weicht aus, die seien gerade beim Steuerberater. Ich will nicht schon jetzt wie ein Staatsanwalt erscheinen und bitte um Verständnis: Sorry, Sie müssen verstehen, Herr Doktor Malin, mein Redakteur, das ist das Problem, wird mich löchern und Belege sehen wollen. Dann rufen wir den vielleicht an? Ist in Urlaub. Woher sind denn die Fotos aus Afrika? Die hat ein russisches Kamerateam aufgenommen, und ihm „per Funkbild“ geschickt. Warum fotografiert er nicht selbst? Das würde er niemals machen, sagt Malin, eine Kamera auf das Elend zu richten, das sei was für verrohte Kreaturen. Wie ist denn das Lager im Sudan organisiert? Das macht der Salah Abdulaj, denn Deutsche dürfen ja so was nicht. Sein Name taucht gar nicht auf, er zahlt nur. Können wir da mal anrufen? Nein, im Moment kann er das Mobiltelefon von dem Abdulaj nicht erreichen, warum, wisse er selbst nicht. Vielleicht macht das jetzt aber auch dessen Bruder, und der wollte gerade in den Irak oder nach Berlin.

Malinowski ist um keine Antwort verlegen. Geht man einer der vielen Unglaubwürdigkeiten nach, knickt er sofort ein, um eine neue Ausflucht zu nehmen.

Nebenbei zeigt er plötzlich auf seine Doktorurkunde und sagt: „Bitte die nicht drehen, ich darf mich in Deutschland ja nicht Doktor nennen, die ist nur in den USA gültig.“ Es habe ein Verfahren gegeben, das aber eingestellt worden sei, das könne er uns zeigen – dies ist eine Auskunft, die zur Abwechslung, wie wir später feststellen werden, stimmt. Aber das gesamte Geld, das könne er beweisen, sei in die Firma „Global Oil“ geflossen, das sei seine Firma, gekauft von Rockefeller, jawohl. Malin geht ins Nebenzimmer, offenbar sein Arbeitszimmer, wir mit laufender Kamera hinterher, und holt ein Zertifikat der Firma „Global Oil“. Wert 10 Millionen, sagt er, auch wenn die Firma derzeit noch ruht. Auch einen Spen-

denaufruf zeigt er uns, darauf steht auch der Satz „Wir machen Werbung im Fernsehen“. Malin verspricht: „Bei mir gibt's für die Spenden 60 Prozent im Monat“. Auch eine Akte über die Gründung des Vereins „Kinder dieser Erde e.V.“ zeigt er uns, und wir filmen die Akte ab. Schön groß, denn sie enthält ein Aktenzeichen des Amtsgerichtes Schweinfurt, und eine Liste der Gründungsmitglieder. Mir fällt auf, dass dazu ein Dr. Carsten Malin ebenso gehört wie ein Otwin Malinowski. Auch seine Frau taucht doppelt auf. Malin geht ins Nebenzimmer und nimmt die Promotionsurkunde von der Wand. Schade, die haben wir nun nicht.

Ich konfrontiere die Malins nun mit der Aussage der SWR-Redakteurin: es habe einen Anruf gegeben, er sei gar kein Arzt. Malin dreht voll auf, wird wütend. Die werde er sofort wegen Verleumdung anzeigen, flucht er, und greift zum Hörer. Das sei bestimmt ihr geschiedener Mann, der dahinter stecke, flüstert Frau Inka, mit dem habe es schon mehrfach Ärger gegeben. Ob wir in Wahrheit von der Polizei seien, fragt Malin. Nein, nur vom Fernsehen, sagen wir wahrheitsgemäß und verabschieden uns. Noch hinter der Eingangstür hören wir den brüllenden Malin, der tatsächlich mit irgendjemandem von der Telefonzentrale des SWR zu sprechen scheint und zu klagen droht. Und zwar so laut, dass wir die Empörung auch draußen hören können.

### **Auf der Suche nach echten Beweisen**

Wieder in Hamburg, recherchiere ich beim Amtsgericht Schweinfurt und lerne wieder dazu. Ja, der Verein existiere tatsächlich, ob ein gemeinnütziger Verein aber korrekt verfare und beispielsweise Spenden korrekt abrechne, könne erst bei der nächsten Prüfung im folgenden Jahr gesagt werden. Bei der Staatsanwaltschaft Schweinfurt kennt man den Mann. Es habe mal ein Verfahren wegen Titelmisbrauchs gegeben, aber das sei eingestellt worden. Malin, sage er, sei sein Künstlurname, „Doktor“ habe er sich niemals genannt, behauptet er, das hätten stets nur die Journalisten zu ihm gesagt. Einen Amtsrichter Müller gebe es im Haus, der kenne ihn etwas genauer.

Die Dreharbeiten bei Malinowski sind rund eine Woche vergangen, da findet sich auf dem Anrufbeantworter ein Anruf: „Ja, hier Malinowski. Herr Knops, Sie wollten doch die Lager sehen. Ich wollte nur sagen, wir können jetzt gemeinsam nach Manila fahren. Ich habe die Flugtickets, Sie können mitkommen. Bitte melden Sie sich.“ Ich ziehe es vor, erst einmal nicht zu antworten.

Vom Auswärtigen Amt erhalte ich die Telefonnummer der Deutschen Botschaft in Khartoum. Dort bittet man um Schilderung meiner Anfrage per Fax, was ich tue. Ich gehe davon aus, dass die Deutsche Botschaft in Khartoum schnell

weiß, ob in Khartoum ein Dr. Malin in vier „Lagern“ der Stiftung „Kinder dieser Erde“ Essen an Kinder verteilt oder nicht. Nach einigen Tagen faxt Botschafter Dr. Werner Baum zurück, die über Dr. Malin berichtete Geschichte sei dort „nicht bekannt“. Vorsichtig fügt er hinzu, es lasse sich nicht ausschließen, „dass Herr Dr. Malin Spendenmittel an eine im Sudan tätige Hilfsorganisation gibt. Eine Überprüfung wäre nur möglich, wenn Sie uns konkrete Angaben schicken könnten.“ Leider nicht die Antwort, die wir gerne gehabt hätten. Denn die zahlreichen Kollegen aus Print- und TV, die Malins Räuberpistole gebracht haben, werden so natürlich zurückfragen, sage ich mir, ob ich denn beweisen könne, dass die zugegeben unglaubwürdige Geschichte denn falsch sei. Und eben dies passiert auch regelmäßig, wenn ich versuche, jemanden zum Interview zu bewegen.

### **Eine glänzende Medienkarriere**

Ich will wissen: wie kam die Story zustande, wie wurde recherchiert, wie konnte man einem so offensichtlich unglaubwürdigen Paar eine solche Rührstory abnehmen? Bei allen Kollegen stelle ich mich mit meinem Vorhaben vor, und halte nicht damit hinterm Berge, dass ich die Story für ein Fake halte.

Eine schön offene Antwort gibt es von der Redakteurin bei „Bild“ („Dieser Arzt behauptet: Ich lebe von 1 Mark am Tag“). Sie habe die Geschichte im „Stern“ gelesen, und die, sagt sie empört, hätten doch wohl sauber recherchiert? Wegen eines Interviews müsse erst beim Chefredakteur angefragt werden. Nach zahlreichen Telefonaten über Wochen ist die Antwort „Kein Interview.“ Der Kollege beim „Stern“ („Kann denn Geiz wirklich Sünde sein?“) ist, sagt er, wirklich im Bungalow bei den Malins gewesen. Mit einem Fotografen. Aber das war da so miesig, sagt er kichernd, dass er schon froh war, als er da wieder raus war. Ich konfrontiere ihn mit meinen Eindrücken. Stimmt, sah alles unglaubwürdig aus, aber ob ich denn Beweise für das Gegenteil hätte? Er habe sich jedenfalls nichts vorzuwerfen, und auch nichts hinzuzufügen. Er habe auch nur die Geizstory gebracht, nicht die Spendenarie. Kein Interview. Meinen Hinweis darauf, dass wir in unserem Film dies dann genauso stehen lassen müssten, versteht er als Erpressung und legt pampig auf.. Bei der „Woche“ („Stunde der Geizhalse“) geht es mir ähnlich. Ebenso beim „Hamburger Abendblatt“ („Geizhalse, denen das Sparen Spaß macht“). Kein einziger Print-Kollege, so das Fazit meiner Bemühungen, wird vor der Kamera etwas zum Zustandekommen seines Artikels sagen. Etwas besser läuft es bei den TV-Sendern. Zwar geht es dort, den Umgangsformen im Boulevardgeschäft entsprechend, etwas ruppiger, aber manchmal auch erfrischend umstandsloser zu. So kommen seitens der „Privaten“ schnell die Kosten pro Minute zitierten Materials ins Gespräch, die wir würden zahlen müssen, aber

---

ein Interview wird nicht ausgeschlossen, zumal ich gerade hier stets betone, dass es auf keinen Fall darum geht, wie sonst so oft, die „Privaten“ zugunsten der „Öffentlich-Rechtlichen“ anzuprangern: die haben ja – von der ARD über den SWR, MDR bis zu Arte – ebenfalls gern zu der Story gegriffen. Dennoch: nach zahlreichen Telefonaten mit Redakteuren, Lizenzabteilungen, Archiven, vereinzelt auch mit den Programmchefs höchstselbst kommt mit den „Privaten“ kein einziges Interview zustande. Zum Glück haben wir genügend Zitatmaterial schon bei den Malins zuhause abgefilmt und sind nun wenigstens in dieser Hinsicht nicht auf die Zusammenarbeit angewiesen. Die Berliner Produktionsfirma von „Christiansen“ mauert zunächst zwar ebenfalls und schiebt die Verantwortung zum für sie zuständigen Redakteur im NDR, doch diesem wird seitens der NDR-Chefredaktion „grünes Licht“ für unser Projekt signalisiert. Die Entscheidung von Volker Herres war inzwischen gefallen, nämlich trotz des betroffenen ARD-Markennamens „Christiansen“ den Film für den NDR zu machen – sofern zum Schluss nicht, weil vielleicht niemand sonst vor der Kamera dazu steht, der auftraggebende NDR selbst ganz allein stellvertretend für die Schlaperei der Journaliste abgemeiert werde. Eine kluge Entscheidung – denn für das bei Malin gedrehte Material, das schließlich von einer freien Firma gedreht wurde, hätten sich wohl auch andere Sender interessiert. In Berlin gibt es also ein Interview. Ebenso mutig und offen, auch mit Sinn für die Komik der Story, zeigt sich die freie Firma „Focus Film“ im Schwarzwald, die den Beitrag für ARTE gemacht hatte. Und nach einigem Hin und Her zwischen der „Brisant“-Redaktion beim MDR, die uns an eine Berliner Produktionsfirma verweist, für die wiederum eine freie Autorin den Beitrag über Dr. Malin gemacht hat, die aber kneift – die Verantwortung wird so immer hübsch im Kreis herumgeschoben – ist auch der Chef der „Brisant“-Redaktion bereit, uns zu sagen, wie es zu dem Beitrag kommen konnte. Fast hatte ich es vergessen: auch Jürgen Weser, Studienrat und freier Autor für die „Lausitzer Nachrichten“, erzählt uns gemeinsam mit dem Jugendpfarrer von Finsterwalde, wie ihnen der selbstlose Dr. Carsten Malin erschienen war, als er zu einem mit 500 Mark honorierten Vortrag von ihnen eingeladen war zu kommen. Als ich von meinen Recherchen erzähle, fallen sie aus allen Wolken. Ich muss gestehen, dass ich in diesem Falle im Vorgespräch so unfair war, die Katze noch nicht aus dem Sack zu lassen – der Erfolg ist vielsagend. „Das kann ich doch auch so auf einen Zettel schreiben,“ sagt einer der 16-jährigen über das Dossier des Dr. Malin, welches all den Journalisten vorgelegen hat; „ich dachte“, sagt ein anderer, „bei den Talkshows haben die so Redaktionen, die das prüfen?“

## **Anfrage im Sudan**

Ich schreibe ein zweites Fax an die Deutsche Botschaft im Sudan, denn ich habe eine Entdeckung gemacht: auf einer der Malin'schen Karten und Stadtpläne, die teilweise so aussehen, als seien sie direkt aus einem der zahlreichen Karl-May-Romane kopiert, die im Malin'schen Arbeitszimmer ein ganzes Regal ausmachen, hat Malin ein Kreuzchen gemacht. So wie auf der Urlaubspostkarte von Oma mit Kreuzchen und Aufschrift „Hier wohnen wir!“ hat Malin einen Wohnblock als sein Lager bezeichnet, der zufällig exakt gegenüber der im Stadtplan verzeichneten Deutschen Botschaft liegt. Ich bitte den Botschafter, uns zu bestätigen, ob an dieser Stelle ein Kinderlager oder irgendetwas Ähnliches zu finden sei, wenn möglich, solle die Stelle jemand gegen Kostenübernahme fotografieren. Dann warte ich ab, denn auch eine zweite Anfrage braucht ihre Zeit: ich frage bei der sudanesischen Botschaft an, die wie eine Reihe anderer Vertretungen armer Länder, die die Umzugskosten scheuen, zu dieser Zeit noch in Bonn residiert. Der Botschafter sei gerade im Sudan, werde abgelöst, bitte in drei Wochen wieder melden.

## **Die Kripo Schweinfurt meldet sich**

Die Story liegt also eine Zeitlang auf Eis. Dann ein Anruf von der Kripo Schweinfurt: Ein Herr, der sich als „verdeckter Ermittler“ vorstellt, hat gehört, dass wir bei Malinowski gedreht haben, und möchte Genaueres wissen. Es habe einen Unfall gegeben, der Fahrer läge im Krankenhaus. Am nächsten Tag sei Otwin Malinowski auf der Polizeiwache erschienen und habe gefragt, ob denn ein Briefumschlag mit einem Scheck über 250.000 Mark im Auto gefunden worden sei. Der gehöre nämlich ihm. Als die Polizisten neugierig fragten, was denn das für ein Scheck sei, habe er irgendetwas von Spendengeldern aus Amerika gemurmelt, danach aber partout nichts mehr zu dieser Sache sagen wollen. Nun komme der Staatsanwaltschaft die Sache durchaus seltsam vor, zumal man sich an meine Anfrage erinnere. Ermittlungen gegen die Malins seien jetzt am Anlaufen. Man wolle demnächst eine Hausdurchsuchung durchführen. Denn es gebe mittlerweile Hinweise darauf, dass Malinowski mit seiner Rührstory eine alte Dame um rund 250.000 Mark gebracht habe. Was wir genauer wüssten. Ich erzähle von der Akte über die Vereinsgründung, in der von fünf Gründungsmitgliedern doch immerhin vier ausschließlich vom Ehepaar Malin repräsentiert werden, und habe ja mittlerweile auch einen Beweis für den Titelmisbrauch. Denn wir hatten in der Zwischenzeit Dr. Biock besucht, Studienrat aus dem Westfälischen, den wir von unserer „Geizhals-Recherche“ als Herausgeber des Pfennigfuchser-

Newsletters „Dagobert`s Rat“ kannten – und auf der Unterstützerliste des „Dr. Malin“ wiedergefunden hatten. Er erzählte uns, wie er als Talkshow-Gast bei „Vera am Mittag“ mit Malinowski zusammengetroffen sei, der sich ihm mit Dokortitel vorgestellt habe, samt Visitenkarte, die Biock in unsere Kamera hielt.. Aber auch der „verdeckte Ermittler“ verrät uns etwas: es gibt einen Herrn Karsten, der früher mit Ingrid Karsten (!), heute Inka Malin, verheiratet war. Ich finde die Telefonnummer des Mannes, dem der offenbar charismatische Malin vor Jahren die Frau ausgespannt hat, bei der Auskunft heraus. Hubertus Karsten, Studiendirektor und ebenfalls in der Nähe von Schweinfurt lebend, erzählt uns, Malinowski sei seiner Meinung nach niemals Arzt. Vielmehr lägen aus einem der Scheidung folgenden Rechtsstreit mit ihm Zeugnisse vor, nach denen er Fotosetzer sei. Er faxt uns die Papiere: Otwin Malinowski, geb. am 26.12.1937 in Arnshausen, hat nach einer Lehre als Fotosetzer die Prüfung zum Ing. grad. bestanden, Fachrichtung Elektrotechnik. Danach war er für Agfa/Gevaert, wie ein Zeugnis dieser Firma aussagt, als Reiseingenieur für die Durchführung von Reparaturen zuständig und „in fast allen Ländern der Erde eingesetzt“. Er beende seine Tätigkeit am 30.09.89 „wegen Betriebsstilllegung“. Auch dieses Zeugnis könnte allerdings selbstgeschrieben sein. Es bedarf beträchtlicher Argumentation, um das Zeugnis bei der Firma gegenzuchecken: Datenschutz. Nur durch den Hinweis auf die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen wird mir schließlich durch die Blume geantwortet – und erstaunlicherweise die Echtheit des Zeugnisses bestätigt. Bis auf das Datum: das Arbeitsverhältnis war schon 1983 beendet, Malinowski hat es also gefälscht. Zu vermuten ist, dass er bei etwaigen Bewerbungen seine jahrelange Arbeitslosigkeit verschleiern wollte.

Jedenfalls wissen wir nun: der Mann ist tatsächlich weitgereist und hat vielfältige Detailkenntnisse, die, mit beträchtlichem Talent zum Fabulieren eingesetzt, naive Zuhörer von der Authentizität seiner Story überzeugen können. Auch ist er seit Jahren arbeitslos und gezwungen, von wenig Geld äußerst sparsam zu leben. Wenn diese Kulisse vor journalistischen Zuhörern entfaltet wird, denen der Auftritt eines so skurrilen Geizhalses bestens zupass kommt, zumal der sich auch noch als Gutmensch gibt, dann wird so mancher Zweifel schon im Ansatz erstickt. Und nachdem einer, der vermutlich zunächst nur ein geltungssüchtiger Aufschneider war, die Erfahrung machte, wie leicht seine Mär vom edlen Spender Dr. Malin geglaubt wird, wurde er immer frecher. Vom Medienerfolg beflügelt, werden seine Geschichten von Hunger und Blut, vom Sterben und vom Geizen immer dreister, bunter und irrwitziger, sei es bei Sabine Christiansen, Wieland Backes oder anderswo. Bis der gefragte Talkshowgast eines Tages auf die Idee kommt, richtig Geld zu verdienen, nicht nur hier und da 500 Mark für einen Auftritt plus Reisespesen. Ein Spendentrust als Aktiengesellschaft – es

geht gerade auf die Hausse an der Börse zu. Die Idee vom Spendenaufruf muss kurz vor unserem Dreh entstanden sein – wir waren zufällig genau zum richtigen Zeitpunkt vor Ort.

Im August 2000 bekommen wir schließlich einen Termin für das Interview in der sudanesischen Botschaft in Bonn. Allerdings nicht mit dem Botschafter Dr. Achol Deng selbst. Der sei nicht da. Egal – wir wollen jetzt jeden Fitzel eines Beweises oder Gegenbeweises von ortskundigen Sudanesen, keine Vermutungen, Wahrscheinlichkeiten, Plausibilitäten. Doch will sich plötzlich, obwohl wir ja nach vielen Telefonaten und Korrespondenzen mit wechselnden Botschaftsangehörigen eigens für das TV-Interview angereist sind, weder Botschaftsrat noch Pressesprecher, beide offenbar Araber aus der herrschenden Gesellschaftskaste des Landes, vor der Kamera zeigen. Wir könnten doch die Papiere abfilmen, heißt es – die wir selbst mitgebracht haben! Ebenso wenig wollen sie ausdrücklich bestätigen, dass sie einen Dr. Carsten Malin im Sudan nicht kennen. Zu unübersehbar sei die Lage im Sudan, es gebe zu viele Hilfsorganisationen. Es sah so aus, als sei die Anreise umsonst gewesen. Auch ein Statement, dass man sich nicht äußern will, ist vor der Kamera nicht drin. Stattdessen lädt man mich in den Sudan ein, um dort vor Ort selbst zu recherchieren. Angesichts meiner Überzeugung, dort hundertprozentig nichts zu finden, kein sehr produktiver Vorschlag. Großes Interesse besteht aber an meinem Drehmaterial, von dem ich einige der auf den Sudan bezogenen Szenen auf VHS-Kassette mitgebracht habe. Ein Videorecorder ist vorhanden. Die Neugier der Sudanesen scheint kaum zu zügeln zu sein. Denn während der Vorführung meiner Videokassette betritt plötzlich der Botschafter Dr. Deng, ein sehr großer, eleganter Schwarzafrikaner, den Raum. Schweigend setzt er sich zu uns. Eine Zeitlang sieht er zu, scheint amüsiert, ich übersetze Malins Statements ins Englische. Er lacht. Irgendwie scheint das Eis plötzlich gebrochen. Er fragt ganz locker, ob er mir die Botschaft zeigen solle. Wir folgen ihm mit der schnell geholten Kamera, und filmen nicht nur ihn, der vor diversen Plakaten die touristischen Schönheiten des Landes preist, sondern auch seine fernsehscheuen Mitarbeiter mit den vordem so eisigen Mienen. Vom Chef ins Gespräch gezogen, sehen sie sich nun veranlasst, uns auf einem Foto von Khartoum vor der Kamera zu zeigen, wo wohl die Lager des Dr. Malin liegen müssten – wenn es sie denn gäbe.

Der definitive Beweis dafür, dass es keine Lager gibt, kommt erst einen Monat später. Johannes Lehne, Geschäftsträger der Deutschen Botschaft im Sudan, hat uns den Gefallen getan und den gesamten fraglichen Häuserblock fotografiert. Kein Kinderlager findet sich, auch nichts Ähnliches, geschweige denn eine Säuglingsschwester Erika. Stattdessen, versichert der Nachfolger des Botschafters, befindet sich an der Stelle, die Malinowski mit einem Kreuzchen gekennzeichnet

---

net hat, seit rund 40 Jahren ausgerechnet eine von der Botschaft geführte Einrichtung, das deutsch-sudanesisches Kulturinstitut.

### **Fertigstellung**

Mit diesen Belegen ist nun endlich der entscheidende Beleg da, der die Ausflüchte Malinowskis widerlegt. Wir beginnen nun, den Film fertigzustellen, drehen die geplanten Interviews. Der Chef der Staatsanwaltschaft Schweinfurt, Rainer Vogt, drückt sich wegen der laufenden Ermittlungsverfahren vorsichtig aus: es gehe um Anlagebetrug, Titelmisbrauch, und um die Umstände bei der Gründung des Vereins. Malinowski habe ausgesagt, er habe zwar neben 1. seinem eigenen auch 2. gelegentlich den Künstlernamen Malin benutzt, nicht aber mit Dr.-Titel – so hätten ihn nur die Journalisten angesprochen. Außerdem gebe es eben noch 3. den Dr. Malin aus Amerika, der nur zur Vereinsgründung anwesend war – jetzt sei der wieder in Amerika. Im selben Gebäude wie die Staatsanwaltschaft befindet sich auch das Amtsgericht, und wir freuen uns, die Bekanntschaft des Richters Thomas Müller zu machen. Er war es, der damals beim SWR angerufen hatte; hatte er doch Malinowski im Gericht kennen gelernt, als der sich mit einem amerikanischen Presseausweis (im Internet ebenso für ein paar Dollar erhältlich wie die Doktorurkunden der „Universal Life Church“ und leere Firmenvormer wie der von „Global Oil“) als Journalist Zutritt zu einer Verhandlung verschaffen wollte. Ach ja, auch bei den ehemaligen Nachbarn der Pfennigfuchser fragten wir nach deren Essgewohnheiten. Och, antworten die, die haben da auf ihrer Terrasse gegessen und Kaffee und Kuchen gegessen wie wir auch. Er sei immer mit vollen Einkaufstüten nach Haus gekommen – alles eben ganz normal.

### **Der Prozess**

Der Film „Eine edler Spender. Die wahre Geschichte einer Medienkarriere“ wird am 8. Februar 2001 im NDR gesendet. Wir haben die Sprachaufnahme so lange es ging, zurückgehalten, um eventuelle Neuentwicklungen des Falles noch einbauen zu können. Der Prozess gegen Malinowski beginnt erst im November 2001 vor der Ersten Großen Strafkammer des Schweinfurter Landgerichts. Malin muss sich gemeinsam mit seiner Lebensgefährtin und drei Mitangeklagten u.a. wegen Betrugs und Hehlerei verantworten. Es geht um die 260.000 Mark einer alten Dame, die er angeblich gewinnbringend anlegen wollte. Und um zwei Schecks im Wert von 511.000 Mark einer asiatischen Fluggesellschaft, die er auf das Konto seines Vereins „Kinder dieser Erde e.V.“ gutschreiben lassen wollte, obwohl sie nicht für ihn bestimmt waren. Die beiden Schecks waren unter dubi-

osen Umständen einer Bank abhanden gekommen. Drei Wochen vor Prozessbeginn hatte Malinowski, wie der Prozessberichterstatter der „Welt“ schreibt, Schlagzeilen gemacht, als die Polizei bei einer Hausdurchsuchung auf dem Rücksitz des unverschlossenen Autos der Lebensgefährtin Malinowskis einen Brief mit weißem Pulver fand, adressiert an eine Behörde im benachbarten Bad Kissingen und mit einem Zettel versehen, der auf Milzbranderreger hinweist. Sofort wurden die Feuerwehren sowie das Staatliche Gesundheitsamt verständigt, das Anwesen abgesperrt. Als am Nachmittag die Mitteilung kommt, dass das weiße Pulver harmlos ist, bestreiten Malinowski und seine Lebensgefährtin, von dem Brief etwas gewusst zu haben. Nach ihren Einlassungen, so der Pressesprecher der Polizei, wurde der Brief durch Unbekannte in ihrem nicht verschlossenen Auto abgelegt.

Der erste Prozesstag hat es, so „Welt“-Berichterstatter Christian Wölfel, in sich: „Malinowski gab dem starken Medienaufgebot in den Gängen fleißig Interviews. Drinnen verlas der Vorsitzende Richter Wolfgang Baumann einen Brief mit CIA-Briefkopf, der Anfang September an das Gericht geschickt wurde: angeblich arbeite Malinowski seit 36 Jahren für den amerikanischen Geheimdienst. Der Prozess solle verschoben werden, da der Angeklagte zu einer Spezial-Mission in den Irak müsse. Er kenne den dortigen Diktator Saddam Hussein sehr gut. Das Schreiben sei gefälscht, erklärte der Richter. Malinowski dementiert auch sofort eine Mitarbeit beim CIA. Saddam Hussein kenne er aber persönlich und habe einen Orden von ihm erhalten.“ Weder der Orden von Saddam noch die Korrespondenz mit dem Papst, die ebenfalls zur Sprache kommt, hilft: Otwin Malinowski wird wegen Urkundenfälschung, Titelmisbrauchs und Hehlerei zu zwei Jahren Gefängnis mit Bewährung verurteilt.

## **Nachspiel**

Ach ja, und dann kommt noch im Februar 2003 ein Anruf von jemandem, der seinen Namen nicht nennen will. Er habe Informationen über diesen Hochstapler Malin. Er deutet an, dass der Mann weiter im Anlagegeschäft tätig sei. Nun habe er Malin im Fernsehen gesehen (offenbar in einer der 13 Wiederholungen) und meine, dass uns seine Informationen doch wohl einiges wert seien? Irgendwie, sage ich ihm, hat er unseren Film wohl nicht richtig verstanden.

Tilo Knops, geb. 1953, Medienwissenschaftler, Fernsehautor und Produzent. Promotion 1985, seit 1995 Professor für Medienwissenschaft an der Universität Hamburg. Zahlreiche Publikationen zu Filmgeschichte und -theorie. Über 1.000 Magazinbeiträge für diverse Sender, TV-Reportagen und Dokumentationen für ARD, NDR, SWR, MDR, WDR, ZDF u.a.

---

## Recherchieren im Netz – Wege im Heuhaufen

Die Dienste des Internet und deren Bedingungen für Publikation und für Recherche

von Albrecht Ude

Das Internet ist ein nahezu weltweiter Verbund von Rechnern, die aufgrund definierter Regeln (so genannter Protokolle) miteinander kommunizieren können. Genauer umfasst „das Netz“ alle Rechner, die über eine dauerhafte („statische“) oder über eine temporär durch einen so genannten Provider vergebene („dynamische“) IP-Adresse verfügen und auf der Basis des Internet-Protocol (IP) und des Transfer Control Protocol (TCP) Daten austauschen. Auf dem Protokollpaar TCP/IP bauen die „Anwendungen „ oder „Dienste“ des Internet wie etwa E-Mail und World Wide Web (WWW) auf.

Diese technische Perspektive ist für den Rechercheur in der Praxis meist belanglos. Für ihn zählt, dass durch das Internet ein offenes Konglomerat von Daten zur selektiven oder zur allgemeinen Benutzung bereit steht. Alle Daten im Netz sind digital, oftmals eigens digitalisiert. Dadurch kann ihre Recherche durch Programme (z.B. Suchmaschinen) unterstützt werden, stößt aber auch an Grenzen und bringt einige spezielle Probleme mit sich.

In diesem Text sollen die Grundvoraussetzungen für Recherchen im Internet ausgeleuchtet werden. Dabei werden empfehlenswerte Recherchehilfen erwähnt, dies geschieht aber ohne jeden Anspruch auf Vollständigkeit oder Autorität. Eine Basiserfahrung mit Recherchen im Netz wird vorausgesetzt.

### Dienste des Internet

Der bekannteste „Dienst“ des Internet ist das WWW. Es besteht, wie jeder Dienst, aus verschiedenen Komponenten. Die meisten davon bleiben dem Nutzer verborgen.

Jeder Nutzer sieht auf seinem Bildschirm den *Webbrowser* (ein Programm) und die *Webseite* (eine Datei), die der Browser formatiert anzeigt. Dazu muss diese Datei 'in HTML geschrieben' sein, also die *Hypertext Markup Language* (ein vom World Wide Web Consortium erstelltes Datenformat) verwenden.

Die vom Browser angezeigte Datei stammt normalerweise von einem *Webserver* (einem Programm). Entweder ist sie in der vorliegenden Form („statisch“) auf dem *Host* (einem Computer) abgelegt und wird jedem Surfer auf Anfrage geliefert. Oder sie wird („dynamisch“) eigens für die jeweilige Anfrage erzeugt: Letzteres zum Beispiel bei der Abfrage von Datenbankinhalten.

Die Kommunikation zwischen dem Webbrowser und dem Webserver folgt dem *Hypertext Transfer Protocol* (HTTP, einem Protokoll). Es legt fest, welche Daten zwischen Browser und Server ausgetauscht werden und wie dieser Austausch erfolgt. Dabei fließen notwendigerweise auch Daten aus dem Computer des Nutzers an den Server, da von diesem die Anfrage erzeugt wird (dazu unten mehr).

Fazit: Der Internet-„Dienst“ WWW besteht aus dem Zusammenspiel von Programmen, Dateien, Dateiformaten und Protokollen. Das führt zu Eigenarten, die sich auf die Recherche auswirken. Rechercheure müssen diese kennen und gegebenenfalls auf sie reagieren können.

Das Internet folgt dem „Open-Source“-Gedanken: Die Dokumentationen der Vernetzungstechniken sind jedermann zugänglich. Wie etwa HTML und HTTP im Einzelnen funktionieren, ist in den „Technical Recommendations“ (TR) des World Wide Web Consortium und in den „Request for Comments“ (RFC) nachlesbar. Sie sind quasi der Duden des Internet: Man braucht sie nicht jeden Tag, sollte aber wissen, wo man sie bei Bedarf findet.

*Die Technical Recommendations des W3C*

<http://www.w3.org/TR/>

*Übersicht und Suchmöglichkeit nach allen gültigen RFC:*

<http://www.faqs.org/rfc/>

*FITUG e.V. – Förderverein Informationstechnik und Gesellschaft*

*Sammlung von Dokumentationen rund um das Internet*

<http://www.fitug.de/bildung/>

## **Publikationsbedingungen im Internet**

Das WWW hat im letzten Jahrzehnt eine Phase der Demokratisierung durchgemacht. Es kann nahezu jeder publizieren, der mag. Die Kosten sind gering, Vorkenntnisse sind kaum nötig. Zugangskontrollen finden de facto nicht statt. Durch die Internationalität des Mediums lassen sich nationale Gesetze und Zensurmaßnahmen umgehen. Diese Vorteile nutzt zum Beispiel das China News Digest, eine nach dem Tiananmen-Massaker 1989 entstandene Organisation von Chine-

sen in Nordamerika. Sie betreibt eine effektive und vor allem unabhängige Informationspolitik. Ihre Website, Datensammlungen und Newsletter sind eine Quelle ersten Ranges – auch für Chinesen in der VR. Die – allesamt erfolglosen – Gegenmaßnahmen der kommunistischen Administration sind mittlerweile buchfüllend.

*China News Digest, <http://www.cnd.org/>*

Hinzu kommt die Anonymität des Internet. Wenngleich in der Praxis sehr schwer zu erreichen, wird sie von den meisten Nutzern subjektiv als hoch empfunden. Zusammen mit der Schnelligkeit des Mediums, dem Fehlen von Filtern und der oft mangelnden Professionalität der Publizierenden führt dies zu einer Flut von schnellen, schlecht recherchierten Angaben, Gerüchten und ‘unterdrückten’ Nachrichten bis hin zu gezielten Falschinformationen.

Insbesondere E-Mails und die Newsgroups des Usenet machen es einfach, unter Alias-Identitäten zu publizieren. Kostenlose so genannte Freemail-Accounts und Internet-Cafés ermöglichen dies. Zur Qualität der Publikationen trägt das nicht bei.

Bei den Inhalten vieler Webseiten handelt es sich nicht um originäres Material, sondern schlicht um Kopien aus anderen Webauftritten – die Leichtigkeit des Kopierens wird natürlich auch genutzt.

Absehbar ist zudem, dass die gezielte Lancierung von Falschinfos zu Lasten von Mitbewerbern (vor allem im wirtschaftlichen Bereich) noch zunehmen wird. An der École de Guerre Économique (EGE, ‘Schule für den Wirtschaftskrieg’) in Paris ist das bereits Teil des Unterrichtsstoffes: „Der Krieg der Köpfe“ von Michael Moeninger (Die Zeit, 2003, Ausg. 9, Leben, S. 53)

*[http://www.zeit.de/2003/09/Kriegsschule\\_09](http://www.zeit.de/2003/09/Kriegsschule_09)*

Eine weitere Besonderheit des WWW liegt in der Distribution. „Traditionelle“ Publikation bedeutet entweder Sendung (Radio und TV) oder aber Vervielfältigung (Druckerzeugnisse). Meistens geht damit die Dokumentation einher, z.B. durch die Ablieferung von Pflichtexemplaren an öffentliche Bibliotheken und deren Eintragung in Bibliographien.

Nichts davon im Internet. Die Distribution von Webseiten geschieht unergelt und nur auf Anforderung der Surfer. Eine Archivierung oder Dokumentation gibt es nur in Ansätzen, zudem derzeit nur von privater Seite. Die nationalen Bibliographien haben das Publikationsfeld Internet noch nicht erschlossen.

Der gravierendste Unterschied zu anderen Medien besteht in der „Unschärfe“ und der Individualisierbarkeit. Der Produzent traditioneller Medienerzeugnisse

besitzt die hundertprozentige Kontrolle über das Endprodukt, sowohl über den Inhalt, wie auch über dessen Gestaltung.

Nicht so im Web. Das WWW wurde am CERN in Genf entwickelt, um strukturierte Informationen, nämlich Ergebnisse wissenschaftlicher Forschung, zu übermitteln. Nicht Layouts. Das Endprodukt „Webseite“ entsteht beim Nutzer. Wie es genau aussieht, hängt von dessen Computer, Browser, Graphikkarte, Bildschirmgröße und anderen Faktoren mehr ab. Und es beeinflusst nicht nur, wie eine Webseite dargestellt wird, sondern auch, was davon bzw. ob diese überhaupt dargestellt wird – viele Webauftritte sind nicht „plattformübergreifend“ nutzbar. Sie präsentieren nur in einem bestimmten Browser ihre kompletten Informationen und sind mit anderen Programmen nicht oder nur teilweise lesbar. Web-’Designer’ treibt das bis heute zur Verzweiflung.

Dazu kommt die Individualisierbarkeit der gelieferten Ergebnisse. Wer eine Datenbank (z.B. durch die Suchfunktion auf einer Webseite) abfragt, erhält eine Ergebnisseite, die individuell für ihn entsprechend seiner Anfrage erstellt wurde.

Einige Websites fragen per Javascript (eine vermeintlich einfache, de facto sehr fehleranfällige Programmiersprache) ab, welches Browserfabrikat in welcher Version der Nutzer einsetzt. Um dann eine dafür „optimierte“ Seitenvariante zu liefern (so genanntes „Agent Name Delivery“). Dies ist eine Standardlösung schlechter Webdesigner; gerade große Firmen setzen sie oft ein. Ärgerlich, aber durch den Betrieb verschiedener Browservarianten leicht zu umgehen.

Webserver können aber auch darauf reagieren, welche Seite der Surfer zuvor besucht hat (der so genannte „Referer“) oder von welcher Adresse aus er ins Netz geht (so genanntes „IP Delivery“). Meist geschieht das unbemerkt. Umgehen lässt es sich durch den Einsatz von Anonymisierern (s.u.) oder einen Gang ins benachbarte Internet-Café.

Fazit: Das Internet stellt Rechercheure vor neue Anforderungen. Sie müssen insbesondere in der Lage sein, die Qualität und die Verlässlichkeit von digitalen Daten und von deren Anbietern zu überprüfen.

### **Recherchebedingungen im Internet**

Die Suche im Netz ist eine unverzichtbare Komponente des Recherchierens. Sie ist oft billig und meistens schnell. Sie muss stattfinden, darf aber andere Arten der Recherche nicht ersetzen. Jeder erfahrene Rechercheur weiß, wie viele Webauftritte schlecht gemacht sind, augenscheinlich gedankenlos realisiert wurden und mehr Fragen aufwerfen, als sie beantworten. In vielen Fällen gibt ein Blick ins Telefonbuch, ein Anruf oder ein Griff ins Bücherregal schneller Auskunft als ein Klick ins Netz.

Zudem setzt das Internet den Recherchemöglichkeiten einige enge Grenzen:

1. Mangelnde Historie des Internet: Viele heute entstehende Daten werden digital produziert. Sie ins Netz zu stellen, ist kein Problem. Vorhandene Daten jedoch nachträglich zu digitalisieren (z.B. durch Scannen) ist mit hohem Aufwand verbunden. Trotz der Datenfülle und des Wachstums des Internet sind viele 'alte' Informationen hier nicht zu finden.
2. Mangelnde Historizität des Internet: Digitale Daten 'altern' zwar nicht, sind aber flüchtig. Archive des Internet gibt es nur in Ansätzen. Informationen, die heute recherchiert werden, können morgen schon gelöscht und damit faktisch unwiderruflich vernichtet sein.  
Das derzeit beste Archiv für „veraltete“ Webseiten ist die 'Wayback Machine' unter <http://archive.org/>
3. Zeitverzug: Neue Informationen tauchen nicht von selbst im Netz auf, meist muss sie jemand bearbeiten. Geänderte Webseiten werden nicht unmittelbar durch Suchmaschinen zur Kenntnis genommen. Bis eine Änderung von Informationen im Netz recherchierbar ist, können daher Tage und Wochen vergehen.
4. Begrenztheit der Suchwerkzeuge: Auch die beste Suchmaschine kennt nicht das 'ganze' Internet. Selbst die größten Datenbanken decken weniger als 25 Prozent der vorhandenen Webseiten ab. Tatsächlich hat auch keine Suchmaschine das Ziel, alle Webseiten in ihren Datenbestand aufzunehmen.
5. Limitation der Suchmöglichkeiten: Wirklich durchsucht werden können nur Texte (Suchmaschinen für Bildinhalte sind noch im Forschungsstadium). Und zwar Texte, die in Form von HTML-Dateien vorliegen (genauer: Dateiformat im MIME-Typ „HTML“; lediglich Google durchsucht auch andere Arten von Textdateien, z.B. PDF-Dokumente). Alle anderen Dateiformate können nur anhand ihrer Attribute (Dateiname, -größe, Datum ...) oder anderer Hinweise (z.B. Alternativtexte für Bilddateien) erfasst werden. Von einer Recherche des Inhaltes dieser Dateien kann keine Rede sein.

So liegt etwa Johann Heinrich Zedlers „Großes vollständiges Universal-Lexikon...“, eine Enzyklopädie des 18. Jahrhunderts, in Form von eingescannten Dateien vor. Menschen – sofern sie mit Frakturschrift klarkommen – können dieses Lexikon also online konsultieren. Für maschinelle Suchwerkzeuge handelt es sich dagegen um eine Ansammlung von Grafikdateien im GIF-Format, deren Inhalt unerschlossen bleibt.

*Zedler, Lexikon: Stichwortsuche und Images*  
<http://mdz.bib-bvb.de/digbib/lexika/zedler>

6. Spam: Viele Webseiten sind schlecht, inhaltslos oder schlicht betrügerisch. Kriminelle Seitenbetreiber versuchen, so viele Surfer wie möglich auf ihre Seiten zu locken, etwa weil sie an der Menge der Klicks verdienen. Das Fehlen von Filtern, von Professionalität und kriminelle Energie führen dazu, dass sich im Netz mehr Informationsmüll findet als in anderen Medien.

Fazit: Eine umfassende Suche im Internet ist nicht möglich. Während die Inhalte einer Bibliothek von geschultem Personal nach exakten Regeln komplett in Katalogen erschlossen sind, ist die Lage im Netz unbefriedigend. Weder wird das Netz insgesamt durchsucht, noch werden alle Dateien berücksichtigt. Regeln für die Katalogisierung gibt es zwar, einheitlich sind diese aber nicht, zudem werden sie meist als Geschäftsgeheimnisse behandelt. Für den Rechercheur stellt überdies die schiere Menge der Funde eine Hürde dar. Er muss in der Lage sein, aus den Fundstücken im Internet die relevanten und originären Informationen zu filtern, um brauchbare Ergebnisse zu erhalten.

### **Recherche im WWW – strukturelle Möglichkeiten und Probleme der Webrecherche**

Es ist nicht Ziel dieses Abschnittes, eine Sammlung von Einstiegspunkten vorzustellen, jedoch einige Empfehlungen vorab:

CompletePlanet: Verzeichnis von mehr als 100.000 allgemeinen und speziellen Suchmaschinen weltweit.

*<http://www.completeplanet.com/>*

Die beste allgemeinverständliche (deutschsprachige) Einführung in Suchtechniken ist die „Suchfibel“ von Stefan Karzauninkat, die auch als Buch (mit CD-ROM) erhältlich ist. Sie stellt neben anderem die wichtigsten deutsch- und englischsprachigen Suchmaschinen sowie eine Vielzahl spezieller Suchdienste vor.

*<http://www.suchfibel.de/>*

Eine umfangreiche Sammlung wichtiger Datenbanken bietet Infobote.de. In systematischer Anordnung sind Angebote des deutschsprachigen Internet (und einige englische) verlinkt und kurz beschrieben. Praktisch ist, dass für viele Adressen gleich die Suchmasken präsentiert werden:

*<http://www.infobote.de/>*

## Die Arbeitsweisen der Suchwerkzeuge

Die wichtigsten Suchwerkzeuge für das WWW sind die Suchmaschinen (Search Engines) und die Verzeichnisse (auch als Kataloge, Directories, teilweise als Portale bezeichnet). Der Hauptunterschied liegt in ihrer Arbeitsweise. Suchmaschinen sind Datenbanken, die durch Programme erstellt werden, Verzeichnisse dagegen werden durch Redakteure gepflegt. So genannte Metasuchmaschinen fragen lediglich mehrere Suchmaschinen ab, ohne eigene Datenbestände zu pflegen – sie werden deshalb hier nicht berücksichtigt.

### Suchmaschinen – Was tut eine Suchmaschine eigentlich?

1. Sie durchsucht das Web, indem sie Links auf bekannten Seiten folgt und so neue Seiten findet (so genanntes „Spidern“).
2. Sie baut daraus eine Datenbank auf und aktualisiert diese.
3. Sie verwehrt vielen Webseiten die Aufnahme in ihre Datenbank, weil diese Seiten entweder schlecht sind (weil nicht informationstragend) oder aber die Suchmaschine zu betrügen versuchen (so genanntes „Spamdexing“, das z.B. pornographische Seiten aussondert).
4. Sie bildet entsprechend der Suchanfragen ihrer Nutzer Ergebnismengen.
5. Sie ordnet diese Ergebnismengen nach der Relevanz der Dateien, die darin auftauchen (so genanntes „Ranking“).

Dateien, auf die von außen kein Link gelegt ist (so genannte „Inselseiten“), bleiben Suchmaschinen verborgen. Ebenso wenig sind sie in der Lage, passwortgeschützte Dateien zu erreichen. Inhalte von Datenbanken können nur wenige Spezialsuchmaschinen abfragen. Datenbankinhalte bilden den Großteil der ‘unsichtbaren’ Webinhalte (‘Invisible Web’). Dazu unten mehr.

Auf Anfrage von Nutzern recherchieren die Maschinen nicht im Web, sondern in ihrer (vorher erstellten) Datenbank. Prinzipiell wird also nur eine bereits veraltete Teilmenge von Daten durchsucht, nicht „das Netz“.

Ausgegeben wird eine geordnete Ergebnisliste (meist wegen ihres Umfanges auf mehrere Seiten verteilt). Die Ordnung dieser Listen, bei denen die relevantesten Ergebnisse vorn stehen sollen, folgt den „Ranking“-Technologien. Das sind Algorithmen, mit denen die Relevanz von Dokumenten für vorliegende Suchanfragen bestimmt wird. Die Wissenschaft des *Information Retrieval* (Informationswiedergewinnung) entwickelte diese Techniken; drei Arten von Kriterien spielen dabei eine Rolle:

1. Die Webseiten selbst (Dateien): Die eigentlichen Inhalte der Seiten, die auch am Bildschirm angezeigt werden, aber auch die (für menschliche Nutzer meist unsichtbaren) so genannten Header-Tags wie Titel, Stichworte, Beschreibung

des Seiteninhaltes. Ferner auch Faktoren wie die Menge und Art der Hyperlinks in der Seite und anderes mehr. Alle diese Kriterien kann der Autor der Seite beeinflussen.

2. Die Website: Die meisten Dateien sind Teil eines Webauftrittes, der so genannten Website. Auch deren Attribute, etwa die Netzwerkadresse (URL), Dateinamen, Struktur der Site usw. nehmen Suchmaschinen zur Kenntnis. Auch diese Kriterien können die Autoren beeinflussen – das geschieht aber schon seltener.
3. Externe Faktoren: Schließlich gibt es Bewertungskriterien, die sich der Beeinflussung durch den Autor einer Site entziehen. Zum Beispiel die Menge der externen Links (die von außen auf die Site verweisen, die so genannte „Visibility“ oder „Link-Popularität“).

Gerade weil diese Faktoren nicht im Sinne der Eigenwerbung zu korrumpieren sind, werden sie von Suchmaschinen sehr hoch gewertet.

Um günstige Platzierungen auf den Ergebnislisten der Suchmaschinen tobt ein heißer Kampf. Ein Platz unter den ersten zehn Ergebnissen relevanter Abfragen garantiert hohe Aufmerksamkeit, da die erste Seite der Ergebnismenge von allen Nutzern gesehen wird – schon die zweite wird nur noch von etwa einem Drittel der Nutzer angeklickt. Viele Dienstleister bieten den Betreibern von Webseiten Hilfe beim „Suchmaschinenmarketing“ an. Sie befinden sich dabei im permanenten Wettbewerb untereinander wie auch zu den Suchmaschinen. Letztere sitzen dabei am längeren Hebel, da ihnen die Möglichkeit zur Sperrung von Webauftritten bleibt. Andererseits korrumpieren sich etliche Suchmaschinen selbst dadurch, dass sie Platzierungen gegen Bezahlung anbieten, ohne diese kenntlich zu machen.

Einige Internetauftritte informieren über die Entwicklung der Technologie von Suchmaschinen sowie über deren konkrete Umsetzung, zwei davon seien hier empfohlen:

#### Search Engine Watch

Die von Danny Sullivan gepflegte, sehr umfangreiche Site kann als beste Quelle zum Thema Suchtechnologie gelten. Die Benutzung ist teilweise kostenpflichtig.

*<http://www.searchenginewatch.com/>*

#### Die Suchmaschinen-Site

Klaus Schallhorns Angebot richtet sich vor allem an dessen zahlende Kunden, ein Großteil der Site ist aber frei zugänglich. Hier gibt es aktuelle Informationen

---

zur Suchmaschinenoptimierung, diverse Tools, ein umfangreiches Glossar sowie ein lesenswert kompromissloses Tutorial. Der engagierte und humorvolle Newsletter ist kostenfrei.

<http://www.kso.co.uk/>

## Google

„Google“ steht für die bemerkenswerte Internet-Erfolgsstory. Als Suchmaschine gegründet, buchstäblich aus dem Nichts, ohne Börsengang, ohne je einen Euro für Werbung auszugeben, ist die Firma in der Gewinnzone angekommen. Die Marke Google ist weltbekannt. Das Erfolgs-’Geheimnis’: Qualität. Keine andere Suchmaschine setzt die Algorithmen des Information Retrieval so sauber um.

Hinter der Marke verbirgt sich mittlerweile mehr als nur die derzeit beste Suchmaschine. Google kooperiert mit DMOZ – diesen weltgrößten Katalog findet man auch unter dem Label „Google Directory“. Durch die „Google Groups“ (ehemals DejaNews) ist Zugriff auf das Usenet möglich. Mittlerweile bietet Google sogar Spezialsuchen nach Shops und Produkten an. Wahrscheinlich wird demnächst eine Suchmöglichkeit nach Weblogs hinzukommen.

Von der Öffentlichkeit noch weitgehend unbemerkt hat sich Google zu einer zentralen Such-Site entwickelt, die das Potenzial zur Marktbeherrschung hat. Grund genug für Rechercheure, sich genauer mit diesem Multifunktionswerkzeug auseinander zu setzen:

Google Services & Tools – Die speziellen Suchmöglichkeiten:

<http://www.google.com/options/>

Google Web Search Features – Erklärungen zur Abfragesyntax:

<http://www.google.com/help/features.html>

Google Labs – Ein Blick in das Entwicklungslabor der Suchmaschine:

<http://labs.google.com/>

Indicateur.com, eine französischsprachige Website mit Spezialisierung auf Suchmaschinen, hat ein Webverzeichnis über Google eingerichtet: „Google’s World“. Es liegt auch auf Englisch vor und verzeichnet in systematischer Ordnung bereits mehr als 200 Links zu unterschiedlichen Aspekten dieser wichtigen Suchmaschine.

<http://google.indicateur.com/>

## Verzeichnisse

Im Gegensatz zum maschinellen Vorgehen der Suchmaschinen setzen Verzeichnisse auf die Kompetenz menschlicher Redaktionen. Die so produzierten Linksammlungen werden meist in hierarchisch-systematischer Form vorgelegt und durch Suchfunktionen unterstützt. Sehr häufig ist bei Verzeichnissen mit globalem Informationsanspruch die Kombination mit einer Suchmaschine.

Beispiel Yahoo, der zweitgrößte Katalog weltweit: Eine Kombination von Verzeichnis, News-Portal und Datenbank. Die Datenbank ist dabei von Google übernommen (vorher von Inktomi), so dass bestenfalls die Ranking-Algorithmen von Yahoo selbst stammen können. Um so mehr Gewicht wird auf das Verzeichnis gelegt. Dieses wird von fest angestellten, ausgebildeten Bibliothekaren gepflegt, denen wiederum ein Stab von freien Surfern zuarbeitet.

Es liegt auf der Hand, dass globale Verzeichnisse (Dino-online, Fireball, Lycos / Lycos Europe, Web.de, Yahoo und andere) durch dieses Vorgehen nicht die Größe der Suchmaschinen-Datenbanken erreichen können. Dem steht aber als unbestreitbarer Vorteil gegenüber, dass eine Vorprüfung und Bewertung aller Einträge durch das 'menschliche Auge' bereits statt gefunden hat.

## Besondere globale Verzeichnisse

Weil werbefrei, ohne wirtschaftliches Eigeninteresse und von herausragender Qualität, sollen vier umfassende Verzeichnisse erwähnt sein:

### BUBL Link (Library Network of Knowledge)

Der Katalog des 'BULLETIN BOARD OF LIBRARIES' vom Centre for Digital Library Research, University of Strathclyde, Glasgow, ist in mehrfacher Hinsicht beispielhaft. Ausgebildete Bibliothekare, die sich auf Wissensordnung verstehen, verzeichnen ausgewählte Webseiten in einem kleinen, feinen Katalog (derzeit ca. 12.000 Einträge). Jeder Eintrag besteht aus (verlinktem) Titel, kurzer Beschreibung und weiteren Angaben. Erschlossen sind die Einträge alphabetisch, nach Schlagworten, nach Ländern, Typisierung und sogar nach der Dezimalklassifikation (System Dewey). Ein Newsletter informiert über Aktualisierungen.

*<http://bubl.ac.uk/link/>*

### DMOZ (Directory Mozilla)

Schon der Name zeigt die Nähe dieses Projektes zur Open-Source-Bewegung. Ehrenamtliche Editoren pflegen einzelne Abteilungen dieses systematisch geordneten Kataloges, der auch als „Open Directory Project“ (ODP) bezeichnet wird. Die Wissensgebiete sind dabei eng gefasst, der Katalog ist der umfang-

---

reichste weltweit – zudem liegt er in vielen Sprachversionen vor. Eine Suchfunktion erleichtert die Stichwort- und Schlagwortsuche.

DMOZ verbirgt sich – bei etwas anderem Layout – auch hinter dem Directory von Google (auch andere Suchmaschinen nutzen das ODP). Im „originalen“ DMOZ finden sich mehr Querverweise, etwa zu gleichen Kategorien in anderen Sprachen.

*<http://dmoz.org/>*

*<http://directory.google.com/>*

Librarian's Index to the Internet (LII)

„Information You Can Trust.“ Unter diesem Motto haben Bibliothekare aus Kalifornien einen systematischen Katalog aufgebaut, der ca. 11.000 Websites umfasst. Dazu gibt es eine Suchfunktion und einen wöchentlichen Newsletter.

*<http://www.lii.org/>*

The Virtual Library (WWW VL)

Der älteste Verzeichnisverbund des Web (gegründet von Tim Berners-Lee, dem Erfinder des WWW). Von freiwilligen Kräften gepflegt, bilden die Virtual Libraries nicht den größten Katalog des Web, und sie decken auch nur einige Felder ab. Wegen ihrer Qualität genießen sie aber ein hohes Ansehen. Neben einer alphabetischen und einer systematischen Übersicht gibt es eine Datenbank sowie eine Liste der zu den VLs gehörenden Mailinglisten. Ferner betreiben einige VLs eigene Newsletter.

*<http://www.vlib.org/>*

VL Central Database

*<http://conbio.net/vl/database>*

Mailinglisten

*[http://ceolas.org/VL/members/mailling\\_lists.html](http://ceolas.org/VL/members/mailling_lists.html)*

Spezielle Verzeichnisse

Die Trüffel für Rechercheure sind die ungezählten spezialisierten Verzeichnisse im Netz, die von Einzelpersonen oder kleinen Organisationen aufgebaut werden. Hochkompetent in engen Fachgebieten, liegt es nahe, die begrenzten Ressourcen eher für die redaktionelle Entwicklung eines Kataloges aufzuwenden, als in die technische Entwicklung einer Suchmaschine zu investieren. Beispiele:

### Infomine – Scholarly Internet Resource Collections

Diese Site, entstanden aus der Kooperation von 4 Universitäten der USA, ermöglicht die Suche in mehr als 100.000 akademischen Informationsangeboten. Grob sortiert nach Fachgebieten, innerhalb dieser Möglichkeiten zu sehr exakter Suche, außerdem diverse Indizes.

*<http://infomine.ucr.edu/>*

### Der Journalismus-Katalog (von Peter Diesler)

Journalisten haben für Medienprofis eine kleine, feine Linksammlung zusammengetragen. Für Rechercheure besonders interessant sind die Kategorien Recherche-Hilfen und Recherche-Quellen.

*<http://katalog.journalismus.com/>*

### Bibliografischer Werkzeugkasten

Umfassende, internationale Linksammlung zu Websites der „Gutenberg Galaxy“: Bibliotheken, Verlage, Nachschlagwerke, Biografien, Bibliografien usw.

*[http://www.hbz-nrw.de/produkte\\_dienstl/toolbox/index.html](http://www.hbz-nrw.de/produkte_dienstl/toolbox/index.html)*

### Kidon Media-Link

Von allen Versuchen, die internationale Medienlandschaft im Netz komplett abzubilden, ist Kidon wahrscheinlich am nächsten dran. Erstaunlich, da dies wohlgeordnete Angebot von nur zwei Personen betrieben wird.

Nach Kontinenten und Ländern geordnet (für die USA: Bundesstaaten) findet man hier Links auf Zeitungen, Zeitschriften, Sender und Agenturen. Mit Suchfunktion.

*<http://www.kidon.com/media-link/index.shtml>*

### Political Resources on the Net

Angebot von Radio Radicale (Italien): Für jedes Land der Welt sind Parteien, Organisationen, Regierungsinstitutionen und Medien aufgelistet. Englischsprachig, mit Suchfunktion.

*<http://www.politicalresources.net/>*

BTW: Der Button „Related Sites“ ist einen Klick wert.

### Governments on the WWW

Weltweite Auflistung von Regierungsinstitutionen (nicht nur Ämtern im strengen Sinn). Geordnet nach Kontinenten und Ländern, einige Seiten auch nach Kategorien. Aufgeführt sind jeweils der Name der Institution in der Nationalsprache sowie die englische Übersetzung.

<http://www.gksoft.com/govt/en/>

### NIRA's World Directory of Think Tanks

Zusammengestellt vom Center for Policy Research Information, National Institute for Research Advancement, Japan. Enthält nach englischen Namen und Ländern geordnet sehr detaillierte Angaben zu 320 außeruniversitären Forschungsinstitutionen in 77 Ländern. Der Schwerpunkt ist politisch-wirtschaftlich.

<http://www.nira.go.jp/ice/nwdtt/index.html>

### Das unsichtbare Web

Ein großer Teil des Internet bleibt herkömmlichen Suchdiensten verborgen. Nämlich alle Inhalte, die in Datenbanken (z.B. von Bibliotheken oder Medien) enthalten und Nutzern nur auf Suchabfrage in Auszügen zugänglich sind. Man spricht von „dynamisch“ generierten Seiten – streng genommen gehören alle Ergebnisseiten von Suchmaschinen auch dazu. Der Webauftritt von Google lässt sich recherchieren. Der Inhalt von Google dagegen kann nicht komplett und nicht automatisiert erfasst werden, sondern eben nur in Teilen auf konkrete Anfrage hin.

Diesen Teil des WWW bezeichnet man als „unsichtbares Web“ (Invisible Web / Deep Web). Recherche in diesem Bereich ist aufwändig. Sie braucht Zeit (und Erfahrung), da die relevanten Datenbanken gefunden und einzeln abgefragt werden müssen. Hierfür muss obendrein investiert werden, da viele Angebote kostenpflichtig sind.

### Guide to Effective Searching of the Internet

Ein Tutorial speziell für Recherchen im Deep Web

<http://www.brightplanet.com/deepcontent/tutorials/search/index.asp>

### The Invisible Web Directory

Zweistufig hierarchisch geordnetes Verzeichnis (Kategorien und Subkategorien), das mehr als 10.000 Informationsangebote auflistet, deren Inhalte nicht durch Suchmaschinen ermittelt werden können. Neben (verlinktem) Titel und Kurzbeschreibung sind stets die URLs der Suchmasken genannt. Zu dem Angebot gehört ein Newsletter, die Website gibt es auch als Buch.

<http://www.invisible-web.net/>

### InvisibleWeb.com

Systematisches Verzeichnis von Suchdiensten, Archiven, Datenbanken etc. Mehr als 10.000 Einträge, darunter viele kommerzielle Anbieter. Mit einfacher Suchfunktion und Detailsuche.

<http://www.invisibleweb.com/>

### Die Sprache der Frage

Das 'semantische Web' ist noch Zukunftsmusik. Derzeit suchen Computer nur nach Zeichenketten. Wird in eine Suchmaschine „china“ eingetippt, so bleibt unklar, ob ein ostasiatisches Land oder englisches Porzellan gesucht wird. Ferner, ob nach deutsch- oder nach englischsprachigen Dokumenten.

Zeichenketten können miteinander verknüpft werden, dazu gibt es die 'Boolschen Operatoren'. Sie ermöglichen es, mehrere Suchketten durch *und*, *oder*, *nicht*, *nahe bei* sowie durch *Verklammerungen* und durch *exakte Suche nach einer Phrase* miteinander zu verbinden. Allerdings bietet nicht jede Suchmaschine alle Operatoren an, auch ist die Syntax nicht einheitlich. Der Und-Operator wird mal durch „AND“, mal durch „UND“ mal durch „+“ ausgedrückt. Die konkrete Syntax einer Suchmaschine findet man auf den jeweiligen 'Advanced Search' bzw. 'Suchtipps' genannten Seiten.

Neben den 'Boolean Operators' gibt es die Feldsuche (Field Search). Dabei wird der gesuchte Terminus nur in bestimmten Teilen der Dateien ermittelt: Im Titel, in der Netzwerkadresse, in Links etc. Die konkreten Möglichkeiten hängen dabei von der jeweiligen Suchmaschine ab; beispielhaft ist die Dokumentation von Google (internationaler Auftritt):

Advanced Search Made Easy – Erklärungen zu den Boolschen Operatoren:

<http://www.google.com/help/refinerearch.html>

Advanced Search Operators – Erläuterungen zur Feldsuche:

<http://www.google.com/help/operators.html>

---

Customize your results using the Preferences page – Weitere Möglichkeiten der Feinjustierung:

*<http://www.google.com/help/customize.html>*

Suchwortkombinationen verfeinern die Ergebnisse, was gerade bei großen Ergebnismengen unverzichtbar ist. Beim Ermitteln geeigneter Kombinationen helfen Suchbegriff-Datenbanken:

keyDB

Klaus Schallhorn betreibt im öffentlichen Teil seiner Site eine Datenbank, die für jeden Suchbegriff bis zu 200 Kombinationen (aus den Logfiles von Suchmaschinen) anzeigt, in denen dieser bereits auftauchte (wahlweise deutsch- oder englischsprachig):

*<http://www.kso.co.uk/cgi-bin/kwps.cgi?lan=de>*

Search Term Suggestion Tool:

Overture, Betreiber von Suchmaschinen, nennt Kombinationen, die im Vormonat gesucht wurden mit Häufigkeitsangaben:

*<http://inventory.overture.com/d/searchinventory/suggestion/>*

Qualitätsprüfung von Webinhalten

Wie oben erwähnt: Viele Informationsanbieter im Netz sind unzuverlässig, viele Informationen nicht vertrauenswürdig. Daten aus dem Netz sollten mit spitzen Fingern angefasst und prinzipiell als verdächtig angesehen werden. Der Webauftritt jedes Informationsanbieters sollte geprüft werden.

Das bedeutet zunächst einfach einen Blick ins Impressum: Stehen dort plausible und vor allem vollständige Angaben? Auch ein Blick auf die Adresse der Seite (die URL) offenbart oft Merkwürdigkeiten.

Sobald Zweifel an der Identität des Anbieters oder Angaben des Impressums bestehen, müssen in einer Who-is-Datenbank die Domaindaten abgefragt werden. Jede Domain ist bei einem Network Information Center (NIC) registriert. Die NICs veröffentlichen die Registrierungsdaten in ihren Who-is-Datenbank. Dort findet man auf jeden Fall Angaben zum Inhaber der Domain und mindestens die Mailadresse eines technischen Ansprechpartners.

Liste der Organisationen, die Domains vergeben:

*[http://dmoz.org/Computers/Internet/Domain\\_Names/Official\\_Registrars/](http://dmoz.org/Computers/Internet/Domain_Names/Official_Registrars/)*

Five criteria for evaluating Web pages

Kurze und praktische Checkliste für die Beurteilung von Webseiten:

<http://www.library.cornell.edu/okuref/webcrit.html>

Information Quality WWW Virtual Library : The Internet Guide to Construction of Quality Online Resources

Konziser und guter Einstieg ins Thema Qualitätssicherung von Informationsangeboten. Richtet sich vor allem an Betreiber solcher Sites, ist aber auch für Rechercheure von hohem Wert.

<http://www.ciolek.com/WWWVL-InfoQuality.html>

Evaluation of information sources

Ausgesuchte Links zu Websites, die sich mit der Evaluierung von Internetauftritten beschäftigen:

[http://www2.vuw.ac.nz/staff/alastair\\_smith/evaln/evaln.htm](http://www2.vuw.ac.nz/staff/alastair_smith/evaln/evaln.htm)

Electronic References & Scholarly Citations of Internet Sources

Umfangreiche Sammlung von Anleitungen zum Zitieren und Referenzieren elektronischer Quellen:

<http://www.spaceless.com/WWWVL/>

Privatsphäre und Anonymisierung

Webserver sammeln Informationen von den Browsern der Surfer. Das ist notwendig und legitim. Was aber mit diesen Daten geschieht, kann illegitim sein, bedroht die Privatsphäre des Nutzers und möglicherweise die Qualität der Rechercheergebnisse. Welche Daten der eigene Browser – generell oder auf besondere Abfrage – herausgibt, kann man hier ermitteln:

Privacy Analysis of your Internet Connection: Some Information that is collected about you when visiting a web site

<http://privacy.net/analyze/>

---

Für den Rechercheur ist es besonders ärgerlich, wenn ihm aufgrund dieser Daten eigens individualisierte Versionen von Webseiten geliefert werden; vor allem aufgrund des Referers (der zuvor besuchten Seite) oder wegen seiner eigenen Adresse (Domain oder IP-Nummer). Das lässt sich umgehen, indem man einen Anonymisierer benutzt:

Anonymizer.com

<http://www.itbridge.de/anonymizer/>

AnonymSurfen.com

Anonymer Webzugang über verschiedene Provider (mit kurzer Beschreibung), außerdem FTP-Zugang und anonymisierter E-Mail-Versand:

<http://www.anonymsurfen.com/surfen.htm>

Beim Verdacht auf verfälschte Rechercheergebnisse durch individualisierte Ergebnisse ist auch ein Ausflug ins nächste Internet-Café hilfreich.

E-Mails, Mailinglisten, Newsletter

Vielleicht noch wichtiger als das World Wide Web ist in der Praxis die elektronische Post, E-Mail. Einerlei ob persönliche Mitteilung (one to one), Newsletter (one to many) oder Mailingliste (many to many): Was das Web für die Information, ist E-Mail für die Kommunikation.

Dabei sind E-Mails flüchtig. Einmal gesendet, sind sie nur noch auf lokalen Rechnern vorhanden und damit nicht mehr recherchierbar. Mailinglisten und Newsletter, schnell, oft von hohem Informationsgehalt, sind nur zu ermitteln, wenn sie entweder über Webseiten verfügen oder in entsprechende Verzeichnisse eingetragen sind.

E-Mails werden noch häufiger missbraucht als das WWW. Vor allem Spam, unverlangte Werbemails, aber auch Kettenbriefe ("hoaxes") und Viren beeinträchtigen die Vertrauenswürdigkeit dieses Netzdienstes.

Per E-Mail erhaltene Informationen sollten deswegen stets sehr kritisch betrachtet und geprüft werden. Vor allem, wenn der Absender unbekannt ist.

Gerade zum Thema Kettenbriefe, die Falschinfos verbreiten, gibt es viele Webseiten im Netz, so genannte Hoax-Buster.

Wenn man den Absender einer Mail ermitteln will, ist es manchmal nötig, den Header der E-Mail genauer zu untersuchen und gegebenenfalls den eigenen Provider (Postmaster) um Einsicht in die Mail-Logs zu bitten.

Für Mailinglisten, d.h. geschlossene Diskussionsrunden per E-Mail listet DMOZ 13 Verzeichnisse auf:

[http://dmoz.org/Computers/Internet/Mailing\\_Lists/Directories/](http://dmoz.org/Computers/Internet/Mailing_Lists/Directories/)

Ezine-Universe.com – E-Mail Newsletter Directory  
Spezialverzeichnis zur Ermittlung von E-Mail Newslettern:

<http://Ezine-Universe.com/>

Umfassende und aktuelle deutschsprachige Informationen über Kettenbriefe bietet der Hoax-Infoservice von Frank Ziemann:

<http://hoax-info.de/>

E-Mail-Header lesen und verstehen  
Gut verständliche Anleitung von Thomas Hochstein:

<http://sites.inka.de/ancalagon/faq/headerfaq.php3>

de.admin.net-abuse.mail  
Deutschsprachige FAQ der Newsgroup zum Thema E-Mail-Missbrauch:

<http://www.faqs.org/faqs/de-net-abuse/mail-faq/>

Usenet Newsgroups

Newsgroups, die ‘schwarzen Bretter’ des Internet, bieten eine Fülle von Informationen. Besonders wichtig sind die FAQ, die Sammlungen häufig gestellter (Einstiegs-)Fragen, die als Erstinformationen taugen.

Informationen aus Beiträgen (*Postings*) sollten genau wie E-Mails mit Vorsicht verwendet werden. Absenderprüfung und Gegenrecherche sind unverzichtbar.

Für die Recherche von Newsgroups bietet sich das von Google bereitgestellte Gateway (ehemals DejaNews) an. Es ermöglicht die Teilnahme an laufenden Diskussionen ebenso wie die rückwirkende Recherche von Postings bis 1995.

<http://groups.google.com/>

Eine Sammlung von FAQs findet man hier:  
Internet FAQ Archives

<http://www.faqs.org/faqs/>

### Literaturempfehlungen

Tara Calishain ; Rael Dornfest :

Google Hacks : 100 Industrial-Strength Tips and Tricks. – First Edition Februar 2003 - 352 S. – ISBN 0-596-00447-8 – 28.00 Euro

Vier Probekapitel als PDF-Dateien online unter:

<http://www.oreilly.de/catalog/googlehks/chapter/>

Rezension beim Heise Newsticker:

<http://www.heise.de/newsticker/data/jo-23.03.03-001/>

Stefan Karzauninkat :

Die Suchfibel : Wie findet man Informationen im Internet? – 3. überarb. Aufl.

Leipzig : Ernst Klett Verlag, 2002

260 S. – ISBN 3-12-238106-0 – 20.40 Euro

Chris Sherman and Gary Price :

The Invisible Web: Finding Hidden Internet Resources Search Engines Can't See by Independent Publishers Group. –

300 Seiten - ISBN 091096551X – 29.46 Euro

Inhaltsverzeichnis, Einleitung und Probekapitel auf der Website:

<http://www.invisible-web.net/>

Den Text dieses Beitrags und die darin genannten Links finden Sie online unter:

<http://www.ude.de/texte/>





## **Autorenprofile**

?????????Dr. **Andreas Baumert** ist Professor für Text und Recherche an der Fachhochschule Hannover. Er war lange Jahre Leiter einer Technikredaktion. Spezialgebiete: Recherche, Recherchegespräche und Text. [andreas.baumert@ik.fh-hannover.de](mailto:andreas.baumert@ik.fh-hannover.de)

**Ingmar Cario** studiert Journalistik, Geschichte und Politik in Dortmund und Bochum und

.....





netzwerk  
recherche

### **Zielsetzungen für das „netzwerk recherche“**

1. Das „netzwerk recherche“ verfolgt das Ziel, die journalistische Recherche in der Medien-Praxis zu stärken, auf ihre Bedeutung aufmerksam zu machen und die intensive Recherche vor allem in der journalistischen Ausbildung zu fördern.
2. Zu diesem Zweck entwickelt das „netzwerk recherche“ Ausbildungskonzepte für die Recherche-Ausbildung, vermittelt Referenten und berät Institutionen der journalistischen Aus- und Weiterbildung in der Gestaltung und Umsetzung entsprechender Ausbildungskonzepte.  
Das „netzwerk recherche“ veranstaltet zudem eigene Recherche-Seminare sowie Modellseminare zu verschiedenen Themen an.
3. Das „netzwerk recherche“ bietet ein Recherche-Mentoring für jüngere Kolleginnen und Kollegen an, um in einem intensiven Beratungs- und Austauschprozeß über jeweils ein Jahr einen entsprechenden Wissens-Transfer von erfahrenen Rechercheuren zu interessierten Kolleginnen und Kollegen zu organisieren.
4. Das „netzwerk recherche“ fördert den umfassenden Informationsaustausch zum Thema „Recherche“ und bietet seinen Mitgliedern entsprechende Foren an. Im Internet wird durch entsprechende newsletter die Kommunikation untereinander gefördert.  
Der Austausch über Projekte, konkrete Recherche-Erfahrungen etc., aber auch der Hinweis auf Weiterbildung und entsprechende Serviceangebote soll hier möglich sein.
5. Das „netzwerk recherche“ beteiligt sich am internationalen Austausch entsprechender Journalisten - Organisationen in Europa und in Übersee.



netzwerk  
recherche

6. Das „netzwerk recherche“ vergibt einmal im Jahr einen Preis für eine aussergewöhnliche Recherche-Leistung, die Themen und Konflikte beleuchtet, die in der Öffentlichkeit bislang nicht oder nicht ausreichend wahrgenommen wurde.
7. Die Mitglieder des Netzwerkes setzen sich dafür ein, dass die Möglichkeiten der Recherche nicht eingeschränkt werden. Das „netzwerk recherche“ äußert sich öffentlich zu Fragen der Recherche und der Bezüge zur journalistischen Qualität, wenn Begrenzungen oder Einschränkungen der Pressefreiheit festgestellt werden.
8. Das „netzwerk recherche“ arbeitet mit anderen Journalisten-Organisationen und Gewerkschaften zusammen, die im Grundsatz ähnliche Ziele verfolgen und ebenfalls dazu beitragen, den Aspekt der Recherche im Journalismus stärken um so die Qualität der Medien insgesamt zu verbessern.
9. Das „netzwerk recherche“ trifft sich einmal im Jahr zu einem Jahreskongress und erörtert jeweils aktuelle Tendenzen im Umfeld des „Recherche-Journalismus“ und setzt sich hier mit zentralen Themen im Zusammenhang mit der journalistischen Recherche und konkreten Fallbeispielen auseinander.  
Regionale Untergliederungen ermöglichen den Austausch in bestimmten Regionen.
10. Das „netzwerk recherche“ ist politisch unabhängig und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke. Der Zusammenschluß der Journalisten hat den Status der Gemeinnützigkeit erhalten. Die laufende Arbeit und die Projekte des „netzwerkes“ werden durch Spenden und Mitgliedsbeiträge (mindestens 60 Euro im Jahr) finanziert.

homepage: [netzwerkrecherche.de](http://netzwerkrecherche.de)

kontakt: [info@netzwerkrecherche.de](mailto:info@netzwerkrecherche.de)

